



KREIS
VIERSEN

BETEILIGUNGSBERICHT KREIS VIERSEN

2021



KREIS
VIERSEN

Herausgeber:

Kreis Viersen | Der Landrat
2023

Kreis Viersen
Büro des Lanrates
Rathausmarkt 3
41747 Viersen
www.kreis-viersen.de

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
AöR	Anstalt öffentlichen Rechts
AWP	Abfallwirtschaftsplan
BAVN	Bioabfallverband Niederrhein
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BVR	Busverkehr Rheinland GmbH
EFRE	Europäischer Fond für regionale Entwicklung
EGE	Entwicklungsgesellschaft Energie- und Gewerbepark Elmpt mbH
ERP	Enterprise Resource Planning
e.V.	eingetragener Verein
Faln-EB	Eigenbetrieb Fahrzeuge und Infrastruktur des Zweckverbands VRR
ff.	folgende
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GFB	Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung Kreis Viersen gGmbH i.L.
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
ggü.	gegenüber
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GWG	Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für den Kreis Viersen AG
HGB	Handelsgesetzbuch
HPZ	Heilpädagogisches Zentrum Krefeld-Kreis Viersen gGmbH
HRB	Handelsregister Abteilung B
i.H.v.	in Höhe von
i.V.m.	in Verbindung mit
KAG	Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KGSt	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz
KRZN	Zweckverband Kommunales Rechenzentrum Niederrhein
LabfG NRW	Landesabfallgesetz Nordrhein-Westfalen

LGG NRW	Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz)
Mg/a	Megagramm pro Jahr
Mio.	Millionen
NBG	Niederrheinische Bioanlagen GmbH
NRW	Nordrhein-Westfalen
NT	Niederrhein Tourismus GmbH
NVN	Nachverkehrs-Zweckverband Niederrhein
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
p.a.	pro anno (pro Jahr)
rd.	rund
RVN	Regionalverkehr Niederrhein GmbH
RWE	Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
stv.	stellvertretende/r
SWK	Stadtwerke Krefeld AG
TEUR / T€	Tausend Euro
TZN	Technologie- und Gründerzentrum Niederrhein GmbH
VKV	Verkehrsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH
VRR	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr
WE	Wohneinheiten
WFG	Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH
ZV	Zweckverband

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

der vorliegende Beteiligungsbericht des Kreises Viersen 2021 gibt einen Überblick über die Beteiligungen des Kreises Viersen für das Wirtschaftsjahr 2021. Er umfasst den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2021.

Die Beteiligung des Kreises Viersen an Unternehmen privater Rechtsform umfasst im Berichtszeitraum 2021 vier unmittelbare sowie zwölf mittelbare Beteiligungen. Hinzu kommen unmittelbare Beteiligungen an zehn Unternehmen in Rechtsformen des öffentlichen Rechtes.

Dem Bericht vorangestellt ist eine allgemeine Übersicht über die Beteiligungen des Kreises Viersen. Anschließend folgt eine unternehmensindividuelle Darstellung in alphabetischer Reihenfolge. Der Beteiligungsbericht bietet damit ein umfassendes Bild der Beteiligungsstruktur des Kreises Viersen und ermöglicht eine vertiefte Beschäftigung mit den einzelnen Beteiligungsunternehmen.



Dr. Andreas Coenen
Landrat

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	3
Vorwort	5
1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen	8
2 Beteiligungsbericht 2021	10
2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes	10
2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes	11
3 Das Beteiligungsportfolio des Kreises Viersen	12
3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio	14
3.2 Beteiligungsstruktur	15
3.3 Einzeldarstellung	18
3.3.1 Unmittelbare Beteiligungen des Kreises Viersen zum 31. Dezember 2021	18
3.3.1.1 Abfallbetrieb des Kreises Viersen	19
3.3.1.2 Bioabfallverband Niederrhein	32
3.3.1.3 d-NRW AöR	39
3.3.1.4 Zweckverband euregio rhein-maas nord	50
3.3.1.5 Zweckverband Kommunales Rechenzentrum Niederrhein	69
3.3.1.6 Naturpark Schwalm-Nette	84
3.3.1.7 Sparkassenzweckverband Stadt Krefeld / Kreis Viersen	92
3.3.1.8 Verkehrsverbund Rhein-Ruhr	94
3.3.1.9 Entwicklungsgesellschaft Energie- und Gewerbepark Elmpt mbH	105
3.3.1.10 Heilpädagogisches Zentrum Krefeld-Kreis Viersen gGmbH	109
3.3.1.11 Verkehrsgesellschaft Kreis Viersen mbH	122
3.3.1.12 Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH	131
3.3.1.13 Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper	155
3.3.1.14 Studieninstitut Niederrhein	171
3.3.2 Mittelbare Beteiligungen des Kreises Viersen zum 31. Dezember 2021	172

3.3.2.1	Niederrheinische Bioanlagen GmbH	172
3.3.2.2	Kreis Weseler Abfallgesellschaft Regio mbH (KWA Regio)	180
3.3.2.3	Grundstücksgesellschaft der Stadt Willich mbH	189
3.3.2.4	GWG Dienstleistungs-GmbH	200
3.3.2.5	VIT GmbH	209
3.3.2.6	Kommunales Rechenzentrum Niederrhein GmbH	216
3.3.2.7	Entwicklungsgesellschaft Energie- und Gewerbepark Elmpt mbH	223
3.3.2.8	Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für den Kreis Viersen AG (GWG AG)	227
3.3.2.9	Niederrhein Tourismus GmbH	244
3.3.2.10	Standort Niederrhein GmbH	253
3.3.2.11	Technologie- und Gründerzentrum Niederrhein GmbH	261
3.3.2.12	Tourismus GmbH Mittlerer Niederrhein	270

1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts Anderes vorschreiben.

Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff.) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“).

Gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW darf sich eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3).

Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO NRW abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

In § 109 sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig

erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommunen, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtliche Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen. Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im zulässigen Rahmen kommunaler Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein.

Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.

2 Beteiligungsbericht 2021

2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes

Grundsätzlich haben sämtliche Kommunen gemäß § 116 Absatz 1 GO NRW in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher verselbständigter Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert, sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen.

Hiervon abweichend sind Kommunen gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der drei im Gesetz genannten Merkmale zutreffen.

Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses entscheidet der Kreistag gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Der Kreistag des Kreises Viersen hat am 22.09.2022 gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW entschieden, von der nach § 116a Absatz 1 GO NRW vorgesehenen Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts Gebrauch zu machen. Daher hat der Kreis Viersen gemäß § 116a Absatz 3 GO NRW einen Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Absatz 2 GO NRW grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen. Der Kreistag des Kreises Viersen hat am 30.03.2023 den Beteiligungsbericht 2021 beschlossen.

2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form des Kreises Viersen. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche des Kreises Viersen, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit des Kreises Viersen durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben des Kreises Viersen durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation des Kreises Viersen insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

Adressat der Aufstellungspflicht ist der Kreis Viersen. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen dem Kreis Viersen die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

Hierzu kann der Kreis Viersen unmittelbar von jedem verselbständigten Aufgabenbereich alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW).

Die verwendeten wirtschaftlichen Daten beruhen auf den im Laufe des Jahres 2022 festgestellten Abschlüssen für das Geschäftsjahr 2021. Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen das gesamte Jahr 2021 aus.

3 Das Beteiligungsportfolio des Kreises Viersen

Unmittelbare Beteiligungen in der Rechtsform des öffentlichen Rechts

Unternehmen	Höhe der Beteiligung des Kreises Viersen	
Abfallbetrieb des Kreises Viersen (Eigenbetrieb)	52.000 €	100,00 %
Bioabfallverband Niederrhein (Zweckverband)		50,00 %
d-NRW AÖR (Anstalt öffentlichen Rechts)	1.000 €	0,08 %
Euregio Rhein-Maas-Nord (Zweckverband)		7,06 %
Kommunales Rechenzentrum Niederrhein (Zweckverband)		16,67 %
Naturpark Schwalm-Nette (Zweckverband)		41,18 %
Sparkassenzweckverband Stadt Krefeld / Kreis Viersen		42,50 %
Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (Zweckverband)		2,82 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr- Wupper (Anstalt des öffentlichen Rechts)	15.000	3,85 %
Studieninstitut NiederrheiN (S.I.N.N) (Zweckverband)		20,00 %

Unmittelbare Beteiligungen in der Rechtsform des privaten Rechts

Unternehmen	Stammkapital	Höhe der Beteiligung des Kreises Viersen	
Entwicklungsgesellschaft Energie- und Gewerbepark Elmpt mbH	187.000 €	74.800 €	40,00 %
Heilpädagogisches Zentrum Krefeld-Kreis Viersen gGmbH	31.850 €	8.200 €	25,75 %
Verkehrsgesellschaft Kreis Viersen mbH	26.000 €	13.300 €	51,15 %
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH	12.851.280 €	12.328.680 €	95,94 %

Mittelbare Beteiligungen in der Rechtsform des privaten Rechts

Gesellschafter	Unternehmen	Höhe der Beteiligung des Gesellschafters	
Bioabfallverband Niederrhein	Niederrheinische Bioanlagen GmbH	25.000 €	100,00 %
	Kreis Weseler Abfallgesellschaft Re- gio mbH (KWA Regio)	124.750 €	49,9 %
Gemeinnützige Woh- nungsgesellschaft für den Kreis Viersen AG	Grundstücksgesellschaft der Stadt Willich mbH	166.000 €	15,87 %
	GWG Dienstleistungs-GmbH	50.000 €	100,00 %
	VIT GmbH	50.000 €	50,00 %
Kommunales Rechen- zentrum Niederrhein	Kommunales Rechenzentrum Nieder- rhein GmbH	25.000 €	100,00 %
Wirtschaftsförderungs- gesellschaft für den Kreis Viersen mbH	Entwicklungsgesellschaft Energie- und Gewerbepark Elmpf mbH	74.800 €	40,00 %
	Gemeinnützige Wohnungsgesell- schaft für den Kreis Viersen AG	6.720.000 €	41,34 %
	Niederrhein Tourismus GmbH	6.250 €	20,00 %
	Standort Niederrhein GmbH	7.700 €	14,29 %
	Technologie- und Gründerzentrum Niederrhein GmbH	1.400.000 €	100,00 %
	Tourismus GmbH Mittlerer Nieder- rhein	30.700 €	100,00 %

3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio

Im Jahr 2021 hat es zwei Änderung bei den mittelbaren Beteiligungen des Kreises Viersen gegeben.

Zugänge

Seit dem Jahr Berichtsjahr 2021 ist der Kreis Viersen zu 3,85 % unmittelbar an dem Unternehmen Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) beteiligt. Das CVUA-RRW wird daher neu in den Beteiligungsbericht aufgenommen. Zudem ist der Kreis Viersen seit dem Berichtsjahr 2021 zu 20,00 %z an dem StudienInstitut Niederrhein (S.I.N.N) beteiligt. Aufgrund des Rechtsformwechsels der Gesellschaft liegt der Jahresabschluss 2021 noch nicht vor, sodass die finanziellen Aspekte des Unternehmens erst im Beteiligungsbericht 2022 berücksichtigt werden können.

3.2 Beteiligungsstruktur

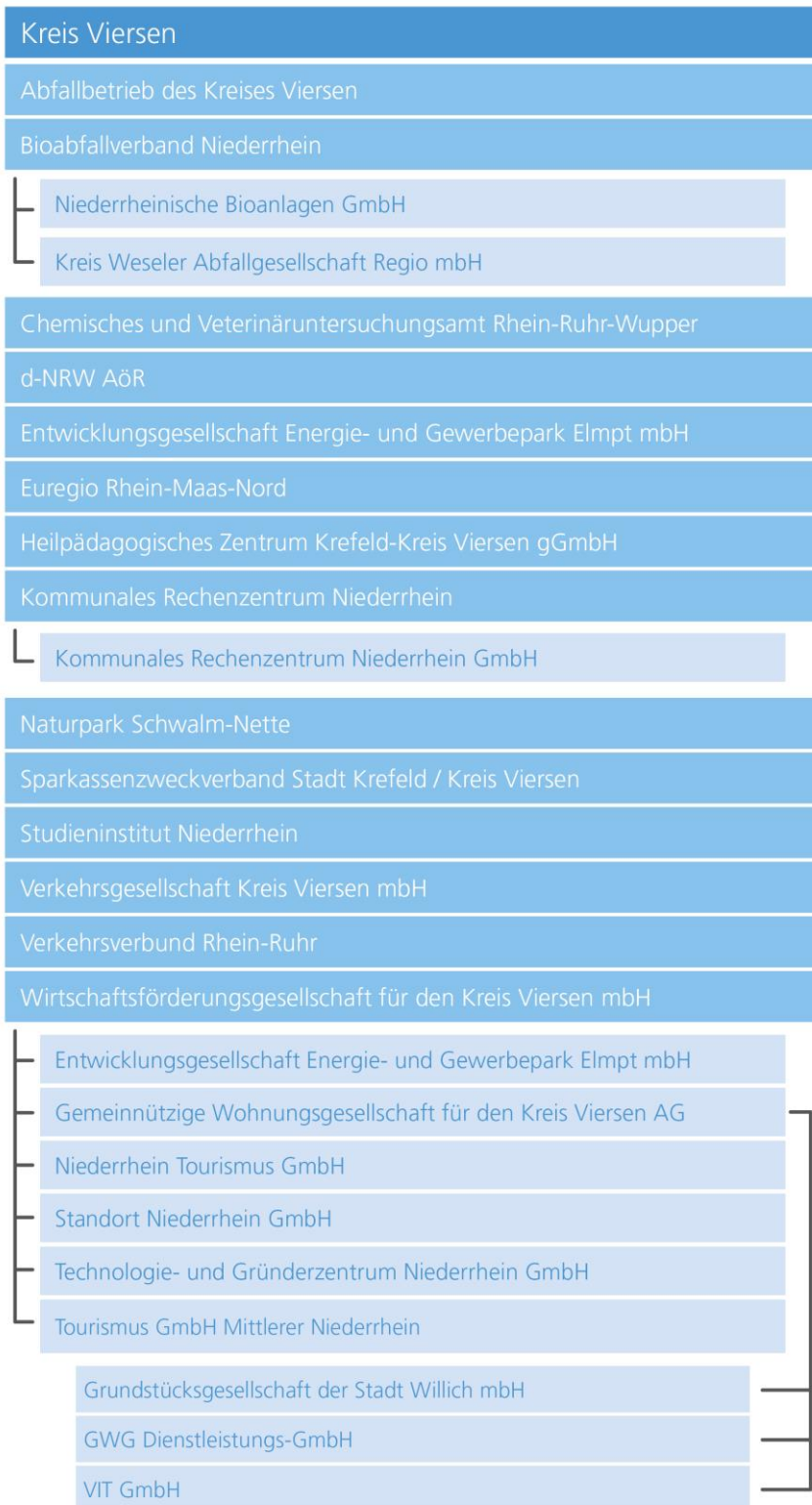


Tabelle 1: Übersicht der unmittelbaren Beteiligungen des Kreises Viersen mit Angabe der Beteiligungsverhältnisse und Jahresergebnisse

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2021	Anteil des Kreises Viersen am Stammkapital	
		TEURO	TEURO	%
1	Abfallbetrieb des Kreises Viersen (Eigenbetrieb)	52	52	100,0
	Jahresergebnis 2021	472		
2	Bioabfallverband Niederrhein (Zweckverband)	-	-	50,0
	Jahresergebnis 2021	-		
3	d-NRW AöR (Anstalt öffentlichen Rechts)	1.281	1	0,08
	Jahresergebnis 2021	-		
4	Euregio Rhein-Maas-Nord (Zweckverband)	-	-	7,06
	Jahresergebnis 2021	-0,9		
5	Kommunales Rechenzentrum Niederrhein (Zweckverband)	-	-	16,67
	Jahresergebnis 2021	0,4		
6	Naturpark Schwalm-Nette (Zweckverband)	-	-	41,18
	Jahresergebnis 2021	0		
7	Sparkassenzweckverband Stadt Krefeld / Kreis Viersen	-	-	42,5
	Jahresergebnis 2021	-		
8	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (Zweckverband)	-	-	2,82
	Jahresergebnis 2021	183		
9	Entwicklungsgesellschaft Energie- und Gewerkepark Elmpt mbH	25	10	40,0
	Jahresergebnis 2021	1.221		
10	Heilpädagogisches Zentrum Krefeld-Kreis Viersen gGmbH	31,85	8,2	25,75
	Jahresergebnis 2021	23		
11	Verkehrsgesellschaft Kreis Viersen mbH	26	13,3	51,1
	Jahresergebnis 2021	-		
12	Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH	12.821	12.329	95,94
	Jahresergebnis 2021	-55		
13	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper	390	15	3,85
	Jahresergebnis 2021	1.811		
14	Zweckverband Studieninstitut Niederrhein			
	Jahresergebnis 2021			

Tabelle 2: Übersicht der mittelbaren Beteiligungen des Kreises Viersen mit Angabe der Beteiligungsverhältnisse und Jahresergebnisse

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2020	(durchgerechneter) Anteil des Kreises Viersen am Stammkapital	
		TEURO	TEURO	%
1	Niederrheinische Bioanlagen GmbH	25	12,5	50,0
	Jahresergebnis 2021	0,3		
2	Kreis Weseler Abfallgesellschaft Regio mbH	250	62,4	24,95
	Jahresergebnis 2021	162		
3	Grundstücksgesellschaft der Stadt Willich mbH	1.046	65,8	6,29
	Jahresergebnis 2021	382		
4	GWG Dienstleistungs-GmbH	50	19,8	39,66
	Jahresergebnis 2021	-		
5	VIT GmbH	100	19,8	19,83
	Jahresergebnis 2021	1,3		
6	Kommunales Rechenzentrum Niederrhein GmbH	25	4,1	16,67
	Jahresergebnis 2021	29,5		
7	Entwicklungsgesellschaft Energie- und Gewerbepark Elmpt mbH	25	5	19,19
	Jahresergebnis 2021	1.221		
8	Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für den Kreis Viersen AG	16.254	6.447	39,66
	Jahresergebnis 2021	2.649		
9	Niederrhein Tourismus GmbH	31,2	6,0	19,19
	Jahresergebnis 2021	-		
10	Standort Niederrhein GmbH	53,9	7,4	13,71
	Jahresergebnis 2021	-		
11	Technologie- und Gründerzentrum Niederrhein GmbH	1.400	1.343	95,94
	Jahresergebnis 2021	153		
12	Tourismus GmbH Mittlerer Niederrhein	30,7	29,4	95,94
	Jahresergebnis 2021	-		

3.3 Einzeldarstellung

3.3.1 Unmittelbare Beteiligungen des Kreises Viersen zum 31. Dezember 2021

Die unmittelbaren Beteiligungen werden in der Bilanz unter der langfristigen Vermögensposition „Finanzanlagen“

- als „Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen der Kreis Viersen einen beherrschenden Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann. Dieser liegt in der Regel vor, wenn der Kreis Viersen mehr als 50 % der Anteile hält,
- als „Beteiligungen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Anteile an Unternehmen und Einrichtungen zum Ausweis, die die Kommune mit der Absicht hält, eine auf Dauer angelegte, im Regelfall über ein Jahr hinausgehende Verbindung einzugehen und bei denen es sich nicht um verbundene Unternehmen handelt.
- als „Sondervermögen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Kommunalvermögen, das zur Erfüllung eines bestimmten Zwecks dient und daher getrennt vom allgemeinen Haushalt des Kreises Viersen geführt wird. Sondervermögen sind gemäß § 97 GO NRW das Gemeindegliedervermögen, das Vermögen rechtlich unselbstständiger örtlicher Stiftungen, Eigenbetriebe (§ 114 GO NRW) und organisatorisch verselbstständigte Einrichtungen (§ 107 Abs. 2 GO NRW) ohne eigene Rechtspersönlichkeit,
- als „Wertpapiere des Anlagevermögens“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Unternehmensanteile, die auf Dauer angelegt werden, durch die jedoch keine dauernde Verbindung des Kreises Viersen zum Unternehmen hergestellt werden soll. Aufgrund dessen werden diese lediglich in Tabelle 1 nachrichtlich ausgewiesen.
- als „Ausleihungen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um langfristige Finanzforderungen des Kreises Viersen gegenüber Dritten, die durch den Einsatz kommunalen Kapitals an diese entstanden sind und dem Geschäftsbetrieb des Kreises Viersen dauerhaft dienen sollen. Mit Ausnahme von GmbH-Anteilen, die nicht als verbundene Unternehmen oder Beteiligungen ausgewiesen werden, weil sie lediglich als Kapitalanlage gehalten werden, handelt es sich bei den Ausleihungen nicht um Beteiligungen im Sinne der GO NRW. Aufgrund dessen werden diese lediglich in Tabelle 1 nachrichtlich ausgewiesen.

3.3.1.1 Abfallbetrieb des Kreises Viersen

Kreis Viersen
-Abfallbetrieb-
Rathausmarkt 3
41747 Viersen
Telefon: 02162 / 39 - 1221
Telefax: 02162 / 39 - 1222
Internet: www.kreis-viersen.de/abfallbetrieb

Zweck der Beteiligung

Zweck des Abfallbetriebes einschließlich etwaiger Hilfs- und Nebenbetriebe ist die Abfallsorgung des Kreises Viersen im Sinne des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG) vom 27. Februar 2012 (BGBl. S. 212) in der jeweils geltenden Fassung und des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LAbfG) vom 21. Juni 1988 (GV. NRW. S. 250) in der jeweils geltenden Fassung. Der Abfallbetrieb führt insbesondere auch abfallwirtschaftliche Versuche in Zusammenarbeit mit den teilnehmenden Städten und Gemeinden durch. Er erlässt weiterhin die Gebührenbescheide für Abfallanlieferungen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zweckes ergibt sich aus dem in der Betriebsatzung festgelegten Gegenstand des Unternehmens. Der Eigenbetrieb hat die öffentliche Zielsetzung eingehalten und erreicht. Weitergehende Ausführungen können dem unten aufgeführten Lagebericht entnommen werden.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Träger	Kapitaleinlage	
	in Euro	in Prozent
Kreis Viersen	52.000	100,00
	52.000	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Für die Bereitstellung von Dienstleistungen wurde an das Kommunale Rechenzentrum Niederrhein (KRZN) in 2021 eine Zahlung in Höhe von 2 TEUR geleistet.

Der Kreis Viersen hat für Gebühren und Verwaltungskostenerstattungen eine Summe in Höhe von 304 TEUR erhalten.

Für den Bioabfallverband Niederrhein (BAVN) wurde eine Umlage für die Verbandskosten in Höhe von 4.186 TEUR zur Verfügung gestellt. Des Weiteren erhielt der BAVN vertragsgemäße Darlehenstranchen in Höhe von insgesamt 2.500 TEUR.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO		EURO	EURO	EURO
Anlagevermögen	62.541.940	56.883.400	5.658.540	Eigenkapital	4.224.198	3.752.002	472.196
Umlaufvermögen	10.952.130	13.000.481	-2.048.351	Sonderposten			0
				Rückstellungen	67.784.354	64.784.861	2.999.493
				Verbindlichkeiten	1.493.338	1.356.773	136.565
Aktive Rechnungsabgrenzung	7.820	9.755	-1.935	Passive Rechnungsabgrenzung			0
Bilanzsumme	73.501.890	69.893.636	3.608.254	Bilanzsumme	73.501.890	69.893.636	3.608.254

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO
1. Umsatzerlöse	20.628.232,04	16.020.329,76	4.607.902,28
2. sonstige betriebliche Erträge	15.304,17	1.760,04	13.544,13
3. Materialaufwand	-15.775.718,72	-12.409.521,57	-3.366.197,15
4. Personalaufwand	-846.065,71	-751.171,56	-94.894,15
5. Abschreibungen	-24.666,37	-23.944,74	-721,63
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.684.331,06	-7.125.620,84	441.289,78
7. Finanzergebnis	3.018.228,93	4.100.044,72	-1.081.815,79
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	141.212,37	183.183,12	-41.970,75
9. Jahresüberschuss (+)/- fehlbetrag (-)	472.195,65	-4.941,07	477.136,72

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%	%
Eigenkapitalquote	5,75	5,37	0,38
Eigenkapitalrentabilität	11,18	-0,13	11,31
Anlagendeckungsgrad 2	6,75	6,60	0,16
Verschuldungsgrad	1.640,02	1.762,84	-122,82
Umsatzrentabilität	2,29	-0,03	2,32

Personalbestand

Für den Abfallbetrieb des Kreises Viersen waren bis zum 30. Juni 2021 zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: acht) und im zweiten Halbjahr durchschnittlich elf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: zehn) tätig.

Geschäftsentwicklung

I. Grundlagen des Abfallbetriebs des Kreises Viersen

Nach Beschluss des Kreistages des Kreises Viersen vom 30.09.1993 wird die Abfallwirtschaft des Kreises Viersen seit dem 01.01.1994 als Sondervermögen nach den Bestimmungen der Eigenbetriebsverordnung und der Betriebssatzung geführt.

II. Wirtschaftsbericht

a) Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Jahr 2021 verlief im Ergebnis erwartungsgemäß. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen lagen zwar deutlich über den geplanten Zahlen, auf der anderen Seite wurden aber auch Umsatzerlöse weit über den Planzahlen erzielt.

Im Rahmen der Bewertung der Rückstellungen für Deponiefolgekosten war eine Zuführung erforderlich, die durch die Zinserträge des Abfallbetriebs und vor allem durch die Realisierung stiller Reserven aus der Umschichtung von thesaurierenden zu ausschüttenden Anteilen des Kreis-Viersen-Fonds kompensiert werden konnte.

b) Geschäftsverlauf

Der im Abschlussjahr 2020 ausgewiesene Verlust ist gemäß Kreistagsbeschluss vom 30.09.2021 dem Verlustvortrag zugeführt worden, und der Verlustvortrag wurde anschließend mit der allgemeinen Rücklage verrechnet. In der Gebühren- und Entgeltbedarfsberechnung für 2021 sind 2.603.996 € aus der Rückstellung zum Gebührenausgleich nach § 6 Abs. 2 KAG gebührenmindernd berücksichtigt worden.

c) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

1. Ertragslage

Die Ertragslage im operativen Bereich war im Wirtschaftsjahr 2021 zufriedenstellend. Die Erlöse sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. Wesentlich dafür waren die zusätzlichen Einnahmen durch die Abstimmungsvereinbarung mit den Systembetreibern der ualen Systeme. Die Systembetreiber beteiligen sich an den Kosten der Sammelstruktur für die kommunale Papiersammlung. Hinzu kam eine deutliche Steigerung des Marktpreises für Papier. Mengensteigerungen im Bereich der kommunalen Restmüll- und Bioabfallsammlung führten ebenfalls zu einer Steigerung der Umsatzerlöse. Weitere Umsatzerlöse konnten durch die Weiterbelastung der Geschäftsstellenkosten des ABV an den Bioabfallverband Niederrhein (BAVN) erzielt werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge bestehen im Wesentlichen aus der Erstattung von Verwaltungsgebühren.

Die bereits o.g. Abstimmungsvereinbarung mit den Systembetreibern der dualen Systeme ist die Hauptursache für den im Vergleich zu 2020 gestiegenen Materialaufwand, da die zusätzlichen Erlöse an die Kommunen weitergereicht wurden und somit in der Sparte Papier höhere Kosten entstanden sind. Auch die Mengensteigerungen in den Sparten Restmüll und Bioabfall führten zu höheren Entsorgungskosten.

In der dreijährigen Gebühren- und Entgeltbedarfsberechnung sind Plan- und Entwicklungskosten für das Projekt Wertstoff- und Logistikzentrum in Nettetal-Kaldenkirchen einkalkuliert. Um den Wertstoffhof gemeinsam mit dem Logistikzentrum realisieren zu können, wurde auf den entsprechenden Beschluss der Stadt Nettetal gewartet. Die Umsetzung des Projekts erfolgte daher nicht im Jahr 2021, die anteiligen Kosten werden in den Ausgleich nach § 6 Abs. 2 KAG zurückgestellt. Insgesamt führt der der Rückstellung nach KAG zugeführte Saldo in Höhe von 3.443.225 € zu einer Ergebnisverschlechterung.

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem 31.12.2020 um 3.608.254 €. Die Differenz resultiert auf der Passivseite im Wesentlichen aus dem Aufbau der Rückstellung für Deponiefolgekosten (im Saldo 1.822.486 €), der Veränderung der Rückstellung zum Gebührenaussgleich nach § 6 Abs. 2 KAG (947.351 €), der Veränderung der sonstigen Rückstellungen (337.778 €) und dem Jahresüberschuss (472.196 €). Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich um 89.730 €. Die sonstigen Verbindlichkeiten erhöhten sich ebenfalls im Vergleich zum Vorjahr um 52.765 €. Die Rückstellung zum Entgeltausgleich Kompostierung wurde um 108.123 € reduziert. Auf der Aktivseite steht dem eine Erhöhung der Finanzanlagen um 5.518.338 € gegenüber, im Wesentlichen bedingt durch ein Darlehen an den BAVN in Höhe von 2.500.000 €, den Zinsen aus den Darlehensverträgen mit der NBG (15.137 €) und dem BAVN (15.372 €) sowie den um 2.987.832 € gestiegenen Fondsanteilen. Der Anstieg der Fondsanteile resultiert aus der Aufdeckung von stillen Reserven, die durch die Umschichtung des thesaurierenden in ausschüttendes Fondsvermögen entstanden sind. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind um 307.779 € und die Forderungen gegen den Kreis Viersen um 16.749 € gestiegen, während die sonstigen Vermögensgegenstände um 358.130 € gesunken sind. Der Kassenbestand verringerte sich um 2.014.748 €.

Der Bilanzaufbau zeigt folgendes Bild:

Aktiva	31.12.2021 (in 1.000 €)	31.12.2020 (in 1.000 €)
Sachanlagevermögen	2.647	2.506
Finanzanlagen	59.895	54.377
Forderungen aus Lieferungen & Leistungen	2.721	2.414
Forderungen gegenüber dem Kreis Viersen	17	0
sonst. Vermögensgegenstände	6.179	6.537
Kasse/Guthaben bei Kreditinstituten	2.035	4.050
Rechnungsabgrenzungsposten	8	10
	73.502	69.894

Passiva	31.12.2021 (in 1.000 €)	31.12.2020 (in 1.000 €)
Eigenkapital	4.224	3.752
<i>Stammkapital</i>	52	52
<i>allgemeine Rücklage</i>	3.700	9.900
<i>Verlustvortrag</i>	0	-6.195
<i>Jahresüberschuss</i>	472	-5
Rückstellungen	67.784	64.785
Verbindlichkeiten	1.494	1.357
	73.502	69.894

Umsatzentwicklung

Die Erträge im Haus- und Sperrmüllbereich lagen über dem geplanten Ansatz, ebenso wie die kommunalen Umsätze aus Bio- und Grünabfällen. Im Bereich Altholz war der Umsatz aufgrund sinkender Mengen rückläufig. In der Sparte Papierverwertung waren hingegen sehr hohe Zuwächse bei den Umsatzerlösen zu verzeichnen (ca. 179 % über Plan). Hier zeigten sich einerseits die gestiegenen Marktpreise für Papier und andererseits die zusätzlichen ungeplanten Erlöse durch die Kostenbeteiligungen der Systembetreiber. Bei den Einzelanlieferungen im Organikbereich lagen die Umsätze leicht über den Planwerten, ebenso wie die Kleinanlieferungen mit PKW. Bei den gewerblichen Anorganik-Anlieferungen hat sich die Menge nach einem starken Anstieg im Vorjahr um ca. 24,5 % auf das Vor-Corona- Niveau reduziert. Die Anhebung der Gebühr für die Anlieferung gewerblicher Anorganik- Abfälle wirkt sich hingegen positiv auf den Umsatz aus. Die Mengen in der Altkleiderverwertung haben aufgrund kurzzeitiger organisatorischer Schwierigkeiten eines Logistik-Dienstleisters abgenommen. Aufgrund der günstigen Marktlage konnten die geringeren Mengen aber durch über dem Plan liegende Verwertungserlöse zu einer Planüberschreitung der Umsatzerlöse beitragen. Zusätzliche Erlöse wurden durch die Verwertung von Metallen erzielt. Insgesamt lagen die Umsatzerlöse aller Sparten ca. 24 % über dem erwarteten Planwert. Neben den Umsatzerlösen aus den einzelnen Abfallfraktionen wurden auch Erlöse aus der Weiterberechnung von Dienstleistungen an den Bioabfallverband Niederrhein und Erlöse aus der Auflösung von Rückstellungen erzielt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge resultierten, wie oben bereits beschrieben, im Wesentlichen aus der Erstattung von Verwaltungsgebühren.

Kostenstruktur

In den Bereichen Restentsorgung und Kompostierung lag die tatsächliche Kostenentwicklung über den erwarteten Werten, was auf ein über dem Planansatz liegendes Mengenvolumen zurückzuführen ist. Die Kosten der Altholzverwertung blieben hinter dem Planansatz zurück. Durch die Weiterreichung der gestiegenen Marktpreise für Papier und die Weiterreichung der zu-

sätzlichen Erlöse durch die Systembetreiber an die Kommunen überstiegen die Ist- Aufwendungen für die Sparte Papier sehr deutlich den Planansatz. Die geringeren Mengen der Alttextilien-Sammlung und unter dem Plan liegende Logistikkosten führen in diesem Bereich zu einer Unterschreitung der geplanten Kosten. Die Gesamtbetrachtung des Aufwands für bezogene Leistungen zeigt eine Überschreitung der Plankosten von ca. 20 %.

Der Personalaufwand lag unter dem Planansatz. Die Verwaltungskostenerstattung wird nach den Vorgaben der KGSt (Kommunale Gemeinschaftsstelle) entsprechend einer Vereinbarung mit dem Amt für Personal und Organisation des Kreises Viersen ermittelt und ist im Wesentlichen abhängig von der Höhe der Personalkosten. Die sonstigen Verwaltungs- und Betriebskosten lagen ebenfalls unter den Planwerten.

2. Finanzlage

Die Finanzlage des Abfallbetriebes ergibt sich aus folgender vereinfachter Kapitalflussrechnung:

Finanzlage	
Jahresergebnis	472.196 €
+ Abschreibungen auf Sachanlagen	24.666 €
+/- Zunahme der Rückstellungen	2.999.492 €
-/+ Abnahme der aktiven Rechnungsabgrenzung	1.936 €
-/+ Zunahme/Abnahme aus Investitionstätigkeiten	-5.683.206 €
-/+ Zunahme/Abnahme Forderungen	33.603 €
+/- Zunahme/Abnahme Verbindlichkeiten	136.566 €
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	-2.014.748 €
Finanzmittelbestand am 31.12.2020	4.049.550 €
Veränderung des Bestandes an liquiden Mitteln	-2.014.748 €
Finanzmittelbestand am 31.12.2021	2.034.802 €

Langfristig erfolgt eine kontinuierliche Reduzierung des Finanzmittelbestands durch die Deponiefolgekosten.

3. Vermögenslage

Die Vermögenslage des Abfallbetriebes ist geprägt durch den hohen Bestand an Finanzanlagen, die 81,5 % der Bilanzsumme sowie durch lang- und mittelfristige Rückstellungen, die 92,2 % der Bilanzsumme ausmachen. Durch den jährlichen Aufwand aus der Aufzinsung der langfristigen Rückstellung für Deponiefolgekosten ergibt sich grundsätzlich ein fortschreitender Verzehr von

Kapital. Durch die geplante teilweise Umstrukturierung der dem Betrieb zugeordneten Finanzanlagen werden stille Reserven realisiert und dadurch der Kapitalverzehr reduziert.

III. Prognosebericht

Die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Abfallbetriebs werden wesentlich von der Entwicklung der Rückstellungen für Deponiefolgekosten bestimmt. Insbesondere die in den vergangenen Jahren anhaltende Niedrigzinsphase hat für die Entwicklung der Abzinsungssätze wesentliche Bedeutung. Die absehbare zukünftige Belastung aus der Entwicklung der Rückstellung würde ohne entsprechende Gegenmaßnahmen zu einer Aufzehrung des Eigenkapitals führen. Vor diesem Hintergrund kommt der sukzessiven Realisierung von stillen Reserven aus den unter dem Finanzanlagevermögen ausgewiesenen Anteilen am Kreis-Viersen-Fonds wesentliche Bedeutung zu. Insgesamt wird für 2022 ausweislich des Wirtschaftsplans ein ausgeglichenes Ergebnis von TEUR 0 erwartet, wobei Erträge aus der Hebung stiller Reserven des Kreis-Viersen-Fonds von TEUR 582 angesetzt wurden.

Die Landesregierung NRW hat im Jahr 2015 nach Abschluss und Auswertung des Beteiligungsverfahrens einen neuen Abfallwirtschaftsplan (AWP), Teilplan Siedlungsabfälle, vorgelegt. Der AWP entfaltet keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Abfallwirtschaft im Kreisgebiet, da die Rest- und Sperrabfallentsorgung durch die Anfang 2013 erfolgte Ausschreibung für den Zeitraum vom 01.01.2015 bis Ende 2023 (mit einjähriger Verlängerungsoption bis Ende 2024) vertraglich gesichert ist. Gemäß dem Ausschreibungsergebnis werden die dem Kreis zur Entsorgung überlassenen Rest- und Sperrabfälle je zur Hälfte in den Müllverbrennungsanlagen Köln und Solingen thermisch behandelt.

Sollte der Abfallwirtschaftsplan, dessen Planungszeitraum bis zum Jahre 2024/2025 reicht, in der jetzigen Fassung Ende 2023 bzw. Ende 2024 noch Bestand haben, müsste die dann zu erfolgende Ausschreibung der Rest- und Sperrabfallentsorgung des Kreises auf die Müllverbrennungsanlagen in der sogenannten Entsorgungsregion I beschränkt werden. In dieser Region liegen nach einer Überarbeitung des Abfallwirtschaftsplans die Müllverbrennungsanlagen Asdonkshof (Kreis Wesel), Krefeld, Düsseldorf, Weisweiler (Kreis Aachen), Leverkusen, Köln und Bonn.

Die Umsetzung der Empfehlungen des AWP zum Umgang mit biologisch abbaubaren Abfällen bedeutet für den Abfallbetrieb keine Einschränkung, da sich der Kreis in diesem Bereich ohnehin seit Jahren engagiert. Ganz im Sinne des AWP ist der Plan des Abfallbetriebs, künftig einen Teil der getrennt erfassten Bioabfälle vor der Kompostierung einer Vergärung zur Energiegewinnung zuzuführen. Hierfür haben der Kreis Viersen und der Kreis Wesel im Jahr 2016 einen Zweckverband gegründet, der die Aufgabe der Verwertung der Bio- und Grünabfälle beider Gebietskörperschaften ab dem 01.01.2021 übernommen hat. Die Kreistage Viersen und Wesel haben in ihren Sitzungen am 13.12.2018 einstimmig beschlossen, die Errichtung einer Bioabfallbehandlungsanlage in Kamp-Lintfort auf dem Standort des Abfallentsorgungszentrums Asdonkshof des Kreises Wesel zu unterstützen. Die Verbandsversammlung des BAVN hat in ihrer Sitzung am

19.12.2018 den finalen Beschluss zur Errichtung der Bioabfallbehandlungsanlage mit vorgeschalteter Teilstromvergärung gefasst. Im Dezember 2019 wurden die Genehmigungsunterlagen bei der Bezirksregierung Düsseldorf eingereicht. Die Genehmigung erfolgte am 04.05.2021. Nach Durchführung von Abrissarbeiten erfolgte der Baubeginn der Anlage im Herbst 2021. Mit der Inbetriebnahme der Anlage wird Anfang 2024 gerechnet. Zur Finanzierung der Errichtung der Bioabfallbehandlungsanlage wurde im Januar 2021 ein Darlehensvertrag zwischen dem Kreis Wesel, dem Kreis Viersen und dem Abfallbetrieb des Kreises Viersen als Darlehensgeber und dem BAVN als Darlehensnehmer geschlossen. Die Auszahlung der ersten Darlehenstranchen aus diesem Vertrag erfolgte im Jahr 2021.

Das Abfallwirtschaftskonzept für den Kreis Viersen soll fortgeschrieben werden. Hierzu werden als Grundlage in 2022 durch das INFA-Institut Sortier- und Abfallanalysen erstellt.

Die Entsorgung der im Kreis Viersen anfallenden Grünabfälle ist durch die Beauftragung der Reterra Service GmbH bis Ende 2023 gewährleistet. Der Vertrag kann zweimal durch eine einjährige Verlängerungsoption bis zum letztmöglichen Vertragsende am 31.12.2025 verlängert werden. Die Bioabfälle aus dem Kreis Viersen werden seit dem 01.01.2021 für eine Übergangsfrist von zwei Jahren mit einjähriger Verlängerungsoption ebenfalls von der Reterra Service GmbH entsorgt. Hierzu hat der BAVN die Kreis Weseler Abfallgesellschaft Regio mbH als Auftraggeberin erklärt und die entsprechenden Rechte und Pflichten übertragen. Die Kreis Weseler Abfallgesellschaft Regio mbH wurde im 1. Quartal 2020 als Beteiligungsgesellschaft des BAVN, des Kreises Wesel und der Stadt Kamp-Lintfort zur Erbringung von Entsorgungsdienstleistungen für den Kreis Wesel und den BAVN gegründet.

Das Verpackungsgesetz wurde am 30.03.2017 durch den Deutschen Bundestag verabschiedet und am 12.05.2017 durch den Bundesrat bestätigt. Es ist mit seinen für die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern relevanten Teilen zum 01.01.2019 in Kraft getreten. Mit dem Verpackungsgesetz wurde die privatwirtschaftlich ausgerichtete Erfassung und Entsorgung von Verpackungen weiter festgeschrieben.

Die Abstimmungsvereinbarung mit den dualen Systemen gemäß § 22 VerpackG wurde im Jahr 2020 erfolgreich abgeschlossen, so dass seit dem 01.01.2021 Entgelte für die Mitbenutzung kommunaler Sammelstrukturen seitens der Systembetreiber der dualen Systeme an den Abfallbetrieb des Kreises Viersen gezahlt werden. Die erzielten Einnahmen werden monatlich im Rahmen der Papierabrechnung an die jeweiligen Kommunen weitergeleitet. Zur Erstellung des Mengenstromnachweises wurde für das Jahr 2021 eine Vereinbarung mit der Firma EGN getroffen. Ab dem Jahr 2022 wird der Mengenstromnachweis von Mitarbeitern des ABV erstellt.

Im Herbst 2021 wurde gegen die Vergabe für die Altpapierverwertung ab dem Jahr 2022 eine Vergabebeschwerde eingereicht. Bis zum rechtskräftigen Urteil wurde interimswise die Entsorgungsgesellschaft Niederrhein ab dem 01.01.2022 mit der Entsorgungsdienstleistung PPK-Abfälle für den Kreis Viersen beauftragt.

Im Jahr 2019 erfolgte eine Ausschreibung der Altholzentsorgung. Da der Altholzmarkt sehr volatil ist, wurde die Leistung im Hinblick auf ein optimales Ausschreibungsergebnis zunächst nur für das Jahr 2020 ausgeschrieben. Der Auftrag wurde an die EGN vergeben. Die Vertragslaufzeit kann bis zu zweimal um jeweils ein Jahr verlängert werden, soweit kein Vertragspartner die Vereinbarung kündigt. Da bislang keine Kündigung erfolgte, läuft der Vertrag bis zum 31.12.2022 fort.

Die Sammlung und Verwertung der Alttextilien wurde in 2020 für das 1. Halbjahr 2021 neu ausgeschrieben. Der Auftrag wurde an die Bietergemeinschaft Lankes Entsorgung GmbH & Co. KG und Joan Smaal Textiel Recycling B.V. vergeben. Im Rahmen einer Preisanfrage wurde im Frühjahr 2021 der Auftragnehmer für das 2. Halbjahr 2021 ermittelt. Den Auftrag erhielt die Firma TEXAID. Aufgrund organisatorischer Schwierigkeiten bei der Auftrags Erfüllung wurde die Zusammenarbeit mit der Firma TEXAID in beiderseitigen Einvernehmen vorzeitig beendet, so dass die Firma Lankes Entsorgung GmbH & Co. KG ab September 2021 interimswise bis zum 31.03.2022 mit der Alttextiliensammlung- und Verwertung beauftragt wurde. Ab dem 01.04.2022 wird das Unternehmen Textil-Recycling Nord GmbH die Sammlung und Verwertung der Alttextilien durchführen.

Über das Bringsystem in derzeit acht der neun kreisangehörigen Kommunen mit 189 stationären Sammelbehältern (Stand 31.03.2022) können rund 256.000 Einwohner und damit etwa 86 % der Einwohner des Kreises ihre ausgedienten Alttextilien einem sinnvollen Verwertungsweg zuführen. Derzeit laufen die Gespräche hinsichtlich der Teilnahme der einen verbleibenden Kommune am Bringsystem. Erlöse, die nach Abzug der Kosten verbleiben, werden den Kommunen gutgeschrieben. Die Verpflichtung zur Getrenntsammlung von Textilabfällen ab 2025 aus dem Kreislaufwirtschaftsgesetz wird somit vorzeitig erfüllt. Die bisherigen Sammelergebnisse zeigen, dass das Angebot von den Bürgerinnen und Bürgern des Kreises gut angenommen wird. Ziel des Abfallbetriebs ist es, die Alttextilverwertung im Kreisgebiet in Ergänzung der gemeinnützigen Alttextilsammlungen flächendeckend sicherzustellen und der Ausbreitung gewerblicher Sammlungen Einhalt zu gebieten.

Im Dezember 2015 fasste der Betriebsausschuss des Kreistages den Beschluss, die Betriebsleitung mit allen erforderlichen Aufgaben zur Planung und Errichtung eines Wertstoffund Logistikzentrums (WLZ) zur Annahme sowie zur Umladung von Wertstoffen und Abfällen im Gewerbegebiet Nettetal-West (früher VeNeTe) in Nettetal-Kaldenkirchen zu beauftragen. Nach Erwerb eines passenden Grundstücks und Fertigstellung der Planung, wurde im September 2018 der Genehmigungsantrag gemäß BImSchG bei der Bezirksregierung Düsseldorf gestellt. Der Antrag umfasste allerdings nur den Logistikbereich, da die Stadt Nettetal die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung eines Wertstoffhofs noch nicht geschaffen hatte. Im Herbst 2021 wurden seitens der Stadt Nettetal dann die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bau und Betrieb des Wertstoffzentrums geschaffen und die Aufgabe der Wertstoffsammlung

auf den Kreis Viersen übertragen. Die Genehmigung durch die Bezirksregierung für die Errichtung und den Betrieb des Logistikzentrums erfolgte am 26.08.2021. Die Inbetriebnahme der Anlage ist für das Jahr 2024 geplant.

Die Aufgabe der Wertstoffsammlung im Bringsystem wurde von der Gemeinde Schwalmtal auf den Kreis Viersen übertragen. Mit der Übertragung der Aufgaben hat der Kreis Viersen den im Rahmen eines Versuchs durch die Gemeinde Schwalmtal beauftragten Wertstoffhof in Schwalmtal übernommen. Die Verlängerungsvereinbarung zur Durchführung des Probetriebs durch die RVA Waldniel endet am 30.06.2022.

Im Jahr 2018 wurde mit den Planungen zur Endrekultivierung der Altdeponie Viersen I begonnen. Die Bauleistungen für die Ertüchtigung der Oberflächenabdichtung haben im Herbst 2021 begonnen und werden abhängig von der Wetterlage und der Materialverfügbarkeit voraussichtlich im Winter 2022/2023 fertig gestellt sein. Für die Deponie Brüggen I soll im Jahr 2022 die Deponiegastechnik ertüchtigt werden. Geplant ist der Einbau einer Schwachgasbehandlungsanlage zur optimierten Entgasung des Deponiekörpers.

Ab dem Jahr 2023 sind die meisten gastronomischen Betriebe verpflichtet den Kunden auch Mehrweg-Geschirr anzubieten. Gemeinsam mit der DEHOGA Nordrhein e.V. und der IHK Mittlerer Niederrhein hat der ABV die Kampagne „Kreis Viersen geht den Mehrweg“ entwickelt. Die Kampagne startete am 01.03.2022 und fördert das Mehrwegangebot der Betriebe im Kreis Viersen.

Zur Verbesserung der Serviceleistung hinsichtlich der Abfallberatung für Privatpersonen plant der ABV die Entwicklung einer Abfall-App mit relevanten Informationen für die Bürger des Kreises Viersen sowie die Erstellung einer neuen Website mit eigener Domain. Die Programmierung der App wurde bereits in Auftrag gegeben und soll noch im Jahr 2022 zum Download zur Verfügung stehen.

Für das Wirtschaftsjahr 2022 wird mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis gerechnet. Forderausfälle oder Umsatzrückgänge durch die anhaltende Corona Pandemie sind nicht zu befürchten. Die Entwicklung der Müllmengen in den privaten Haushalten bleibt abzuwarten, da der Anteil der Beschäftigten im Homeoffice auch nach Auslaufen der Homeoffice-Pflicht höher sein wird als vor der Corona-Pandemie. Durch die Folgen der Corona-Pandemie, durch den Krieg in der Ukraine und durch die Sanktionen gegen Russland sind die Lieferketten gestört. Schwierigkeiten auf den Beschaffungsmärkten und höhere Preise für Rohstoffe können sowohl zu Verteuerungen und Verzögerungen der Bauprojekte auf den Deponien als auch zu höheren Baukosten für das Wertstoff- und Logistikzentrum führen. Der Umbau der Energiewirtschaft zwecks Reduzierung der Abhängigkeit von fossiler Energie aus Russland lässt die Energiepreise stark steigen. Die gestiegenen Energiepreise werden bei den Entsorgungsdienstleistern zu höheren Kosten führen, die unter Berücksichtigung der jeweiligen vertraglichen Vereinbarungen dann auch zu höheren Kosten beim ABV führen werden. Der Anstieg der Energiepreise betrifft auch die eigenen Stromkosten des ABV für den Betrieb der Gasfackeln auf den Deponien. Insofern ist auch die

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des ABV negativ von der Corona-Pandemie und dem Krieg in der Ukraine betroffen.

IV. Chancen- und Risikobericht

Zu den strategischen Überlegungen des Abfallbetriebs gehört die Optimierung der Abfallsammellogistik im Kreisgebiet. Die in diesem Zusammenhang mit den neun Städten und Gemeinden geführten Gespräche sowie die begleitende INFA-Untersuchung zeigten, dass insbesondere eine Kooperation der drei Westgemeinden vorteilhaft wäre. Der ABV hat den drei Kommunen ein konkretes Angebot zur Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Abfallwirtschaft übermittelt. Ob die Westgemeinden den ABV entsprechend beauftragen werden, wurde noch nicht abschließend entschieden. Zudem gibt es weitere Sondierungsgespräche mit anderen Kommunen. Diese beinhalten auch das Angebot seitens des ABV für die Kommunen unterstützend tätig zu werden. Hier zeigt sich an verschiedenen Stellen ein grundsätzliches Interesse. So wurde in 2021 die Stadt Tönisvorst bei der Ausschreibung der Abfallsammlung vom ABV unterstützt. Zudem erledigt der ABV zentral für alle Kommunen die Abwicklung der Abrechnungsmodalitäten mit den Dualen Systemen bei der Verpackungsmüll-Vereinbarung.

Das vorgesehene WLZ im Gewerbegebiet Nettetal-West in Nettetal-Kaldenkirchen macht den Abfallbetrieb des Kreises Viersen unabhängiger von Marktmechanismen im Bereich des Umschlags von Abfällen. Bezogen auf einzelne Abfälle gibt es keine (Bioabfall) oder nur eine (Restmüll) geeignete Umschlagsmöglichkeiten innerhalb des Kreisgebietes. Wenn der Abfallbetrieb über eine eigene Umschlaganlage verfügt, können künftige Ausschreibungen von Entsorgungsleistungen für die verschiedenen Abfallfraktionen auf die Übernahme der Abfälle ab dieser Anlage bezogen werden, was einen größeren Wettbewerb ermöglicht.

Schließlich zielt auch die beschlossene gemeinsame Bioabfallentsorgung mit dem Kreis Wesel darauf ab, eine langfristige Entsorgungssicherheit und Gebührenstabilität in diesem Bereich zu erreichen.

Im Rahmen des Risikofrüherkennungssystems werden Frühwarnsignale definiert, mit deren Hilfe latente Risiken rechtzeitig erkannt werden können. Hierzu gehört auch eine in 2022 eingeführte rollierende 12-monatige Liquiditätsvorausschau. Sowohl die Kursentwicklung der langfristigen Finanzanlagen als auch die Entwicklung der ebenfalls langfristigen Rückstellungen für Deponiefolgekosten werden kontinuierlich überprüft und den aktuellen Gegebenheiten angepasst, so dass auch potentiell vorhandene langfristige Risiken sichtbar gemacht werden können. Da die Finanzanlagen insbesondere der Finanzierung der Belastung aus den Deponiefolgekosten dienen, ist in der Kursentwicklung der Finanzanlagen einerseits und der Entwicklung der Abzinsungssätze für die Rückstellung andererseits ein wesentliches Finanzrisiko zu sehen.

Organe und deren Zusammensetzung

Betriebsleitung	Andreas Budde (erster Betriebsleiter bis 14.01.2022) Herr Rainer Röder (erster Betriebsleiter seit 15.01.2022) Christian Böker (Betriebsleiter)
Betriebsausschuss	Manfred Wolfers jun. (Vorsitzender) Hans-Willy Troost Ralf Hussag Hans-Joachim Kremser Reinhardt Lüger Anne Kolanus Dr. Dirk Louy Jens-Christian Winkler

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 11 Mitgliedern 1 Frau an (Frauenanteil: 9 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

3.3.1.2 Bioabfallverband Niederrhein

Bioabfallverband Niederrhein

Rathausmarkt 3

41747 Viersen

Telefon: 02162 / 39 - 1208

Telefax: 02162 / 39 - 1222

Internet: www.bavn.de

Zweck der Beteiligung

Der Bioabfallverband Niederrhein wurde am 26. August 2016 gegründet. Aufgabe des Zweckverbandes ist es insbesondere, die den Verbandsmitgliedern als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger nach den Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und der landesabfallrechtlichen Regelungen in Nordrhein-Westfalen zugewiesenen Aufgaben in eigener Zuständigkeit wahrzunehmen.

Der Zweckverband erfüllt an Stelle seiner Mitglieder die Aufgaben der Entsorgung der im Verbandsgebiet angefallenen und zu überlassenden Bioabfälle im Sinne des § 3 Abs. 7 KrWG aus privaten Haushaltungen gemäß §§ 17 Abs. 1, 20 Abs. 1 i.V.m. § 5 LAbfG NRW, jeweils in der jeweils geltenden Fassung, soweit diese nach der jeweiligen Abfallsatzung der Verbandsmitglieder über die zur Verfügung gestellten Bioabfallbehälter (braune Tonne) bereitzustellen sind. Hierzu gehören alle Tätigkeiten und Anforderungen, die für eine ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung im Sinne der §§ 20 Abs. 1, 6 ff. KrWG erforderlich sind sowie notwendigen technischen Einrichtungen. Von der Übertragung nicht umfasst sind die Aufgaben der Einsammlung und Beförderung der im Gebiet der kreisangehörigen Gemeinden anfallenden und ihnen zu überlassenden Abfälle gemäß § 5 Abs. 6 LAbfG NRW sowie der Betrieb der Umladestationen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zweckes ergibt sich aus dem in der Satzung festgelegten Gegenstand des Zweckverbandes. Der Zweckverband hat die öffentliche Zielsetzung eingehalten und erreicht. Weitergehende Ausführungen können dem unten aufgeführten Lagebericht entnommen werden.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Verbandsmitglieder	Vertreter in der Verbandsversammlung	Anteil in Prozent
Kreis Viersen	8	50,00
Kreis Wesel	8	50,00
	16	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Bioabfallverband Niederrhein (BAVN) hat der Niederrheinischen Bioanlagen GmbH (NBG) Verwaltungskosten in Höhe von 220 TEUR erstattet. Vertragsgemäß wurden Darlehenstranchen in Höhe von insgesamt 10.000 TEUR an die NBG weitergereicht.

Vom Kreis Viersen wurden vertragsgemäße Darlehenstranchen in Höhe von 2.750 TEUR an den BAVN ausgezahlt.

Der Bioabfallverband Niederrhein hat vom Abfallbetrieb des Kreises Viersen (ABV) eine Umlage für die Verbandskosten in Höhe von 4.186 TEUR erhalten. Zusätzlich wurden vom ABV vertragsgemäße Darlehenstranchen in Höhe von 2.500 TEUR an den BAVN ausgezahlt.

Für die Entsorgung der Bioabfälle aus dem Kreis Viersen wurde vom BAVN eine Zahlung an die Kreis Weseler Abfallgesellschaft Regio mbH in Höhe von 7.759 TEUR geleistet.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO		EURO	EURO	EURO
Anlagevermögen	10.210.173	149.750	10.060.423	Eigenkapital	0	0	0
Umlaufvermögen	684.099	510.854	173.245	Sonderposten	149.750	149.750	0
				Rückstellungen	151.883	151.288	595
				Verbindlichkeiten	10.592.639	51.474	10.541.165
Aktive Rechnungsabgrenzung	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzung	0	308.092	-308.092
Bilanzsumme	10.894.272	660.604	10.233.668	Bilanzsumme	10.894.272	660.604	10.233.668

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO
1. Umsatzerlöse	0,00	0,00	0,00
2. sonstige betriebliche Erträge	8.042.137,38	196.000,00	7.846.137,38
3. Materialaufwand	0,00	0,00	0,00
4. Personalaufwand	0,00	0,00	0,00
5. Abschreibungen	0,00	0,00	0,00
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-8.051.221,43	-196.000,00	-7.855.221,43
7. Finanzergebnis	9.084,05	0,00	9.084,05
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	0,00	0,00	0,00
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	0,00	0,00	0,00

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%	%
Eigenkapitalquote	1,37	22,67	-21,29
Eigenkapitalrentabilität	-	-	-
Anlagendeckungsgrad 2	1,47	100,00	-98,53
Verschuldungsgrad	7.174,97	135,40	7.039,57
Umsatzrentabilität	-	-	-

Personalbestand

Der Zweckverband verfügt über kein eigenes Personal.

Geschäftsentwicklung

Bericht über den Ablauf des Haushaltsjahres 2021

Der BAVN besteht seit dem 26.08.2016 und verfügt über kein eigenes Personal. Sein Zweck ist die gemeinsame Wahrnehmung von Aufgaben der Abfallwirtschaft der Kreise Viersen und Wesel.

Aufgrund der Beschlüsse der Kreistage Viersen und Wesel gründete der BAVN als alleiniger Gesellschafter am 05.04.2017 die Niederrheinische Bioanlagen Gesellschaft mbH (NBG). Das Stammkapital der NBG beträgt 25.000 € und wurde vollständig vom BAVN eingezahlt. Die dem BAVN dafür übertragenen Vermögenswerte sind zweckgebunden investiert. Die Beteiligung wird in der Bilanz als Finanzanlage bzw. Sonderposten ausgewiesen. Der BAVN beauftragt die NBG mit den Planungs- und Errichtungsarbeiten sowie der Finanzierung einer Bioabfallbehandlungsanlage am Standort des Abfallentsorgungszentrums Asdonkshof in Kamp-Lintfort. Auf Basis des Planungsauftrages finanziert der BAVN über eine Kostenumlage gegenüber den Verbandsmitgliedern die zur Aufgabenerfüllung notwendigen, laufenden Kosten der NBG.

Neben dem Kreis Wesel und der Stadt Kamp-Lintfort ist der BAVN zu 49,9 % an der Kreis Weseler Abfallgesellschaft Regio mbH (KWA Regio) beteiligt. Seit dem 01.01.2021 ist der BAVN originär für die Entsorgung der Bioabfälle aus dem Verbandsgebiet zuständig. Die Bioabfälle aus dem Kreis Wesel werden von der KWA Regio behandelt und verwertet. Die Anlagen für die Bioabfallbehandlung pachtet die KWA Regio von der Kreis Weseler Abfallgesellschaft (KWA). Die Kapazitäten der Anlagen reichen derzeit nicht aus, um die Bioabfälle des gesamten Verbandsgebiets dort zu behandeln. Daher hat die KWA Regio ab dem 01.01.2021 die Entsorgung der Bioabfälle aus dem Kreis Viersen an die Reterra Service GmbH vergeben. Die entsprechenden Rechte und Pflichten wurden vom BAVN vertraglich auf die KWA Regio übertragen. Der Vertrag zwischen der KWA Regio und Reterra über die Entsorgung der Bioabfälle aus dem Kreis Viersen läuft bis zum 31.12.2022 mit einjähriger Verlängerungsoption. Nach Inbetriebnahme der im Bau befindlichen Bioabfallbehandlungsanlage erfolgt die Behandlung aller Bioabfälle aus dem Verbandsgebiet in der neuen Anlage am Standort des Abfallentsorgungszentrums Asdonkshof (AEZ). Die Verbandsmitglieder lassen die Kosten der KWA Regio und die Kosten der NBG in ihre Gebührenerhebung einfließen. Die Erhebung der Umlagen gegenüber den Verbandsmitgliedern, die Abwicklung des Planungs- und Errichtungsvertrages mit der NBG und die bei der KWA Regio anfallenden Entsorgungskosten stellen beim BAVN die wesentlichen Einnahmen und Ausgaben dar und haben den größten Einfluss auf die Ertragslage des Zweckverbandes.

In der Sitzung am 19.12.2018 fasste die Verbandsversammlung des BAVN auf Grundlage der von der NBG vorgestellten Entwurfsplanung den Beschluss zur Errichtung der Bioabfallbehandlungsanlage. Gleichzeitig stimmte die Verbandsversammlung zur Finanzierung des Vorhabens der Aufnahme von Darlehen zu, die mit der Sitzung vom 30.09.2020 auf eine Höhe von insgesamt 17,6 Mio. € bei dem Kreis Viersen/dem Abfallbetrieb des Kreises Viersen und dem Kreis Wesel sowie auf eine Höhe von weiteren 17,6 Mio. € bei der KfW-Bank festgelegt wurden. Im Jahr 2021 wurden insgesamt 10 Mio. € der von dem Kreis Viersen/dem Abfallbetrieb des Kreises Viersen und dem Kreis Wesel zur Verfügung gestellten Mittel abgerufen. Am 14.12.2021 wurde ein weiterer Darlehensvertrag über 13,6 Mio. € zwischen dem BAVN als Darlehensgeber und der NBG als Darlehensnehmerin aus Mitteln der KfW-Bank gezeichnet. Die Kreditzusage der KfW-Bank über 13,6 Mio € erfolgte am 23.12.2021. Im Jahr 2021 wurden seitens des

BAVN keine Darlehensmittel bei der KfW-Bank abgerufen und somit auch keine Mittel aus diesem Darlehensvertrag an die NBG weitergereicht. Die Zinsansprüche seitens des BAVN gegenüber der NBG sind bis zum vollständigen Abruf der Darlehen gestundet und werden den Darlehenssummen zugeschlagen.

In der Verbandsversammlung am 6. Oktober 2021 hat Herr Andreas Budde die Wahl zum neuen Verbandsvorsteher angenommen. Herr Helmut Czichy wurde zu seinem Stellvertreter gewählt. Da Herr Budde Anfang 2022 aus dem Dienst des Kreises Viersen ausgeschieden ist, endete zu diesem Zeitpunkt auch seine Tätigkeit für den BAVN. Herr Rainer Röder hat als sein Nachfolger die Wahl zum neuen Verbandsvorsteher Anfang 2022 angenommen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Wie aus der Bilanz hervorgeht, besteht die Aktivseite zu 93,7 % aus Finanzanlagevermögen und zu 6,3 % aus Umlaufvermögen. Die Passivseite weist zu 1,4 % wirtschaftliches Eigenkapital und zu 98,6 % Fremdkapital auf. Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hat der BAVN nicht zu verzeichnen.

Zukunftsbezogene Berichterstattung

Gegen die Kreistagsbeschlüsse der Kreise Viersen und Wesel vom 30.06.2016 zur Gründung des BAVN wurde eine Vergabebeschwerde bei der Vergabekammer Rheinland eingelegt. Diese wies die Vergabekammer Rheinland mit Beschluss vom 23.04.2018 zurück. Die hiergegen eingelegte sofortige Beschwerde beim Oberlandesgericht Düsseldorf wurde in der mündlichen Verhandlung am 12.09.2018 nach ausführlicher Bestätigung der Rechtsposition der beklagten Zweckverbandsmitglieder durch das Oberlandesgericht zurückgezogen. Sowohl die Vergabekammer Rheinland als auch das Oberlandesgericht Düsseldorf bestätigten damit vollumfänglich die Rechtmäßigkeit der Gründung des BAVN und der Übertragung der Entsorgungsaufgaben der Kreise Viersen und Wesel für die im Verbandsgebiet anfallenden Bioabfälle auf den BAVN.

Der BAVN beabsichtigt Anfang 2024 die ihm zu überlassenden Bioabfälle in einer eigenen Anlage zu behandeln. Im Vorgriff darauf treibt der BAVN über die NBG unter anderem die Planungen zur Errichtung der Teilstromvergärungsanlage mit nachgeschalteter Kompostierung voran. Durch die geplante Behandlungsanlage wird eine marktunabhängige und langfristige Entsorgungssicherheit für die Verbandsmitglieder geschaffen. Zudem ermöglichen die Mengen und die strukturelle Zusammensetzung der Bioabfälle aus den beiden Kreisen eine optimale und damit hochwertige energetische Verwertung des Bioabfalls. Die Mengenbündelung führt zu dem zu einer Kostendegression beim Anlagenbetrieb, so dass ökologische und ökonomische Vorteile in dem Vorhaben vereint werden.

In 2019 wurde mit der Genehmigungsplanung der Bioabfallbehandlungsanlage begonnen. Der Genehmigungsantrag wurde im Dezember 2019 eingereicht. Am 4. Mai 2021 wurde der Genehmigungsbescheid durch die Bezirksregierung Düsseldorf erteilt. Anschließend folgten in 2021 die ersten Baumaßnahmen in Form von Abriss-, Erdbau- und Rohrleitungsbauarbeiten. Im Laufe des Jahres 2022 werden die Hochbauarbeiten für die Bereiche Kompostierung und Vergärung beginnen. Die Bauarbeiten liegen im Zeitplan, so dass die Inbetriebnahme der Anlage Anfang 2024 weiter als Ziel gesetzt ist. Für das Haushaltsjahr 2022 wird ein ausgeglichenes Ergebnis

erwartet. Kreisumlagen von 8.551.833 € stehen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von 8.346.783 € und sonstige ordentliche Aufwendungen von 144.800 € gegenüber.

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in 2022 werden aufgrund der operativen Tätigkeiten des BAVN nicht erwartet. Die anziehende Inflation führt zu steigenden Kreditzinsen, die sich negativ auf die Zinsbelastung des BAVN durch die noch abzurufenden Darlehen bei der KfW-Bank auswirken werden. Aufgrund steigender Energiekosten werden sich die an die KWA Regio zu leistenden Entsorgungskosten für die Behandlung der Bioabfälle voraussichtlich erhöhen.

Der Krieg in der Ukraine und die Sanktionen gegen Russland werden voraussichtlich keine relevanten wirtschaftlichen Auswirkungen beim BAVN haben, da im Herbst 2021 mit den ausführenden Baufirmen fast ausnahmslos Pauschalpreise vertraglich vereinbart wurden. Ob die Baufirmen Ansprüche gemäß § 313 BGB 8 (Störung der Geschäftsgrundlage) geltend machen, bleibt abzuwarten.

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsvorsteher

Helmut Czichy

Verbandsversammlung

Wahlzeit: 01.01.2021 - 31.12.2021

Sebastian Achten

Andreas Budde

Helmut Czichy

Elisabeth Hanke-Beerens

Renè Heesen

Jürgen Heinen

Hans-Joachim Kremser

Rudolf Kretz-Manteuffel

Lars Löding

Reinhardt Lüger

Bert Mölleken

Axel Paulik

Jürgen Preuß

Wilhelm Trippe

Hans-Willy Troost

Manfred Wolfers jun

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 16 Mitgliedern 1 Frau an (Frauenanteil: 6,25 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

3.3.1.3 d-NRW AöR

d-NRW AöR

Anstalt öffentlichen Rechts

Rheinische Straße 1

44137 Dortmund

Telefon: 0231 / 222438-10

Telefax: 0231 / 222438-11

Internet: www.d-nrw.de

Zweck der Beteiligung

Die rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts wurde durch das Gesetz über die Errichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“ vom 25. Oktober 2016 mit Wirkung zum 1. Januar 2017 errichtet. Sie unterstützt ihre Träger und – soweit ohne Beeinträchtigung ihrer Aufgaben möglich – andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Informationstechnische Leistungen, die der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dienen, erbringt sie insbesondere im Rahmen von staatlich-kommunalen Kooperationsprojekten. Die Anstalt unterstützt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des E-Government-Gesetzes Nordrhein-Westfalen. Ihre Leistungen gegenüber ihren Trägern und anderen öffentlichen Stellen erbringt die AöR auf Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages nach den §§ 54 bis 62 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem im Gesetz über die Errichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“ festgelegten Gegenstand.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gemeinsame Träger der d-NRW AöR sind das Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch das für Inneres zuständige Ministerium sowie die Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände des Landes Nordrhein-Westfalen, die der Anstalt beitreten und eine einmalige Stammkapitaleinlage in Höhe von 1.000 Euro entrichten. Die Träger der d-NRW AöR sind auf der Homepage der Gesellschaft aufgeführt. Unter ihnen befinden sich auch die übrigen vier Verbandsmitglieder des KRZN (Kreise Kleve und Wesel sowie Städte Bottrop und Krefeld).

Träger	Kapitaleinlage	
	in Euro	in Prozent
Kommunen (insgesamt 283)	281.000	21,94
Kreis Viersen	1.000	0,08
Land NRW	1.000.000	78,06
	1.281.000	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Keine. Die Träger unterstützen die Anstalt bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit der Maßgabe, dass ein Anspruch der Anstalt gegen die Träger oder eine sonstige Verpflichtung der Träger, der Anstalt Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht besteht.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO		EURO	EURO	EURO
Anlagevermögen	75.850	77.425	-1.575	Eigenkapital	2.809.752	2.799.752	10.000
Umlaufvermögen	20.520.081	12.935.047	7.585.034	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	3.339.662	1.883.658	1.456.004
				Verbindlichkeiten	14.451.605	8.333.060	6.118.545
Aktive Rechnungsabgrenzung	5.088	3.998	1.090	Passive Rechnungsabgrenzung	0	0	0
Bilanzsumme	20.601.020	13.016.471	7.584.549	Bilanzsumme	20.601.020	13.016.471	7.584.549

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021		2020		Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO
1. Umsatzerlöse	51.001.544,75	28.061.527,33	22.940.017,42		
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	0,00	0,00		
3. sonstige betriebliche Erträge	344.201,31	22.953,89	321.247,42		
4. Materialaufwand	-47.342.141,81	-24.774.858,64	-22.567.283,17		
5. Personalaufwand	-3.312.697,13	-2.343.268,81	-969.428,32		
6. Abschreibungen	-39.777,47	-55.211,69	15.434,22		
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	-636.770,92	-736.465,46	99.694,54		
8. Finanzergebnis	-31.327,63	-31.173,34	-154,29		
9. Ergebnis nach Steuern	-16.968,90	143.503,28	160.472,18		
10. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	0,00	0,00	0,00		

Kennzahlen

	2021		2020		Veränderung 2021 zu 2020
	%	%	%	%	%
Eigenkapitalquote	13,64	21,51	-7,87		
Eigenkapitalrentabilität	0,00	0,00	0,00		
Anlagendeckungsgrad 2	3.704,34	3.616,07	88,27		
Verschuldungsgrad	633,20	364,92	268,28		
Umsatzrentabilität	0,00	0,00	0,00		

Personalbestand

Die d-NRW AöR hat im Jahr 2021 im Durchschnitt 62 (Vorjahr: 43) Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen beschäftigt.

Geschäftsentwicklung

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die d-NRW AöR ist auf der Grundlage des Gesetzes vom 25.10.2016 über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“, das am 05.11.2016 in Kraft getreten ist — geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23.01.2018 (GV. NRW. S. 90), in Kraft getreten am 02.02.2018, durch Artikel 3 des Gesetzes vom 30.06.2020 (GV. NRW. S. 644), in Kraft getreten am 14.07.2020 und durch Artikel 5 des Gesetzes vom 01.02.2022 (GV. NRW. S. 122), in Kraft getreten am 19.02.2022 — seit dem Jahreswechsel 2016/2017 als Rechtsnachfolgerin der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG und der d—NRW Besitz-GmbH Verwaltungsgesellschaft tätig.

Die d-NRW AöR unterstützt Ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. d-NRW entwickelt und betreibt für die öffentlichen Gesellschafter verwaltungsübergreifende E-Government-Lösungen. Ziele sind die Förderung der kommunal-staatlichen und interkommunalen Zusammenarbeit sowie der Aufbau von modernen, flächendeckenden und wirtschaftlichen E-Government-Komponenten. Überdies unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des nordrhein-westfälischen E-Government-Gesetzes.

Träger der d-NRW AöR sind mit Stand vom 31.12.2021 das Land Nordrhein-Westfalen sowie 283 nordrhein-westfälische Kommunen (Städte, Gemeinden, Kreise inkl. der Städteregion Aachen und die beiden Landschaftsverbände).

II. Geschäftsverlauf

a) Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die deutsche Gesamtwirtschaft ist gegenüber dem Vorjahr, das aufgrund Corona-Pandemie durch eine schwere Rezession gekennzeichnet war, in 2021 um 2,7 % gewachsen. Davon profitiert hat auch die IT-Branche, die ohnehin vergleichsweise gut durch die Krise gekommen ist. Die Pandemie hat auch im weiteren Verlauf dazu beigetragen, die großen Chancen und Potentiale der Digitalisierung noch intensiver zu erschließen und die digitale Transformation weiter zu beschleunigen. Die Digitalisierung der Verwaltung bildete im Zusammenhang mit dem digitalen Wandel von Gesellschaft und Wirtschaft die Grundlage für weiterhin gute Umsätze.

b) Produktentwicklung

Bei der Produktentwicklung standen die Zusammenarbeit von Land und Kommunen im Bereich des Serviceportals.NRW, die Weiterentwicklung des Wirtschafts-Service-Portals.NRW, die Umsetzung verschiedener „nrwGOV-Projekte“, das öffentliche Auftragswesen inklusive der Umsetzung der E-Rechnung, die IT-Unterstützung für die Abwicklung des Förderprogramm-controllings verschiedener Ressorts, die Aufträge für den Ausbau von IT-Lösungen für den Bereich Kinder und Jugend im Geschäftsbereich des MKFFI, die Weiterentwicklung der Online-Sicherheitsprüfung (OSiP), diverse Entwicklungen im Bereich der PfAD-Projekte, der Landesredaktion FIM und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) im Vordergrund.

c) Absatz- Beschaffungspolitik

Wesentliche Vertragspartner auf der Beschaffungsseite waren die BMS Consulting GmbH, Düsseldorf, die Capgemini Deutschland GmbH, Ratingen, die Cassini Consulting AG, Düsseldorf, die cosinex GmbH, Bochum, die Deloitte Consulting GmbH, Düsseldorf, die Detecon International GmbH, Köln, die flowconcept Agentur für Kommunikation GmbH, Oberhaching, die Materna Information & Communications SE, Dortmund, die Nortal AG, Berlin, die publicplan GmbH, Düsseldorf, die T-Systems International GmbH, Düsseldorf, sowie das Kommunale Rechenzentrum Niederrhein, Kamp-Lintfort, und das Kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe, Lemgo. Wesentliche Vertragspartner auf der Absatzseite waren das Land Nordrhein-Westfalen und die Kommunen in NRW.

d) Produktion

Die Produktion erfolgte unmittelbar durch die unter lit. c) genannten Projektpartner auf Beschaffungsseite.

e) Investitionen

Die Anstalt hat im Jahr 2021 keine nennenswerten Investitionsmaßnahmen ergriffen.

f) Finanzierung

Die Finanzierung der Anstalt erfolgte im Geschäftsjahr 2021 vollständig durch die Kostenerstattung aus Aufträgen.

g) Personal

Die Anstalt hat im Jahr 2021 im Durchschnitt 62 Mitarbeiter beschäftigt. Kennzeichnend war – wie bereits in den Vorjahren – die Aufstockung der Personalressourcen infolge von neuen Aufgaben und zunehmenden Projektaufträgen.

h) Umwelt

Umweltrisiken und umweltrechtliche Auflagen oder Anforderungen bestehen nicht. Umweltschutzmaßnahmen wurden infolgedessen nicht durchgeführt.

i) Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr

Der Verwaltungsrat hat- korrespondierend zu der am 13.11.2020 beschlossenen Durchführung einer europaweiten Ausschreibung zur Gewinnung von externen Dienstleistungskapazitäten zur Umsetzung des Online Zugangsgesetzes (OZG) unter Berücksichtigung des zu erwartenden Auftragsvolumens des Konjunkturpaketes des Bundes mit einer Obergrenze von bis zu 200 Mio. EUR und einer Laufzeit von 4 Jahren - im Berichtsjahr der Zuschlagserteilung über einen Rahmenvertrag zur Erbringung von Entwicklungs- und Unterstützungsleistungen mit insgesamt 34 Bietern, die sich auf 6 Lose verteilen, zugestimmt. Überdies hat der Verwaltungsrat der Durchführung von sog. Miniwettbewerben zur Ermittlung des konkreten Partners für die Umsetzung der jeweiligen Bedarfe der Landesverwaltung NRW zugestimmt.

Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der medienbruchfreien Digitalisierung (Landtag NRW, Drucksache 17/15478) ist gemäß Artikel 5 im Berichtsjahr eine Änderung des Errichtungsgesetzes der d-NRW AÖR auf den Weg gebracht worden, die maßgeblich vorsieht, dass der Anstalt durch Rechtsverordnung strategisch bedeutsame Digitalisierungsaufgaben der Landesverwaltung zur ausschließlichen Wahrnehmung übertragen werden können. Auf der Grundlage dieses Gesetzes, das am 19.02.2022 in Kraft getreten ist, ist zu erwarten, dass die Rolle der weiterhin im Wachstum befindlichen Anstalt durch Aufgabenübertragungen zusätzlich gestärkt werden wird.

Die Umsatzsteuersonderprüfung der d—NRW AÖR ist mit Bericht der zuständigen Finanzbehörde vom 04.10.2021 für abgeschlossen erklärt worden. Basierend auf den Feststellungen des Abschlussberichts konnten die Umsatzsteuerjahreserklärungen für die Jahre 2017 bis 2020 abgegeben und die sich ergebenden Nachforderungen in Höhe von insgesamt 2.041 TEUR ausgeglichen werden. Sonstige Forderungen im Zusammenhang mit der Umsatzsteuernachzahlung bestehen nicht. Im Übrigen hat das Finanzamt für Groß- und Konzernprüfung Dortmund im Dezember 2021 angekündigt, dass die Betriebsprüfung der d-NRW AÖR als ergebnislos abgeschlossen wird. Die entsprechende schriftliche Mitteilung der Finanzbehörde erfolgte mit Datum vom 01.02.2022. Steuerliche Unwägbarkeiten zur ertragssteuerlichen Beurteilung des Umwandlungsprozesses zur d-NRW AÖR sind damit ausgeräumt.

III. Lage des Unternehmens

Die d-NRW AÖR konnte im Jahr 2021 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 51.002 verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr (TEUR 28.062) ergibt sich mithin eine signifikante Steigerung der Umsatzerlöse.

a) Vermögenslage

Die Anstalt hat Vermögen in erster Linie durch Erlöse aus Projektaufträgen für Softwarelösungen aufgebaut. Durch die Umwandlung von der privatrechtlichen in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform greift seit dem Jahr 2017 das Kostenerstattungsprinzip.

Wesentliche Bilanzposten	31.12.2020	31.12.2021	Veränderung
Aktiva	T€	T€	T€
Anlagevermögen	77	76	-1
Umlaufvermögen	12.935	20.520	+7.585
Rechnungsabgrenzung	4	5	+1
Passiva			
Eigenkapital	2.800	2.810	+10
Fremdkapital	10.216	17.791	+7.575
Bilanzsumme	13.016	20.601	+7.585

Im Vergleich zum 31.12.2020 hat sich das Umlaufvermögen um +TEUR 7.585 erhöht. Grund dafür sind bei einer Verringerung der bereits geleisteten Anzahlungen (-TEUR 460) vor allem zusätzliche Geldmittel (+TEUR 3.160), erhöhte Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+TEUR 4.007.) sowie eine Zunahme bei den sonstigen Vermögensgegenständen (+TEUR 878).

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital leicht erhöht (+TEUR 10) und das Fremdkapital um +TEUR 7.575 gestiegen. Beim Fremdkapital sind vor allem die „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ (+TEUR 8.575) gewachsen. Demgegenüber sind die „erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen“ (-TEUR 680) sowie die „sonstigen Verbindlichkeiten“ (-TEUR 1.777), die sich Vorjahr im Wesentlichen aus der Umsatzsteuerpflichtigkeit ergeben hatten, im Vergleich zum 31.12.2020 verändert. Die „Rückstellungen“ sind gegenüber dem Vorjahr erhöht (+TEUR 1.456). Maßgeblich sind insoweit vor allem die Einstellungen in die Rückstellungen für Ausgleichsverpflichtungen (+TEUR 1.423), für „sonstige Rückstellungen“ (+TEUR 264) und Rückstellungen für Gewährleistungen (+TEUR 73). Aufgelöst werden konnten im Berichtsjahr demgegenüber die „Rückstellungen für Kulanzgewährung“ (-TEUR 310).

b) Finanzlage

Die Finanzlage der Anstalt ist in 2021 zufriedenstellend gewesen. Finanzierungsquellen waren Aufträge aus dem Kreis der Anstaltsträger. Die Anstalt hat über eine ausreichende Liquidität verfügt.

Die Eigenkapitalquote hat sich im Vergleich zum Vorjahr wegen der höheren Bilanzsumme (+TEUR 7.585), insbesondere aufgrund von erhöhten Geldmitteln (+TEUR 3.160) sowie von erhöhten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+TEUR 4.007), auf 13,6 % (31.12.2020 21,5 %) verringert.

Der Finanzmittelbestand (Bankguthaben, Kassenbestand) beträgt TEUR 10.347 (31.12.2020 TEUR 7.187).

Die Liquidität 2. Grades beträgt 101,9 % (Vorjahr: 98,7 %).

c) Ertragslage

Die Ertragslage hat im Wirtschaftsjahr 2021 in engem Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb in den Produktbereichen Online Zugangsgesetz, Wirtschafts-Service-Portal, Öffentliches Auftragswesen, E-Rechnung, nrwGOV, Förderprogrammcontrolling, Landesredaktion FIM, Serviceportal NRW, Digitales Archiv, Online Sicherheitsprüfung, PfAD, Meldeportal und KiBiz.web sowie den Beratungsleistungen im Bereich der Landesverwaltung gestanden. Diese Bereiche haben sich positiv entwickelt.

	2020 TEUR	2021 TEUR	+/- Vj. TEUR
Betriebserträge	28.084	51.345	+23.261
Betriebsaufwendungen	-28.053	-51.314	+23.261
Finanzergebnis	-31	-31	-0
Jahresergebnis	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>

Für das Geschäftsjahr 2021 wird ein Jahresergebnis von TEUR 0 ausgewiesen. Nach § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR erhebt die Anstalt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt.

Für den Fall von Kostenüberdeckungen ist grundsätzlich von einer Ausgleichsverpflichtung auszugehen. Dieser Ausgleichsverpflichtung ist zunächst – soweit möglich – auftragsindividuell nachzukommen. Sofern dies nicht möglich ist, resultiert aus § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR die grundsätzliche Verpflichtung, in einem Geschäftsjahr insgesamt entstehende Kostenüber- oder -unterdeckungen bei der Entgeltgestaltung zukünftiger Geschäftsjahre entgeltmindernd (Kostenüberschreitung) bzw. entgelterhöhend (Kostenunterdeckung) zu berücksichtigen.

Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	2020 TEUR	2021 TEUR	+/- Vj. TEUR
Projekterlöse	21.273	22.604	+1.331
Dienstleistungen .	7.715	29.819	+22.104
übrige Umsatzerlöse	0	1	+1
	28.988	52.424	+23.436
Aufwand/Ertrag aus Ausgleichsverpflichtung	-624	-1.423	-799
Erlösschmälerungen wegen Korrektur Umsatzsteuer 2017 - 2019	-302	-0	+302
	28.062	51.001	+22.939

Die Materialaufwendungen betreffen im Wesentlichen Leistungen von Subunternehmern für Programmierleistungen. Die Fremdleistungen sind um +TEUR 22.567 auf TEUR 47.342 gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen TEUR 637 (Vorjahr: TEUR 736) betreffen vor allem die allgemeinen Kosten im Zusammenhang mit dem Dienstbetrieb der weiterhin stark im Wachstum befindlichen Anstalt—z.B. Telefonkosten TEUR 21 (Vorjahr: TEUR 11), Raummiete TEUR 185 (Vorjahr: TEUR 185), Fortbildungskosten TEUR 62 (Vorjahr: TEUR 22), Rechts- und Beratungskosten TEUR 52 (Vorjahr: TEUR 74), Arbeitssicherheit/-medizin TEUR 11 (Vorjahr: TEUR 3), Abschluss- und Prüfungskosten TEUR 22 (Vorjahr: TEUR 25), Buchführungskosten TEUR 25 (Vorjahr: TEUR 28) sowie Aufwand für Gewährleistungen TEUR 73 (Vorjahr: TEUR 74).

Bei den Zinsaufwendungen TEUR 31 (Vorjahr: TEUR 31) - ausgewiesen im Finanzergebnis - handelt es sich um Verwahrgeld.

IV. Wesentliche Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

a) Chancen

Hinsichtlich der Umsatz- und Auftragsentwicklung ist die durch die Rechtsformänderung zur AÖR die noch engere Bindung an das Land NRW sowie die größere Nähe zu den kommunalen Trägern nebst der zugehörigen IT-Dienstleister erneut besonders hervorzuheben. Eine wesentliche Chance der Anstalt liegt damit in ihrer Verankerung im kommunal-staatlichen Umfeld. An der Schnittstelle von Land und Kommunen kann die d-NRW AÖR öffentliche Aufgaben im Bereich der kommunal-staatlichen Zusammenarbeit übernehmen und hierfür Aufträge sowohl von Landeseite als auch von kommunaler Seite erwarten. Exemplarisch ist insoweit die neue Rolle der Anstalt als sog. „Kommunalvertreter.NRW“. Die d-NRW AÖR ist damit die zentrale Anlaufstelle der Kommunen für nachnutzbare Online-Dienste im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und sorgt für die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustausches. Weitere Chancen, sich im verwaltungsübergreifenden Umfeld zukünftig noch stärker zu etablieren, wer-

den sich voraussichtlich durch die mit der Änderung des Errichtungsgesetzes verbundenen Möglichkeit, der Anstalt strategische Digitalisierungsaufgaben exklusiv per Rechtsverordnung zu übertragen, ergeben. Damit wird sich die d-NRW AÖR noch stärker in die digitale Transformation einbringen können.

b) Risiken

Unwägbarkeiten ergeben sich im Geschäftsbetrieb der Anstalt weiterhin dadurch, dass in der neuen Rechtsform für Leistungen kostendeckende Entgelte zu erheben sind, d. h. die Erzielung von Gewinn nicht Zweck der Anstalt ist. Insoweit wurde, wie mit der Aufsichtsbehörde vereinbart, eine Rückstellung für Ausgleichsverpflichtungen aufgrund von Kostenüberdeckungen gebildet.

Grundsatzentscheidungen zum E-Government auf Bundes- und Landesebene können die Entwicklungsperspektiven beeinträchtigen, wenn damit erhebliche Verzögerungen für Auftragserteilungen einhergehen. Perspektive Unwägbarkeiten können zudem durch die nordrhein-westfälischen Landtagswahlen im Mai 2022 entstehen, deren Ausgang auch für die weitere Digitalisierung der Verwaltung in NRW bedeutsam sein wird.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Dr. Roger Lienenkamp
Markus Both (allgemeiner Vertreter)

Verwaltungsrat

Mitglied N. N.
Stv. Mitglied: Herr Stefan Keßen, Stadt Hagen
Herr Sebastian Kopietz, Stadt Bochum
Stv. Mitglied: Frau Annekathrin Grehling, Stadt Aachen
Herr Harald Zillikens, Stadt Jüchen
Stv. Mitglied: Herr Dr. Bernhard Baumann, Gemeinde Neunkirchen
Frau Marion Weike, Stadt Werther (Westf.)
Stv. Mitglied: Herr Andreas Wohland, StGB NRW
Herr Martin M. Richter, Kreis Mettmann (Vors.)
Stv. Mitglied: Herr Dirk Brügge, Rhein-Kreis-Neuss
Herr Dr. Marco Kuhn, LKT NRW
Stv. Mitglied: Herr Karim Ahajliu, LKT NRW
Herr Prof. Dr. Andreas Meyer-Falcke, CIO
Stv. Mitglied: Herr Dr. Markus Brakmann (CIO)
Frau Dr. Helma Hagen, MWIDE NRW
Stv. Mitglied: Frau Mareike Klinken, MWIDE NRW
Frau Simone Dreyer, MAGS NRW
Stv. Mitglied: Frau Petra Köster, MAGS NRW
Frau Lee Hamacher, MKFFI
Stv. Mitglied: Frau Dagmar Friedrich, MKFFI

Herr Dr. Heinz Oberheim, FM NRW
Stv. Mitglied: Herr Eckhard Grah, FM NRW
Frau Katharina Jestaedt, IM NRW
Stv Mitglied: Herr Dr. Jörg Flüs, IM NRW
Frau Diane Jägers, MHKBG NRW
Stv. Mitglied: Herr Andreas Happe, MHKBG NRW

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 13 Mitgliedern 6 Frauen an (Frauenanteil: 46 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent erreicht/überschritten.

3.3.1.4 Zweckverband euregio rhein-maas nord

Zweckverband Euregio Rhein-Maas-Nord

Konrad-Zuse-Ring 6

41179 Mönchengladbach

Telefon: 02161 / 6985-0

Telefax: 0 2161 / 6985-555

Internet: www.euregio-rmn.de

Zweck der Beteiligung

Der Zweckverband fördert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf regionaler Ebene; er fördert, unterstützt und koordiniert hierbei die Zusammenarbeit der Mitglieder. Der Zweckverband fördert zudem die Abstimmung und Koordinierung zwischen öffentlichrechtlichen Instanzen, Behörden und gesellschaftlichen Gruppierungen in allen Teilen des Verbandsgebietes. Der Zweckverband berät Mitglieder, Bürger, Unternehmen, Verbände, Behörden und andere Institutionen in grenzübergreifenden Fragen. Die grenzübergreifende Zusammenarbeit findet insbesondere in folgenden Bereichen statt:

- Wirtschaftliche Entwicklung
- Ausbildung und Unterricht
- Arbeitsmarkt
- Verkehr und Transport
- Technologie und Innovation
- Raumordnung
- Kultur und Sport
- Tourismus und Erholung
- Umweltschutz und Abfallwirtschaft
- Naturschutz und Landschaftspflege
- Soziale Angelegenheiten
- Gesundheitswesen
- Katastrophenschutz
- Kommunikation
- Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Priorität haben die Aktivitäten, die einen erkennbaren Nutzen und Mehrwert für die Bürger haben und die Menschen im Verbandsgebiet zusammen bringen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zweckes ergibt sich aus dem in der Satzung festgelegten Gegenstand des Zweckverbands. Der Zweckverband hat die öffentliche Zielsetzung eingehalten und erreicht. Weitergehende Ausführungen können dem unten aufgeführten Lagebericht entnommen werden.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Verbandsmitglieder	Vertreter in der Verbandsversammlung	Anteil in Prozent
Gemeente Beesel	2	2,35
Gemeente Bergen	2	2,35
Gemeente Echt-Susteren	2	2,35
Gemeente Gennepe	2	2,35
Gemeente Horst aan de Maas	2	2,35
Gemeente Leudal	2	2,35
Gemeente Maasgouw	2	2,35
Gemeente Nederweert	2	2,35
Gemeente Peel en Maas	3	3,53
Gemeente Roerdalen	3	3,53
Gemeente Roermond	4	4,71
Gemeente Venlo	6	7,06
Gemeente Venray	3	3,53
MKB Limburg	3	3,53
Gemeinde Brüggen	1	1,18
Gemeinde Niederkrüchten	1	1,18
Gemeinde Schwalmtal	1	1,18
Gemeinde Selfkant	1	1,18
Stadt Düsseldorf	6	7,06
Stadt Geldern	1	1,18
Stadt Krefeld	6	7,06
Stadt Mönchengladbach	6	7,06
Stadt Nettetal	1	1,18
Stadt Straelen	1	1,18
Stadt Wassenberg	1	1,18
Stadt Wegberg	1	1,18
Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein	2	2,35
Kreis Kleve	5	5,88
Kreis Viersen	6	7,06
Niederrheinische Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel-Kleve zu Duisburg	1	1,18
Rhein-Kreis Neuss	6	7,06
	85	100

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Viersen hat in 2021 24 TEUR an die Euregio Rhein-Maas-Nord geleistet. Mit den übrigen Beteiligungen des Kreises Viersen bestehen zu der euregio keine wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO		EURO	EURO	EURO
Anlagevermögen	41.144	28.451	12.693	Eigenkapital	377.330	378.236	-906
Umlaufvermögen	965.251	916.708	48.544	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	76.683	55.530	21.152
				Verbindlichkeiten	516.165	516.852	-687
Aktive Rechnungsabgrenzung	7.402	5.459	1.942	Passive Rechnungsabgrenzung	43.620	0	43.620
Bilanzsumme	1.013.798	950.619	63.179	Bilanzsumme	1.013.798	950.619	63.179

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO
1. Erträge aus Umlagen der Zweckverbandsmitglieder	1.725.379,43	1.608.350,52	117.028,91
2. sonstige betriebliche Erträge	7.054,69	2.763,60	4.291,09
3. Personalaufwand	-1.019.616,37	-1.015.374,61	-4.241,76
4. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-87.405,40	-60.534,69	-26.870,71
5. Abschreibungen	-20.376,53	-22.356,04	1.979,51
6. Transferaufwendungen	-359.728,11	-293.240,65	-66.487,46
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	-271.713,66	-221.180,60	-50.533,06
8. Finanzergebnis	-1.127,11	10,00	-1.137,11
9. Außerordentliches Ergebnis	26.626,62	0,00	26.626,62
10. Ergebnis vor Steuern	-906,44	-1.562,47	656,03
11. Jahresüberschuss (+)/- fehlbetrag (-)	-906,44	-1.562,47	656,03

Kennzahlen

	2021		2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%		%
Eigenkapitalquote	37,22		39,79	-2,57
Eigenkapitalrentabilität	-0,24		-0,41	0,17
Anlagendeckungsgrad 2	917,08		1.329,41	-412,32
Verschuldungsgrad	157,12		151,33	5,79
Umsatzrentabilität	0,00		0,00	0,00

Personalbestand

Zum Bilanzstichtag 31.12.2021 waren beim Zweckverband einschließlich Geschäftsführer 21 Mitarbeiter beschäftigt.

Geschäftsentwicklung

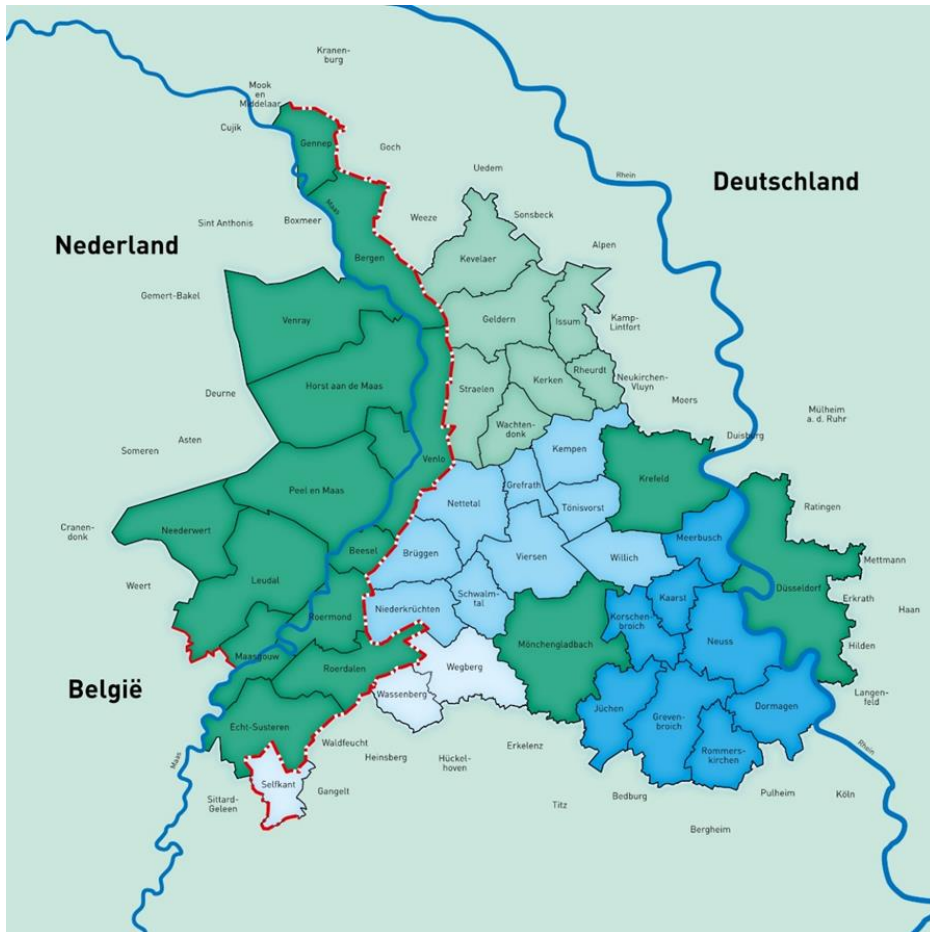
1. Allgemeines

Die euregio rhein-maas-nord arbeitet seit ihrer Gründung im Jahr 1978 daran, die Europäische Integration in ihrem Arbeitsgebiet voranzutreiben und grenzüberschreitende Strukturen und Netzwerke zu schaffen. Seit Juni 2004 ist die euregio rhein-maas-nord ein öffentlich-rechtlicher Zweckverband.

Im Jahr 2021 hatte die euregio rhein-maas-nord 31 deutsche und niederländische Mitglieder (Städte, Gemeinden, Kreise und Industrie- und Handelskammern). Es gab im Vergleich zu 2020 keine Änderungen, jedoch wurde der Zutritt dreier neuer Mitglieder zum 01.01.2022 im Jahr 2021 besiegelt. Es handelt sich um den Kreis Heinsberg und die Gemeinden Sittard-Geleen und Beekdaelen. Zum 31.12.2019 haben die Gemeinden Bergen und Gennep ihre Mitgliedschaft gekündigt. Die dreijährige Kündigungsfrist läuft bis zum 31.12.2022. Die Kündigung wird mit der Ausrichtung der beiden Gemeinden auf die Euregio Rhein-Waal begründet.

2. Das Gebiet

Das Arbeitsgebiet der euregio rhein-maas-nord umfasst die niederländischen Regionen Noord- en Midden-Limburg, sowie auf deutscher Seite den Kreis Viersen, die kreisfreien Städte Krefeld und Mönchengladbach, die Landeshauptstadt Düsseldorf, den Rhein-Kreis Neuss, den Südteil des Kreises Kleve, die Städte Nettetal, Wassenberg und Wegberg sowie die Gemeinden Niederkrüchten, Schwalmtal und Selfkant. Zurzeit leben in der euregio rhein-maas-nord auf einer Fläche von rund 3.678,8 Quadratkilometern ca. 2,5 Mio. Menschen.



3. Die Zielsetzung

Der Zweckverband euregio rhein-maas-nord hat die Aufgabe, die regionale grenzüberschreitende Zusammenarbeit seiner Mitglieder zu fördern, zu unterstützen und zu koordinieren. Dazu werden unterschiedlichste Aktivitäten entwickelt, Programme und Projekte erarbeitet und durchgeführt sowie finanzielle Mittel beantragt, bzw. zur Verfügung gestellt.

Die euregio rhein-maas-nord ist außerdem bestrebt die Chancen für Bürger, Unternehmen, Verbände, Behörden und andere Institutionen in grenzüberschreitenden Angelegenheiten zu erweitern, zu verbessern und das gegenseitige Verständnis zu fördern.

Die grenzübergreifende Zusammenarbeit findet laut euregio-Satzung insbesondere in folgenden Bereichen statt:

- a) Wirtschaftliche Entwicklung,

- b) Ausbildung und Unterricht,
- c) Arbeitsmarkt,
- d) Verkehr und Transport,
- e) Technologie und Innovation,
- f) Raumordnung,
- g) Kultur und Sport,
- h) Tourismus und Erholung,
- i) Umweltschutz und Abfallwirtschaft,
- j) Naturschutz und Landschaftspflege,
- k) Soziale Angelegenheiten,
- l) Gesundheitswesen,
- m) Katastrophenschutz,
- n) Kommunikation,
- o) Öffentliche Sicherheit und Ordnung.

Priorität haben die Aktivitäten, die einen erkennbaren Nutzen und Mehrwert für die Bürger, Institutionen (wie z. B. Vereine und Verbänden) und die kleinen und mittleren Unternehmen im euregio-Gebiet haben und diese zusammenbringen.

2021 war ein wichtiges Durchführungsjahr für die euregio-Vision 2030, in der die konkreten Ziele der Organisation neu festgelegt wurden. Dies war notwendig geworden, weil auf europäischer Ebene momentan die Kohäsionspolitik neugestaltet wird und weil sich auch die Rahmenbedingungen in der Region geändert haben. Die Arbeit der euregio rhein-maas-nord soll sich in den kommenden Jahren nach der euregio-Vision an die folgenden sechs Themen ausrichten, die sich als „euregio-Haus“ abbilden lassen:

- Ein bürgernahes Europa (als Fundament für die Organisation)
- Ein friedliches und geeintes Europa (als übergeordnetes Ziel für die Organisation)
- Ein CO2-freies Europa
- Ein vernetztes Europa
- Ein intelligentes Europa
- Ein soziales Europa (als vier inhaltliche Säulen)



4. Die Organisation

Am 24. Juni 2004 wurde der deutsch-niederländische Zweckverband euregio rhein-maas-nord auf der Basis der Satzung vom 25. Mai 2003 gegründet. Die konstituierende Sitzung der Verbandsversammlung hat am 12. Juli 2004 stattgefunden. Oberstes Organ der euregio rhein-maas-nord ist die Verbandsversammlung. Die euregio-Mitglieder entsenden ihre (politischen) Vertreter in dieses Gremium. Insgesamt sind im Jahr 2021 in der Verbandsversammlung 85 Personen stimmberechtigt. Die Beschlüsse der Verbandsversammlung werden vom Vorstand und der Geschäftsführung vorbereitet und umgesetzt.

Der Vorstand besteht aus 10 Mitgliedern (5 Vertreter der niederländischen und 5 Vertreter der deutschen Mitglieder). Der Vorsitzende des Vorstandes, sein Stellvertreter und die weiteren Mitglieder des Vorstandes wurden von der Verbandsversammlung im Dezember 2018 für die Dauer von vier Jahren gewählt. Zum 01.01.2021 wechselte der Vorsitz von Antoin Scholten auf Krefelds Oberbürgermeister Frank Meyer.

Die festen Fachausschüsse:

- Ausschuss Wirtschaft und Tourismus,
- Ausschuss Arbeitsmarkt und Bildung,
- Ausschuss Raumordnung, Infrastruktur, Mobilität, Umwelt und Energie,
- Ausschuss Soziale Angelegenheiten, Kultur und Sport

- Ausschuss Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Gesundheit

haben auch 2021 trotz Pandemie getagt und wurden inhaltlich mit interessanten Gästen aufgewertet. Neben den Fachausschüssen ist der Interreg-Ausschuss weiterhin als separater Ausschuss tätig, um die Rolle der euregio rhein-maas-nord als Partner im Interreg-Programm zu gestalten und zu begleiten. In den Interreg-Ausschuss entsendet die jeweilige Verwaltung einen Dezernenten oder einen Hauptverwaltungsbeamten. Die Protokolle der Sitzungen wurden der Verbandsversammlung auch 2021 zur Kenntnis vorgelegt.

Zur Geschäftsstelle in Mönchengladbach gehörten im Jahr 2021 zwanzig MitarbeiterInnen (acht davon in Teilzeit), die zum Teil über Mitgliedsumlagen und zum Teil über Projekte im Bereich Wirtschaft und Tourismus finanziert werden (hauptsächlich INTERREG VA Deutschland-Niederland / Strukturelle GIP-Finanzierung / EaSI 2020-2021).

Aktivitäten der Organisation

a. Corona-Krise

Das Jahr 2021 stand wie auch schon 2020 hauptsächlich im Zeichen der Corona-Pandemie, die ab März 2020 die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Arbeit der euregio rhein-maas-nord maßgeblich beeinflusst hat. Im Folgenden wird kurz auf die Auswirkungen im euregio Gebiet im Allgemeinen, auf die Geschäftsstelle der euregio rhein-maas-nord im Spezifischen und auf die Auswirkungen der Coronakrise auf Projekte eingegangen.

Allgemeine Auswirkungen

Die euregio rhein-maas-nord stand während der gesamten Pandemie und insbesondere in den höchsten „Wellen“ in engem Austausch mit der Staatskanzlei, der Cross-Border Taskforce und den anderen Euregios entlang der deutsch-niederländischen Grenze, um mögliche Problematiken frühzeitig zu erkennen und, insofern nötig, gemeinsam nach Lösungen zu suchen, sowie für die Grenzregion und ihre Belange zu einzutreten. Der Input für diesen Austausch kam größtenteils aus den GrenzInfoPunkten.

Das Offenhalten der Grenzen wurde als wichtiger Schritt mit deutlicher Signalwirkung gesehen und hat viele schlimmere (wirtschaftliche) Folgen abgewendet. Menschen und Güterverkehr liefen in der Regel ungehindert weiter (ganz anders als in vielen anderen Grenzregionen). Jedoch führte die unterschiedliche Gesetz- und Regelgebung gelegentlich zu Verwirrung und Unklarheit. Gemeinsam haben die euregios und GrenzInfoPunkte sich bei Ministerien dafür eingesetzt, nationale Unterstützungsmaßnahmen auch für Grenzgänger gelten zu lassen, u.a. wurde erreicht, dass Grenzgänger und Grenzpendler, die aufgrund der Krise verstärkt im Homeoffice (und damit in einem anderen Land als gewöhnlich) tätig sind, ihre Sozialversicherung und Steuern so weiterbezahlen wie bisher (kein Sozialversicherungs- bzw. Steuerswitch).

Auswirkungen auf die Geschäftsstelle und Projekte

Vergleichbar mit anderen Einrichtungen, hatte und hat die Coronakrise auch bei der euregio Auswirkungen auf die tägliche Arbeit. Mitarbeiter arbeiten verstärkt, teilweise sogar komplett, im Home Office. Auch der Grenzübertritt durch die eigenen Mitarbeiter wurde zeitweise vermieden, insofern möglich. Effizientes Abstimmen und Teambuilding ist unter diesen Umständen deutlich schwieriger zu realisieren, aber nicht unmöglich geblieben. Die IT-Ausstattung ist inzwischen auf einem aktuellen Stand, mit dem sich Home Office in den meisten Fällen problemlos realisieren lässt.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass vor allem die GrenzInfoPunkte in der Corona-Krise eine bedeutende Rolle hatten. Beim GIP unterlag das Arbeitsaufkommen deshalb starken Schwankungen, mit Peaks immer, wenn neue Maßnahmen und Verordnungen angekündigt werden. Insgesamt haben alle GIP-Mitarbeiter deutlich am Limit gearbeitet, da das Informationsbedürfnis in der Grenzregion aufgrund der Corona-Krise deutlich angestiegen war. Nicht zuletzt, weil die Kolleginnen und Kollegen in den GrenzInfoPunkten sich in kürzester Zeit als sachverständige Experten zur grenzüberschreitenden Corona-Lage etablieren konnten, stieg die Bekanntheit des GIP enorm – was für einen weiteren Anstieg der Beratungszahlen sorgte. Die individuellen Anfragen von Bürgern bei den GrenzInfoPunkten (GIP) haben sich seit Beginn der Krise verzehnfacht.

Die „ursprüngliche“ GIP-Arbeit, gerichtet auf die Entfaltung eines grenzübergreifenden Arbeitsmarktes und die Stimulierung der Wirtschaft in Grenzregionen durch Bereitstellung von Informationen sowohl an Arbeitgeber als auch an Arbeitnehmer, Selbstständige, Studierende und Praktikanten, war zeitweise weniger im Fokus, kam aber glücklicherweise immer wieder stärker, wenn die Corona-Wellen abschwächten. Insofern ist bisher nicht mit einer dauerhaften Senkung der Arbeitsmobilität durch die Corona-Krise zu rechnen.

Größere Projekte, die durch das Interreg Programmmanagement begleitet werden, liefen normal weiter, allerdings wurde überall auf online Veranstaltungen umgestellt. Viele Projekte wurden aufgrund der Corona-Folgen einmalig oder mehrmalig verlängert, sogar bis über die geplante Programmlaufzeit hinaus bis 31.12.2022. Insgesamt werden alle Projekte in 2021 und 2022 abgeschlossen. In einem speziellen Call für die letzten EU-Mittel im Interreg-Programm konnten nochmal viele neue und schnell umsetzbare Ideen generiert werden. Als Ergebnis des Calls konnte im Bereich der euregio rhein-maas-nord ein zusätzliches Innovationsprojekt, IIEFG, im Bereich Oberflächentechnik, genehmigt werden.

Im Bereich der kleinen Projekte (P2P) hat es durch die Folgen der Corona-Krise große Änderungen und Probleme gegeben. Da keinerlei Veranstaltungen stattfinden konnten, wurden 2020 kaum neue Projekte angefragt. Im Jahr 2021 konnten allerdings wieder neue Formate gefunden werden. Die Anzahl der neuen Projekte war trotz Pandemie wieder auf dem Vor-Corona-Niveau.

Wir sind froh, dass die Zusammenarbeit der Gesundheitsämter in der euregio mit dem Projekt SHE weiter vorangetrieben wird, auch und gerade in Krisenzeiten.

Ein Schaden im Sinne des NKF-CIG ist bei der euregio rhein-maas-nord nicht entstanden.

b. Begleitung der Interreg-Projekte und Weiterentwicklung des Interreg-Programms

Das **Programmmanagement** der euregio rhein-maas-nord ist für die Begleitung und Beratung von Interreg-Projekten in der Region zuständig und arbeitet eng mit den anderen Programmmanagements zusammen (Euregio Rhein-Waal, EUREGIO Gronau, Ems Dollart Region). Im Interreg V A -Programm werden folgende Themen den Prioritäten 1 und 2 zugeordnet:

Priorität 1: Agrobusiness/Food, Logistik, Hightech Systems & Materials, Health & Life Science und Energie & CO₂-arme Wirtschaft
Priorität 2: Arbeit, Ausbildung, Kultur, Natur, Landschaft, Umwelt, Struktur, Demographie und Netzwerkentwicklung auf lokaler und regionaler Ebene.

Im Bereich des Lenkungsausschusses euregio rhein-maas-nord sind aktuell 35 Projekte genehmigt (15x Priorität 1, 20x Priorität 2 und 1x Technische Hilfe). Mit diesen 35 Projekten werden ca. 30 Mio. € an EU-Mitteln für die Region eingesetzt. Damit werden alle verfügbare EU-Mittel eingesetzt.

Für die kleineren Vorhaben im **Rahmenprojekt** der erm läuft die Akquise noch weiter. Für die größeren Projekte bedeutete es, dass der Fokus des Programmmanagements sich mehr auf Begleitung und Abschluss der laufenden Projekte verschoben hat. Auch wurden im Laufe des Jahres 2021 weitere Gespräche mit Projektpartnern für die nächste EU-Förderphase geführt und haben Vertreter des Programmmanagements an verschiedene vorbereitende Treffen zu den neuen Förderregelungen und -Strukturen im Interreg-Programm teilgenommen.

Die **FLC-Stelle** bei der euregio rhein-maas-nord war als Teil der Programmweiten FLC 2021 unverändert für die Überprüfung der Mittelabrufe zuständig.

2021 wurde das neue Interreg-Programm Interreg VI A Deutschland-Niederland 2021-2027 von allen Programmpartnern gemeinsam fertiggestellt und bei der EU-Kommission eingereicht. Die Mittelausstattung steigt um ca. 9%.

c. **Stärken der Plattformfunktion**

2021 konnte die Plattformfunktion der euregio rhein-maas-nord, trotz Pandemie, weiter ausgebaut werden. Zum 01.03.2020 hat die neue Geschäftsführerin Maike Hajjoubi ihre Tätigkeit für die euregio rhein-maas-nord aufgenommen. Sie hat sich direkt vom Anfang an verstärkt für die Plattformfunktion der euregio bei den Mitgliedskommunen eingesetzt. So wurden alle Mitgliedskommunen, bzw. Ihre BürgermeisterInnen, persönlich besucht und wurden die jeweiligen Bedarfe abgefragt und registriert. Die Besuche bei den Mitgliedskommunen wurden in den meisten Fällen von Michiel Savelsbergh als Mitarbeiter PR+Kommunikation begleitet, so dass die euregio in den sozialen Medien deutlich präsenter war. Um die Plattformfunktion weiter zu stärken, wurde das Projekt „Euregio Toolkit“ erarbeitet und ein Finanzierungsantrag im Rahmen des Regiodeals Noord-Limburg gestellt (s.u.)

Im Rahmen der Grenzlandkonferenz wurde neben den bestehenden Prioritätsfeldern Arbeitsmarkt, Bildung und Mobilität das Thema „Sicherheit“ zusätzlich als Schwerpunktthema für die

Grenzlandagenda benannt. Die euregio rhein-maas-nord war 2021 aktiv Mitglied in den beiden Arbeitsgruppen „Arbeitsmarkt“ und „Bildung“. Im Bereich Bildung konnten, bedingt durch die Corona-Krise, die Kontakte zu den einzelnen Schulen im Arbeitsgebiet nicht wie erhofft verstärkt werden. Perspektivisch soll die Schularbeit weiter gestärkt werden, damit nach der Pandemie nicht nur die finanzielle Förderung im Rahmen von Interreg, sondern auch andere Formen der Unterstützung von grenzüberschreitender Zusammenarbeit angeboten werden können. In diesem Rahmen wird bei der euregio rhein-maas-nord ein Kompetenzzentrum „Euregionale Bildung“ vorbereitet und wurde die Online-Plattform www.euregioonderwijs.nl von durch die euregio rhein-maas-nord von der Provinz Limburg übernommen. Die Plattform soll in der nächsten Zeit weiter ausgebaut werden.

Weiterhin sollen, als Ergebnis der Grenzlandkonferenz und der dazugehörigen Arbeitsgruppe „Bildung“, niederländische Erzieherinnen und Erzieher schneller und leichter Zugang zum nordrhein-westfälischen Arbeitsmarkt finden. Die Anerkennung von Abschlüssen bleibt auch weiterhin Thema der Euregio-Arbeit und soll zukünftig in Projektform bearbeitet werden.

Beim **Regiodeal** handelt es sich um ein regionales Förderprogramm des Landwirtschaftsministeriums (LNV) und der Provincie Limburg, das sich in Nord-Limburg auf Gesundheit im weitesten Sinne des Wortes konzentriert, wie gesunde Landwirtschaft und Gartenbau, Nachhaltigkeit, Prävention, Bekämpfung von Kriminalität und ein gesundes grenzüberschreitendes Geschäftsklima. Die erste Tranche des Regiodeals stellt eine Investition von 58 Millionen Euro in der Region dar. Zu diesem Zweck werden derzeit konkrete Projekte ausgearbeitet. Es gibt fünf Investitions-"Schienen":

1. Future Farming:
2. Vital und gesund
3. Talente anziehen und behalten:
4. Kriminalität:
5. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit:

Die euregio rmn hat im Rahmen der 5. Schiene im Juni 2021 den Projektantrag „Euregio Toolkit“ eingereicht. Das Euregio Toolkit Projekt bietet eine niedrigschwellige Möglichkeit, Kollegen jenseits der Grenze kennen zu lernen, sich ein Bild von der Arbeit im Nachbarland zu machen und Beziehungen aufzubauen bzw. zu pflegen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den kommunalen Organisationen zu verankern. Es handelt sich um ein modulares Programm, das sich auf das gegenseitige Kennenlernen, das Erlernen der Nachbarsprache, das Kennenlernen der Arbeit des jeweils anderen aus nächster Nähe durch Hospitationen bis hin zu einer langfristigen strategischen Zusammenarbeit konzentriert.

Der Projektantrag wurde Mitte 2021 über den Regiodeal Noord Limburg eingereicht. Inzwischen (2022) ist bekannt geworden, dass das Projekt genehmigt wurde.

Inhaltlich haben 2021 bereits erste Aktivitäten stattgefunden. So haben sich beispielsweise die Verwaltungsvorstände der Stadt Venlo und des Rhein-Kreis Neuss am 31. August für einen Austausch und ein näheres Kennenlernen getroffen. Am 5. Oktober war die Gemeinde Nederweert bei der euregio rmn um die euregio besser kennenzulernen und die Chancen für Nederweert näher zu erkunden.

Am 6. Oktober hat es einen Austausch zwischen Geldern und Venray gegeben und am 12. Januar 2022 ist ein Treffen zwischen Horst aan de Maas und Straelen geplant. Derzeit liegt die Koordination der Aktivitäten noch bei Michiel Savelsbergh, ab 2022 wird mit Britta Herbolt für den Euregio Toolkit eine neue Kollegin eingestellt.

In den **Fachausschüssen der euregio rmn** sind unterschiedliche Themenfelder angestoßen und weitergeführt worden, die für die Mitglieder der euregio rmn in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit relevant sind. Durch die Einbeziehung weiterer Stakeholder in den jeweiligen Themenfeldern konnte die Ausschussarbeit 2021 erfolgreich verstärkt werden, wodurch die Ausschusssitzungen in der zweiten Hälfte des Jahres – wenn auch digital – sich über viele zusätzliche Teilnehmer und rege Diskussionen freuen konnten. Auch hier wurde außerdem die Medienpräsenz verstärkt.

Im **Ausschuss für Öffentliche Ordnung, Sicherheit und Gesundheit** wurde hauptsächlich das Thema Sicherheit behandelt, das neu auf der Grenzlandagenda aufgenommen wurde. Konkrete Projekte sollen zukünftig im Bereich Waldbrandprävention und Katastrophenschutz entwickelt werden. Außerdem wurde das neue Netzwerk N⁴ präsentiert (Netzwerk Niederländische und NRW nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr). Das Netzwerk hatte 2021 gestartet und soll dazu beitragen strukturelle, grenzüberschreitende Zusammenarbeit möglich zu machen, unabhängig von einzelnen Personen oder Institutionen.

In dem Ausschuss **Wirtschaft und Tourismus** wurde die Idee eines neuen Cross Border Institute for Circular Transitions von der Fontys Hochschule vorgestellt. Die euregio rmn hat hierzu Unterstützung zugesagt. Im Moment läuft die Ausarbeitung im Rahmen des Regiodeals Nord-Limburg. Es wurde ebenfalls über ein großes Tourismusprojekt für die euregio Mitgliedsgemeinden in der neuen Interreg-VI Förderperiode ab 2022 gesprochen, um die Region gemeinsam nach außen hin zu vermarkten. Leider hat das bisher noch nicht zu einer gemeinsamen Antragstellung geführt.

Das Thema Wirtschaft wurde 2021 separat mit einem großen und sehr erfolgreichen **Wirtschaftsförderertreffen** am 06.10.2021 aufgegriffen. In Präsenz konnten sich die Kommunen in diesem Bereich austauschen und kennenlernen. Das Format wird 2022 weitergeführt und soll auch zu konkreten Projektideen führen.

In Verbindung mit dem **Ausschuss für Arbeitsmarkt und Bildung** stand 2021 das Thema der Arbeitsmigration im Fokus. Im April kamen die Akteure in diesem Bereich auf Initiative der euregio rmn und der Provinz Limburg zum ersten Mal zusammen. Der grenzüberschreitende Austausch, unter anderem auch mit den beiden NRW-Ministerien MAGS und MHKBG, war sehr fruchtbar. Inzwischen läuft die Zusammenarbeit sogar ohne Beteiligung der Euregio weiter.

Im Ausschuss **Raumordnung, Infrastruktur, Mobilität, Umwelt und Energie** am 29. April stand das Thema „Wasser“ zentral. Dort noch vor dem Hintergrund des Klimawandels und des Kohleausstiegs, wurde das Thema keine drei Monate später mit der Flutkatastrophe nochmal deutlich aktueller. Wenn auch nicht in gleicher Maße wie andere Gebiete in NRW, Rheinland-Pfalz und Belgien, waren die Mitgliedskommunen der euregio rhein-maas-nord teilweise vom Hochwasser betroffen. Die Notwendigkeit grenzüberschreitender Abstimmung und die verstärkte Fokussierung auf dieses Thema im Bereich Katastrophenschutz bleiben als Kernpunkte erhalten. Die Zusammenarbeit mit dem Waterschap Limburg und Wasserbehörden in NRW soll in der kommenden Zeit ausgebaut werden.

Das Thema Wohnen und Wohnraum stand in der zweiten Ausschusssitzung zentral, wobei ein Best Practice Projekt „Wohnraummonitor EMR“ aus der benachbarten Euregio Maas-Rhein vorgestellt wurde.

Der Ausschuss für **Soziales, Kultur und Sport** wurde teilweise in Untergruppen unterteilt, damit das breite Themenspektrum von den thematisch zuständigen Personen bearbeitet werden konnten. Zu den Themen Kultur und Sport hat die euregio rhein-maas-nord die wichtigsten Stakeholder ermittelt, 2022 werden entsprechende Stakeholdertreffen organisiert. Natürlich hatte der Ausschuss ebenfalls die Pandemie und die in diesem Bereich besonders gravierenden Auswirkungen der Maßnahmen im Blick.

d. Aktualisierung der euregio-Vision

Im Jahr 2020 wurden mit der Feststellung der euregio-Vision die konkreten Ziele der Organisation neu festgelegt (siehe auch S. 4). Dies war notwendig geworden, weil auf europäischer Ebene momentan die Kohäsionspolitik neugestaltet wird und weil sich auch die Rahmenbedingungen in der Region geändert haben. Die Arbeit der euregio rhein-maas-nord soll sich in den kommenden Jahren nach der euregio-Vision an die folgenden sechs Themen ausrichten, die sich als „euregio-Haus“ abbilden lassen:

- Ein bürgernahes Europa (als Fundament für die Organisation)
- Ein friedliches und geeintes Europa (als übergeordnetes Ziel für die Organisation)
- Ein CO₂-freies Europa
- Ein vernetztes Europa
- Ein intelligentes Europa
- Ein soziales Europa (als vier inhaltliche Säulen)

In Form eines kompakten „BooQis“ wurde eine faltbare Kurzversion der euregio-Vision publikumswirksam veröffentlicht und auch 2021 breit verteilt.

e. GrenzInfoPunkt / Service Grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung

Ab 2021 werden die GrenzInfoPunkte strukturell finanziert. (siehe S. 14). Hierdurch wird die Abhängigkeit der euregio rhein-maas-nord von dem Interreg-Programm reduziert.

Die Corona-Krise und die damit verbundene Unsicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Grenzgebiet im Hinblick auf die geltenden Regelungen führte 2021 teilweise zu einer extrem hohen Belastung des GrenzInfoPunktes (s. Pt. 5a).

Der neu eingerichtete Servicepunkt Grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung (SGA) startete zum 01.01.2020 und läuft als Pilotprojekt bis Ende 2021. Ab Januar 2020 waren die beteiligten Instanzen (Arbeitsagentur, UWV, GIP – wenn es die Corona-Lage und Gesetzgebung zuließ - 3x pro Woche gemeinsam in Venlo anwesend und berieten zum Thema Arbeiten über die Grenze. War eine Vor-Ort-Beratung aufgrund der Corona-Pandemie nicht möglich, erfolgte der Kundenkontakt telefonisch oder digital via Videokonferenz. GrenzInfoPunkt und SGA arbeiten in der euregio rhein-maas-nord eng zusammen.

f. Euregio-Xperience

Dank des Projekts euregio-Xperience 2.0 haben bis einschließlich Dezember 2021 hunderte SchülerInnen von unterschiedlichen Berufskollegs und MBOs an grenzüberschreitenden Initiativen im Bereich Bildung und Sprachkenntnisse teilgenommen. Aktivitäten wie Sprachkurse, Kulturtrainings, Bewerbungstrainings, Firmenbesuche und Praktikaermittlung wurden weiterhin angeboten. Durch die Corona-Krise haben viele Aktivitäten leider nicht vor Ort stattfinden können und haben wir uns auf die digitalen Möglichkeiten fokussieren müssen. Der persönliche Kontakt mit Partnern war also etwas schwieriger und wurde öfters (wenn für Partner möglich) in digitalen Terminen umgesetzt.

2022 läuft das Projekt euregio-Xperience aus. 2021 wurde an eine Integration der Projekthalte in die Initiative „Lernende Euregio“ gearbeitet. Zum Thema Lernende Euregio soll 2022 einen Projektantrag im neuen Interreg-Programm eingereicht werden, in dem die euregio rhein-maas-nord auch als Partner teilnimmt.

6. Die wirtschaftliche Entwicklung

Im Jahre 2021 sieht die zusammengefasste Bilanz wie folgt aus:

Aktiva	T€	%	Passiva	T€	%
Anlagevermögen	41,1	4,06	Eigenkapital	377,3	37,22
Umlaufvermögen	965,3	95,21	Sonderposten	0	0
			Rückstellungen	78,7	7,76

Aktive Rechnungsabgrenzung	7,4	0,73	Verbindlichkeiten	514,2	50,72
			Passive Rechnungsabgrenzung	43,6	4,30
Summe	1.013,8	100,00	Summe	1.013,8	100,0

a) Die Vermögensstruktur der Bilanz (Aktiva)

Gemessen an der Summe des **Umlaufvermögens** fällt das **Anlagevermögen** mit 41,1 T€ weit weniger ins Gewicht. Zum Anlagevermögen zählen insbesondere

- Immaterielle Vermögensgegenstände, hier insb. Softwarelizenzen (1,1 T€),
- Sachanlagen wie die Betriebs- und Geschäftsausstattung (40,0 T€)

Der Schwerpunkt auf der Vermögensseite der Bilanz (Aktiva) der euregio rhein-maas-nord liegt im Umlaufvermögen. Das Umlaufvermögen setzt sich insbesondere zusammen aus

- privatrechtliche Forderungen gegenüber dem öffentlichen Bereich (258,8 T€)
- liquiden Mitteln (696,3 T€)
- Forderungen Angestellte (2,7 T€)
- sonstige Vermögensgegenstände (7,4 T€).

Die Vermögenswerte im Umlaufvermögen sind nur relativ kurzfristig gebunden und werden in der Regel auch relativ schnell zu flüssigen Mitteln.

b) Die Kapitalstruktur/Finanzierung der der Bilanz (Passiva)

Die Passivseite gibt Auskunft darüber, wie das Vermögen finanziert wurde (Mittelherkunft). Das **Eigenkapital** mit 377,3 T€ (37,22 %) setzt sich insbesondere zusammen aus

- der allgemeinen Rücklage mit 254,7 T€ und
- der Ausgleichsrücklage mit 123,6 T€ abzügl. des Jahresfehlbetrags von 0,9 T€.

Die Ausgleichsrücklage ist auf max. 1/3 des gesamten Eigenkapitals beschränkt. Die **Rückstellungen** setzen sich insbesondere zusammen aus sonstigen Rückstellungen mit rd. 78,7 T€.

Die **Verbindlichkeiten** in Höhe von 514,2 T€ (50,72 %) enthalten

- Verbindlichkeiten aus zusätzlichen Zahlungen für Interreg-Projekte mit rd. 171,3 T€,
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit 49,1 T€,

- sonstige Verbindlichkeiten mit 15,1 T€,
- erhaltene Anzahlungen eigener Projekte mit 278,8 T€.

Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung bestanden zum 31.12.2021 nicht.

Die **Passive Rechnungsabgrenzung** in Höhe von 43,6 T€ (4,3 %) setzt sich aus gezahlten Umlagebeiträgen der einzelnen erm-n-Mitglieder zusammen. Diese Beiträge dienen zur Finanzierung der GrenzInfoPunkt Beratungsstelle Mönchengladbach. Die Position wird anhand eines Finanzierungsplans in den nächsten Jahren weiter entwickelt.

c) Kennzahlen zur Bilanz

Für den Lagebericht zum 31.12.2021 wurden folgende Kennzahlen ermittelt:

Eigenkapitalquote	<u>Eigenkapital x 100</u> Bilanzsumme	<u>377.329,71 x 100</u> 1.013.797,56	= 37,22 %
Allgemeine Umlagequote	<u>Mitgliederbeitrag x 100</u> Ordentliche Erträge	<u>313.030,00 x 100</u> 1.734.434,12	= 18,05 %
Zuwendungsquote	<u>Zuwendungen¹ x 100</u> Ordentliche Erträge	<u>1.292.739,52</u> x <u>100</u> 1.734.434,12	= 74,53 %

7. Vorgänge von besonderer Bedeutung

a) Im Geschäftsjahr 2021

Bedingt durch die Corona-Krise entstand 2021 eine zusätzliche Belastung für einzelne Mitarbeiter der Geschäftsstelle, v.a. im GrenzInfoPunkt. Auf die Folgen der Corona-Krise wird in Kap. 5a eingegangen.

Am 9. April 2021 trat die gesamte Provinzregierung in Limburg aufgrund eines Integritätskandals zurück. Am 2. Juli 2021 wurde ein neues, außerparlamentarisches „College“ ernannt und

¹ Institutionelle Förderung und zweckgebundene Zuschüsse

eingesetzt, das aus sechs Mitgliedern besteht. Die Entwicklungen in der Provinz Limburg haben keinen direkten Einfluss auf die euregio rhein-maas-nord, da der Koalitionsvertrag weitergeführt wird. Dennoch ist die Provinzregierung, nicht zuletzt als Finanzier und beratendes Mitglied im Vorstand, für die euregio rhein-maas-nord von großer Bedeutung.

b) Nach dem Bilanzstichtag

Es gab keine besonderen Vorgänge nach dem Bilanzstichtag.

8. Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der euregio rhein-maas-nord

Die Aktualisierung der euregio-Vision 2030 wurde im Jahr 2020 abgeschlossen. Die Umsetzung des Leitbildes wird in den nächsten Jahren fortgeführt. In den aktuellen Koalitionsverträgen in den Niederlanden und in Nordrhein-Westfalen wird stärker als je zu vor die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Fokus gestellt. Dies ist günstig für die Umsetzung der euregionalen Zielsetzungen. 2022 finden Kommunalwahlen in den Niederlanden und Landtagswahlen in NRW statt. 2023 finden Provinzialwahlen in Limburg statt. Es ist also mit einer gewissen politischen Neuordnung und Instabilität zu rechnen, wobei die euregionale Ausrichtung vermutlich nicht grundsätzlich zur Diskussion steht.

Die Entwicklung und Umsetzung eigener Projekte macht es möglich als Organisation selbst an den Zielsetzungen aus dem Leitbild euregio-Vision mit zu wirken. Mit der Umsetzung eigener Projekte sind auch Risiken verbunden. Im Interreg-Programm werden Personal- und Gemeinkosten über Pauschalbeträge abgerechnet. Damit bauen sich in den ersten Jahren der Förderung temporär überhöhte Leistungsvergütungen (erhaltene Anzahlungen) auf, die in späteren Zeiträumen mit höheren spezifischen Kosten erfolgswirksam ausgeglichen werden.

Im Rahmenprojekt besteht das besondere Risiko, dass erst durch die Durchführung und Abrechnung der Unterprojekte die Verwaltungskosten, die bei der euregio entstehen, gedeckt werden können. Werden nicht genügend Unterprojekte generiert, kann es zu einer Kostenunterdeckung bei der Verwaltung des Rahmenprojekts kommen. Nachdem 2018 und 2019 viele Projekte genehmigt wurden, war das Risiko der Kostenunterdeckung inzwischen so gut wie ausgeschlossen. Durch die Corona-Krise ist das Risiko wieder etwas größer geworden. 2020 wurden kaum noch neue Projekte angefragt. Dennoch konnte das Risiko 2021 durch Neubelegung der Mittel minimiert werden.

Das Land NRW hat der euregio rhein-maas-nord wie in den vergangenen Jahren auch für 2021 einen „Zuschuss zur Umsetzung grenzüberschreitender Kooperationsmaßnahmen“ in Höhe von 39.275 € bewilligt. Die Bezirksregierung Düsseldorf weist darauf hin, dass nicht auszuschließen ist, dass die Entwicklung der Haushaltslage des Landes Kürzungen von Zuwendungen im Rahmen der Haushaltsplanung erfordern oder Zuwendungen deswegen ganz entfallen können. Für 2022 wurde ein Zuschuss mit Fokussierung auf die PR und Kommunikation beantragt. Die Bewilligung steht noch aus.

Die Provinz Limburg hat der euregio rhein-maas-nord für das Jahr 2021 einen Zuschuss in Höhe von 34.868,00 € bewilligt. Für das Jahr 2022 wurde erneut ein Zuschuss für die Arbeit der euregio beantragt. Die Bewilligung ist noch nicht eingegangen.

Da viele Aktivitäten der euregio rhein-maas-nord über das Interreg-Programm finanziert werden, ist auch die Weiterentwicklung des Interreg-Programms für die Förderperiode 2021-2027 zu betrachten. Hierüber wurden 2021 noch viele Diskussionen geführt, unter anderem in einer Vorbereitungsgruppe auf Arbeitsebene. Die vier involvierten deutsch-niederländischen Euregios verfügen über einen gemeinsamen Vertreter in dieser Vorbereitungsgruppe.

1. Nach aktuellen Prognosen gibt es nicht länger das Risiko eines sinkenden Budgets für Interreg. Die Mittelausstattung wird für das Gesamtprogramm um ca. 9% steigen.
2. In der Vorbereitungsgruppe wurde, trotz dagegenhalten der Euregios, durchgesetzt, dass die Lenkungsausschüsse in Priorität 1 zentral zu einem Beschlussgremium zusammengefasst werden. Die euregio-Organisation (und damit die kommunale Ebene) ist allerdings weiterhin in die Beschlussfassung über Innovationsprojekte involviert.
3. Das Interreg-Programmmanagement und die Verwaltung des Rahmenprojektes werden voraussichtlich auch nach 2022 bei der euregio rhein-maas-nord angesiedelt sein, so dass hier nur ein geringes Risiko besteht.
4. Die Diskussionen zur Zukunft des Rahmenprojektes / Kleinprojektfonds sind noch nicht abgeschlossen. Auf Basis der aktuellen Diskussionen ist mit einer Verringerung des Projekt- und Verwaltungsbudgets für die euregio rhein-maas-nord zu rechnen.

Der neu eingerichtete Servicepunkt Grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung (SGA) startete zum 01.01.2020 und läuft als Pilotprojekt bis Ende 2021. Angedacht war eine Verlängerung des Easl-Projektes um 3 Monaten und teilweise eine (Teil-)Weiterfinanzierung über das neue ESF+-Programm der EU-Kommission, damit das Pilotprojekt verlängert werden kann. Hierzu wurde 2021 einen gemeinsamen Projektantrag von der Bundesagentur für Arbeit ausgearbeitet und eingereicht. Leider stellte sich Anfang 2022 heraus, dass der Antrag nicht genehmigt wurde. Es wird momentan nach anderen Möglichkeiten der SGA-Weiterfinanzierung gesucht.

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Lageberichtes sind Deutschland und die Niederlande nicht mehr so stark von den Folgen der Corona-Krise betroffen. Nicht auszuschließen ist, dass die Krise auch 2022 die euregio rhein-maas-nord vor neuen Herausforderungen stellt, zum Beispiel durch eine (Neu-)Verteilung der europäischen Fördermittel oder durch neue Grenzprobleme oder -Hindernisse. Die GrenzInfoPunkte erweisen sich aber dabei als eine nützliche Struktur, wodurch die Euregio's hier bereits einen deutlichen Mehrwert zeigen konnten.

Die aktuellen Entwicklungen in Europa als Folge des Krieges in der Ukraine zeigen einerseits die Aktualität und Bedeutung der friedlichen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit stärker als je zuvor. Andererseits ist bei der Finanzierung durch die Kommunen, Ländern und der EU von einer zukünftigen Unsicherheit auszugehen.

Insgesamt wird die künftige Entwicklung der euregio rhein-maas-nord dennoch als günstig beurteilt.

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsvorstand	Frank Meyer Antoin Scholten Gijs Hendrikx Monique de Boer-Berta Dr. Andreas Coenen Felix Heinrichs Dr. Jos Hessels Hans-Jürgen Petrauschke Jürgen Steinmetz
------------------	---

Geschäftsführer	Maïke Hajjoubi
-----------------	----------------

Vertreter des Kreises Viersen in der Verbandsversammlung	Dr. Andreas Coenen Maria Dittrich Angelika Feller Hans Joachim Kremser Reinhard Lüger Udo van Neer
---	---

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Verbandsversammlung in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 6 Mitgliedern aus dem Kreis Viersen 2 Frauen an (Frauenanteil: 33,33 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

3.3.1.5 Zweckverband Kommunales Rechenzentrum Niederrhein

Zweckverband Kommunales Rechenzentrum Niederrhein
Friedrich-Heinrich-Allee 130
47475 Kamp-Lintfort
Telefon: 02842 / 90 70-0
Telefax: 02842 / 92732-0
Internet: www.krzn.de

Zweck der Beteiligung

Der Zweckverband hat die Aufgabe, technikerunterstützte Informationsverarbeitung für seine Mitglieder und Anwender/innen zu entwickeln oder zu beschaffen und anzubieten.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zweckes ergibt sich aus dem in der Satzung festgelegten Gegenstand des Zweckverbands. Der Zweckverband hat die öffentliche Zielsetzung eingehalten und erreicht. Weitergehende Ausführungen können dem unten aufgeführten Lagebericht entnommen werden.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Verbandsmitglieder	Vertreter in der Verbandsversammlung	Anteil in Prozent
Kreis Kleve	5	16,667
Kreis Mettmann	5	16,667
Kreis Viersen	5	16,667
Kreis Wesel	5	16,667
Stadt Bottrop	5	16,667
Stadt Krefeld	5	16,667
	30	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Kreis Viersen

Der Kreis Viersen hat in 2021 insgesamt 4.727 TEUR – u.a. an Produktions- und Entwicklungskosten, für verschiedene IT-Verfahren, den Erwerb von Vermögensgegenständen, Fernmeldekosten, Ersatzbeschaffungen sowie Aus- und Fortbildung – an das Kommunale Rechenzentrum Niederrhein gezahlt.

Naturpark Schwalm-Nette

Für diverse Dienstleistungen hat der Naturpark Schwalm-Nette im Jahr 2021 an das Kommunale Rechenzentrum Niederrhein insgesamt 10,1 TEUR gezahlt.

d-NRW AöR

Die d-NRW-AöR hat in 2021 948,7 TEUR an das Kommunale Rechenzentrum Niederrhein insgesamt gezahlt. Vom KRZN hat die d-NRW 73 TEUR erhalten.

Abfallbetrieb des Kreis Viersen

Der Abfallbetrieb hat in 2021 1,6 TEUR an das Kommunale Rechenzentrum insgesamt gezahlt.

VIT GmbH

Die VIT GmbH hat in 2021 1,2 TEUR an das Kommunale Rechenzentrum insgesamt gezahlt.

Studieninstitut Niederrhein

Das Studieninstitut zahlte in 2021 insgesamt 35,4 TEUR an das KRZN und erhielt vom KRZN 50 TEUR.

Chemisches - und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper

Das KRZN erhielt im Jahr 2021 insgesamt 52,9 TEUR vom Chemisches - und Veterinäruntersuchungsamt.

KRZN GmbH

Die KRZN GmbH leistete 2021 32,2 TEUR an das KRZN und erhielt vom KRZN 1.429 TEUR.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO		EURO	EURO	EURO
Anlagevermögen	25.724.292	24.899.749	824.544	Eigenkapital	13.412.880	13.018.700	394.179
Umlaufvermögen	43.563.495	45.234.729	-1.671.234	Sonderposten	1.005.516	906.081	99.435
				Rückstellungen	44.421.799	42.370.375	2.051.424
				Verbindlichkeiten	17.378.894	21.451.759	-4.072.865
Aktive Rechnungsabgrenzung	7.050.629	7.785.331	-734.702	Passive Rechnungsabgrenzung	119.327	172.893	-53.566
Bilanzsumme	76.338.416	77.919.808	-1.581.393	Bilanzsumme	76.338.416	77.919.808	-1.581.393

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021		2020		Veränderung
	EURO	EURO	EURO	EURO	2021 zu 2020
1. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	525.585,05		358.924,58		166.660,47
2. Privatrechtliche Leistungsentgelte	130.088.333,51		104.348.485,63		25.739.847,88
3. sonstige betriebliche Erträge	360.294,72		772.166,48		-411.871,76
4. Bestandsveränderungen	-162.129,13		191.138,19		-353.267,32
5. Personalaufwand	-31.830.717,44		-30.206.972,79		-1.623.744,65
6. Versorgungsaufwendungen	-1.884.611,96		-1.279.523,95		-605.088,01
7. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-85.974.652,83		-61.961.938,58		-24.012.714,25
8. Abschreibungen	-6.074.930,93		-5.493.547,98		-581.382,95
9. sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.701.792,14		-4.442.360,75		-259.431,39
10. Finanzergebnis	67.240,91		75.441,48		-8.200,57
11. Außerordentliches Ergebnis	11.156,09		0,00		11.156,09
12. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	423.775,85		2.361.812,31		-1.938.036,46

Kennzahlen

	2021		2020		Veränderung
	%	%	%	%	2021 zu 2020
Eigenkapitalquote	18,89		16,71		2,18
Eigenkapitalrentabilität	2,94		18,14		-15,20
Anlagendeckungsgrad 2	56,05		52,28		3,77
Verschuldungsgrad	428,62		490,23		-61,61
Umsatzrentabilität	0,00		0,00		0,00

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 459 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 405) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

1. Unternehmen, Geschäftszweck, Beteiligungen

Das KRZN ist ein Zweckverband nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NW). Die Kreise Kleve, Mettmann, Viersen, Wesel sowie die kreisfreien Städte Krefeld und

Bottrop sind die Zweckverbandsmitglieder. Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden in den Kreisen Kleve, Viersen und Wesel sowie die kreisangehörigen Städte Erkrath (ab dem 1.1.2022) und Mettmann sind über öffentlich-rechtliche Vereinbarungen mit den jeweiligen Kreisen an das KRZN angebunden.

Der Zweckverband KRZN hat die Aufgabe, technikunterstützte Informationsverarbeitung für seine Mitglieder und Anwender zu entwickeln oder zu beschaffen und anzubieten. Dabei handelt es sich im Kern um kommunal orientierte IT-Infrastrukturen und -Anwendungen, die vom KRZN zentral für die Anwender betrieben werden, sowie um die zentrale Beschaffung und Administration von Hard- und Software für die Verbandsanwender.

Das KRZN ist Alleineigentümer der KRZN-GmbH mit Sitz in Kamp-Lintfort. Mit Wirkung zum Juli 2013 hat sich das KRZN an dem Zweckverband KDN Dachverband kommunaler IT-Dienstleister mit Sitz in Köln und mit der Erklärung vom 19. Juni 2013 an der Genossenschaft ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G., Berlin, beteiligt.

Das KRZN betreut in seinem Verbandsgebiet die vier Mitgliedskreise Kleve, Mettmann, Viersen, Wesel und die kreisfreien Städte Bottrop und Krefeld sowie 39 kreisangehörige Städte und Gemeinden mit deren Eigenbetrieben und Eigengesellschaften. Darüber hinaus unterstützt das KRZN weitere Kreise, Städte und Gemeinden in NRW mit IT-Dienstleistungen.

Im Haushaltsjahr 2021 beschäftigte der Zweckverband im Durchschnitt 459 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Am 12.11.2021 schied nach Ablauf seiner sechsjährigen Amtszeit Herr Landrat Dr. Andreas Coenen aus seinem Amt als Verbandsvorsteher des KRZN aus. Am 26.11.2021 wählte die Versammlung des KRZN Herrn Kreisdirektor Ingo Schabrich zum neuen Verbandsvorsteher.

2. Allgemeines

Das kommunale Umfeld des KRZN wird nach wie vor durch drei wesentliche Faktoren bestimmt: Zum einen durch die weiterhin – verschärft durch die Entwicklung in der Corona-Pandemie - angespannte Finanzlage der öffentlichen Haushalte, zum anderen durch die Notwendigkeit, langjährig eingesetzte und zum Teil selbst entwickelte IT-Verfahren an geänderte Anforderungen anzupassen oder durch neue Verfahren abzulösen und zum Dritten durch die immer rascher voranschreitende Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung.

Die Belastung durch das Coronavirus zieht sich bis in das Jahr 2022. Weiterhin wird die Pandemie das öffentliche Leben einschränken und die Wirtschaft negativ beeinträchtigen. Die durch die Pandemie erzwungene Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung ist sehr schnell vorangeschritten. Die hierdurch erhöhten Anforderungen der Mitglieder und Anwender an Systeme und Netze konnten kurzfristig umgesetzt werden. Es sind bisher keine negativen Auswirkungen in wirtschaftlicher Hinsicht zu verzeichnen und so wird nicht mit einem negativen Trend im laufenden Betrieb gerechnet.

Der oben angeführte Kostendruck der Kommunen zwingt diese, verstärkt interkommunale Zusammenarbeit zu suchen. Dies gilt für alle Felder einer möglichen Zusammenarbeit, hier insbesondere im IT-Bereich.

Das KRZN hat als Shared-Service-Center für mehr als 45 Kommunen bereits sehr viel Erfahrung in diesem Bereich. Daher ist es weiterhin strategisches Ziel, neue kommunale Kunden zu gewinnen und dabei organisch und gesund zu wachsen. Die dabei entstehende höhere Gesamtwirtschaftlichkeit durch Skaleneffekte und Qualitätsverbesserung soll allen Beteiligten zugutekommen.

Durch den Artikel 12 des Steueränderungsgesetzes 2015 vom 2. November 2015 wurden die Regelungen zur Unternehmereigenschaft von juristischen Personen des öffentlichen Rechts (jPÖR) neu gefasst. Diese Änderungen traten mit Wirkung zum 1. Januar 2017 in Kraft.

Der Zweckverband hat von der Übergangsregelung Gebrauch gemacht, so dass das bisher geltende Recht bis zum 31. Dezember 2020 angewendet wurde. Bis zu diesem Zeitpunkt sind die vorhandenen Leistungsbeziehungen und die vertraglichen Grundlagen bis hin zur Verbandssatzung hinsichtlich einer möglichen Steuerbarkeit der erbrachten Leistungen zu überprüfen.

Aufgrund der besonderen Situation im Zuge der Covid-19-Pandemie wurde die Übergangsregelung zu § 2b UStG um weitere zwei Jahre bis zum 31. Dezember 2022 verlängert und vom KRZN in Anspruch genommen.

Mit dem Onlinezugangsgesetz werden öffentliche Stellen verpflichtet, ab dem 1. Januar 2023 eine Vielzahl von Diensten voll elektronisch zur Verfügung zu stellen. Zur Vorbereitung auf diese Pflicht müssen Kommunen - und damit auch das KRZN als deren IT-Dienstleister – verstärkt Projekte aus dem Bereich E-Government umsetzen, u. a. die Einführung und den Rollout eines Dokumenten-Management-Systems, die Einführung eines elektronischen Rechnungsworkflows, die Erweiterung des Formularserver-Einsatzes und die Modernisierung und Erneuerung der kommunalen Webpräsenzen.

Zusätzlich gilt es, bestehende kommunale Fachverfahren zu modernisieren oder durch neue zu ersetzen. In allen Fällen begleitet das KRZN die Projekte schon ab einer sehr frühen Phase bei der Entwicklung und Beschaffung bedarfsgerechter Lösungen, die die Ziele der verbesserten Verwaltungssteuerung und Bürgernähe sowie der operativen Unterstützung der Verwaltung erfüllen.

Eine weiterhin große Herausforderung für die Kreise, Städte und Gemeinden in NRW ist u. a. die Gewährleistung der IT-Sicherheit. Auch hier unterstützt das KRZN seine Anwender sowohl informationstechnisch als auch organisatorisch.

Der Rechenzentrumsbetrieb des KRZN wurde erstmals im Jahr 2014 und in der Folge in den Jahren 2017 und 2020 vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) IOS/IEC 27001 auf Basis vom BSI-Grundschutz zertifiziert. Ein Überwachungsaudit hat im Frühjahr 2021 erfolgreich stattgefunden. Im Jahr 2023 ist eine Re-Zertifizierung vorgesehen.

Eine von den Verbandsmitgliedern eingesetzte Strategieguppe wurde mit der Aufgabe der Überprüfung der strategischen Ausrichtung des KRZN beauftragt. Ziel ist es, das KRZN zukunftsicher auszurichten, die Attraktivität für Dritte weiter zu erhöhen sowie das Produktportfolio und Entscheidungsprozesse zu analysieren.

Im Haushaltsjahr 2019 wurden in diesem Sinne die Entwicklungsplanung (PEP) flexibilisiert, die Arbeit der Facharbeitskreise gestrafft und die Durchführung von Informationsveranstaltungen für Anwender intensiviert. Im Haushaltsjahr 2020 wurde die bisherige Finanzierung des KRZN mittels Paketentgelten durch Kernproduktentgelte abgelöst.

Die kreisangehörige Stadt Mettmann des Kreises Mettmann wurde zum 1.1.2021 über eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Kreis als 39ste Verbandsanwenderin an das KRZN angebunden.

Im Haushaltsjahr 2021 begann die Restrukturierung des Extranets, im Haushaltsjahr 2022 wird eine Neuausrichtung des Internetangebotes erfolgen.

3. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Das positive Jahresergebnis 2021 ist mit rund 424 TEUR sehr zufriedenstellend. Dies stellt gegenüber dem Haushaltsplan 2021 eine Verbesserung von rund 1.304 TEUR dar.

Diese Entwicklung findet ihre Grundlage auch in den durch die Verbandsversammlung, den Verwaltungsrat und dem Verbandsvorsteher gemeinsam entwickelten und gelebten Grundsätzen.

Diese sind:

- die Haushaltsplanung erfolgt nach dem kaufmännischen Vorsichtsprinzip
- Leistungsausweitungen führen zu entsprechenden zusätzlichen Entgelten
- Lasten werden periodengerecht verteilt
- die weitgehende Ein-Produkt-Strategie (für jede kommunale Aufgabe möglichst nur eine kommunale Fachanwendung)
- die Aufstellung und Bearbeitung eines mit den Anwendern verabredeten flexiblen Produktentwicklungsplans
- das transparente und nachvollziehbare Entgeltsystem auf der Basis der produktorientierten Kosten- und Leistungsrechnung

Hierdurch wird eine weitgehende Transparenz in allen Bereichen, eine angemessene Steuerbarkeit und eine hohe Wirtschaftlichkeit erzielt.

Die Verbesserung zum Plan resultiert im Wesentlichen aus den tatsächlichen höheren privatrechtlichen Leistungsentgelten in Höhe von rund 42.090 TEUR. Demgegenüber erhöhten sich die ordentlichen Aufwendungen zum Plan um rund 41.390 TEUR.

Das Investitionsvolumen belief sich auf rund 6.893 TEUR. Langfristige Kredite für Investitionen wurden nicht aufgenommen. Die langfristigen Bankverbindlichkeiten wurden im aktuellen Haushaltsjahr planmäßig mit 703 TEUR getilgt.

Die Belastung durch das Coronavirus zieht sich bis in das Jahr 2021. Weiterhin wird die Pandemie das öffentliche Leben einschränken und die Wirtschaft negativ beeinträchtigen.

4. Softwareentwicklung und Dienstleistungen

Die Einführung eines Dokumenten-Management-Systems wurde im Haushaltsjahr 2018 begonnen und befindet sich weiterhin in der Umsetzung. Zahlreiche Anwenderprojekte werden derzeit parallel bearbeitet. Die Einführungskonzepte unterscheiden sich stark und werden durch Beratungs- und technische Dienstleistungen des KRZN eng begleitet.

Die Modernisierung der kommunalen Webpräsenzen ist ein weiterer großer Baustein, den es zu bewältigen gilt. Das im Jahr 2019 ausgewählte Produkt Drupal ist die neue technologische Basis im Verbandsgebiet. Der Rollout-Prozess verläuft in jeweils mehreren parallelen Anwenderprojekten. Durch eine personelle Verstärkung wurde im Jahr 2020 die Roll-Out-Geschwindigkeit erhöht. Dennoch ist von einer mehrjährigen Laufzeit des Gesamtvorhabens auszugehen.

Der Roll-Out des Rechnungsworkflows (SAP-basiert) schreitet wie geplant voran. Ende des Haushaltsjahres 2021 konnte das neue optionale Produkt „Vertragsmanagement“ freigegeben und die Einführung bei interessierten Verwaltungen begonnen werden.

Wesentlicher Treiber für die Digitalisierung des Vertragsmanagements ist u.a. der § 2b des Umsatzsteuergesetzes.

Erste positive Effekte der Modernisierung der Geodateninfrastruktur (GDI) sind sichtbar. Im Jahr 2021 erfolgten nahezu 100 Mio. Detailzugriffe auf das seit 2019 bereitgestellte und kontinuierlich erweiterte Geoportal.

Die Nutzung des responsiven Portals erfolgt gleichermaßen durch Verwaltungen, Unternehmen und Bürger. Die Vernetzung und Integration weiterer Daten über Webservices schreiten weiter voran. Für das Landesportal NRW zur Bauleitplanung (bauleitplanung.nrw) werden die Daten somit schon bereitgestellt.

Im Umfeld des Onlinezugangsgesetzes (OZG) Leistungen ist das Bauportal des Landes NRW ebenfalls bereits mit den bestehenden Fachanwendungen verknüpft, so dass beginnend mit dem elektronischen Einreichen von Bauanträgen die „Digitalisierung Verwaltung“ für Verwaltung in 2022 unterstützt wird.

Im Verlauf des Jahres 2020 wurde die Einführung weiterer Personalwirtschaftskomponenten, insbesondere des Organisationsmanagements, begonnen. Neben dem technologischen Wechsel der bisherigen Softwarelandschaft wird ab dem Haushaltsjahr 2021 ein funktionaler Ausbau zur Unterstützung medienbruchfreier, verwaltungsweiter Prozesse vorbereitet.

Die Abwicklung der Bundestagswahl war erfolgreich, obwohl sie wie auch schon die Kommunalwahl im Jahr zuvor unter schwierigen Umständen erfolgte (Pandemie, extrem hohes Briefwähleraufkommen).

Der Rollout des neuen Einwohnerverfahrens konnte trotz Pandemie im vierten Quartal 2020 beginnen und durch das Haushaltsjahr 2021 planmäßig fortgeführt werden.

Die Entwicklung und der Betrieb von Logineo NRW für das Schulministerium NRW wurde auch im Haushaltsjahr 2021 erfolgreich fortgesetzt.

Trotz pandemie-bedingt stark angestiegener Nutzungsintensität und wachsender Nutzerzahlen konnte die Funktionsfähigkeit, der durch das KRZN bereitgestellten Komponenten weitestgehend sichergestellt werden.

Ende des Jahres 2021 erfolgte ein europaweiter Teilnahmewettbewerb zum weiteren Betrieb von Logineo NRW. Eine Fortsetzung der Zusammenarbeit wird durch das KRZN – ggf. als Nachunternehmer eines starken Hauptbieters – angestrebt.

5. Ertragslage

lfd. Nr.		Gesamtergebnisrechnung	Rechnungsergebnis 2020 EUR 1	Ansatz 2021 EUR 2	Rechnungsergebnis 2021 EUR 3	Vergleich Ansatz/Ist (Sp. 3 J. Sp. 2) EUR 4
10	=	Ordentliche Erträge	105.670.714,88	88.116.000,00	130.812.084,15	42.696.084,14
17	=	Ordentliche Aufwendungen	-103.384.344,02	-89.077.000,00	-130.466.705,30	-41.389.705,30
18	=	Ordentliches Ergebnis	2.286.370,86	-961.000,00	345.378,85	1.306.378,84
21	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Rohergebnis)	2.361.812,34	-880.000,00	412.619,79	1.292.619,75
26	=	Jahresergebnis	2.361.812,34	-880.000,00	423.775,85	1.303.775,84

Die ordentlichen Erträge betragen im Haushaltsjahr 2021 insgesamt 130.812 TEUR und setzen sich aus den privatrechtlichen Leistungsentgelten (130.088 TEUR), den sonstigen ordentlichen Erträgen (360 TEUR), den Zuwendungen und allgemeine Umlagen (526 TEUR) sowie den Bestandsveränderungen (-162 TEUR) zusammen.

Die privatrechtlichen Leistungsentgelte setzen sich aus verschiedenen Erlösgruppen zusammen. Der wesentliche Anteil an Leistungsentgelten wird aus der Bereitstellung von Anwendungen für

die einzelnen Verbandsanwender erwirtschaftet. In den sonstigen ordentlichen Erträgen werden insbesondere Erträge, aus der Auflösung von Rückstellungen (141 TEUR), Erträge aus Erstattungsansprüchen Pensionen (79 TEUR), sowie Erträge aus der Zuschreibung von Finanzanlagen (48 TEUR) ausgewiesen. Die ordentlichen Aufwendungen beinhalten Personalaufwendungen (31.831 TEUR), Versorgungsaufwendungen (1.884 TEUR), Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (85.975 TEUR), bilanzielle Abschreibungen (6.075 TEUR) sowie Sonstige ordentliche Aufwendungen (4.702 TEUR).

Im Haushaltsjahr 2021 wurde ein positives Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit in Höhe von 413 TEUR erwirtschaftet. Die Finanzerträge betragen insgesamt 329 TEUR. Die Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen betragen 262 TEUR, so dass ein positives Finanzergebnis von 67 TEUR erzielt wurde. Der Zweckverband KRZN hat das Haushaltsjahr 2021 mit einem positiven Jahresergebnis von 424 TEUR abgeschlossen.

6. Finanzlage

Ifd. Nr.	Gesamtfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Rechnungs-	Ansatz	Rechnungs-	Vergleich	
		ergebnis	2021	ergebnis	Ansatz/Ist (Sp. 3 / Sp. 2)	
		2020		2021		
		EUR	EUR	EUR	EUR	
		1	2	3	4	
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	98.511.205,08	88.486.000,00	133.572.199,84	45.086.199,83
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-91.655.229,88	-81.711.000,00	-125.211.939,73	-43.500.939,73
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	6.855.975,20	6.775.000,00	8.360.260,11	1.585.260,10
23	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0,00	516.112,00	516.112,00
30	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-7.614.727,98	-6.453.000,00	-6.862.575,19	-409.575,19
31	=	Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 23 und 30)	-7.614.727,98	-6.453.000,00	-6.346.463,19	106.536,81
32	=	Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (= Zeilen 17 und 31)	-758.752,78	322.000,00	2.013.796,92	1.691.796,91
37	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-446.070,51	185.000,00	184.814,31	-185,69
38	=	Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (= Zeilen 32 und 37)	-1.204.823,29	507.000,00	2.198.611,23	1.691.611,22
41	=	Liquide Mittel	1.930.021,48	4.188.000,00	4.128.632,71	-59.367,30

Die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit konnten von den Einzahlungen im Haushaltsjahr 2021 vollständig gedeckt werden. Es ergab sich ein positiver Saldo aus der laufenden Verwaltungstätigkeit in Höhe von 8.360 TEUR. Dieser Wert erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 1.504 TEUR. Die Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit (6.863 TEUR) konnten aus dem positiven Saldo der Verwaltungstätigkeit vollständig gedeckt werden, so dass sich ein Finanzmittelzufluss von 2.014 TEUR ergab. Der Saldo aus der Finanzierungstätigkeit (185 TEUR) konnten im Haushaltsjahr 2021 gedeckt werden. Dementsprechend erhöhte sich stichtagsbezogen der Bestand der liquiden Mittel um 2.198 TEUR auf 4.128 TEUR.

7. Vermögens- und Schuldenlage

	31.12.2021		31.12.2020		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
AKTIVA					
Lang- und mittelfristig gebundenes Vermögen					
Immaterielle Vermögensgegenstände	6.311	8,3	5.724	7,4	587
Sachanlagen	15.702	20,6	15.512	19,9	190
Finanzanlagen	3.712	4,9	3.664	4,7	48
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	26.345	34,5	27.089	34,8	-744
	52.070	68,3	51.989	66,8	81
Kurzfristig gebundenes Vermögen					
Vorräte	304	0,4	466	0,6	-162
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungen	19.836	26,0	23.535	30,2	-3.699
Liquide Mittel	4.128	5,3	1.930	2,4	2.198
	24.268	31,7	25.465	32,6	-1.197
	76.338	100,0	77.920	100,0	-1.582

	31.12.2021		31.12.2020		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
PASSIVA					
Lang- und mittelfristig zur Verfügung stehende Mittel					
Eigenkapital	13.413	17,6	13.019	16,7	394
Sonderposten	1.005	1,3	906	1,1	99
Mittelfristige Rückstellungen	43.376	56,8	40.708	52,3	2.668
Verbindlichkeiten	2.262	2,9	7.141	9,2	-4.879
	46.643	78,6	48.755	62,6	-2.112
Kurzfristig zur Verfügung stehende Mittel					
Sonstige Rückstellungen	1.046	1,4	1.662	2,1	-616
Verbindlichkeiten, und erhaltene Anzahlungen	15.117	19,8	14.311	18,4	806
Rechnungsabgrenzungen	119	0,2	173	0,2	-54
	16.282	21,4	16.146	20,7	136
	76.338	100,0	77.920	100,0	-1.582

Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Haushaltsjahr 2021 um 1.582 TEUR vermindert. Die Erhöhung des Anlagevermögens resultiert aus der Tatsache, dass die Investitionen (6.893 TEUR), die Abschreibungen (6.075 TEUR), die Zuschreibungen bei den Finanzanlagen (48 TEUR) sowie die Anlagenabgänge (41 TEUR) um 825 TEUR übersteigen.

Die wesentlichen Investitionen wurden bei den Softwarelizenzen (2.972 TEUR) und im Hardwarebereich (3.117 TEUR) vorgenommen. Die Vorräte minderten sich stichtagsbezogen um 162 TEUR auf nunmehr 304 TEUR. Die Vorräte setzen sich aus den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, Waren (286 TEUR) sowie aus den unfertigen Leistungen in Höhe von 17 TEUR zusammen.

Stichtagsbezogen erhöhten sich die liquiden Mittel von 1.930 TEUR um 2.198 TEUR auf 4.128 TEUR. Die mittelfristigen Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände reduzierten sich um 744 TEUR auf 26.345 TEUR.

Des Weiteren minderten sich die kurzfristigen Forderungen und Rechnungsabgrenzungen um 3.699 TEUR auf 19.836 TEUR. Das lang- und mittelfristig gebundene Vermögen stellt insgesamt 68,3 % (31.12.2020: 66,8 %) des Gesamtvermögens dar. Aufgrund des positiven Jahresergebnisses im Haushaltsjahr 2021 hat sich die Eigenkapitalquote des Zweckverbandes von 16,7 % auf 17,6 % der Bilanzsumme erhöht.

Gemäß § 44 V KomHVO wurde im Haushaltsjahr 2021 für das Projekt „Logineo NRW“ sowie für das Projekt „Einführung eines neuen Bibliotheksverfahren“ ein Sonderposten gebildet. Der Sonderposten wird linear über einen Zeitraum von 5 Jahren abgeschrieben. Zum Ende des Haushaltsjahres 2021 beträgt der Sonderposten insgesamt 1.005 TEUR.

Unter den mittelfristigen Rückstellungen werden im Wesentlichen die Pensionsrückstellungen (41.644 TEUR) ausgewiesen. Im Haushaltsjahr 2021 wurden planmäßig Bankverbindlichkeiten in Höhe von 703 TEUR getilgt.

Neue langfristige Bankverbindlichkeiten wurden im Haushaltsjahr 2021 nicht aufgenommen. Die lang- und mittelfristig zur Verfügung stehenden Mittel (inklusive Eigenkapital) decken zu 100,0 % (31.12.2020: 100,0 %) das lang- und mittelfristig gebundene Vermögen und zu 49,1 % das kurzfristige gebundene Vermögen (31.12.2020: 60,6 %).

8. Wirtschaftliche Lage

Das Haushaltsjahr 2021 wurde mit einem Jahresüberschuss in Höhe von rund 424 TEUR abgeschlossen. Im Haushaltsplan 2021 war ein Jahresfehlbetrag rund 880 TEUR geplant. Dies bedeutet eine Verbesserung gegenüber dem Plan um 1.304 TEUR.

9. Voraussichtliche Entwicklung der wirtschaftlichen Lage

Bei der Planung des Haushaltsjahres 2022 wird von einem ausgeglichenen Jahresergebnis ausgegangen. Eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage zur Verstetigung der Entgelte ist vorgesehen. Damit wird den guten Jahresergebnissen der letzten Jahre Rechnung getragen und eine zu starke Belastung der Verbandsmitglieder und der Verbandsanwenderinnen vermieden.

Es wird weiterhin versucht, über den Leistungsaustausch mit öffentlichen Einrichtungen außerhalb des Verbandsgebiets und der damit einhergehenden Entlastung der Grundkosten, die Entgelte für Mitglieder und Verbandsanwenderinnen zu stabilisieren.

Voraussichtlich wird im Haushaltsjahr 2023 die Umsatzsteuerpflicht für die Leistungen des KRZN eintreten. Unter Berücksichtigung des dann möglichen Vorsteuerabzuges wird sich dadurch eine Brutto-Entgelterhöhung um rd. 10 % ergeben.

Um den Belastungssprung für die Verbandsanwender zu verringern, wird die Brutto-Entgelterhöhung einmalig für das Haushaltsjahr 2023 zulasten der Ausgleichsrücklage auf 5 % begrenzt.

10. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres

Der Jahresabschluss 2020 wurde von der Bezirksregierung Düsseldorf geprüft. Diese Prüfung ergab keinerlei Beanstandungen. Die Ergebnis- und die Finanzrechnung sowie die Bilanz wurden am 13.01.2022 veröffentlicht.

Die kreisangehörige Stadt Erkrath im Kreis Mettmann wurde zum 1.1.2022 über eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Kreis als 40ste Verbandsanwenderin an das KRZN angebunden.

11. Chancen und Risiken

Ein Insolvenzrisiko für das KRZN besteht auf Grund der kommunalen Trägerschaft des Zweckverbandes nicht. Die zukünftige Ausweitung des Leistungsangebotes, auch verbunden mit der Aufnahme weiterer Kredite, stellt kein Risiko dar, da dann zeitnah separate kostendeckende Entgelte von den Anwendern erhoben werden. Dies gilt gleichfalls für die Ablösung vorhandener Softwareprodukte oder auch für wesentliche Erweiterungen vorhandener Softwarelösungen.

Die Inanspruchnahme aus den Pensionsverpflichtungen wird in Zukunft zu weiterem Liquiditätsbedarf führen. Aufgrund der vertragsmäßigen Haftung für die bis zum 31.12.2007 entstandenen Pensionsrückstellungen durch die damaligen Zweckverbandsmitglieder und die Finanzierung der regelmäßigen Zuführungen über die Einnahmen besteht auch hier kein Risiko.

Das KRZN wird weiter daran arbeiten, seine Finanz- und Ertragslage zu verstetigen. Das Risiko-Früherkennungssystem wird weiter ausgebaut.

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsvorsteher

Dr. Andreas Coenen
Ingo Schabrich

Geschäftsleiter

Jonas Fischer
Jochen Müller (stellv. Geschäftsleiter)

Verbandsversammlung

Karl Borkes
Rainer Gardemann
Hans-Christian Geise
Jens Hundrieser
Lars Löding
Stefan Bremkens
Gertrud Kersten
Hans-Willi Erkens
Jörg Vopersal
Torsten Kannenberg
Silke Gorißen
Maxi Leuchters
Lena Marie Wagner
Maximilian Becker
Thomas Ross
Cigdem Bern
Niklas Hell
Philipp Heks
Martina Haak
Thomas Heil
Dr. Heinz Michael Horst
Dr. Harald Sieger
Margit Jung
Burkhard Hölting
Jochen Brunnhofer
Markus Bösel
Dietmar Weiß
Dirk Niemeyer
Dietmar Viehöver
Dr. Thomas Hendele

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 30 Mitgliedern 7 Frauen an (Frauenanteil: 23,33 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

3.3.1.6 Naturpark Schwalm-Nette

Zweckverband Naturpark Schwalm-Nette

Willy-Brandt-Ring 15

41747 Viersen

Telefon: 02162 / 81709-408

Telefax: 02162 / 81709-424

Internet: www.naturparkschwalm-nette.de

Zweck der Beteiligung

Der Zweckverband hat die Aufgabe, im „Schwalm-Nette“-Gebiet nebst der dazugehörigen Randzone im Rahmen einer einheitlichen Naturpark- und Erholungsplanung die Pflanzen- und Tierwelt sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft als Lebensgrundlage des Menschen und als Voraussetzung für seine Erholung in Natur und Landschaft nachhaltig zu sichern.

Dazu gehören insbesondere

- der Schutz und die Pflege wertvoller naturnaher Biotope und Landschaften sowie die Anreicherung, Entwicklung und Renaturierung verarmter und geschädigter Landschaftsteile
- die Erschließung für die naturbezogene Erholung sowie der Ausbau und die Unterhaltung von Anlagen zu Erholungszwecken
- die natur- und landschaftskundliche Informations- und Bildungsarbeit.
- Erschließung des Naturparks sowie die Pflege und Entwicklung der Landschaft
- Informations- und Öffentlichkeitsarbeit
- Umweltbildung

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zweckes ergibt sich aus dem in der Satzung festgelegten Gegenstand des Zweckverbands. Der Zweckverband hat die öffentliche Zielsetzung eingehalten und erreicht. Weitergehende Ausführungen können dem unten aufgeführten Lagebericht entnommen werden.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Verbandsmitglieder	Vertreter in der Verbandsversammlung	Anteil in Prozent
Kreis Heinsberg	6	35,29
Kreis Kleve	3	17,65
Kreis Viersen	7	41,18
Stadt Mönchengladbach	1	5,88
	17	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Kreis Viersen

An Verbandsumlage zahlte der Kreis Viersen im Jahr 2021 an den Naturpark Schwalm-Nette 578 TEUR. Der Naturpark zahlte dem Kreis Viersen in 2021 für Verwaltungskosten und weitere Leistungen 69 TEUR.

Kommunales Rechenzentrum Niederrhein

Für diverse Dienstleistungen hat der Naturpark Schwalm-Nette im Jahr 2021 an das Kommunale Rechenzentrum Niederrhein insgesamt 9,7 TEUR gezahlt.

Heilpädagogisches Zentrum Kreis Viersen

Für diverse Leistungen hat der Naturpark Schwalm-Nette im Jahr 2021 an das Heilpädagogische Zentrum Kreis Viersen insgesamt 1,2 TEUR gezahlt

Niederrhein Tourismus GmbH

Für Beteiligungen an Projekten der Niederrhein Tourismus GmbH hat der Naturpark im Jahr 2021 insgesamt 1,2 TEUR gezahlt.

Sparkasse Krefeld

Der Naturpark Schwalm-Nette hat im Jahr 2021 Spenden für die Naturbarkeit von der Sparkasse Krefeld in Höhe von 714 EUR erhalten.

Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH

An Mietzahlungen sowie für die Bereitstellung des Empfangs und weiterer Leistungen erhielt die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH in 2021 54 TEUR vom Naturpark Schwalm-Nette.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO		EURO	EURO	EURO
Anlagevermögen	506.410	531.926	-25.516	Eigenkapital	44.871	44.871	0
Umlaufvermögen	1.670.393	1.467.769	202.623	Sonderposten	248.051	273.567	-25.516
				Rückstellungen	1.606.218	1.576.406	29.812
				Verbindlichkeiten	293.014	112.934	180.080
Aktive Rechnungsabgrenzung	20.151	12.882	7.268	Passive Rechnungsabgrenzung	4.800	4.800	0
Bilanzsumme	2.196.953	2.012.578	184.376	Bilanzsumme	2.196.953	2.012.578	184.376

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO
1. Erträge aus Umlagen der Zweckverbandsmitglieder	1.181.357,94	1.095.487,53	85.870,41
2. sonstige betriebliche Erträge	2.817,13	3.289,74	-472,61
3. Bestandsveränderungen	-897,08	-1.523,31	626,23
4. Personalaufwand	-562.903,38	-574.606,69	11.703,31
5. Versorgungsaufwendungen	-118.025,67	-65.616,98	-52.408,69
6. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-381.731,19	-334.602,45	-47.128,74
7. Abschreibungen	-53.322,33	-53.468,55	146,22
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	-67.295,42	-67.917,52	622,10
9. Finanzergebnis	0,00	0,00	0,00
10. Ergebnis vor Steuern	0,00	1.041,77	-1.041,77
11. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	0,00	1.041,77	-1.041,77

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%	%
Eigenkapitalquote	13,33	15,82	-2,49
Eigenkapitalrentabilität	0,00	0,33	-0,33
Anlagendeckungsgrad 2	57,84	59,87	-2,02
Verschuldungsgrad	648,37	530,51	117,87
Umsatzrentabilität	0,00	0,00	0,00

Personalbestand

Der Zweckverband Naturpark Schwalm-Nette beschäftigte im Berichtsjahr im Durchschnitt neun Mitarbeiter (inklusive Geschäftsführer) sowie drei geringfügig Beschäftigte.

Geschäftsentwicklung

Allgemeines

Zur Aufgabenerfüllung haben sich die Kreise Heinsberg, Kleve und Viersen sowie die Stadt Mönchengladbach zu dem Zweckverband „Naturpark Schwalm-Nette“ zusammengeschlossen, der 1965 gegründet wurde. Über eine Fläche von rund 435 km² erstreckt sich das Erholungsgebiet des Naturparks Schwalm-Nette entlang der deutsch-niederländischen Grenze. Der Zweckverband hat seinen Sitz in Viersen. Die Organe des Naturparks sind nach § 14 GkG und nach § 4 Abs. 1 und 2 der Satzung die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsteher. Die Verbandsversammlung des Naturparks besteht aus 17 Mitgliedern, die sich wie folgt auf die Kreise und Gemeinden aufteilen: Stadt Mönchengladbach 1 Vertreter, Kreis Kleve 3 Vertreter, Kreis Heinsberg 6 Vertreter und Kreis Viersen 7 Vertreter. Die Anzahl der Vertreter richtet sich nach dem Gebietsanteil, den die Mitglieder an dem Naturpark haben. Neben diesen Organen hat der Verbandsausschuss, bestehend aus den Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder, die Aufgabe Beschlüsse der Verbandsversammlung vorzubereiten und den Verbandsvorsteher bei den Verwaltungsaufgaben zu unterstützen. Die Leitung der laufenden Geschäfte übernimmt der Geschäftsführer.

Der Zweckverband Naturpark Schwalm-Nette hat sich insbesondere zum Ziel gesetzt, die Pflanzen und Tierwelt sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft als Lebensgrundlage des Menschen und als Voraussetzung für seine Erholung nachhaltig zu sichern. Mit dem in 2015 erstellten Naturparkplan wurde die Weiterentwicklung des Naturparks Schwalm-Nette und der Region als zukunftsorientierte Arbeitsgrundlage festgeschrieben. Die Handlungsfelder „Schutz, Erholung, Bildung und Entwicklung“ werden darin genauer definiert und mit umzusetzenden Projekten und zielgerichteten Maßnahmen gefüllt. Hierzu gehören die lenkende Erschließung des Naturparks, die Pflege und Entwicklung der Landschaft sowie die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.

Maßnahmen und Projekte

Der überwiegende Teil der Naturparkarbeit war von Einschränkungen oder Ausfällen durch die Corona-Pandemie geprägt. So mussten, wie im Jahr 2020, wieder ein Großteil der geplanten Veranstaltungen abgesagt werden. Gleichzeitig stieg die Zahl der Nutzer und Erholungssuchenden weiter an. Naturparkeinrichtungen, wie Wanderparkplätze stießen oft an ihre Kapazitätsgrenzen. Der Neubau des Aussichtsturmes im Elmpter Schwalmbruch musste auf das Haushaltsjahr 2022 verschoben werden.

Hingegen ist positiv zu erwähnen, dass im Berichtsjahr die vom LVR geförderten zehn barrierearmen Wanderwege fertiggestellt wurden. Ebenso konnten die in 2020 begonnenen Arbeiten an den Premium-Spazierwanderwegen Breyeller Seenrunde, Süchtelner Höhenrunde, Tackenberg-Runde und Dalheimer Runde zum Abschluss gebracht werden. Die vorgenannten Premium-Spazierwanderwege wurden von der Sparkasse Heinsberg gefördert und schließlich vom Deutschen Wanderinstitut zertifiziert.

Das Land NRW hat wie in den Vorjahren die notwendigen Einrichtungs- und Unterhaltungsmaßnahmen gefördert. Das Handlungsfeld Landschaftspflege und Naturschutz erfuhr abermals eine gute Umsetzungsquote. Neben der Kopfweidenpflege wurden in den Monaten September bis November 2021 auf einer ca. 10.000 qm großen Moorfläche östlich vom Haus Galgenvenn störende Gehölze beseitigt sowie auf einer ehemaligen Abgrabungsfläche im Brachter Wald eine Offenland-Nachpflege durchgeführt. Außerdem wurden im Bereich der „Schutzhütte Schlucht“ und auf angrenzenden Teilflächen Adlerfarn und Traubenkirsche gerodet.

Am 21. Juni 2021 erschien der dreiteilige grenzüberschreitende Wanderkartensatz des Naturparks Schwalm-Nette. Die Wanderkarten wurden aktualisiert und neu aufgelegt. Zudem wurde eine Vielzahl von Broschüren und Flyern kostenlos versendet. Die Summe der freiwilligen Spenden entwickelt sich entsprechend der Zahl der Versandposten positiv.

Der bisherige geschäftsführende Kooperationspartner der führenden Premiumwegetreiber in Deutschland ist zum Jahresende 2020 aus der Marketingorganisation ausgeschieden. Der Naturpark Schwalm-Nette hat in Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt und dem Amt für Finanzen des Kreises Viersen Anfang 2021 die Aufgaben der Finanzverwaltung und Buchhaltung übernommen. Er vereinnahmt die Beiträge der Partner. Aus diesen Beiträgen werden alle Kosten der autorisiert durchgeführten Projekte an den durchführenden Partner erstattet.

Die positive Entwicklung der Social-Media-Kanäle hat auch im Berichtszeitraum angehalten. Die Internetseite der Premiumwanderwege wurde in diesem Jahr mit sechs Premiumspazierwanderwegen ergänzt. Durch die Neueröffnung wurde auch die Webseite vermehrt besucht. Der Digitalisierungsprozess insgesamt ist beim Naturpark vorangeschritten. So wurden die Arbeitsplätze in der Naturparkverwaltung auf Notebook mit Dockingstation umgerüstet. Dies ermöglicht einen flexiblen Einsatz der technischen Möglichkeiten. Vorteilhaft erweist sich auch die Nutzung des digitalen Rechnungsworkflows seit Mai 2021. Mit dem Rechnungsworkflow wird die papierbehaftete Bearbeitung von eingehenden Rechnungen in Form von Auszahlungsanordnungen elektronisch abgebildet. Das Ausdrucken und handschriftliche Abzeichnen entsprechender Vordrucke sowie die Weitergabe in Umlaufmappen per Hauspost entfallen. Der Naturpark Schwalm-Nette hat im März 2021 im Rahmen des Digitalisierungsprozesses ein Gremieninformationssystem installiert. Damit wurden die Vorbereitung, Durchführung und der Abschluss von Veranstaltungen der Naturparkgremien (Verbandsversammlung und Verbandsausschuss) für die digitale Zukunft gerüstet.

Mit der Aufgabensäule „Bildung“ wird der Ergänzung des Paragraphs 27 des Bundesnaturschutzgesetzes Rechnung getragen, wonach „Naturparke (...) auch der Bildung für nachhaltige Entwicklung dienen“ sollen. Anlässlich des fünfunddreißigjährigen Bestehens des Unterrichtsprogramms hat der Naturpark Schwalm-Nette eine Broschüre veröffentlicht, die sich auf knapp 100 Seiten mit dem Konzept der Naturbildungsarbeit und den wissenschaftlichen Hintergründen beschäftigt. Nicht nur in den Schulen, sondern auch inzwischen in den Kindergärten lernen Kinder den bewussten und verantwortungsvollen Umgang mit ihrer Umwelt kennen. Das Projekt Naturpark-Kita beinhaltet, Kindergartenkindern nach den Kriterien einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) originale Natur-, Kultur- und Heimaterfahrungen in ihrem direkten Umfeld zu ermöglichen und Kenntnisse über den Naturpark zu vermitteln. Die Auszeichnung „Naturpark-Kita“ wird vom Verband Deutscher Naturparke für einen Zeitraum von fünf Jahren verliehen.

Um Bewohnern und Besuchern ein weiteres niederschwelliges Informationsangebot (siehe Naturpark-Plan Initialprojekt 6.7.2) geben zu können, wurde ein neuer Info-Point nahe der einwohnerstarken Stadt Mönchengladbach eingerichtet. Das im Hardter Wald gelegene Wilhelm-Kliewer-Tagungshaus beabsichtigt eine Neuorientierung und -ausrichtung und bietet gute Möglichkeiten, die Naturparkziele zu kommunizieren und zu unterstützen. Die Eröffnung fand im April 2022 statt.

Investitionen wurden wie folgt getätigt:

- Für Wanderer, Radfahrer und Reiter wurde am Premium-Wanderweg im Birgeler Wald ein weiteres Zählgerät installiert.
- Die Arbeitsplätze in der Naturparkverwaltung wurden auf Notebook mit Dockingstation umgerüstet.
- Die Infostation zu aktuellen Themen in der Ausstellung der Naturpark Info-Stelle Burg Brüggen wurde mit einem weiteren Themenbereich zum Klimawandel ergänzt (5.890,50 EUR).
- An den neuen Premium-Spazierwanderwegen „Tackenbendener Runde“ und der „Süchtelner Höhenrunde“ wurden neue Informations- und Orientierungstafeln aufgestellt.

Ausblick

Das Land NRW unterstützt die Arbeit des Naturparks Schwalm-Nette. Natur und Landschaft sind Basis und Kapital des Naturparks. Einmalig ist seine grenzüberschreitende, abwechslungsreiche Wasser-/Naturlandschaft, in der vielfältige Kulturlandschaftsformen und Kulturerzeugnisse aus verschiedenen Jahrhunderten ablesbar und historisch gewachsen sind. Die langfristige (Qualitäts-)Sicherung dieses attraktiven Lebensraumes setzt voraus, dass neben der Akquisition von Fördermitteln vorrangig der Fokus auf die Initiierung und Umsetzung von Projekten im Bereich Natur- und Landschaftsschutz zu legen ist. Um den hohen Ansprüchen dieser Maßnahmen gerecht zu werden und eine Sicherstellung dieser Aufgaben zu erreichen, ist der Aus- und Aufbau der Fachkompetenz durch Fachpersonal erforderlich, damit die im Naturparkplan vorgeschlagenen Maßnahmen in den nächsten Jahren umgesetzt und die seit 1965 geschaffenen Erholungseinrichtungen erhalten und weiter ausgebaut werden können (siehe Naturpark-Plan, Leitprojekt 6.2).

Gleichwohl spielt das Handlungsfeld Bildung im Naturpark eine zentrale Rolle. Durch Umweltbildungs- und Öffentlichkeitsmaßnahmen werden Besucher und Einwohner des Naturparks über Natur und kulturelle Besonderheiten informiert. Damit soll ein grundlegendes Interesse und Bewusstsein für verschiedene Umweltthemen, wie zum Beispiel vorkommende Tier- und Pflanzenarten oder ökologische Zusammenhänge vermittelt werden.

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsvorsteher

Dr. Andreas Coenen
Silke Gorßen (Stv. Verbandsvorsteherin)

Geschäftsführer

Michael Puschmann

Verbandsversammlung

Franz-Josef Draack
Waltraud Kurth
Reinhold Lind
Monika Mai
Dr. Ferdinand Schmitz
Achim Wilms
Peter Aengenheister
Philipp Heks
Rudolf Zellner
Maria Thekla Dittrich
Evamaria Enk
Angelika Feller
Birgit Jahrke
Dirk Schulze
Hans-Hermann Terkatz
Sofia Tillmanns
Peter Hoffmann

|

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 17 Mitgliedern 7 Frauen an (Frauenanteil: 41%).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent erreicht/überschritten.

3.3.1.7 Sparkassenzweckverband Stadt Krefeld / Kreis Viersen

Sparkassenzweckverband Stadt Krefeld / Kreis Viersen

Ostwall 155

47798 Krefeld

Telefon: 02151 / 6868888

Telefax: 02151 / 685000

Internet: www.sparkasse-krefeld.de

Zweck der Beteiligung

Der Verband ist Träger einer Sparkasse mit dem Namen „Sparkasse Krefeld – Zweckverbandsparkasse der Stadt Krefeld und des Kreises Viersen“.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zweckes ergibt sich aus dem in der Satzung festgelegten Gegenstand des Zweckverbandes. Der Zweckverband hat die öffentliche Zielsetzung eingehalten und erreicht.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Verbandsmitglieder	Vertreter in der Verbandsversammlung	Anteil in Prozent
Kreis Viersen	17	42,50
Stadt Krefeld	20	50,00
Stadt Willich	3	7,50
	40	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Keine.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Der Sparkassenzweckverband Stadt Krefeld / Kreis Viersen verfügt über kein eigenes Vermögen. Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen werden daher nicht aufgestellt.

Personalbestand

Beim Sparkassenzweckverband Stadt Krefeld / Kreis Viersen sind keine hauptamtlichen Dienstkräfte beschäftigt.

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsvorsteher Frank Meyer
Christian Pakusch (stv. Verbandsvorsteher)

Vertreter des Kreises Viersen in der Versammlung Peter Fischer (Vorsitzender)

Bernd Bedronka
Dr. Andreas Coenen
Maria Dittrich
Angelika Feller
Luise Fruhen
Martina Haak
Jürgen Heinen
Heike Höltken
Birgit Jahrke
Hans-Josef Kampe
Eva Pascher-Bellmann
Georg Reulen
Annalena Rösberg
Christoph Saßen
Manfred Wolfers jun.
Rudolf Zellner

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 40 Mitgliedern 14 Frauen an (Frauenanteil: 35 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

3.3.1.8 Verkehrsverbund Rhein-Ruhr

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr
AugustastraÙe 1
45879 Gelsenkirchen
Telefon: 0209 / 1584-0
Telefax: 0209 / 23967
Internet: www.vrr.de

Zweck der Beteiligung

Der Zweckverband verfolgt in Anlehnung an § 2 Abs. 3 ÖPNVG NRW das Ziel, eine angemessene Bedienung der Bevölkerung durch den ÖPNV zu gewährleisten. Die dazu notwendige Zusammenarbeit des Landes, des Zweckverbandes, der Aufgabenträger, der Verbandsmitglieder und der Verkehrsunternehmen des ÖPNV in Verkehrsverbänden sowie die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung mit dem NVN ist mit dem Ziel weiterzuentwickeln, durch koordinierte Planung und Ausgestaltung des Leistungsangebotes, durch einheitliche und nutzerfreundliche Tarife, durch eine koordinierte Fahrgastinformation unter Berücksichtigung von Menschen mit Hör- und Sehbehinderung sowie durch einheitliche Qualitätsstandards die Attraktivität des ÖPNV zu steigern. Die Durchführung des Verkehrs und damit die Übernahme einer unternehmerischen Tätigkeit als Personenbeförderungsunternehmen ist grundsätzlich nicht Aufgabe des Zweckverbandes. Sie obliegt den im Kooperationsraum tätigen Verkehrsunternehmen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem in der Satzung festgelegten Gegenstand des Zweckverbandes. Der Zweckverband hat die öffentliche Zielsetzung eingehalten und erreicht. Weitergehende Ausführungen können dem unten aufgeführten Lagebericht entnommen werden

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Verbandsmitglieder	Vertreter in der Verbandsversammlung	Anteil in Prozent
Ennepe-Ruhr-Kreis	3	4,23
Kreis Mettmann	4	5,63
Rhein-Kreis Neuss	2	2,82
Kreis Recklinghausen	6	8,45
Kreis Viersen	2	2,82
Stadt Bochum	4	5,63
Stadt Bottrop	1	1,40

Verbandsmitglieder	Vertreter in der Verbandsversammlung	Anteil in Prozent
Stadt Dortmund	6	8,45
Stadt Düsseldorf	6	8,45
Stadt Duisburg	5	7,04
Stadt Essen	6	8,45
Stadt Gelsenkirchen	3	4,23
Stadt Hagen	2	2,82
Stadt Herne	2	2,82
Stadt Krefeld	2	2,82
Stadt Mönchengladbach	3	4,23
Stadt Monheim am Rhein	1	1,40
Stadt Mülheim an der Ruhr	2	2,82
Stadt Neuss	2	2,82
Stadt Oberhausen	2	2,82
Stadt Remscheid	1	1,40
Stadt Solingen	2	2,82
Stadt Viersen	1	1,40
Stadt Wuppertal	3	4,23
	71	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Kreis Viersen

An Umlage hat der Kreis Viersen in 2021 an den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr 3.730 TEUR gezahlt. Umgekehrt hat der Kreis Viersen aus der Aufgabenträgerpauschale nach dem ÖPNVG Landeszuweisungen in Höhe von 318 TEUR erhalten.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO		EURO	EURO	EURO
Anlagevermögen	51.296.447	51.296.295	152	Eigenkapital	51.369.522	51.186.574	182.948
Umlaufvermögen	20.172.594	4.251.925	15.920.669	Sonderposten	3.741	3.589	152
				Rückstellungen	1.991.898	1.934.870	57.028
				Verbindlichkeiten	18.103.879	2.423.187	15.680.693
Aktive Rechnungsabgrenzung	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzung	0	0	0
Bilanzsumme	71.469.040	55.548.220	15.920.821	Bilanzsumme	71.469.040	55.548.220	15.920.821

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO
1. Erträge aus Umlagen der Zweckverbandsmitglieder	6.934.000,00	6.934.000,00	0,00
2. sonstige betriebliche Erträge	770.996,74	207.819,35	563.177,39
3. Personalaufwand	-158.063,38	-209.202,56	51.139,18
4. Abschreibungen	-2.124,47	-2.257,00	132,53
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	-677.336,19	-302.302,87	-375.033,32
6. Finanzergebnis	-94.524,79	-91.617,08	-2.907,71
7. Aufwendungen aus der Finanzierung der VRR AöR	-6.590.000,00	-6.590.000,00	0,00
8. Ergebnis vor Steuern	182.947,91	-53.560,16	236.508,07
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	182.947,91	-53.560,16	236.508,07

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%	%
Eigenkapitalquote	71,88	92,15	-20,27
Eigenkapitalrentabilität	0,36	-0,10	0,46
Anlagendeckungsgrad 2	100,15	99,79	0,36
Verschuldungsgrad	39,12	8,51	30,60
Umsatzrentabilität	0,00	0,00	0,00

Personalbestand

Beim Zweckverband sind in 2021 keine hauptamtlichen Dienstkräfte tätig (Vorjahr: 0).

Geschäftsentwicklung

I. Grundlagen und öffentlicher Zweck des ZV VRR

Der ZV VRR verfolgt in Anlehnung an § 2 Absatz 3 ÖPNVG NRW das Ziel, eine angemessene Bedienung der Bevölkerung durch den ÖPNV zu gewährleisten. Dem Zweckverband wurden die Aufgaben „Planung, Organisation, Ausgestaltung und Finanzierung des SPNV“ gemäß § 5 Absatz 3 Satz 1 ÖPNVG NRW übertragen. In diesem Rahmen hat der ZV VRR darauf hinzuwirken, dass alle Maßnahmen zur technischen, organisatorischen und wirtschaftlichen Verbesserung des Verkehrsangebotes und zur Steigerung des dadurch erreichbaren Verkehrsaufkommens ausgeschöpft werden. Zur organisatorischen und wirtschaftlichen Verbesserung des Verkehrsangebotes hat der ZV VRR die Aufgabe, alternative Fahrzeugfinanzierungsmodelle, z. B. die Beschaffung und Finanzierung von SPNV-Fahrzeugen, zu prüfen und ggf. bereit zu stellen.

Die Verbandsmitglieder haben dem ZV VRR gemäß § 5 Absatz 3a ÖPNVG NRW freiwillig weitere Aufgaben übertragen.

Satzungsgemäß hat der ZV VRR seine Aufgaben auf die VRR AöR übertragen bzw. zur Durchführung übertragen. Die Zuständigkeit des ZV VRR für die Erhebung der Umlagen bleibt unberührt.

Die VRR AöR hat die Aufgaben „Fahrzeugbeschaffung und Finanzierung“ für die entsprechenden Projekte auf den ZV VRR zurück übertragen. Der ZV VRR hat im Jahr 2013 den Eigenbetrieb ZV VRR Eigenbetrieb Fahrzeuge und Infrastruktur (ZV VRR FaIn-EB) gegründet und die Überführung der wirtschaftlichen Betätigung „Beschaffung und Finanzierung von SPNV-Fahrzeugen und deren Nutzungsüberlassung an Eisenbahnverkehrsunternehmen gegen Entgelt“ in den Eigenbetrieb mit Wirkung zum 1. Januar 2013 beschlossen.

Der ZV VRR betätigt sich innerhalb des Rahmens der öffentlichen Zwecksetzung und hat den öffentlichen Zweck erreicht.

II. Wirtschaftsbericht

1. Geschäftstätigkeit

Die Geschäftstätigkeit des ZV VRR umfasste im Jahr 2021 die folgenden Bereiche:

- Eigenaufwand, insbesondere Gremienmanagement und Umlagenerhebung zur Finanzierung des Eigenaufwandes im VRR
- ÖSPV-Finanzierung (Umlagenerhebung)

2. Wirtschaftsplanung 2021

Der Wirtschaftsplan 2021 wurde von der Verbandsversammlung am 10. Dezember 2020 beschlossen.

Der Erfolgsplan 2021 sieht im Bereich Eigenaufwand eigene Erträge (ohne Umlagen) in Höhe von T€ 369 und Aufwendungen in Höhe von T€ 760 vor; damit ergibt sich ein nicht durch Erträge gedeckter Aufwandsüberhang in Höhe von T€ 391, der planmäßig durch eine Sonderumlage von den Verbandsmitgliedern in Höhe von T€ 344 und eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage in Höhe von T€ 47 gedeckt wird. Die planmäßige Finanzierung der VRR AöR in Höhe von T€ 6.590 erfolgt über die Umlage zur Finanzierung der VRR AöR.

Im Bereich der SPNV-Finanzierung sind keine Erträge aus Umlagen und deren Weiterleitung geplant.

Der Bereich ÖSPV-ist im Erfolgsplan ausgeglichen ausgewiesen. Die allgemeine Verbandsumlage für kommunale Unternehmen ist auf Basis des Vorjahres in Höhe von T€ 626.849 und für nicht-kommunale Unternehmen in Höhe von T€ 6.406 geplant. Der **Vermögensplan** 2021 weist Investitionen im Bereich Eigenaufwand mit T€ 2 und deren Finanzierung aus eigenen Mitteln aus. Im **Stellenplan** werden 3 der VRR AöR zugewiesene Beamte (Vorjahr: 3) und 2 nicht besetzte Stellen ausgewiesen.

3. Wirtschaftliche Lage

a) Ertragslage

Die wesentlichen Faktoren der Ertragslage 2021 im Vergleich zum Plan und dem Vorjahr stellen sich wie folgt dar:

	Plan 2021 T€	Ist 2021 T€	Ist 2020 T€
Erträge			
Umlage der Verbandsmitglieder	6.934	6.934	6.934
Weitere Ertragsposten	369	771	209
	7.303	7.705	7.143
Aufwendungen			
Finanzierung VRR AöR	-6.590	-6.590	-6.590
Personalaufwendungen, Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung langfristiger Personalrückstellungen	-290	-253	-302
Weitere Aufwandsposten	-470	-679	-305
	-7.350	-7.522	-7.197
Ergebnis Eigenaufwand	-47	183	-54
ÖSPV-Finanzierung			
Erträge	633.255	706.889	598.497
Aufwendungen	-633.255	-706.889	-598.497
Ergebnis ÖSPV-Finanzierung	0	0	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-47	183	-54

Im Vergleich zur Wirtschaftsplanung 2021 ergibt sich ein um T€ 230 verbessertes Jahresergebnis in Höhe von T€ +183, das im Bereich Eigenaufwand erwirtschaftet wurde.

Überplanmäßigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen für Gremienaufwendungen stehen überplanmäßige sonstige betriebliche Erträge aus Aufwandsweiterbelastungen und Personalkostenerstattungen gegenüber.

Die Umlagen der Verbandsmitglieder wurden planmäßig zur Finanzierung der VRR AöR in Höhe von T€ 6.590 und zur Finanzierung des ZV VRR in Höhe von T€ 344 erhoben. Die weiteren Ertragsposten liegen mit T€ 771 um T€ 402 über dem Planansatz und berücksichtigen Erstattungen für Personalaufwendungen von der VRR AöR und dem Ministerium für Verkehr NRW in Höhe von insgesamt T€ 229 sowie die Weiterbelastung von Aufwendungen im Zusammenhang mit der Gremientätigkeit an die VRR AöR mit T€ 536. Im Zusammenhang mit der gestiegenen Sitzungstätigkeit wurde im Jahr 2021 satzungsmäßig die Weiterberechnung der damit verbundenen Aufwendungen an die VRR AöR festgelegt.

Aufwendungen aus der Finanzierung der VRR AöR betragen planmäßig T€ 6.590.

Die Personal- und Zinsaufwendungen betreffen die Auszahlungen und Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen. Sie liegen mit T€ 253 um T€ 37 unter dem Planansatz von T€ 290.

Die weiteren Aufwendungen beinhalten vor allem Gremien- und Verwaltungsaufwendungen und liegen mit T€ 679 um T€ 209 über dem Planansatz von T€ 470 aufgrund der erhöhten Sitzungstätigkeit im Jahr 2021.

Im Bereich SPNV-Finanzierung erfolgt kein Planansatz, da eine SPNV-Umlage seit 2020 nicht mehr erhoben wird.

Im Bereich ÖSPV-Finanzierung wird ein ausgeglichenes Ergebnis ausgewiesen. Erträgen aus der gemäß der geänderten Umlagensatzung 2022 festgesetzten allgemeinen Verbandsumlage 2021 (brutto T€ 705.126) und der Ist-Abrechnungen der allgemeinen Verbandsumlage für 2019 und 2020 (Differenzbeträge T€ 1.763) stehen in gleicher Höhe Aufwendungen gegenüber.

b) Finanz- und Vermögenslage

Die **Vermögenslage** des ZV VRR ist auf der Aktivseite wesentlich vom langfristig gebundenen Vermögen und den langfristigen Finanzierungsmitteln auf der Passivseite bestimmt. Die Bilanzsumme hat sich um T€ 15.921 insbesondere aufgrund der Forderungen gegen und Verbindlichkeiten gegenüber den Zweckverbandsmitgliedern aus der allgemeinen Verbandsumlage erhöht.

Die Aktivseite ist vor allem durch die Finanzanlagen in Höhe von T€ 51.293 (= 71,8 % der Bilanzsumme, davon ZV VRR FaIn-EB: T€ 47.710, VRR AöR: T€ 3.583) und die Forderungen gegen Verbandsmitglieder in Höhe von T€ 17.782 (= 24,9% der Bilanzsumme) geprägt. Die Passivseite ist wesentlich durch das Eigenkapital in Höhe von T€ 51.370 (= 71,9 % der Bilanzsumme) und

die Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern in Höhe von T€ 17.973 (=25,1 % der Bilanzsumme) geprägt.

Die Forderungen gegen und Verbindlichkeiten gegenüber Zweckverbandsmitgliedern beinhalten offene Restzahlungen für die allgemeine Verbandsumlage 2021, der Ist-Abrechnung der allgemeinen Verbandsumlage 2020 und der Korrektur der Ist-Abrechnung der allgemeinen Verbandsumlage 2019.

Die **Finanzlage** ist solide. Der Zahlungsmittelbestand erhöhte sich insgesamt um T€ 219 auf T€ 2.094 und beinhaltet den Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten.

III. Prognosebericht

Der Wirtschaftsplan 2022 wurde von der Verbandsversammlung am 7. Dezember 2021 beschlossen.

Der **Erfolgsplan 2022** sieht im Bereich Eigenaufwand eigene Erträge (ohne Umlagen) in Höhe von T€ 560 und Aufwendungen in Höhe von T€ 947 vor; damit ergibt sich ein nicht durch Erträge gedeckter Aufwandsüberhang in Höhe von T€ 387, der planmäßig durch eine Sonderumlage von den Verbandsmitgliedern in Höhe von T€ 344 und eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage in Höhe von T€ 43 gedeckt wird. Die planmäßige Finanzierung der VRR AöR in Höhe von T€ 6.590 erfolgt über die Umlage zur Finanzierung der VRR AöR.

Im Bereich der SPNV-Finanzierung sind keine Erträge aus Umlagen und deren Weiterleitung geplant.

Der Bereich ÖSPV-Finanzierung ist im Erfolgsplan ausgeglichen ausgewiesen. Die allgemeine Verbandsumlage für kommunale Unternehmen ist auf Basis des Vorjahres in Höhe von T€ 626.849 und für nicht-kommunale Unternehmen in Höhe von T€ 6.426 geplant. Der **Vermögensplan 2022** weist Investitionen im Bereich Eigenaufwand mit T€ 2 und deren Finanzierung aus eigenen Mitteln aus.

Im **Stellenplan** werden 3 der VRR AöR zugewiesene Beamte (Vorjahr: 3) und 2 nicht besetzte Stellen ausgewiesen.

IV. Chancen- und Risikobericht

Der Aufgabencharakter, die Geschäftstätigkeit und die Finanzierung des ZV VRR bergen keine Risiken im Sinne einer Bestandsgefährdung. Die Finanzierung der Geschäftstätigkeit des ZV VRR erfolgt über öffentliche Zuschüsse der Verbandsmitglieder.

Risiken können sich in Form unwirtschaftlichen Handelns und eingeschränkter Leistungsbereitschaft für die Aufgabenerfüllung ergeben. Entsprechende Informationssysteme sind vorhanden und werden im Rahmen des Controllings weiterentwickelt. Das Controlling liefert zeitnah entscheidungsorientierte Managementinformationen.

Die Sicherheit im Bereich der IT-Struktur wird ständig überprüft. Die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen ist gewährleistet.

Das auf der Kosten- und Leistungsrechnung beruhende Controllingsystem dient als Grundlage für die kontinuierliche Soll-/Ist-Analyse und die darauf aufbauenden Abstimmungsgespräche zu den ermittelten Abweichungen.

Der hohe Digitalisierungsgrad beim VRR ermöglicht auch in der Corona-Krise eine planmäßige Aufgabenerledigung durch den VRR.

SPNV-Finanzierung

Für die SPNV-Finanzierung konnten im Jahr 2021 die in Folge der Covid-19-Pandemie geringeren Fahrgeldeinnahmen durch die vom Land NRW gewährten Billigkeitsleistungen zum Ausgleich von Schäden im ÖPNV vom Land NRW (COVID-19) ausgeglichen werden, so dass sich kein Fehlbetrag ergeben hat.

Für das Jahr 2022 wurde eine Zusage von Bund und Land zur Erweiterung der Richtlinien für Corona-Billigkeitsleistungen ÖPNV NRW vom 25.08.2020 erteilt. Mit Zustimmung des Haushalts und Finanzausschusses des Landtags am 31. März 2022 stellt die Landesregierung zusätzlich € 300 Mio. bereit, um Verluste der Verkehrsunternehmen und der ÖPNV-Aufgabenträger aus dem Ticketverkauf in der Corona-Krise auszugleichen, so dass sich beim VRR voraussichtlich kein zusätzlicher Finanzierungsbedarf ergibt.

Das Risiko, dass es zu **Marktaustritten der EVU** im VRR Verbundraum kommen kann, besteht weiterhin. Die VRR AöR arbeitet zurzeit im Rahmen von Verkehrsvertrag 2.0 mit allen betroffenen EVU und den anderen beteiligten AT an einer Lösung hinsichtlich der Anpassung von Verkehrsverträgen unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklungen am Markt. Sollte keine Lösung erzielt werden bzw. eine Finanzierung der Anpassung nicht möglich sein, könnte es im schlimmsten Fall zu Marktaustritten von EVU kommen und der VRR müsste vertragliche Maßnahmen zur Sicherung der Verkehre vornehmen, für die weitaus mehr Budget vorgehalten werden müsste. In diesem Fall sind Möglichkeiten zur Finanzierung zu prüfen.

Mehraufwendungen durch Notvergaben aufgrund der **Insolvenz von Abellio** und deren Finanzierung durch zusätzliche Landesmittel sind bereits im Wirtschaftsplan 2022 berücksichtigt. Die Mehrkosten für den VRR im Zeitraum der Notvergabe bis Ende 2023 liegen in einer Größenordnung von € 100 Mio. Das Gesamtausmaß der Mehrkosten aus der Abellio-Insolvenz wird maßgeblich bestimmt durch die Ergebnisse der Neuausschreibung der Verkehrsverträge für den Zeitraum nach 2023. Das Land NRW hat den Ausgleich der möglichen Schäden aus der Insolvenz von Abellio bei den betroffenen SPNV-Aufgabenträgern in den kommenden Jahren bis zu einer Gesamthöhe von € 430 Mio. aus Regionalisierungsmitteln zugesichert. Ob diese Finanzierungshilfen ausreichen um die Mehrkostenbelastungen auszugleichen, hängt von den Ergebnissen der Neuausschreibungen ab.

Steigende Energiekosten führen zu höheren Aufwendungen im Bereich der SPNV-Finanzierung. Gegenüber den im Wirtschaftsplan 2022 kalkulierten Energiekosten von ca. € 69 Mio. ergeben sich bereits aufgrund der aktuellen Energiepreisentwicklung in den ersten zwei Monaten des Jahres 2022 zusätzliche Aufwendungen von vorläufig € 22 Mio. Die weitere Entwicklung insbesondere im Zusammenhang mit dem **Ukraine-Krieg** wird vom VRR beobachtet. Zwischen den Hausspitzen der NRW-AT und der Verkehrsministerin persönlich finden bereits Gespräche zur Deckung dieses Finanzproblems statt. Die Bundesländer sind wiederum im Gespräch mit dem Bundesverkehrsministerium zur Aufstockung der Regionalisierungsmittel zu diesem konkreten Zweck. Es wird davon ausgegangen, dass die steigenden Energiekosten durch zusätzliche Regionalisierungsmittel finanziert werden.

Unter Berücksichtigung der für das Jahr 2022 vorerst auskömmlichen Finanzierung des SPNVEtats und der voraussichtlichen Finanzierung steigender Energiekosten durch zusätzliche Regionalisierungsmittel ergeben sich bei der VRR AöR für das Jahr 2022 für die SPNV-Finanzierung keine bestandsgefährdenden Risiken.

SPNV-Fahrzeugfinanzierung

Die **Covid-19-Pandemie** hat bisher keine finanziellen Auswirkungen auf den ZV VRR Faln-EB gezeigt oder das Geschäftsmodell beeinflusst. Die vertraglich festgelegten Zahlungen der EVU für die Fahrzeugverpachtung sind wie geplant eingegangen. Nicht vom ÖPNV-Rettungsschirm ausgeglichene geringere Fahrgeldeinnahmen aufgrund der Covid-19-Pandemie und daraus mögliche Anpassungen der Verkehrsverträge stellen keine Risiken für die SPNV-Fahrzeugfinanzierung dar, da die Aufwendungen der Fahrzeugbereitstellung als sogenannte Remanenzkosten bei den EVU durch die Aufgabenträger zu finanzieren und damit die Erträge beim ZV VRR Faln-EB gesichert wären.

Bei **Marktaustritten von EVU** besteht durch die Bereitstellung von SPNV-Fahrzeugen durch den ZV VRR Faln-EB die Chance, dass eine kurzfristige Notvergabe der Betriebsleistungen zu gleichen Finanzierungskosten möglich ist.

Dieser Fall ist bei dem Insolvenzverfahren von Abellio Rail GmbH bei den Linien S7, NRN, den RRX-Linien RE1/RE1 1 und des S-Bahn Los B eingetreten. Die mit der Notvergabe beauftragten EVU konnten den Betrieb kurzfristig ab Februar 2022 mit den vom ZV VRR Faln-EB zur Verfügung gestellten Fahrzeugen aufnehmen. Für die von der Abellio Rail GmbH Anfang des Jahres 2022 zur Sicherstellung der Verkehrsleistungen erworbenen Werkstätten und Vermögensgegenstände ist eine Verpachtung bzw. Veräußerung von Ersatzteilen an die EVU vorgesehen. Zwischen dem ZV VRR Faln-EB und der VRR AöR eine Verwaltungsvereinbarung über die Verpflichtung zur Beistellung der Liegenschaften und Anlagen bei allen Vergabeverfahren zu SPNV-Betriebsleistungen auf den Linien S7, NRN, RRX, S-Bahn und RSN.

Risiken aus dem **Ukraine-Krieg** für die Fahrzeugbeschaffungen werden wie folgt beurteilt: Nach den im Jahr 2021 abgeschlossenen Beschaffungsverträgen sollen im Zeitraum 2025 bis 2028

die Fahrzeuge für das Niederrhein-Münsterland-Netz und für die Linie RE13 den Betrieb aufnehmen. Es sind derzeit keinerlei Hinweise erkennbar, dass Entwicklungen in der Ukraine zu Verzögerungen bei der Fahrzeuglieferung führen.

Aufgrund der **Verzögerung bei der Fertigstellung des Infrastrukturanschlusses** können 10 Fahrzeuge für die S-Bahn Rhein-Ruhr, Teilnetz 2 voraussichtlich bis zum Jahr 2026 nicht auf der ursprünglich vorgesehenen Strecke der S28 eingesetzt werden. Da die Investitionsfinanzierung durch Eigenmittel erfolgte, ergeben sich keine Risiken durch nicht gedeckte Auszahlungen für Zinsen und Tilgung von Bankdarlehen. Die zwischenzeitlich umgesetzten Maßnahmen zur Risikoverringering (siehe Abschnitt II. a) des Lageberichts 2022 des Faln-EB) sind in der Wirtschaftsplanung 2022 ff. des Faln-EB berücksichtigt, der für die kommenden Jahre keinen zusätzlichen Finanzbedarf ausweist.

Aktuell werden sowohl Gespräche mit dem Land NRW über kurzfristige Leistungsausweitungen aber auch mit anderen EVU und Aufgabenträgern über einen übergangsweisen Einsatz auf anderen Linien geführt, um einen Einsatz der Fahrzeuge ab dem Jahr 2023 zu ermöglichen.

Durch die SPNV-Fahrzeugfinanzierungsmodelle mit der möglichen Nutzung der Finanzierungsvorteile der öffentlichen Hand und dem Lebenszyklusansatz beim NRW-RRX-Modell wird der Wettbewerb im SPNV gestärkt und der Abschluss günstigerer Verträge mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen ermöglicht. Es wird als Chance angesehen, dass auch bei künftigen Ausschreibungen die SPNV-Fahrzeugfinanzierungsmodelle erfolgreich am Markt umgesetzt werden. Dadurch sollen mittel- und langfristig Finanzierungsrisiken für den SPNV verringert und Spielräume zur Ausgestaltung des SPNV erhalten werden.

Finanzierungsrisiken aus künftig anfallenden Verwarentgelten

Steigende Verwarentgelte für Guthaben bei Kreditinstituten führen zu einem höheren Finanzierungsbedarf. Für die bei der VRR AöR aus weiterzuleitenden Zuwendungen entstehenden Verwarentgelte wurde vom Land NRW eine Verwendung der Zuwendungen hierfür ausgeschlossen, lediglich Zinserträge können zur Finanzierung der Verwarentgelte eingesetzt werden. Im Jahr 2021 sind überplanmäßig Verwarentgelte bei der VRR AöR im Bereich Eigenaufwand in Höhe von T€ 1.271 vor allem für Mittel aus der SPNV-Finanzierung und für die Investitionsförderung angefallen. Der VRR sucht ständig nach Lösungen, um die Verwarentgelte und eine zusätzliche Belastung der Kommunen aus steigenden Umlagen zur Finanzierung des VRR möglichst gering zu halten. Aktuell können Geldanlagen wieder zu positiven Zinssätzen angelegt werden.

Weitere wesentliche, die künftige Entwicklung des VRR beeinträchtigende oder bestandsgefährdende Risiken sind zurzeit nicht erkennbar.

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsvorsteher Erik O. Schulz

**Vertreter des Kreises Viersen in
der Verbandsversammlung** Thomas Heil
Guido Görtz

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Verbandsversammlung in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 2 Mitgliedern des Kreises Viersen keine Frauen an (Frauenanteil: 0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

3.3.1.9 Entwicklungsgesellschaft Energie- und Gewerbepark Elmpt mbH

Laurentiusstraße 19
41372 Niederkrüchten
Amtsgericht Mönchengladbach, HRB-Nr. 17603

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes für die zukünftige Nutzung des ehemaligen Militärgeländes Niederkrüchten-Elmpt. Dazu gehören insbesondere Grunderwerb, Planung, Abstimmung mit Interessenten und Behörden, Abriss, bauliche Herrichtung einschließlich der Erschließung und die Veräußerung.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zweckes ergibt sich aus dem im Gesellschaftervertrag festgelegten Gegenstand des Unternehmens. Die Gesellschaft hat die öffentliche Zielsetzung eingehalten und erreicht.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Kapitaleinlage	
	in Euro	in Prozent
Gemeinde Niederkrüchten	10.000,00	40,00
Kreis Viersen	10.000,00	40,00
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH	5.000,00	20,00
	25.000,00	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Kreis Viersen

Der Kreis Viersen hat in 2021 einen Gesellschafterzuschuss in Höhe von 74.800 EUR an die Entwicklungsgesellschaft Energie- und Gewerbepark Elmpt mbH geleistet.

Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH hat in 2021 einen Betriebsmittelzuschuss in Höhe von 37.000 EUR an die Entwicklungsgesellschaft Energie- und Gewerbepark Elmpt mbH.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO		EURO	EURO	EURO
Anlagevermögen	2.722	5.691	-2.969	Eigenkapital	1.668.007	260.224	1.407.783
Umlaufvermögen	6.284.317	1.403.522	4.880.795	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	4.445.866	7.400	4.438.466
				Verbindlichkeiten	173.406	1.141.829	-968.423
Aktive Rechnungsabgrenzung	240	240	0	Passive Rechnungsabgrenzung	0	0	0
Bilanzsumme	6.287.279	1.409.453	4.877.826	Bilanzsumme	6.287.279	1.409.453	4.877.826

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO
1. Umsatzerlöse	35.584.900,00	0,00	35.584.900,00
2. sonstige betriebliche Erträge	419,30	40.469,42	-40.050,12
3. Materialaufwand	0,00	0,00	0,00
4. Personalaufwand	-19.704,15	-19.609,42	-94,73
4. Abschreibungen	-2.969,00	-2.969,00	0,00
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	-33.872.728,12	-33.365,14	-33.839.362,98
6. Finanzergebnis	-43.469,40	-4.297,22	-39.172,18
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	1.646.448,63	-19.771,36	1.666.219,99
9. Jahresüberschuss (+)/- fehlbetrag (-)	1.220.782,63	-19.771,36	1.240.553,99

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%	%
Eigenkapitalquote	26,53	18,46	8,07
Eigenkapitalrentabilität	73,19	-7,60	80,79
Anlagendeckungsgrad 2	61.278,73	4.572,56	56.706,17
Verschuldungsgrad	276,93	441,63	-164,70

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 3 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 3) für das Unternehmen tätig.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Tobias Hinsen
Dr. Thomas Jablonski
Ingo Schabrich

Aufsichtsrat

Dr. Andreas Coenen (Vorsitzender)
Karl-Heinz Wassong (stellv. Vorsitzender)
Dietmar Brockes
Peter Fischer
Jürgen Heinen
Tanja Jansen
Wilhelm Mankau
Dr. Marcus Optendrenk
Udo Schiefner
Christoph Szallies
Johannes Wahlenberg

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 11 Mitgliedern eine Frau an (Frauenanteil: 10 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

3.3.1.10 Heilpädagogisches Zentrum Krefeld-Kreis Viersen gGmbH

Hochbend 21
47918 Tönisvorst
Telefon: 02156 / 4801-0
Telefax: 02156 / 4801-22
Internet: www.hpz-krefeld.de
Amtsgericht Krefeld, HRB-Nr. 8983

Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Wohlfahrtswesens i.S.d. § 52 Abs. 2 Nr. 9 AO. Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch die Errichtung und den Betrieb von Einrichtungen der Frühförderung, von heilpädagogischen Kindertagesstätten und Werkstätten für Menschen mit Behinderung.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zweckes ergibt sich aus dem im Gesellschaftervertrag festgelegten Gegenstand des Unternehmens. Die Gesellschaft hat die öffentliche Zielsetzung eingehalten und erreicht. Weitergehende Ausführungen können dem unten aufgeführten Lagebericht entnommen werden.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Kapitaleinlage	
	in Euro	in Prozent
Stadt Krefeld	8.200	25,745
Kreis Viersen	8.200	25,745
Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Krefeld e.V.	5.150	16,17
Verein für Körper- und Mehrfach-Behinderte Krefeld e.V.	5.150	16,17
Lebenshilfe Kreis Viersen e.V.	5.150	16,17
	31.850	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Kreis Viersen

Für die Durchführung sämtlicher Dienstleistungen erhielt das Heilpädagogische Zentrum Krefeld – Kreis Viersen gGmbH von dem Kreis Viersen 151 TEUR. An den Kreis Viersen bezahlte das HPZ 7,5 TEUR für diverse Dienstleistungen (z.B. Ärztliche Dienste, Lebensmittelüberwachung oder Brandschutzschau).

Naturpark Schwalm-Nette

Für die Durchführung von Dienstleistungen erhielt das Heilpädagogische Zentrum Krefeld – Kreis Viersen gGmbH von dem Naturpark Schwalm-Nette 1,2 TEUR.

Studieninstitut Niederrhein

Für die Personalbildung erhielt das Studieninstitut Niederrhein von dem das Heilpädagogischen Zentrum Krefeld – Kreis Viersen gGmbH 256 EUR.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO		EURO	EURO	EURO
Anlagevermögen	44.615.967	41.639.137	2.976.830	Eigenkapital	47.450.285	47.427.148	23.136
Umlaufvermögen	10.308.928	13.412.812	-3.103.884	Sonderposten	2.477.229	2.663.409	-186.181
				Rückstellungen	1.783.769	1.840.015	-56.245
				Verbindlichkeiten	3.039.900	2.953.990	85.909
Aktive Rechnungsabgrenzung	41.174	47.500	-6.326	Passive Rechnungsabgrenzung	214.887	214.887	0
Bilanzsumme	54.966.069	55.099.449	-133.380	Bilanzsumme	54.966.069	55.099.449	-133.380

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021		2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO	EURO
1. Umsatzerlöse	7.288.873,43	6.731.549,77	557.323,66	
2. Kostenerstattung gesetzlicher Leistungsträger	62.886.464,74	62.394.295,61	492.169,13	
3. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	20.895,14	14.244,22	6.650,92	
4. sonstige betriebliche Erträge	440.497,67	390.939,33	49.558,34	
5. Materialaufwand	-1.618.327,88	-1.521.889,53	-96.438,35	
6. Personalaufwand	-51.335.525,23	-50.954.472,54	-381.052,69	
7. Abschreibungen	-2.418.004,82	-2.391.254,96	-26.749,86	
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	-15.159.880,31	-14.466.236,34	-693.643,97	
9. Finanzergebnis	-67.973,52	162.213,34	-230.186,86	
10. Ergebnis vor Ertragssteuern	37.019,22	359.388,90	-322.369,68	
11. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	23.136,29	344.705,99	-321.569,70	

Kennzahlen

	2021		2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%		%
Eigenkapitalquote	90,83	90,91		-0,08
Eigenkapitalrentabilität	0,05	0,69		-0,64
Anlagendeckungsgrad 2	111,91	120,30		-8,39
Verschuldungsgrad	9,66	9,57		0,09
Umsatzrentabilität	0,32	5,12		-4,80

Personalbestand

Während des Geschäftsjahres 2021 waren im Durchschnitt 587,5 Arbeitnehmer (Vorjahr: 626) bei der Gesellschaft beschäftigt.

Geschäftsentwicklung

Darstellung des Geschäftsverlaufs

HPZ Gesamt

Der Geschäftsverlauf 2021 war auch in diesem Jahr geprägt durch die Auswirkungen der Corona Pandemie und deren Mutationen. Die HPZ-Hygienerichtlinien und Impfstrategie bewiesen im Verlauf des Jahres ihre Wirksamkeit und konnten so großflächige Ausfallzeiten vermeiden. Die pandemiebedingten Mehraufwendungen (POC Antigen Schnelltests, Masken etc.) erhöhten zwar den sonstigen betrieblichen Aufwand, konnten aber auch in diesem Geschäftsjahr an den Hauptleistungsträger LVR und an die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein KVNO weiterberechnet werden.

Insgesamt verbesserte sich das Rohergebnis im Vergleich zum Vorjahr um T€ 1.009,3. Ausschlaggebend hierfür waren insbesondere die Steigerung der Umsatzerlöse sowie die vereinnahmten Erstattungen der Leistungsträger aufgrund gestiegener Sozialversicherungsbeiträge und Arbeitsförderungsgelder der Mitarbeiter.

Die Kostensätze im Werkstattbereich sind im Jahresvergleich zwar gestiegen, konnten aber aufgrund einer rückläufigen Belegung um 11 Mitarbeiter nicht mehr zu einer wesentlichen Verbesserung der Ergebnissituation beitragen. Die neun Betriebsstätten wiesen eine durchschnittliche Belegung im Arbeitsbereich von 1.861,84 Mitarbeiter/-innen (VJ: 1.864,50) und im Berufsbildungsbereich eine Belegung von 184,50 Mitarbeiter/-innen (VJ: 192,85) aus.

Die im Berichtsjahr um T€ 381,1 gestiegenen Personalaufwendungen und die um T€ 693,6 gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen konnten durch das Rohergebnis nicht vollumfänglich kompensiert werden. Ebenfalls verschlechterte sich das Finanzergebnis erwartungsgemäß im Vergleich zum Vorjahr um T€ 230,2 und belastete das Unternehmensergebnis im Berichtsjahr mit T€ 68,0.

Die Gesellschaft schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 23,1 (VJ: 344,7) das Geschäftsjahr 2021 positiv ab.

Politik und Leistungsträger suchen – wie bereits in den zurückliegenden Jahren – nach Wegen, die Zugangszahlen zu Werkstätten zu begrenzen. Der Übergang von Menschen mit Behinderungen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt soll erhöht werden, was in der Praxis der Werkstattarbeit allerdings nur in Einzelfällen gelingt. Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat das HPZ nur einen behinderten Mitarbeiter auf eine Stelle des ersten Arbeitsmarktes (VJ: 5 Mitarbeiter) vermitteln können. Allerdings gelang dem Unternehmen die Anzahl von ausgelagerten Arbeitsplätzen für Werkstattmitarbeiter um 21 Arbeitsplätze zu erhöhen. Mit 81 (VJ: 69) Gruppen- und 87 (VJ: 78) Einzelaußenarbeitsplätzen konnte das HPZ die vom Hauptkostenträger LVR vorgegebene Kennzahl realisieren.

Während des Geschäftsjahres waren im Durchschnitt 587,5 Angestellte bei der Gesellschaft beschäftigt (VJ: 589,5).

II. Darstellung der Lage

a) Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2021 konnte das negativ geplante Gesamtergebnis i. H. v. T€ 96,4 um rund T€ 120 übertroffen werden. Es wurde ein Überschuss in Höhe von T€ 23,1 erwirtschaftet. Während die Werkstatt für behinderte Menschen einen Überschuss in Höhe von T€ 51,9 erzielen konnte und somit den Wirtschaftsplan 2021 um rund T€ 140 übertraf, weist der Bereich Kinder (Kindertagesstätte, interdisziplinäre und mobile Frühförderungen) einen Jahresfehlbetrag in Summe von T€ 28,7 aus, welcher um T€ 20,0 negativ vom Plan abweicht.

Bereich Kinder

Das Jahresergebnis der Kindertagesstätte stellt sich, wie bereits im Vorjahr, kostendeckend dar. Die Auslastung lag mit durchschnittlich 87,25 Kindern bei 99,2%.

Die Interdisziplinären Frühförderungen konnten die über 1,5 Jahre andauernden Kostensatzverhandlungen Anfang Juni 2021 (rückwirkend zum 01.01.2021) erfolgreich abschließen und weisen nun erstmals seit mehreren Jahren ein positives Ergebnis aus. Im Ergebnis sind periodenfremde Erträge aus bewilligten SodEG-Leistungen des Vorjahres in Höhe von 21,1 T€ enthalten.

Auch für die mobilen Frühförderungen konnten Anfang des Jahres die Kostensatzverhandlungen mit dem Landschaftsverband Rheinland erfolgreich abgeschlossen werden. Bis zum Geschäftsjahr 2020 einschließlich oblag die Kostenträgerschaft den Kommunen. Das abgelaufene Wirtschaftsjahr ist geprägt von Corona bedingten Absagen der Klienten, aber auch durch Krankenstände beim eigenen Personal. Dies führte zu weniger durchgeführten Fördereinheiten in den einzelnen Haushalten. Hinzu kam die Reduzierung von abrechenbaren Beratungsleistungen durch den neuen Kostenträger LVR.

Werkstattbereich

Die Umsatzerlöse des Werkstattbereichs verbesserten sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 549,1. Analog dazu erhöhten sich der Materialaufwand um T€ 96,4 und produktionsabhängige Mietaufwendungen im sonstigen betrieblichen Aufwand um T€ 173,4. Die manuelle Verpackung war mit T€ 3.136,6 die umsatzstärkste Tätigkeit des Produktionsbereiches, gefolgt von der Garten- und Landschaftspflege mit T€ 675,1 und der spanenden Fertigung mit T€ 374,0.

Die Erträge aus Kostenerstattungen der Leistungsträger erhöhten sich im Jahresvergleich um T€ 511,8 und sind auf die gestiegenen Aufwendungen der Fahrdienstleistungen, Sozialversicherungsbeiträge und Arbeitsförderungsgelder der Mitarbeiter, welche in gleicher Höhe erstattet werden, zurückzuführen. Aufgrund rückläufiger Belegungszahlen konnte der Betreuungsbereich nur geringfügig zu einer Verbesserung der Erträge beisteuern. Hinzu kommt, dass die im Vorjahr ausgewiesenen Corona bedingten Sondereffekte in Höhe von T€ 420,1 in diesem Jahr nur noch T€ 65,6 betragen.

Der Personalaufwand stieg im Vergleich zum Vorjahr um T€ 405. Die wesentliche Einflussgröße war die gesetzliche Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen. Sie führte im abgelaufenen Geschäftsjahr zu höheren Sozialversicherungsabgaben bei den Mitarbeitern, wurden aber zu 100 % von den zuständigen Leistungsträgern übernommen. Im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist der Anstieg von T€ 863 im Jahresvergleich im Wesentlichen auf neutrale Positionen der Weiterberechnung in Höhe von T€ 602,2, weitere T€ 118,5 für gestiegene Energiekosten, T€ 78,8 für Werbung und weitere T€ 70,6 für Reinigungsdienste zurückzuführen.

Zum Jahresende betrug die Belegung der WfbM 2.100 Mitarbeiter. Die Durchschnittsbelegung des Geschäftsjahres belief sich auf 2.046 Mitarbeiter.

HPZ Gesamt

Die Belegschaft bestand zum 31. Dezember 2021 aus 600 Fachangestellten zuzüglich 22 Praktikanten und FSJ-lern (Summe Vorjahr: 626).

Die Ausgaben für Substanzerhaltungsmaßnahmen beliefen sich Geschäftsjahr 2021 auf T€ 1.110,1 und lagen somit T€ 215,1 unter dem Vorjahreswert.

Der Jahresüberschuss 2021 beinhaltet ein Finanzergebnis in Höhe von T€ - 68,0.

b) Finanzlage

Das wirtschaftliche Eigenkapital der Gesellschaft stellt sich zum 31. Dezember 2021 wie folgt dar:

Gezeichnetes Kapital	TEUR	31,9
Gewinnrücklagen	TEUR	47.417,7
Bilanzgewinn	TEUR	0,7
Sonderposten	TEUR	2.477,2
	TEUR	<u>49.927,5</u>

Die Eigenkapitalquote beträgt 90,83% und ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,08 Prozentpunkte leicht gesunken. Das Verhältnis des Jahresüberschusses vor Ertragssteuern zum wirtschaftlichen Eigenkapital führt zu einer Eigenkapitalrentabilität von 0,05 %.

Die Gesamtkapitalrentabilität der Gesellschaft beträgt ebenfalls 0,05 %. Die Liquidität war im Laufe des Geschäftsjahres stets gesichert. Die nachstehende Kapitalflussrechnung dient zur Darstellung der finanziellen Entwicklung des Unternehmens:

	2020	2021
	T€	T€
Jahresergebnis	344,7	23,1
Abschreibungen auf Gegenstände des Sachanlagevermögens	2.391,3	2.418,0
Abschreibungen auf Finanzanlagen	73,2	288,3
Zuschreibungen auf Finanzanlagen	-0,7	0,0
Auflösung von Sonderposten	-228,8	-259,1
Gewinn (+) / Verlust (-) aus Abgängen von Sonderposten	-3,3	-0,5
Gewinn (-) / Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Sachanlagevermögens	4,7	0,7
Gewinn (-) / Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	-88,4	-26,1
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	-13,5	-94,4

Zinsaufwendungen (+) / Zinserträge (-)	-146,4	-194,4
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Vorräte und der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der investitions- oder der Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	281,0	-1.665,1
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder der Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-374,0	85,9
Mittelzufluss (+) / -abfluss (-) aus laufender Geschäftstätigkeit	2.987,8	576,4
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-100,7	-24,7
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-5.789,7	-2.408,5
- Auszahlungen für Investitionen in das Deckungsvermögen	-166,5	-182,8
- Auszahlungen für Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition/ Finanzanlagen	-4.049,2	-5.905,3
	2020	2021
	T€	T€
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	16,0	17,4
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	4.247,6	2.663,2
+ Einzahlungen aus der Zuführung zum Sonderposten	0,0	73,5
+ Einzahlungen aus dem Abgang von Deckungsvermögen	285,5	217,5
+ Erhaltene Zinsen und ähnliche Erträge	81,5	133,5
Mittelzufluss (+) / -abfluss (-) aus der Investitionstätigkeit	-5.475,5	-5.416,2
- Auszahlung aus Darlehenstilgungen	0,0	0,0
- Gezahlte Zinsen	-30,8	-43,4

Mittelzufluss (+) /-abfluss (-) aus der Finanzierungstätigkeit	-30,8	-43,4
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	-2.518,5	-4.883,2
Finanzmittelbestand am Anfang des Jahres	9.899,9	7.381,4
Finanzmittelbestand am Ende des Jahres	7.381,4	2.498,2

c) Vermögenslage

Im Bereich des Anlagevermögens beliefen sich die Investitionen auf T€ 8.338,4 (VJ: T€ 9.939,4). Davon entfallen T€ 24,7 (Vorjahr: T€ 100,7) auf immaterielle Vermögensgegenstände, T€ 2.408,5 (Vorjahr: T€ 5.789,7) auf Sachanlagen sowie T€ 5.905,3 (Vorjahr: T€ 4.049,0) auf Finanzanlagen.

Buchwertabgänge des Sachanlagevermögens waren in Höhe von 18,1 T€ zu verzeichnen. Die planmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände beliefen sich auf insgesamt T€ 2.418,0 (Vorjahr: 2.391,3) sodass sich das Sachanlagevermögen insgesamt um T€ 2,9 verringerte.

Die Sachanlagegegenstände und immaterielle Vermögensgegenstände wurden alle planmäßig über ihre Restnutzungsdauer abgeschrieben. Andere Wertberichtigungen waren nicht vorzunehmen.

III. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

a) Risikobericht

Auch das Jahr 2021 war nahezu durchgängig gekennzeichnet von der Corona-Krise, deren Auswirkungen bis zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts zu spüren sind. Zwar waren die Werkstätten nicht mehr mit den Folgen eines Betretungsverbots, wie noch im Jahr 2020, konfrontiert. Dennoch stellten die Vielzahl der Infektionsfälle und die Angst vieler behinderter Mitarbeiter vor einer Ansteckung und ihr damit verbundenes Fernbleiben von ihren Arbeitsplätzen hohe Anforderungen an den kontinuierlichen Betrieb der Werkstätten. Die beiden Hauptkostenträger (Landschaftsverband Rheinland im Arbeitsbereich, Bundessagentur für Arbeit im Eingangsverfahren und Berufsbildungsbereich) zahlten weiterhin die Leistungsentgelte in voller Höhe. Dies geschah allerdings unter der Auflage, dass alle abwesenden Mitarbeiter von HPZ-

Personal betreut werden. Auch im Jahr 2022 ist die Infektionslage unverändert hoch, wenngleich aufgrund der mehrfach erfolgten Impfungen von Angestellten und Mitarbeitern die Schwere der Krankheitsverläufe abgemildert werden konnte. Die Bereitschaft, sich impfen zu lassen, ist unter den Angestellten durchgängig hoch (über 95%), so dass das Risiko, bestimmte betriebliche Abläufe nicht mehr aufrecht erhalten zu können, als gering einzuschätzen ist. Für die zukünftige Entwicklung muss aber mit neuen Infektionswellen, insbesondere nach der Sommerpause, gerechnet werden, so dass der Umgang mit den Auswirkungen der Corona-Krise das HPZ auch künftig vor permanente Herausforderungen stellen wird. Für die administrativen Bereiche des HPZ fallen dadurch zusätzlich Aufgaben an (z. B. regelmäßige Dokumentation des Infektionsgeschehens, Organisation von Impfungen), der Reha-Bereich ist von Abmeldungen (älterer) Mitarbeitern betroffen, allerdings nicht in dem Umfang, wie zu Beginn der Pandemie befürchtet, und der Produktionsbereich muss sich flexibel auf den krankheitsbedingten Ausfall von Mitarbeitern einstellen. Sollte es aufgrund des Infektionsgeschehens zu nochmaligen Betretungsverboten der Werkstätten kommen, wird sich erneut die Frage stellen, ob die Leistungsträger ihre Zusage einer Weiterfinanzierung der Leistungen im Arbeits- und Berufsbildungsbereich weiter aufrechterhalten.

Zu Beginn des Jahres 2022 stellte sich mit der stark steigenden *Inflationsrate*, die auch im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine steht, ein neues betriebswirtschaftliches Risiko für das HPZ ein. Inwieweit die Kostenträger bereit sind, die steigenden Sachkosten, insbesondere die Energiekosten, zu refinanzieren (die ca. 20 % der HPZ-weiten Kosten ausmachen), ist derzeit völlig unklar. Die Kostensätze für Investitionen und Modernisierungen von Gebäuden sind zwar an die Inflationsrate angepasst, nicht jedoch an den sehr viel stärker steigenden Baukostenindex, der in den rheinischen Werkstätten zur Fortschreibung der Kostensätze wohl auch künftig nicht, zumindest nicht in voller Höhe, zugrunde gelegt wird. Von daher entstehen auch bei Baumaßnahmen Kosten, die der zuständige Leistungsträger nicht in voller Höhe refinanziert. Einzelne Baumaßnahmen (z. B. am Standort Hochbend) verzögern sich, weil sich zunehmend Lieferschwierigkeiten für bestimmte Baustoffe einstellen und weil die Dienstleistungen von Baufirmen nicht mehr verlässlich abgerufen werden können.

Ein weiteres grundsätzliches Risiko stellen nach wir vor die *Leistungsbeziehungen mit den Industrie- und Dienstleistungskunden* dar. Die stabilen und langjährigen Kooperationsbeziehungen zu den HPZ-Kunden führten im Jahr 2021 zu keinem vorschnellen Entzug von Aufträgen. Die Einschätzung, inwieweit das HPZ als Auftragnehmer von einer Blockade der weltweiten Lieferketten und einem Stocken globalisierter Wirtschaftsbeziehungen profitieren wird, ist unklar. Ebenso unklar ist die Einschätzung, ob es noch im Jahr 2022 zu einer Verschärfung der Rezession auf gesamtwirtschaftlicher

Ebene kommen wird, u. a. aufgrund des Stopps russischer Erdgaslieferungen. Einrichtungen der Eingliederungshilfe werden als Teil der kritischen Infrastruktur zwar voraussichtlich nicht unmittelbar von knapper werdenden Gaslieferungen betroffen sein. Der Produktionsbereich des HPZ würde hingegen von einer rezessiven Entwicklung der Wirtschaft erfasst werden.

Ein nach wie vor aktuelles betriebswirtschaftliches Risiko bildet die Höhe der (pauschalisierten) *Kostensätze* im Verhältnis zu den tatsächlich anfallenden Personal- und Sachkosten. Dies gilt sowohl für den Arbeitsbereich als auch für den Berufsbildungsbereich. In den zurückliegenden Jahren erwies sich das Verhältnis als einigermaßen stabil, so dass auch während der Corona-Krise als unternehmerisches Gesamtergebnis eine „schwarze Null“ erzielt werden konnte. Mit dem ab 2018 in Kraft getretenen Bundesteilhabegesetz ist allerdings unklar, ob die bestehende Finanzierungssystematik pauschalisierter *Kostensätze* in den kommenden Jahren ihre Fortsetzung findet. Die derzeit stattfindenden Verhandlungen zu einem neuen Landesrahmenvertrag lassen weiterhin nicht genau erkennen, wie sich der Hauptkostenträger Landschaftsverband Rheinland zu dieser Frage verhält. Aufgrund der Corona-Krise hat es in diesen Verhandlungen Verzögerungen von mehr als einem Jahr gegeben, so dass gegenüber dem Stand des letztjährigen Risikoberichts keine neuen Entwicklungen zu verzeichnen sind. Die aktuell vorliegende Übergangsregelung des neuen Landesrahmenvertrages sieht vor, dass die vorhandene Finanzierungssystematik in Werkstätten bis spätestens Ende 2022 weitergeführt wird. In dieser Übergangszeit werden die Tarifsteigerungen im Personalbereich der Werkstätten bei den *Kostensätzen* zumindest anteilig berücksichtigt (90% in 2020, 95% in 2021 und 100% in 2022; Sachkostensteigerungen richten sich weiterhin nach der Inflationsrate aus, die allerdings im vierten Quartal 2021 auf lediglich 2,41% festgelegt wurde, was sich in Anbetracht der kurz darauffolgenden Entwicklungen des Jahres 2022 als zu niedrig erwiesen hat). Der Hauptkostenträger LVR strebt ein Finanzierungssystem an, das individuelle Betreuungsleistungen stärker berücksichtigt als Basisleistungen und generelle Betreuungsleistungen. Das genaue quantitative Verhältnis dieser drei Finanzierungsbausteine ist zurzeit Gegenstand von Verhandlungen. Es ist für die Zukunft (Zeit nach 2022) mit einem System zu rechnen, das stärker individualisiert („personenzentriert“) sein wird und daher auch höhere Dokumentations- und Abrechnungskosten verursachen wird.

Im Berufsbildungsbereich hat der Hauptkostenträger Bundesagentur für Arbeit seine Leistungen auf Maßnahmenpreise umgestellt. Eine Schwächung der finanziellen Position des HPZ war damit nicht verbunden. Im Unterschied zu dem Kostenträger des Arbeitsbereichs der WfbM strebt die Bundesagentur für Arbeit eine stärkere Entdifferenzierung von *Kostensätzen* an (für Menschen mit schweren und mehrfachen Be-

hinderungen nur noch ein Kostensatz, statt wie bisher drei). Eine diesbezügliche Änderung der Rahmenvereinbarung hat mittlerweile stattgefunden und gilt für alle Berufsbildungsteilnehmer, die nach dem 1.1.2021 neu eintreten. Nach aktueller Einschätzung kann die neue Regelung finanzielle Nachteile für den Berufsbildungsbereich des HPZ mit sich bringen, wenn die Maßnahmeteilnehmer einen größeren Betreuungsbedarf benötigen, als der in der Pauschale unterstellte Durchschnittsbetreuungsbedarf.

Der defizitären Entwicklung im Bereich der *Heilpädagogischen Kindertagesstätte* konnte auch im Berichtsjahr erfolgreich entgegengewirkt werden. Verhandlungen mit dem Kostenträger LVR haben sowohl rückwirkend als auch in die Zukunft gerichtet dazu geführt, dass das Ziel, in der Heilpädagogischen Kindertagesstätte als Finanzergebnis mittelfristig eine „schwarze Null“ zu realisieren, erreicht werden konnte. Von den Folgen der Corona-Krise blieb die Heilpädagogische Kindertagesstätte auch in 2021 in finanzieller Hinsicht erfreulicherweise verschont, weil sich der Kostenträger LVR zu einer Weiterfinanzierung der Leistungen entschließen konnte.

Für die beiden *Frühfördereinrichtungen* konnte die Geschäftsführung in Verhandlungen mit dem neuen Kostenträger (Landschaftsverband Rheinland) und den Krankenkassen ein Ergebnis erzielen, das für kostendeckende Einnahmen sorgt. Allerdings ist für den Bereich der *mobilen Frühförderung* eine Situation eingetreten, die zu einer Unterversorgung betroffener Eltern und Kinder führt. Es besteht jedoch die begründete Aussicht, dass die beiden früheren Kostenträger der IFF, die Stadt Krefeld und der Kreis Viersen, für eine stellenmäßige Aufstockung der mobilen Frühförderung sorgen, so dass die Defizite, die der Kostenträgerwechsel der IFF im Zuge des BTHG mit sich gebracht hat, kompensiert werden können.

Eine große finanzielle Herausforderung trat in der ersten Jahreshälfte 2019 mit der Änderung des § 125 SGB III auf. Die Änderung dieses Paragraphen hatte zur Folge, dass im Arbeitsbereich der Werkstätten ab 2020 eine *stufenweise Erhöhung des Grundlohnes* von 80 auf 119 EUR in 2023 erfolgen wird. Gemäß § 221 Abs. 2 SGB IX zahlen Werkstätten den Beschäftigten im Arbeitsbereich ein Entgelt, das sich aus dem Grundbetrag in Höhe des Ausbildungsgeldes, das die Bundesagentur für Arbeit im Berufsbildungsbereich leistet, und einem Steigerungsbetrag zusammensetzt. Die mit der Gesetzesänderung verbundene deutliche Steigerung des Ausbildungsgeldes im Berufsbildungsbereich (im Arbeitsbereich der Werkstätten: des Grundbetrags) um 37 EUR für jeden Werkstattmitarbeiter im Monat bis 2023 stellt zwar eine prinzipiell begrüßenswerte finanzielle Besserstellung von Menschen mit Behinderung in Werkstätten dar. Für das HPZ hätte das aber zu einer finanziellen Mehrbelastung im Jahr 2023 gegenüber 2019 von mehr als 850.000 EUR geführt. Die Geschäftsführung hatte in Abstimmung mit dem Werkstatttrat und dem Beirat des HPZ noch im Jahr

2019 festgelegt, wie die rechtliche Regelung einer Erhöhung des Grundbetrags unter Inkaufnahme einer Änderung der Systematik der Steigerungsbeträge so umzusetzen ist, dass die finanzielle Mehrbelastung für das HPZ in Grenzen gehalten wird. Diese Regelung muss vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen allerdings neu bedacht werden. Denn voraussichtlich wird der Grundbetrag ab dem 01.01.2023 nicht auf 119 EUR, sondern auf 125 EUR erhöht, weil sich BAFÖG- und Ausbildungsgeldzahlungen aufgrund bundesgesetzlicher Regelungen entsprechend erhöhen werden. Die daraus folgende Grundbetragssteigerung in Werkstätten wird die finanzielle Situation des HPZ ab dem Jahr 2023 weiter um einen sechsstelligen Betrag belasten.

Weiterhin ist davon auszugehen, dass das *Finanzergebnis* nicht mehr, wie noch in den vergangenen Jahren, dazu beiträgt, das Gesamtergebnis nachhaltig zu stärken. Es ist damit zu rechnen, dass auch künftig die Anleihezinsen unterhalb der Inflationsrate liegen, so dass der reale Wert des angelegten Vermögens bestenfalls gehalten werden kann. Durch die im Jahr 2022 gestiegenen Zinsen sind nun zusätzlich auch Kursrückgänge bei den Anleihen zu verzeichnen, so dass deren gesunkener Buchwert das Ergebnis des HPZ zusätzlich belastet. Eher rückläufige Aktienkurse (Aktien-ETF machen ca. 10% des Anlagevolumens aus) können das Gesamtergebnis nicht stützen. Es muss an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht werden, dass aufgrund der Auslagerung der Vermögensverwaltung an die Sparkasse Krefeld Anlageentscheidungen nicht von der Geschäftsführung des HPZ getroffen werden.

b) Prognosebericht

Die unter III. a) dargestellten Risiken, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Corona-Krise und der inflationären Entwicklung stehen, machen eine Prognose zur wirtschaftlichen Entwicklung auch weiterhin schwierig. Für das Jahr 2022 wird laut Wirtschaftsplan mit einem negativen Ergebnis in Höhe von T€ 146,5 gerechnet. Darin berücksichtigt sind bereits die Mehrbelastungen infolge der Grundbetragssteigerung i. H. v. T€ 201,9 sowie der nachzuholenden Bau- und Investitionsmaßnahmen aus 2020. Die aktuelle Entwicklung im Jahr 2021, die wirtschaftliche Gesamtlage und die Belegungssituation des HPZ betreffend, lässt vermuten, dass das prognostizierte Ergebnis, vielleicht auch eine „schwarze Null“ erreicht werden kann.

IV. Sonstige Angaben

Merkmale des IKS und des Risikomanagementsystems

Eine umfassende Dokumentation des Risikofrüherkennungssystems ist in 2014 erstellt worden. Dabei handelt es sich um Risiken mit einem wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-,

Finanz- und Ertragslage des HPZ. Der Eintritt von Risiken und Gegenmaßnahmen werden im Rahmen der HPZ-Besprechungsstruktur dokumentiert, das Konzept des Risikofrüherkennungssystems wird jährlich überprüft und weiterentwickelt. Die Geschäftsführung berichtet in den Sitzungen des HPZ-Beirats regelmäßig über die Einschätzung einzelner Risiken und über die Fortschreibung des Dokumentationssystems.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Dr. Michael Weber

Beirat

Dr. Thomas Delschen (Vorsitzender)
Prof. Dr. Elmar J. Berendes
Sebastian Krins
Sabine Lauxen
Wolfgang Merkel
Frank Olislagers
Dr. Bettina Rademacher-Bensing
Ingo Schabrich (bis 30.06.2021)
Jens Ernesti (ab 24.06.2021)

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 8 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 25 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

3.3.1.11 Verkehrsgesellschaft Kreis Viersen mbH

Rathausmarkt 3
41747 Viersen
Telefon: 02162 / 39-1839
Telefax: 02162 / 39-1673
Internet: www.kreis-viersen.de
Amtsgericht Mönchengladbach, HRB-Nr. 10142

Zweck der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Planung, Organisation und Ausgestaltung des kommunalen öffentlichen Personennahverkehrs im Kreis Viersen einschließlich der Anbindung an die angrenzenden Verkehrsgebiete auf der Grundlage des Nahverkehrsplanes.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem im Gesellschaftervertrag festgelegten Gegenstand des Unternehmens. Die Gesellschaft hat die öffentliche Zielsetzung eingehalten und erreicht. Weitergehende Ausführungen können dem unten aufgeführten Lagebericht entnommen werden.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Kapitaleinlage	
	in Euro	in Prozent
Kreis Viersen	13.300	51,1
Stadt Viersen	3.150	12,1
Stadt Willich	1.850	7,1
Stadt Nettetal	1.850	7,1
Stadt Kempen	1.600	6,2
Stadt Tönisvorst	1.050	4,0
Gemeinde Schwalmtal	800	3,1
Gemeinde Grefrath	800	3,1
Gemeinde Brüggen	800	3,1
Gemeinde Niederkrüchten	800	3,1
	26.000	100,0

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Kreis Viersen

Die VKV hat im Rahmen von Kostenerstattungen 160 TEUR vom Kreis Viersen erhalten.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO		EURO	EURO	EURO
Anlagevermögen	950	4	946	Eigenkapital	26.000	26.000	0
Umlaufvermögen	136.953	129.092	7.862	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	8.478	1.385	7.093
				Verbindlichkeiten	49.457	45.457	4.000
Aktive Rechnungsabgrenzung	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzung	53.969	56.254	-2.285
Bilanzsumme	137.903	129.095	8.808	Bilanzsumme	137.903	129.095	8.808

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO
1. Umsatzerlöse	0,00	0,00	0,00
2. sonstige betriebliche Erträge	347.137,61	353.851,80	-6.714,19
3. Materialaufwand	0,00	0,00	0,00
4. Personalaufwand	-102.916,36	-69.356,67	-33.559,69
5. Abschreibungen	-1.883,07	-111,50	-1.771,57
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-240.583,58	-282.011,63	41.428,05
7. Finanzergebnis	0,00	0,00	0,00
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	1.754,60	2.372,00	-617,40
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	0,00	0,00	0,00

Kennzahlen

	2021		2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%		%
Eigenkapitalquote	18,85		20,14	-1,29
Eigenkapitalrentabilität	0,00		0,00	0,00
Anlagendeckungsgrad 2	2.738,28		742.857,14	-740.118,86
Verschuldungsgrad	222,82		180,16	42,66
Umsatzrentabilität	0,00		0,00	0,00

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 3 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 3) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Im Geschäftsjahr 2021 kam es zu weitreichenden Veränderungen im Linienverkehr innerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Verkehrsgesellschaft Kreis Viersen mbH. Zum 01.07.2021 hat nach erfolgreichem wettbewerblichen Vergabeverfahren die Kraftverkehr Schwalmthal GmbH und Co. KG (KVS) den Linienverkehr auf den bestehenden kreisinternen Linien 038, 064, 065, 066, 067 und SB 88 übernommen. Mit der Betriebsaufnahme sind eine Vielzahl von Maßnahmen der 2. Fortschreibung des Nahverkehrsplans auf den durch die KVS übernommenen Linien umgesetzt worden. So sind die strukturellen Veränderungen und Aufwertungen der Erschließungsqualität im Bereich Niederkrüchten / Brüggen umgesetzt worden. Hierdurch sind die Linien 011 (Niederkrüchten – Elmpt – Venekoten) und 012 (Niederkrüchten – Brüggen) vollständig entfallen und in den neuen Linien 072, 073 und TB 88 aufgegangen. Darüber sind einige Taktlücken geschlossen worden und das Fahrtenangebot insbesondere am Samstagnachmittag auf allen Linien ausgeweitet worden. Eine wesentliche Verbesserung konnte auch mit Aufnahme des Probebetriebs der neuen Schnellbus-Linie der SB 84 realisiert werden. Dieser verbindet die Gemeinde Brüggen mit dem Bahnhof Viersen-Boisheim und der Stadt Nettetal(-Lobberich). Durch kurze Anschlüsse von und zur Linie RE 13 konnte die Fahrzeit zwischen Brüggen und Mönchengladbach bzw. Düsseldorf deutlich beschleunigt werden und der ÖPNV im Kreis Viersen an Konkurrenzfähigkeit zum Auto gewinnen.

Die Vorbereitung der Betriebsaufnahme gemeinsam mit der KVS war in der ersten Jahreshälfte das prägende Tätigkeitsfeld der VKV. So waren die im Zuge des Vergabeverfahrens erstellten Musterfahrpläne abzustimmen und in Hinblick auf eine effiziente Fahr-zeug- und Dienstplanung zu konkretisieren. Darüber hinaus ist durch den Rat der Gemeinde Brüggen am 16.02.2021

beschlossen worden, den bisherigen Schülerspezialverkehr für die Gesamtschule Brüggen zugunsten der Bereitstellung von Schokotickets mit

Beginn des Schuljahres 2021 / 2022 nicht länger weiterzuführen. Dies hat die VKV im Rahmen der Vorbereitung der Betriebsaufnahme des Netzes aus der wettbewerblichen Vergabe vor große Herausforderungen gestellt, da mit dieser Entscheidung der Schülerverkehr mit dem klassischen Linienverkehr im ÖPNV abgewickelt werden muss. So musste die Bereitstellung zusätzlicher Beförderungskapazitäten zu diesem Zweck kurzfristig geprüft und umgesetzt werden. Dies betrifft insbesondere die Linien 064, 072, 073 und 074 im Bereich zwischen Brüggen, Nettetal, Niederkrüchten und Schwalmtal. Die erweiterten Verkehre konnten durch das hohe Engagement und die Kooperationsbereitschaft der KVS pünktlich zum Schuljahresbeginn 2021 / 2022 angeboten werden. In der Anfangsphase erfolgte ein engmaschiges Monitoring der Abwicklung des Schülerverkehrs, an dem sich sowohl VKV, KVS, Gemeinde Brüggen, Lehrer der Gesamtschule und Elternvertreter beteiligt haben. Aus diesen Erkenntnissen konnten kurzfristig Optimierungen umgesetzt werden, so dass trotz der kurzfristigen Beschlussfassung der Gemeinde Brüggen innerhalb kurzer Zeit eine funktionierende Schülerbeförderung mit dem ÖPNV eingerichtet werden konnte. Durch diese Entwicklungen ist gegenüber den kalkulierten Leistungen der KVS der Einsatz zusätzlicher Fahrzeuge und Fahrpersonals notwendig geworden, um zusätzliche Betriebsleistungen vorwiegend zu den Verkehrsspitzen des Schülerverkehrs zu erbringen.

Auch darüber hinaus sind die neu durch die Kraftverkehr Schwalmtal bedienten Linien in der Betriebsqualität unauffällig. Die im wettbewerblichen Vergabeverfahren geforderten und im Verkehrsvertrag verankerten Qualitätsstandards konnten jedoch noch nicht in allen Details umgesetzt werden. So sind bei der Umsetzung aller geforderten Merkmale des ITCS und der bargeldlosen Zahlung in den Fahrzeugen technische Schwierigkeiten aufgetreten, die u. a. aus Corona-bedingten Lieferschwierigkeiten des durch die KVS beauftragten Herstellers resultieren.

Die auf die KVS überangenen Leistungen haben sich äquivalent bei der SWK mobil und NEW mobil und aktiv Mönchengladbach reduziert. Der Busverkehr Rheinland (BVR) und LOOK Reisen sind weiterhin im bisherigen Leistungsumfang im Kreisgebiet unterwegs.

Auch im Jahr 2021 hat die Corona-Pandemie die Entwicklung der Nachfrage im ÖPNV deutlich beeinflusst. Daher ist auch für das Jahr 2021 ein ÖPNV-Rettungsschirm im Rahmen der Corona-Billigkeitsleistungen des Landes NRW aufgelegt worden. Mit diesem wurden 100 % des durch den Rückgang der Fahrgeldeinnahmen und Ausgleichszahlung aus allgemeinen Vorschriften (u. a. zur Anerkennung ermäßigter Tarife für Schüler und Schwerbehinderte) ersetzt. Basisjahr zur Ermittlung des entstandenen Schadens war das Jahr 2019. Somit sind die Leistungsausweitungen im Rahmen der Betriebsaufnahme der KVS im Juli 2021 und die damit beabsichtigte Steigerung der Verkehrsnachfrage durch den Corona-Rettungsschirm nicht gedeckt. Gleichzeitig haben kurzfristige Beschlüsse der Landesregierung zur Durchführung des Unterrichts eine hohe Flexibilität von allen Verkehrsunternehmen und kurzfristige Entscheidungen in der VKV verlangt. So waren in Phasen des Präsenzunterrichts weiterhin zur Sicherstellung des Infektionsschutzes zusätzliche

Busse auf den Linien 036, 038, 065, 071, 074, 095 und 096 für die Schulen in Willich, Kempen und Nettetal eingesetzt, um die Auslastung der eingesetzten Beförderungsfahrzeuge zu reduzieren. Der entsprechende Bedarf wurde bei allen Städten und Gemeinden, mit Ausnahme der Stadt Viersen als eigenem Aufgabenträger, abgefragt und gemeldet. Die hierfür notwendigen Finanzmittel wurden zu 100% aus Landesmitteln finanziert.

Gleichzeitig konnten Schülerverkehre in Phasen des Distanzunterrichts auch kurzfristig reduziert bzw. eingestellt werden, um hier die Verkehrsunternehmen zu entlasten und gleichzeitig dem Gebot der Wirtschaftlichkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit Rechnung zu tragen und somit die Durchführung von nicht nachgefragten Fahrten zu vermeiden.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die VKV sowie alle in der Aufgabenträgerschaft des Kreises Viersen verkehrenden Verkehrsunternehmen betriebliche Auswirkungen der Corona-Pandemie weitgehend vermeiden konnten. So waren keine Leistungsreduzierungen (etwa durch hohen Krankenstand oder fehlende Ersatzteile für Betriebsmittel) notwendig.

Fahrleistungen und finanzielle Aufgabenentwicklung 2021

- Die gesamten Fahrleistungen der den Kreis Viersen bedienenden Verkehrsunternehmen SWK, NEW Viersen, NEW Mönchengladbach, BVR und LOOK liegen in den mit der VKV abgestimmten Ansätzen. Auch bei den gefahrenen TaxiBus-Leistungen kommt es nicht zu wesentlichen Abweichungen.
- Im Rahmen der Betriebsaufnahme der KVS kam es im Rahmen der Konkretisierung der Musterfahrpläne und Berücksichtigung der zusätzlich erforderlichen Beförderungskapazitäten im Schülerverkehr der Gesamtschule Brüggen zu einer unabwendbaren Erhöhung der Kostenansätze.

Für die Leistung der SWK Mobil GmbH ist in 2021 ein Betrag von 1,07 €/km zu zahlen. Die in 2020 zusätzlich vereinbarte 2%ige Preisanpassungsklausel gilt bis Ende 2024.

Für die Leistung der NEW mobil und aktiv Mönchengladbach GmbH ist ein Betrag von 1,25 €/km zu zahlen.

Für die Leistungen der NEW mobil und aktiv Viersen GmbH ist ein Betrag von 0,84 €/km zu zahlen.

Für die seit Januar 2020 durch den Kreis Kleve an LOOK Busreisen vergebene Linie 063 Kempen – Wachtendonk ist ein Gesamtpreis in Höhe von ca. 15.000 € zu zahlen. Dies entspricht einem Km-Preis von ca. 0,22 €.

Für die Leistungen der Busverkehr Rheinland GmbH – BVR sind unverändert 0,76 €/Km zu zahlen.

Für die Leistungen der KVS vom 01.07.2021-31.12.2021 ist unter Vorbehalt ein Gesamtpreis in Höhe von 3.398.076 € brutto zu zahlen. Dies entspricht bei einer Leistung von 1.126.210 Km einem Preis von 3,02 €/Km brutto. Ein endgültiger Jahresabschluss kann erst nach Prüfung bis zum 31.07.2022 vorgelegt werden.

Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Die Gesellschaft verfügt über ein Eigenkapital von T€ 26. Die liquiden Mittel in Höhe von T€ 136 haben sich zum Vorjahr erhöht.

Die Gesellschaft erwirtschaftet in diesem Jahr ein ausgeglichenes Jahresergebnis.

Wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung in 2022

Für das Jahr 2022 sind für die Leistungen der SWK 1,09 €/km, aufgrund der Preisanpassungsklausel von 2%, vereinbart worden. Mit der NEW mobil und aktiv Mönchengladbach GmbH führte die in 2021 vereinbarte 2%ige Preisanpassung zu einem Km-Preis in Höhe von 1,28 €. Der mit der NEW mobil und aktiv Viersen GmbH vereinbarte Km-Preis beträgt unverändert 0,84 €. Bei der Busverkehr Rheinland GmbH - BVR erhöht sich aufgrund der enormen Dieselpreissteigerung der Preis von 0,76 €/km um 0,18 €/km auf 0,94 €/km. Bei der Firma LOOK bleibt der Preis bei ca. 0,22€/km.

Durch die mit der KVS vereinbarte jährliche Fortschreibung der Personal- und Energiekosten anhand des Index des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden sowie dem geplanten Einsatz von Elektrobussen auf der Linie 074 ab Juli 2022 ist unter Vorbehalt ein Gesamtpreis in Höhe von 6.796.152 € zu zahlen. Dies entspricht bei einer voraussichtlichen Leistung von 2.292.810 Km einem Preis von 2,96 €/km brutto. Durch die jährlich vereinbarte Personal- und Energiekostenfortschreibung ist infolge der drastisch steigenden Energiepreise für das Jahr 2022 von deutlichen Preissteigerungen auszugehen. Erst nach Prüfung bis zum 31.07.2023 kann ein endgültiger Jahresabschluss für das Betriebsjahr 2022 vorgelegt werden.

Die KVS setzt ab Sommer 2022 auf der Linie 074 (Kaldenkirchen – Bracht – Brüggen – Waldniel – Dülken – Süchteln) Elektrobusse ein. Nach Auslieferung der Fahrzeuge erfolgt eine Erprobungsphase, bevor die Fahrzeuge in den regulären Linienverkehr eingeschert und der Öffentlichkeit präsentiert werden. Insgesamt hält KVS vier Elektrobusse des Herstellers Ebusco vor, wobei stets drei Fahrzeuge im Umlauf auf der Linie 074 eingesetzt werden. Damit werden alle regulären Linienfahrten (ohne Schul- und Sonderfahrten) auf der Linie abgedeckt.

Mit dem BVR werden Gespräche geführt, um auf weiteren Buslinien im Kreis Viersen lokal emissionsfreie Elektrobusse einzusetzen. Derzeit wird in Zusammenarbeit zwischen VKV und BVR ein Einsatz auf bestimmten Buslinien hinsichtlich der technischen und wirtschaftlichen Machbarkeit geprüft, die über die Gebiete der Kommunen Viersen, Willich, Nettetal, Grefrath, Kempen und Tönisvorst verlaufen.

Im Sommer 2021 wurde von den politischen Gremien des VRR ein Grundsatzbeschluss zum "Schnellbus-Konzept im VRR" gefasst. Die im Konzept enthaltenen Schnellbuslinien dienen insbesondere der Sicherung und Weiterentwicklung des ÖPNV im ländlichen Raum und sollen schienenferne Orte mit einer schnellen und zuverlässigen Direktverbindung mit den nächstgrößeren Städten und dortigen Bahnhöfen verbinden sowie Lücken im Verkehrsangebot zwischen Städten, großen Stadtteilen oder im städteübergreifenden ÖPNV schließen. Im Bereich des Kreis Viersen soll als erste X-Bus-Linie die X 49 (Kempen – Vorst – Anrath – Willich – Meerbusch-Osterath – Haus Meer) als Verlängerung sowie quantitativen und qualitativen Ausweitung der bestehenden Linie SB 82 zur Umsetzung gebracht werden. In 2022 wird die Umsetzung der Linie vorbereitet. Hierzu zählt die Durchführung des notwendigen Vergabeverfahrens durch die beteiligten Aufgabenträger Kreis Viersen und Rhein-Kreis-Neuss, das aufgrund der bestehenden Liniengenehmigung für die SB 82 nur als Direktvergabe an den BVR möglich ist. Entsprechend der vergaberechtlichen Regelungen ist hierzu eine Vorabbekanntmachung zu veröffentlichen und im Anschluss eine Wartefrist von einem Jahr einzuhalten. Die Beauftragung und Betriebsaufnahme der Linie ist daher für Sommer 2023 anvisiert.

Die Umsetzung weiterer Schnellbuslinien aus dem vorhandenen Portfolio der ca. 75 potenziellen Linien im gesamten Verbundgebiet des VRR wird weiter geprüft.

Zur weiteren Stärkung des ÖPNV prüft die VKV die Einführung von on-demand-Angeboten im Kreisgebiet. Hierzu wird gemeinsam mit der SWK Mobil die Ausweitung des bestehenden On-Demand-Angebots in Krefeld auf die Städte Tönisvorst und Willich erörtert. Parallel laufen Gespräche mit dem BVR über die Einrichtung eines On-Demand-Verkehrs als Pilotprojekt in anderen Kommunen.

Durch den Russischen Angriffskrieg auf die Ukraine bestehen derzeit einige Unsicherheiten in der weiteren Entwicklung des Preisgefüges, insbesondere hinsichtlich der Energiekosten. Dieses hat bereits im ersten Halbjahr 2022 für eine drastische Erhöhung der Energiekosten gesorgt. Der Verkehrsvertrag der KVS sieht vor, dass durch rückwirkende Berücksichtigung der Indizes des Statistischen Bundesamtes für Energiepreise diese Steigerungen rückwirkend für das Geschäftsjahr 2022 im Jahr 2023 ausgeglichen werden müssen. Auch durch die anderen Verkehrsunternehmen sind für das Jahr 2022 aufgrund

dieses Umstands außerplanmäßige Preisanpassungen zu erwarten, um ein nicht defizitäres Ergebnis der Betriebsleistungen im Kreis Viersen sichern zu können. Aber auch über die Energiepreise hinaus zeichnet sich eine hohe Inflation ab, die sich perspektivisch auch in Lohnanpassungen niederschlagen werden. Aus diesen Umständen zeichnen sich hohe Risiken hinsichtlich der Kostenentwicklung im Geschäftsjahr 2022 ab, weshalb auch von einer höheren finanziellen Belastung der mitbedienten Kommunen auszugehen ist.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Gesellschaft finanziert sich aus der Förderpauschale und anderen weiteren Mitteln des Kreises Viersen.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Management der Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Thomas Heil

Aufsichtsrat

Dr. Marcus Optendrenk (Vorsitzender)

Nanette Amfaldern

Christoph Dellmans

Maik Faßbender

Peter Fischer

Frank Gellen

Andreas Gisbertz

Guido Görtz

Felix Grams

Jürgen Heinen

Rene Heesen

Ralf Hussag

Uwe Leuchtenberg

Ingo Schabrich

Udo Schiefner

Stefan Schumeckers

Angelique Vootz

Axel Witzke

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 18 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 11 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

3.3.1.12 Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH

Willy-Brandt-Ring 13

41747 Viersen

Telefon: 02162 / 8179-0

Telefax: 02162 / 8179-180

Internet: www.wfg-kreis-viersen.de

Amtsgericht Mönchengladbach, HRB-Nr. 9714

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist es, die soziale und wirtschaftliche Struktur des Kreises zu verbessern, insbesondere durch die Förderung von Industrie, Gewerbe, Wohnen und Naherholung. Zu diesem Zweck ist die Gesellschaft insbesondere berechtigt, ergänzend zu den selbständigen Tätigkeiten der Gesellschafter,

- ➔ die Ansiedlung von Unternehmen im Kreis Viersen herbeizuführen, insbesondere durch Vermarktung des Standortes,
- ➔ die Gesellschafter bei der Wirtschaftsförderung zu beraten und zu unterstützen
- ➔ bebaute und unbebaute Grundstücke zu erwerben, zu vermieten, zu verpachten, zu erschließen und zu veräußern; Grundstücke zu bebauen und Gebäude für unternehmerische Zwecke zur Verfügung zu stellen, Gebäude zu errichten und diese den Gesellschaftern der Gesellschaft im Wege des Mietkaufs zur Verfügung zu stellen,
- ➔ Grundstücke für Wohnbauzwecke zu erwerben, zu erschließen und zu vermarkten; die Errichtung von Wohnraum durch die Gesellschaft ist ausgeschlossen,
- ➔ ansässige und anzusiedelnde Unternehmen bei der Beschaffung von Grundstücken, Gebäuden, Arbeitskräften, Wohnungen und Fördermitteln zu beraten und zu unterstützen,
- ➔ Maßnahmen zur regionalen Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und sonstigen Einrichtungen durchzuführen.

Die wirtschaftsfördernde Tätigkeit der Gesellschafter bleibt unberührt.

Ziel der WFG ist es, für die kleinen und mittleren Unternehmen, die den Kreis Viersen in erster Linie ausmachen, als Ansprechpartner, Moderator und Berater zur Verfügung zu stehen. Die WFG hat sich als Schwerpunkte der Themen Fachkräfte, Fördermittelberatung, Hochschulzusammenarbeit und Projekte angenommen

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zweckes ergibt sich aus dem im Gesellschaftervertrag festgelegten Gegenstand des Unternehmens. Die Gesellschaft hat die öffentliche Zielsetzung eingehalten und erreicht. Weitergehende Ausführungen können dem unten aufgeführten Lagebericht entnommen werden.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Kapitaleinlage	
	in Euro	in Prozent
Kreis Viersen	12.328.680	95,94
Stadt Viersen	174.720	1,36
Stadt Willich	76.960	0,60
Stadt Nettetal	74.880	0,58
Stadt Kempen	52.000	0,40
Stadt Tönisvorst	41.080	0,32
Gemeinde Schwalmtal	29.640	0,23
Gemeinde Grefrath	28.600	0,22
Gemeinde Brüggen	22.880	0,18
Gemeinde Niederkrüchten	21.840	0,17
	12.851.280	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Kreis Viersen:

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH hat in 2021 einen Zuschuss des Kreises Viersen in Höhe von 1.000 TEUR zur Finanzierung von Maßnahmen und Projekten im Bereich des operativen Geschäftes der Wirtschaftsförderung erhalten. Für die Beteiligung am Projekt Kompetenzzentrum Frau und Beruf erhielt die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH in 2021 vom Kreis Viersen weitere 7,5 TEUR. Die WFG zahlte an den Kreis Viersen 1 TEUR an Gebühren und 4,5 TEUR für die Wartung der der Themenrouten.

Energie- und Gewerbepark Elmpt mbH:

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH hat in 2021 einen Betriebsmittelzuschuss in Höhe von 37,4 TEUR an die Entwicklungsgesellschaft Energie- und Gewerbepark Elmpt mbH geleistet und von dieser Gesellschaft Erstattungen für Personalkosten in Höhe von 15 TEUR sowie Zinsen für ein gewährtes Darlehen in Höhe von 10,7 TEUR erhalten.

Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für den Kreis Viersen AG:

Von der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft für den Kreis Viersen AG wurden in 2021 an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH 166,4 TEUR als Dividende ausgeschüttet. Darüber hinaus erhielt die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH Mietzahlungen in Höhe von 41,8 TEUR. An Kostenerstattungen wurden umgekehrt 74,4 TEUR geleistet.

Naturpark Schwalm-Nette

An Mietzahlungen sowie für die Bereitstellung des Empfangs/Nutzung Kopierer erhielt die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH in 2021 rund 54,5 TEUR vom Naturpark Schwalm-Nette.

Niederrhein Tourismus GmbH

Die Niederrhein Tourismus GmbH erhielt von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH in 2021 einen Zuschuss in Höhe von 110,5 TEUR. An die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH wurden umgekehrt Kostenerstattungen in Höhe von 7,5 TEUR geleistet.

Standort Niederrhein GmbH

Die Standort Niederrhein GmbH erhielt von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH in 2021 einen Zuschuss (Betriebsmittel/Regionalagentur) in Höhe von 92 TEUR sowie für die Expo Real/Polis Convention 20,5 TEUR.

Technologie- und Gründerzentrum Niederrhein GmbH

Das Technologie- und Gründerzentrum Niederrhein GmbH (TZN) erhielt von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH in 2021 einen Zuschuss in Höhe von 82,7 TEUR. Umgekehrt wurden an Personalkostenerstattungen 14 TEUR und aus einer Erbpacht 8 TEUR an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH gezahlt. Hinzukommen 5,6 TEUR, die das TZN für sonstige Kostenerstattungen an die WFG zahlte.

Tourismus GmbH Mittlerer Niederrhein

Als Personalkostenerstattungen (2-Land) und sonstige Leistungen erhielt die Tourismus GmbH Mittlerer Niederrhein in 2021 von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH einen Betrag von 47,9 TEUR.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO		EURO	EURO	EURO
Anlagevermögen	31.902.495	31.829.196	73.299	Eigenkapital	36.093.512	36.148.259	-54.748
Umlaufvermögen	8.469.303	8.886.582	-417.280	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	436.106	455.530	-19.424
				Verbindlichkeiten	3.838.485	4.108.563	-270.077
Aktive Rechnungsabgrenzung	111	379	-268	Passive Rechnungsabgrenzung	3.806	3.806	0
Bilanzsumme	40.371.909	40.716.158	-344.249	Bilanzsumme	40.371.909	40.716.158	-344.249

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO
1. Umsatzerlöse	712.843,74	638.109,06	74.734,68
2. sonstige betriebliche Erträge	1.385.771,91	1.446.749,77	-60.977,86
3. Buchwertabgang Grundstücke	-160.895,13	-173.382,69	12.487,56
4. Materialaufwand	-116.004,71	-99.315,75	-16.688,96
5. Personalaufwand	-1.131.209,86	-1.169.722,72	38.512,86
6. Abschreibungen	-134.835,61	-144.393,32	9.557,71
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.081.812,93	-963.536,82	-118.276,11
8. Finanzergebnis	551.542,12	529.664,24	21.877,88
9. Ergebnis vor Ertragssteuern	25.399,53	64.171,77	-38.772,24
10. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	-54.747,86	95.001,81	-149.749,67

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%	%
Eigenkapitalquote	89,40	88,78	0,62
Eigenkapitalrentabilität	-0,15	0,26	-0,41
Anlagendeckungsgrad 2	113,14	113,57	-0,43
Verschuldungsgrad	11,84	12,63	-0,78
Umsatzrentabilität	-7,68	14,89	-22,57

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr:14) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Gegenstand der Gesellschaft ist es, die soziale und wirtschaftliche Struktur des Kreises zu verbessern, insbesondere durch die Förderung von Industrie, Gewerbe, Wohnen und Naherholung.

|. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die WFG hat sich in den letzten Jahren zu einer klassischen Wirtschaftsförderung gewandelt. Ziel der WFG ist es, für die kleinen und mittleren Unternehmen, die den Kreis Viersen in erster Linie ausmachen, als Ansprechpartner, Moderator und Berater zur Verfügung zu stehen. Die WFG hat sich als Schwerpunkte der Themen Fachkräfte, Fördermittel- und Gründungsberatung, Hochschulzusammenarbeit und Projekte angenommen. Dies sind auch die Themen, die von den Unternehmen immer wieder gewünscht und nachgefragt werden. Es bestehen umfangreiche Netzwerke zu den Kommunen und Unternehmen, die es ermöglichen, weitere Synergieeffekte zu nutzen.

Die Aufgaben und Tätigkeiten der Gesellschaft sind, entsprechend dem Gesellschaftszweck, auf die Entwicklung und Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur des Kreises Viersen durch die Förderung von Industrie, Gewerbe, Wohnen und Naherholung gerichtet. Diese öffentliche Zielsetzung hat die WFG durch die unten aufgeführten Maßnahmen und Initiativen im Berichtsjahr erfüllt. Eine ganze Reihe von wirtschaftsfördernden Aufgaben und Tätigkeiten werden über Beteiligungen wahrgenommen.

Die WFG hat sich im Jahre 2021 aufgrund der Transformation von Standorten gemeinsam mit dem Zukunftsbüro Wien unter der Leitung von Andreas Reiter, in einem Prozess der Neuausrichtung, getrieben von Digitalisierung und Dekarbonisierung, auf den Weg gemacht. In 4 aufeinanderfolgenden Workshops wurden die Themen

- Leistungsarchitektur der WFG
- Lebensraum Region Viersen
- Zukunftsvision der WFG für den Kreis Viersen
- Zukunftsimpulse Smart und regenerativ
- Ökosysteme – Kooperationen

beleuchtet und neu erarbeitet. Der Prozess kostete 12 T€. Die Umsetzung der erarbeiteten Ergebnisse erfolgt in 2022.

Die Maßnahmen im Einzelnen:

1. Standortmarketing

Das Standortmarketing für den Standort Kreis Viersen wird fortgesetzt und ausgebaut. In 2020 wurden, neben vielfältigen kleineren Maßnahmen, folgende Aktivitäten umgesetzt:

- Auf dem Portal Immobilienscout24 hat die WFG vielfältige Daten über den Kreis Viersen zusammengetragen, mit deren Hilfe sich Investoren ein genaues Bild über den Standort machen können. Die Informationen ergänzen die konkreten Immobilieninserate. Unternehmen erfahren alles über regionale Branchen- Schwerpunkte, Verkehrsanbindungen, Arbeitsmarktdaten, touristische Highlights und vieles mehr, das bei Standortentscheidung und Mitarbeiter-suche entscheidend ist. Durch den Service profitieren der Kreis Viersen und die WFG auch von weiteren Verbesserungen wie Suchmaschinen-Optimierung (SEO) der Webseiten, zielgruppenorientierten Werbeanzeigen oder der Darstellung der Inserate in den Suchergebnissen anderer passender Regionen.
- Die Standort Niederrhein GmbH hat sich gemeinsam mit ihren Gesellschaftern für ein Gewerbe-Flächen-Immobilien-Portal entschieden. Ziel ist es, künftig alle Gewerbeflächen und Immobilien über eine gemeinsame Plattform zu vermarkten. Eine Nutzung des Portals ist auch für die Kommunen des Kreises Viersen möglich. Neben den bebaubaren kommunalen Flächen für Gewerbe und Industrie soll das Portal über entsprechende Maklerschnittstellen zudem gewerbliche Immobilien privater Anbieter beinhalten.
- Die Internetseiten der WFG werden ständig überarbeitet und aktualisiert und werden immer stärker als Informationsmedium genutzt. Über die Seiten wird der monatliche Newsletter mit aktuellen Themen aus dem Kreis, der WFG, dem TZN und Niederrhein Tourismus zur Verfügung gestellt.
- Die WFG ist mit einem eigenen Account auf der Microblogging-Plattform Twitter aktiv (@WFGKreisViersen). Durch Verlinkung von Inhalten auf der Homepage soll eine größere Informationstiefe (u.a. von Ministerien, Verbänden, Medien etc.) erreicht und gleichzeitig der Traffic auf der Webseite erhöht werden. Ziel hierbei ist kein Wettbewerb um die meisten Followers, sondern ein generisches Wachstum eines qualitativ hochwertigen Zielpublikums.

1.1. Messebeteiligungen

Neben einer Präsentation des Wirtschaftsstandortes Kreis Viersen zielen die verschiedenen Messebeteiligungen darauf ab, neue Kontakte, insbesondere zu Projektentwicklern und Investoren, zu knüpfen respektive bestehende Netzwerke zu pflegen. Die Immobilienmesse polis convention fand vom 15. bis zum 16.09.2021 statt. Die WFG war an beiden Messetagen mit Projekten aus Nettetal, Schwalmtal, Willich, Tönisvorst und Grefrath auf dem Gemeinschaftsstand der Standort Niederrhein GmbH präsent. Die Expo Real fand als europäische Leitmesse der Immobilienbranche vom 04.-06.10.2021 statt, aufgrund der Corona-Pandemie allerdings mit erheblichen Einschränkungen. Das Messejahr fand mit der Provada in Amsterdam vom 26.-28.10.2021 seinen Abschluss. Im nächsten Jahr ist eine erstmalige Beteiligung an der Real Estate Arena geplant;

diese noch recht neue Immobilienmesse wird vom 18. bis zum 19. Mai 2022 in Hannover veranstaltet.

1.2. Fachveranstaltungen

Infolge der pandemiebedingten Kontaktbeschränkungen wurde im ersten Halbjahr erstmals das im Jahr 2020 eingeführte Online-Veranstaltungsformat „WFG-Connected“ mit einem festen Programm angeboten. In diesem Halbjahresprogramm wurden in sechs so genannten „interaktiven Ideenstudios“ folgende Themen behandelt:

- 14. Januar 2021: Gründungsberatung des Startercenter NRW im TZN
- 18. Februar 2021: NRW-Bank: Finanzierungsberatung und -begleitung
- 18. März 2021: Mentoring-Programm „Fachkräfte im Fokus“
- 15. April 2021: Ostbelgien als Sprungbrett für den Markteintritt ins Nachbarland
- 20. Mai 2021: Digital in NRW – Ideen für den Mittelstand
- 17. Juni 2021: Patentberatung – rechtssichere Patente für den Mittelstand

An den Veranstaltungen haben im Schnitt 20 Gäste teilgenommen. Im Zusammenhang mit den Lockerungen der Kontaktbeschränkungen wurde davon abgesehen, ein weiteres Programm aufzulegen. Stattdessen dient das Format WFG-Connected künftig dazu, kurzfristig und spontan über aktuelle Themen zu informieren.

Zum Zwecke der Weiterbildung und Verstetigung von Netzwerken wurden im Jahr 2021 auch wieder Veranstaltungen (überwiegend online) der NRW-Bank sowie der Innovationspartner Niederrhein besucht. Die Abschlussveranstaltung der Innovationspartner Niederrhein hat am 2. September 2021 unter dem Namen „Sustainability Summit“ als hybrides Format auf der Museumsinsel Hombroich (Rhein-Kreis Neuss) stattgefunden. Die WFG Kreis Viersen hat an dieser Veranstaltung sowohl persönlich als auch online teilgenommen.

1.3. Treffen der Wirtschaftsförderer

Im Berichtsjahr fanden online vier Treffen der Wirtschaftsförderer im Kreis Viersen statt. Erfahrungen wurden ausgetauscht und aktuelle Themen besprochen, vorgestellt wurden u. a. der Verein Agrobusiness Niederrhein e. V. sowie das in Entwicklung befindliche Gewerbe- Flächen-Immobilien-Portal.

2. Grundstückswesen

2.1. Gewerbeflächen

Im Jahr 2021 wurden insgesamt 6.693 m² Gewerbefläche aus dem Besitz der WFG veräußert. Es handelt sich dabei um eine Erweiterung in Viersen. Im Gewerbegebiet „Windhauser Feld/Dülkener Straße“ in Schwalmtal wurden die Erschließungsmaßnahmen, inclusive des Endausbaus, abgeschlossen. Am Ende des Berichtsjahres befinden sich im Bestand der WFG noch ca. 66.274 m² Gewerbefläche, davon 55.934 m² in Viersen „Mackensteiner Nord“, 5.200 m² in Schwalmtal

„Dülkener Straße“ und 5.140 m² in Nettetal „Herrenpfad-Süd“. Das Ökokonto weist am Ende des Berichtsjahres einen Stand von 31.614 Punkten aus.

2.2. Vermietung/Verpachtung

Der Campingplatz "Brachter Wald" in Brüggen wird seit 2014 in Eigenregie geführt, die WFG erhält eine Pacht in Abhängigkeit von den Pachterlösen der vermieteten Dauerstellplätze. Zum Stichtag 31.12.2021 waren 71 der 78 vermietbaren Dauerstellplätze verpachtet, das entspricht einer Auslastung von 91,0 %. Auf dem Gelände des ehemaligen Munitionsdepots in Brüggen-Bracht wurde weiterhin durch zwei ansässige Firmen Ton abgebaut.

3. Unternehmensservice

3.1. Fördermittelberatung

Von Januar bis Dezember 2021 konnten 68 Intensivberatungen für KMU im Kreis Viersen angeboten werden. Die Höhe der für die KMU akquirierten nichtrückzahlbaren Zuschüsse betrug im Jahr 2021 990.000 Euro. Bereinigt um einen Einmaleffekt durch die Förderung eines Unternehmens in Tönisvorst mit 400.000 Euro konnten Zuschüsse in Höhe von 590.000 Euro für KMU akquiriert werden, was mehr als einer Verdopplung im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Den überwiegenden Teil dieser Förderungen machen Zuschüsse für Digitalisierungsmaßnahmen in Unternehmen aus. Bedingt durch die Umstrukturierung der Coronahilfen ist die Nachfrage in diesem Bereich zurückgegangen. Anders als im Falle der Soforthilfe musste die Beantragung von Überbrückungs-, November- und Dezemberhilfe über Steuerberater erfolgen, was den Beratungsaufwand der WFG deutlich gemindert hat. Dennoch wurden im Jahr 2021 42 KMU zu Förderungen beraten, die im Zusammenhang mit den Coronahilfen stehen.

3.2. Gründungsberatung - Gründer- und Startercenter

Seit 2008 ist das im TZN angesiedelte und von der WFG über den Betriebsmittelzuschuss finanzierte STARTERCENTER NRW zentrale Anlaufstelle für alle Gründer aus dem Kreis Viersen. Das STARTERCENTER NRW arbeitet nach festgelegten Qualitätskriterien des Landes NRW und wird alle 3 Jahre durch einen unabhängigen Dienstleister überprüft und zertifiziert, zuletzt wurde es im Jahr 2021 erfolgreich zertifiziert. Das STARTERCENTER NRW bietet allen Gründern, die im Kreis Viersen gründen wollen, individuelle Beratungsangebote an. Daneben informiert die Beratungseinrichtung über die erforderlichen Gründungsformalitäten, Gründungsnetzwerke, Seminargebote sowie Quellen für Fachinformationen. Im zweiten Halbjahr 2021 wurden erstmals gemeinsam mit dem Rhein- Kreis Neuss Gründerveranstaltungen organisiert und durchgeführt. An 49 Veranstaltungen haben insgesamt 561 Teilnehmer teilgenommen.

In 2021 wurden vom STARTERCENTER NRW für den Kreis Viersen 175 Intensivberatungen durchgeführt. Darüber hinaus sind etwa 880 Kurzberatungen erteilt worden. Nachfolgend Auszüge aus der Statistik des STARTERCENTER für den Kreis Viersen in 2021:

- Männer nutzen den Service der Beratungsstelle mit 64 % Anteil häufiger als Frauen mit 36 % Anteil.
- Das Durchschnittsalter der Gründer liegt bei 42,3 Jahren.
- Die Branchenverteilung: etwa 45 % Dienstleistungen, 23 % Handel, 13 % Freiberufler, 9 % Handwerk, 6 % Industrie und 4 % Gastgewerbe.
- 84 % sind Neugründungen, etwa 8 % sind Betriebsübernahmen oder Beteiligungen, 7 % sind bereits gegründete, junge Unternehmen mit weiterem Beratungsbedarf.
- 61 % der Gründer stehen vorher noch in einem Beschäftigungsverhältnis oder sind selbstständig, 26 % gründen aus der Arbeitslosigkeit und 12 % machen keine Angaben oder sind anderweitig tätig (Erziehungszeit, Rente, u. ä.).

Der Kreis Viersen gehört nach Untersuchungen des Instituts für Mittelstandsforschung seit Jahren zu den Gründungsregionen in Deutschland mit sehr hoher Gründungsintensität. Das STARTERCENTER ist Anlaufstelle für das Mikrodarlehen der NRW.BANK und kümmert sich im Verbund mit dem STARTERCENTER des Kreises Neuss um das Förderprogramm "Gründerstipendium NRW". Es wurden 5 Kreditanträge des Mikrodarlehen NRW gestellt und 100.000 € Fördersumme gewährt. In 8 Jurysitzungen wurden Empfehlungen bzw. Ablehnungen für Gründerstipendiaten ausgesprochen; 13 Gründer/innen davon erhalten die Förderung in einer Gesamthöhe von 156.000 €. Im Zuge der strategischen Neuausrichtung der WFG wird die Gründungsberatung auch zukünftig ein zentrales Handlungsfeld bei der WFG einnehmen und sich durch komplexere Aufgaben immer stärker mit den Zukunftsthemen der WFG vernetzen. Um diese Synergieeffekte optimal zu nutzen, wird auch das STARTERCENTER NRW für den Kreis Viersen ab dem 01.01.2022 bei der WFG, im Haus der Wirtschaft angesiedelt.

3.3. Fachkräfte

Der unter anderem aus dem demographischen Wandel resultierende Fachkräftemangel macht sich zunehmend im Kreis Viersen bemerkbar; einzelne Branchen sind besonders stark betroffen, so etwa die Pflege- und Gesundheitsbranche, technische Berufe, Handwerksberufe oder auch zunehmend die Logistikbranche. Entsprechende Statistiken der Agentur für Arbeit belegen diese Entwicklungen. Betrachtet werden verschiedenste Indikatoren, etwa die Relation gemeldeter Stellen zu Arbeitssuchenden oder die durchschnittliche Dauer zur Besetzung einer Stelle; in einzelnen Branchen sind Stellen bereits heute sechs Monate oder länger vakant.

Das Thema Fachkräfte ist dementsprechend immer stärker in den Fokus der Wirtschaftsförderung gerückt und stellt heute ein eigenständiges und übergreifendes Tätigkeitsfeld dar, welches Projekte wie „Check In Berufswelt“ und „zdi – Zukunft durch Innovation“ genauso umfasst wie den breit angelegten Aufbau respektive die Pflege von Netzwerken. Zu diesen Netzwerken gehören neben projektbezogenen Arbeits- und Lenkungsreisen unter anderem auch regelmäßige Abstimmungsgespräche mit der kommunalen Koordinierung für den Übergang Schule-Beruf im Kreis Viersen, die Mitarbeit im Beirat des Job-Centers Kreis Viersen, die Mitarbeit im Arbeitskreis Fachkräftemangel, der Besuch regionaler und kommunaler Berufsinformationstage sowie die Vorstellung aktueller Projekte und Förderprogramme im Treffen der Wirtschaftsförderer und

dem Arbeitskreis der Studien- und Berufswahlkoordinatoren. Die WFG ist an folgenden Initiativen und Projekten beteiligt:

- Dezember wurde das Projekt „Top-Arbeitgeber im Kreis Viersen“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Unternehmen finden auf der Homepage der WFG zahlreiche Anregungen und praktische Tipps, um sich potentiellen Nachwuchs- und Fachkräften in einer modernen und attraktiven Form als Arbeitgeber vorzustellen. Entsprechende Karriereseiten von Unternehmen aus dem Kreis Viersen dienen als Referenzen, gemeinsam mit der Agentur für Arbeit berät die WFG in persönlichen Gesprächen.
- Seit November 2020 beteiligt sich die WFG an dem Projekt „Pott & Deckel“ der Agentur für Arbeit, den Jobcentern Krefeld und Kreis Viersen sowie der Wirtschaftsförderung Krefeld. Am 12.02.2020 fand in der Agentur für Arbeit Krefeld erstmals ein Speeddating für Auszubildende statt, rund 65 Unternehmen nahmen teil, davon ca. 20 aus dem Kreis Viersen. Eine Nachfolgeveranstaltung ist für den 27.04.2022 geplant.
- Im Rahmen des Projektes „cleverland“ stellen sich Krefeld, Mönchengladbach, Venlo und der Kreis Viersen als attraktive Wissensregion dar. Zielgruppe sind Studentinnen und Studenten; diese sollen nach ihrem Studium möglichst in der Region verbleiben. Eine eigene Homepage beleuchtet die Attraktivität der Wissensregion, insbesondere in den Bereichen Studieren, Leben, Arbeit und Freizeit. Das Projekt endete am 31.12.2021.
- Das Projekt „MINT in MIND“ der Hochschule Niederrhein zielt auf eine Vernetzung und Optimierung der regionalen MINT-Angebote. Wichtige Grundlage künftiger Aktivitäten wird eine möglichst vollständige Erfassung der regionalen MINT-Angebote sein. Gleichzeitig sollen bestehende Aktivitäten optimiert werden, insbesondere im Hinblick auf die Schaffung möglichst niedrigschwelliger Angebote.

3.3.1. Check In Berufswelt

Im Rahmen der Aktion „Check In Berufswelt“ haben Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 8 bis 12 die Gelegenheit, sich auf freiwilliger Basis ausführlich über Ausbildungsberufe und Studienangebote zu informieren. Zu diesem Zweck öffnen in der Regel zwei Wochen vor den Sommerferien jeweils einen Tag im Kreis Viersen, im Rhein-Kreis Neuss und in den Städten Krefeld und Mönchengladbach Unternehmen und Bildungsträger ihre Türen. Check In Berufswelt wird federführend von der IHK Mittlerer Niederrhein organisiert, die WFG ist als Partnerin an dem Projekt beteiligt.

Im Berichtsjahr fand aufgrund der Corona-Pandemie „Check In“ im September erneut als hybride Veranstaltung statt. Mit Unterstützung der Wirtschaftsförderungen der Städte Willich und Tönisvorst wurde die Initiative in ausgewählten Gewerbegebieten gezielt beworben. Während in der Regel rund 230 Unternehmen und ca. 4.500 Schülerinnen und Schüler an der Aktion teilnehmen,

konnten im Berichtsjahr trotz Corona 211 Unternehmen und Institutionen sowie knapp 2.000 Schülerinnen und Schüler verzeichnet werden.

3.3.2. Zukunft durch Innovation (zdi)

Gemeinsam mit dem Kreis Viersen, der Stadt Nettetal, dem Wissenschaftsministerium NRW, der Bundesagentur für Arbeit sowie verschiedenen Verbänden, Hochschulen, Schulen und Unternehmen hat die WFG am 06. Juli 2016 das zdi-Netzwerk Kreis Viersen gegründet. Im Rahmen der Gemeinschaftsoffensive zdi (Zukunft durch Innovation) des Landes Nordrhein- Westfalen können aus Mitteln des Wissenschaftsministeriums NRW und der Bundesagentur für Arbeit schulische Projekte und Maßnahmen gefördert werden. Ziel ist es, die Bereiche Schule und Wirtschaft enger miteinander zu verknüpfen und so den Übergang von der Schule in die Ausbildung und den Beruf zu verbessern. Hierbei soll vor dem Hintergrund eines sich abzeichnenden Fachkräftemangels insbesondere das Interesse an MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) bei Schülerinnen und Schülern nachhaltig geweckt und gefördert werden. Aufgrund der größeren Entfernungen im Kreis Viersen wurden in den Vorjahren mit wenigen Ausnahmen ausschließlich eintägige Maßnahmen durchgeführt. Die Landesgeschäftsstelle zdi hat im Jahr 2019 aufgrund der Vorgaben der Fördermittelgeber einseitig entschieden, bis auf weiteres nur noch mehrtägige Maßnahmen der Kategorien B2 und B3 zu genehmigen; mittel- bis langfristig soll auf diese Weise der Anteil mehrtägiger Maßnahmen auf mindestens 70 % erhöht werden. Bisher wurden derartige Maßnahmen von den Schulen im Kreis Viersen kaum in Anspruch genommen. Intensiviert wurden daher die Planungen zur Einrichtung eines eigenen Schülerlabors im Kreis Viersen mit dem Ziel, künftig Maßnahmen vor Ort anzubieten.

3.4. Hochschulkooperationen

3.4.1. Hochschule Niederrhein

In zahlreichen Projekten der WFG fungiert die HSN als Partner und umgekehrt. Im Jahr 2021 wurden gezielt Kurse aus dem Programm für wissenschaftliche Weiterbildung für Berufstätige im Kreis Viersen angeboten. Theorie und Praxis vernetzen dabei die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen und die Hochschule Niederrhein, um damit wissenschaftliche Weiterbildung zu gewährleisten. Dabei stehen hoher Praxisbezug und nachhaltiger Lernerfolg im Vordergrund.

Im Berichtsjahr wurden zwei Zertifikatskurse zu den Themen „Social Media/Strategieentwicklung“ und „Arbeitsrecht“ durchgeführt. Zielgruppe waren Mitarbeiter/-innen aus dem Bereich Marketing-Kommunikation sowie Geschäftsführer/-innen und Führungskräfte aus dem kaufmännischen Bereich. Das gemeinsame Angebot von Hochschulzertifikatskursen der Hochschule Niederrhein und der WFG wird 2022 fortgeführt.

3.4.2. IST-Hochschule Düsseldorf

Die Kooperation zwischen der WFG und der Hochschule für Management wurde in 2021 erfolgreich fortgesetzt und ausgebaut. Die WFG und die IST haben gemeinsam mit Kienbaum Consulting und dem Verband der Führungskräfte (DFK) ein Mentoringprogramm entwickelt, das

seit 2018 umgesetzt wird. Ziel ist es, ausgewählte Studierende der Hochschule IST ein Jahr an Manager und Managerinnen aus Unternehmen zu koppeln, um an den Erfahrungen der Mentoren zu partizipieren. Nach einem Bewerbungsverfahren in der IST werden in einem professionellen Assessment Center Studierende ausgewählt. Die Mentoren werden deutschlandweit gesucht und persönlich angesprochen. Dabei handelt es sich um Persönlichkeiten aus dem TOP Management. Dieses Jahr sind vier Mentoren aus dem Kreis Viersen beteiligt. Dieses Programm hat eine unbegrenzte Laufzeit. Jedes Jahr werden jeweils 10 Paare gebildet, sodass sich im Laufe der Zeit ein großes Netzwerk aus Studierenden, Mentoren und Unternehmen entwickelt.

3.4.3. Fontys University of Applied Science Venlo — Campus Kempen

Die Zusammenarbeit mit der Fontys wird weiter kontinuierlich ausgebaut. Im Jahr 2021 wurden die gemeinsam entwickelten Projekte „Internationalisierungs-Scan“, „Cross Border Gamelab“ und „Mind the digital Gap“ abgeschlossen. Die Projekteinhalte sind auf die Stärkung der Deutsch-Niederländischen Zusammenarbeit ausgelegt. Die einzelnen Maßnahmen werden im Bericht im Abschnitt „Projekte“ näher erläutert.

Basierend auf den Ergebnissen dieser Projekte wurde das Projekt „Digital Minds“ entwickelt. Es geht von der Annahme aus, dass digitale Kompetenzen in Deutschland und den Niederlanden unterschiedlich ausgeprägt sind und anders verstanden werden. Digitale Kompetenzen sind im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung und der Digitalen Transformation für funktionierende Unternehmen unverzichtbar. Um der Gefahr vorzubeugen, dass Unternehmen künftig von der Digitalisierung getrieben werden und nicht umgekehrt, ist die Simulation digitaler (Arbeits-)Prozesse sowie das Erlernen und Erweitern digitaler Kompetenzen, wie sie im europäischen Referenzrahmen DigiComp 2.0 der EU definiert sind, unabdingbar. Leadpartner dieses Projektes ist die Fontys Hochschule. Das Projektkonsortium besteht neben der WFG aus den Partnern: Goal 043 (NL), Gilde BT (NL), Platvorm Veilig Ondernemen (NL), Krefeld Business (D), CLM Business School (D), Hochschule Niederrhein, Competence Center eHealth (D). Die WFG Kreis Viersen ist für die Leitung des Arbeitspaketes 4 (Game- and Simulationlab) vorgesehen. Ziel ist die Einrichtung eines physischen Gamelabs im Haus der Wirtschaft. Im Jahr 2021 haben 20 Studierende ein Praktikum in Unternehmen im Kreis Viersen absolviert bzw. ihre Bachelor- und Masterarbeiten geschrieben.

3.5. Tierzuchtberatung

Die Wirtschaftsförderung im Bereich Landwirtschaft, seit über 20 Jahren mit dem Schwerpunkt Tierhaltung bzw. Tierzucht, war in 2021 erneut geprägt durch eine Vielfalt von Serviceangeboten. Insgesamt werden im Kreis Viersen ca. 250 klein- und mittelständische Unternehmen der verschiedenen Veredlungsschwerpunkte betreut. Dabei sind vor allem in den Bereichen der Milch- und Fleischproduktion unsere Angebote der Weiterentwicklung der Herden und folglich ganz maßgeblich der Betriebe, fester Bestandteil des Tagesgeschäfts der Unternehmen. Dies wird, neben der züchterischen Begleitung, immer wieder untermauert durch Fortbildungsveranstaltungen, Exkursionen oder auch die konkrete Umsetzung neuester Entwicklungen. Beispielhaft

ist hier das Projekt „Kuhvision“ zu nennen. Dieses deutschlandweite Projekt im Bereich der Rinderzucht könnte man als „Nachhaltige Rinderzucht 4.0“ bezeichnen. Neueste Entwicklungen im Bereich der Genomanalyse sowie der Digitalisierung finden hier konkrete Anwendung zur Unterstützung traditioneller Züchtungsmaßnahmen. So ist vor allem die Gesundheit und somit Langlebigkeit der Tiere beeindruckend positiv mit diesen Hilfsmitteln zu entwickeln. Die Zahl der teilnehmenden Betriebe konnte aktuell durch die Erweiterung des Projekts im Bereich Herd-Scan erfreulicherweise deutlich gesteigert werden. So erreichen wir schon jetzt eine Beteiligung von 50 Prozent aller Herden, eine beispiellose Kombination von Wirtschaftsförderung und gesellschaftlichen Ansprüchen an unsere Tierhaltung. Ähnliche Entwicklungen gibt es in allen Sparten, die wir bewusst und erkennbar in der Landwirtschaft unterstützen. Insgesamt ist die landwirtschaftliche Tierhaltung ein prägender Wirtschaftsfaktor unserer Region. Neben der Primärproduktion ist auch die landwirtschaftliche Dienstleistung, z. B. die Pensionspferdehaltung, für unseren Kreis ebenso von großer Bedeutung. Für alle Bereiche gilt insgesamt ein hoher Standard der Betriebsstruktur und somit gute Voraussetzungen für den Bestand am Markt. Zusätzlich wird der Faktor Landwirt als Energiewirt zukünftig weiter an Fahrt aufnehmen. Die landwirtschaftliche Tierhaltung wird aber sicherlich weiterhin ein prägender Wirtschaftsfaktor unserer Region sein. Die größte Herausforderung war und bleibt für alle Bereiche der wettbewerbsverzerrende Eingriff in die Produktionsregeln seitens der Politik bei gleichen EU-Marktbedingungen. Aus diesem Grunde ist bei den aktiven Landwirten zurzeit eine große Verunsicherung zu spüren, aber auch eine große Bereitschaft, an notwendigen Veränderungen konstruktiv mit zu wirken. Außerdem steht zurzeit die Umstellung und damit die regionale Sicherung der Lebensmittelproduktion im Bereich Schweinefleisch vor einem großen Umbruch, welcher extreme Herausforderungen an die Landwirte stellt. Die Ansprüche seitens der Landwirtschaft an unserem Serviceangebot der Agrar- und Tierzuchtberatung bleiben nach wie vor sehr hoch. In diesem Sinne sind auch in 2022 eine Vielzahl von Veranstaltungen in Planung, die neben den täglichen Aufgaben unsere Arbeit bestimmen.

3.6. Buchungsstelle 2-Land Reisen

Verträge mit den Reiseveranstaltern Wikinger Reisen, DERTOUR und Ameropa konnten für 2021 angepasst und verlängert werden. Insgesamt stehen interessierten Gästen rund 70 Angebote aus der gesamten Region zur Verfügung zu den Kernthemen Radfahren, Wandern, aber auch zu Kultur und Kulinarik. Die Angebote sind vorrangig für Individualreisende konzipiert, aber auch Angebote für Gruppenreisen stehen zur Verfügung. Die Angebote werden auf www.niederrheintourismus.de entsprechend beworben und in die saisonalen Kampagnen eingebaut. Das Buchungssportal 2-Land Reisen konnte in 2021 einen Umsatz von 90 T€ netto erzielen und lag trotz der Pandemie über dem Vorjahresumsatz.

4. Projekte

4.1. Healthy Building Network

Das Healthy Building Network (HBN) ist ein Innovationsnetzwerk und eine Wissensplattform, die auf gesundes Bauen und Renovieren spezialisiert ist. Ziel ist eine effiziente Nutzung von Rohstoffen, die in einer Kreislaufwirtschaft lange und hochwertig genutzt werden, und dass dadurch letztendlich kein Abfall produziert wird. Eine moderne Gebäudetechnik schont Ressourcen, ist ökologisch und schafft ein gesundes Raumklima. Die Bauweise soll damit menschen- und umweltfreundlich sein. Die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter wird erhöht, der Krankenstand gesenkt. Das Projekt Healthy Building Network hat es sich zum Ziel gesetzt, das Bewusstsein für gesundes Bauen und Renovieren zu schärfen, Unternehmen dafür zu begeistern und das bereits vorhandene Wissen im Hinblick auf Kreislaufwirtschaft, intelligenten Einsatz nachhaltiger Materialien und Energieeffizienz zugänglich zu machen. Healthy Building Network bietet Innovationsgutscheine für verschiedene Dienstleistungen an, die Unternehmen auf dem Weg zu einem gesunden Gebäude helfen. Damit trägt das grenzüberschreitende Netzwerk dazu bei, eine Modellregion zu entwickeln, in der neue Technologien anschaulich und erlebbar werden. Denn gesunde Gebäude sind eine gute Visitenkarte für das Unternehmen. Als Arbeitspaketleiter für das Arbeitspaket „PR und Kommunikation“ nimmt die WFG eine wichtige Rolle innerhalb des Projekts wahr. Die zu erreichenden Meilensteine wurden bisher immer fristgerecht oder bereits früher erreicht. Gemeinsam mit dem niederländischen Projektpartner Bluehub B.V. wurden seit Projektbeginn im Dezember 2017 folgende Projektaufgaben und –ziele umgesetzt:

- Erweiterung des Netzwerks. Stand zum 31.12.2021: 328 Deutsche (+ 10,5 %), 186 Niederländer (- 1,7 %). Zuwächse je im Vergleich zum Vorjahr.
- Pflege und weiterer Aufbau von Social Media: LinkedIn: 658 Follower (+ 48 %), Facebook: 196 Follower (+ 51 %). Zuwächse je im Vergleich zum Vorjahr.
- Organisation durch die WFG von einem Best-Practice-Besuch im neuen Kreisarchiv Viersen mit 100 Teilnehmern.
- Organisation eines Webinars zum Thema „Innovationsvoucher“ mit mehr als 60 Teilnehmern.
- Pflege von Website, Community & HBN E-Mail-Adresse.
- Allgemeine Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit.
- Erarbeitung von Kommunikationsinhalten.
- Erstellung und Modifizierung von Kommunikationsmitteln.
- Einladungsmanagement Veranstaltungen (Vorbereitung, Design, Versand und Followup, Auswertung und Evaluation).
- Unternehmensansprache von Bauunternehmen im Kreis Viersen (online & telefonisch).
- Koordination mit übrigen Arbeitspaketen.
- Implementierung von DSGVO-Maßnahmen auf der Webseite von HBN.
- Mitwirkung in projektspezifischen Gremien.

Das Projekt begann am 01.12.2017 und hatte zunächst eine Laufzeit bis zum 30.11.2021. Das Projektvolumen beträgt insgesamt 2.595.078 €, wovon 345.668 € auf die WFG entfallen. Kofinanziert wird das Projekt mit 72,11 % Mitteln aus dem Fonds der Europäischen Union, der Provinz Limburg sowie dem Land NRW. Die Eigenmittel der WFG belaufen sich auf 86.417 € für die gesamte Projektlaufzeit. Insgesamt werden dadurch 1,25 Vollzeitstellen finanziert. Aufgrund der Corona-Pandemie und der eingeschränkten Möglichkeiten, Unternehmen vor Ort zu besuchen oder physische Veranstaltungen durchzuführen, wurde eine kostenneutrale Projektverlängerung bis zum 30.06.2022 beschlossen.

4.2. Kompetenzzentrum Frau und Beruf Mittlerer Niederrhein

In 2019 wurde die zweite Förderphase (2015-2018) finanziell abgeschlossen. Der dazugehörige Festsetzungsbescheid ist am 28.01.2022 bei uns eingegangen. Damit ist die zweite Förderphase nun final abgeschlossen.

Ab 01.09.2018 begann für das „Kompetenzzentrum Frau & Beruf Mittlerer Niederrhein“ nahtlos die dritte Förderphase (Projektlaufzeit: 01.09.2018 - 30.04.2022). Es wird vom MHKBG NRW und dem europäischen Strukturfonds (90% Förderung, 10% Eigenanteil) mit einem Gesamtvolumen von 1.007.286 € gefördert. Seit April 2019 liegt auch die Projektleitung beim Projektträger (WFG Kreis Viersen).

Die in den Vorjahren begonnene Arbeit wurde fortgeführt. Jedoch musste die inhaltliche Ausführung einzelner Maßnahmen, entgegen der ursprünglichen Planung, flexibel an die Bedingungen der Corona-Pandemie angepasst werden. Das „Kompetenzzentrum Frau & Beruf Mittlerer Niederrhein“ unterstützt weiterhin Akteure und Institutionen in der Region Kreis Viersen, Mönchengladbach, Krefeld und Rhein-Kreis Neuss bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Gleichstellung von Frauen und ihrer Beteiligung am Erwerbsleben. Zusätzlich bietet es den regionalen Unternehmen kostenlose Angebote an. Diese beinhalten Beratungsgespräche, Informationsmaterialien, Veranstaltungen und Workshops. Dabei fokussiert sich die Arbeit auf die für die Region definierten Schwerpunkte und es wurden folgende Arbeitspakete in 2021 er- bzw. bearbeitet:

1. Innovative Rekrutierungs- und Bindungsstrategien in der Gesundheits- und Touristikbranche

- 4 Onlineveranstaltungen mit insgesamt 154 Teilnehmenden, davon 81 KMU
→ größter Erfolg beim Thema „Social Media Rekrutierungsstrategien“.
- 1 Jobspeeddating (in Präsenz) in Kooperation mit dem Jobcenter Kreis Viersen.

2. Vereinbarkeit von Familie/Pflege und Beruf

- Konzipierung, Durchführung und mediale Begleitung der „1. digitalen Fachkräftewoche“ in Kooperation mit drei weiteren Kompetenzzentren der angrenzenden Regionen.
→ 10 Onlineveranstaltungen in 4 Tagen mit insgesamt über 500 Anmeldungen
→ durchweg positive Resonanz

- 19 Unternehmensberatungen → Schwerpunkt der Anfragen von Unternehmen: verlagert sich auf Grund der Pandemie auf Themen wie Flexibilisierung der Arbeitszeit, Umsetzung Home-office-Angebot, Fachkräftemangel → 18 Unternehmen werden aktuell bei Umsetzungsmaßnahmen begleitet.
- Thema ‚Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung‘: 1 Onlineveranstaltung zu entsprechenden Fördermitteln + Erstellung und Publikation einer Broschüre.
- Kontakthalten im Unternehmensnetzwerk „Lebensphasenorientierte Personalpolitik MG“.

3. Berufliche Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten von Frauen

- Weiterführung und Weiterentwicklung des Mentoring-Programms
 - zweiter Durchgang mit 12 Tandems erfolgreich beendet.
 - durchweg positive Resonanz: dritter Durchgang mit 6 Tandems gestartet, jedoch mit verkürzter Durchlaufzeit (Grund: Projektende).
 - Erstellung von Videos der Teilnehmenden zur medialen Begleitung.

Durch die Umstellung auf Online-Formate wurden im Vergleich zu 2020 wieder deutlich mehr Unternehmen erreicht, jedoch nur wenige pandemiebedingt persönlich. Die qualitative Zusammenarbeit mit bestehenden Unternehmenskontakten konnte fortgeführt werden, was einen deutlich nachhaltigeren Effekt für die Unternehmen und die Region zur Folge hat. Die flexible und zugleich bedarfsorientierte Anpassung mit überwiegend digitaler Umsetzung, konnte mit positiver Resonanz erfolgreich durchgeführt werden. Die personelle Einbindung in den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie der Stadt Mönchengladbach sichert dem Kompetenzzentrum zusätzliches Knowhow. Davon profitiert das Projekt insgesamt und hat sich damit als Bindeglied und Ansprechpartner für Unternehmen etabliert. Ebenso wichtig ist die gute Zusammenarbeit mit der Hochschule Niederrhein, speziell in Bezug auf das erfolgreich initiierte Mentoring-Programm. Da das Kompetenzzentrum inzwischen als kompetente Anlaufstelle zu den gesetzten Schwerpunkten wahrgenommen wird, wird bei der Planung der Aktivitäten verstärkt auf Nachhaltigkeit geachtet, sodass die insbesondere für KMU entwickelten Formate und Programme auch über die Projektlaufzeit Bestand haben und fortgeführt werden können, da es in der neuen EFRE-Förderphase keinen weiteren Projektauftrag für Competentia geben wird. Somit endet das Projekt nach drei Förderphasen am 30.04.2022. Das MHKBG erarbeitet in Zusammenarbeit mit den aktuellen Kompetenzzentren derzeit ein landesweites Folgekonzept, welches frühestens im November 2022 starten wird. Unabhängig davon wird die Kernkompetenz aus Competentia, die Beratung von Unternehmen zu Themen der Fachkräftesicherung, bei der WFG Kreis Viersen als eine der neuen strategischen Säulen gesichert und etabliert.

4.3. SHAREuregio

Im Rahmen der Programmpriorität „Soziokulturelle und territoriale Kohäsion des Programmgebietes“ begann das Projekt SHAREuregio am 01.07.2018, die Laufzeit endet am 30.06.2022. Die Projektpartner sind der Kreis Viersen, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis

Viersen mbH, die Stadt Mönchengladbach, die Wirtschaftsförderung Mönchengladbach GmbH, die NEW AG, die FH Aachen, die Gemeinde Roermond, die Greenflux Assets BV sowie die EMTB, Leadpartner ist die Gemeinde Venlo. Das Ziel des Projektes ist die Entwicklung und Erprobung eines flexiblen Sharing-Systems für Elektroautos und Elektrofahrräder im Kreis Viersen und in den Städten Mönchengladbach, Venlo und Roermond. Im Rahmen des Projektes wurden 40 Autos angeschafft, jeweils 20 PKW und Fahrzeuge stehen für den Einsatz auf der deutschen Seite zur Verfügung. Die Fahrzeuge werden bisher durch Verwaltungen und Unternehmen genutzt, vorgesehen ist jedoch auch die künftige Nutzung der Fahrzeuge durch private Nutzer außerhalb von Geschäftszeiten und nach Dienstschluss. Die Entwicklung und Erprobung einer Buchungs- und Abrechnungsplattform sowie die Einrichtung der erforderlichen Ladeinfrastruktur ist Teil dieses grenzüberschreitenden Projektes.

4.4. Cross Border Gamelab

Ziel der GameGarages ist es, Studenten der Fontys mit den Anforderungen an Serious Games vertraut zu machen und dabei die Bedürfnisse von KMU auf deutscher und niederländischer Seite besonders zu berücksichtigen. Aufgrund der Vielzahl an Terminabsagen konnten die geplanten GameGarages im Zuge dieses Projektes nur spontan und anders als geplant durchgeführt werden. Infolgedessen fanden diese virtuell statt, weswegen für Präsenzveranstaltungen eingeplante Mittel nicht vollumfänglich abgerufen werden konnten. Dieses Projekt ist inzwischen beendet und der Schlussverwendungsnachweis erstellt.

4.5. Mind the Digital Gap

Das Projekt dient vorrangig der Erhebung von Unterschieden hinsichtlich der Entwicklung digitaler Kompetenzen in deutschen und niederländischen KMU. Um die unterschiedlichen Auffassungen des Begriffs „Digitalisierung“ sowie die Entwicklung der digitalen Kompetenzen im Grenzgebiet (Kreis Viersen und Regio Venlo) erheben zu können, hat die WFG mithilfe einer Bachelorstudentin der Fontys International Business School Venlo eine Umfrage bei 150 deutschen und niederländischen Firmen durchgeführt. Das Ergebnis dieser Umfrage sowie die Auswertung der Ergebnisse sind Teil der Bachelorarbeit, die von der Studentin im Rahmen ihres fünfmonatigen Praktikums verfasst wurde. Die Projektergebnisse wurden nach Abschluss des Projektes präsentiert. Für die WFG wurde eine so genannte Recommendation abgeleitet, die Handlungsempfehlungen für die KMU im Kreis Viersen, aber auch für die WFG an sich beinhaltet. Dieses Projekt wurde finanziell abgeschlossen und befindet sich zum Zeitpunkt der Berichtserstellung in der Prüfungsphase. Die Ergebnisse dieses Projektes bilden die Grundlage für die Entwicklung des geplanten INTERREG VI A-Projekts „Digital Minds“, welches in 2022 beantragt werden soll.

4.6. Internationalisierung-Scan

Im Zuge dieses Projektes wurde ein Online-Umfragetool entwickelt, mit dessen Hilfe sich deutsche Unternehmen im Arbeitsgebiet der euregio rhein-maas-nord eine Einschätzung ihrer Niederlandetauglichkeit abholen können. Diese Einschätzung wird von der Fontys auf Grund der in der

Umfrage gemachten Angaben erstellt und den Unternehmen zugänglich gemacht. Die Nachberatung und die Empfehlung der konkreten Maßnahmen erfolgte für die teilnehmenden Unternehmen aus dem Kreis Viersen durch die WFG. Das Umfragetool ist auf der Webseite der WFG verlinkt und bleibt auch über die Förderphase des Projektes hinaus aktiv. Dieses Projekt ist inzwischen beendet und abgerechnet.

4.7. Landesgartenschau (LAGA 2026)

Die WFG hat im Jahr 2019 die mit dem Aufsichtsrat abgestimmte Machbarkeitsstudie zur Durchführung einer Landesgartenschau im Kreis Viersen bei der ift Freizeit- und Tourismusberatung GmbH beauftragt. Als Ergebnis einer Vorstudie im Sinne einer Standortanalyse zur Suche und Bewertung Landesgartenschau-geeigneter Standorte in den Städten und Gemeinden, wurde die Gemeinde Grefrath als räumliche Vorzugvariante herausgearbeitet. In 2021 fanden die Expertengespräche im Bereich Kultur, Wirtschaft und Tourismus statt. Die Abgabe der Bewerbung erfolgte im November 2021.

4.8. Innovationspartner Niederrhein

Im Zuge des Projekts Innovationspartner Niederrhein haben wegen der Pandemielage ausschließlich Online-Schulungen teils für Multiplikatoren wie Wirtschaftsförderer aber auch direkt für Unternehmen stattgefunden. Am 2. September 2021 war eine Großveranstaltung für 300 Besucher geplant. Diese wurde pandemiebedingt als hybride Veranstaltung ohne Publikum unter dem Titel „Sustainable Summit“ von der Raketenstation Hombroich (Rhein-Kreis Neuss) live im Internet übertragen. Das Projekt Innovationspartner Niederrhein wird in der bekannten Form keine Fortsetzung finden. Es ist geplant, das Projekt künftig ohne die regionalen Projektkonsortien zentral vom Backoffice bei der NRW Bank aus zu koordinieren. Durch den Wegfall der regionalen Koordinierungsstellen entfallen die dortigen Personalkosten, weswegen die WFG Kreis Viersen als Partner der Innovationspartner Niederrhein künftig auch keinen finanziellen Verpflichtungen nachkommen muss. Die WFG Kreis Viersen hat durch die finanzielle Unterstützung zweier Veranstaltungen (DigiKreis Viersen) inhaltlich sowie finanziell von der Teilnahme am Projekt Innovationspartner Niederrhein profitiert. Künftig wird sich der Mehrwert auf den Know-how-Transfer im Rahmen der angebotenen Schulungen und Veranstaltungen beschränken.

5. Beteiligungen

5.1. Technologie- und Gründerzentrum (TZN)

Die Tätigkeiten des TZN gliedern sich im Wesentlichen in die Bereiche Vermietung von Büro- und Montageflächen und von Tagungs-, Konferenz- und Seminarräumen sowie der Planung und Organisation von verschiedenen Veranstaltungen, z. B. der Vortragsreihe „Forum Mittelstand“. Das TZN ist Kontaktstelle für das BAFA –Beratungsförderprogramm „Förderung unternehmerischen Know-hows“. Insgesamt stehen ca. 5.500 m² vermietbare Fläche zur Verfügung, 62 Unternehmen sind ansässig, die Auslastung lag 2021 bei 96 %. 2021 fanden an 201 Tagen Veranstaltungen mit 3.192 Teilnehmern statt. Von den fünf Veranstaltungen der Vortragsreihe „Forum Mittelstand“ wurden in 2021 aufgrund der Corona-Pandemie zwei Veranstaltungen als Livestream

und drei im hybriden Format durchgeführt. Im Rahmen des BAFA-Beratungsförderprogramm „Förderung unternehmerischen Knowhows“ wurden 15 Beratungen (Vorjahr: 30) durchgeführt.

5.2. Niederrhein Tourismus GmbH

Die Niederrhein Tourismus GmbH war 2021 auf 2 regionalen Veranstaltungen, weil aufgrund der Pandemie alle B2C - und B2B-Messen abgesagt wurden. Mit den Zuschüssen der Gesellschafter (47.000 Euro pro Gesellschafter) konnten folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

• Beteiligung NRW Tourismus	20.000 €
• Blog Niederrhein Fräulein	25.000 €
• Flyer	12.000 €
• Advertorials Print –D/NL/B	60.000 €
• Social media Kampagne	40.000 €
• Öffentlichkeitsarbeit	15.000 €
• Marktforschung	5.000 €
• Relaunch Website	10.000 €
• Newsletter B2C und B2B	3.000 €

Insgesamt wurden mit den Maßnahmen in 2021 folgende Ergebnisse erzielt:

- + 25,8 % bei den Webseitenaufrufen zu 2020
- + 87,7 % bei den Seitenaufrufen des Blogs Niederrhein Fräulein
- + 32 % soziale Medien
- + 170 % Outdoor Active

Dies sind gute Indikatoren, dass die Region auch in den Zeiten der Pandemie für die Bevölkerung von großem Interesse war. Der Kreis Viersen ist mit über 120 Angeboten und Produkten in die Initiativen der Niederrhein Tourismus eingebunden. 2021 schloss der Kreis Viersen mit 226.901 Übernachtungen ab. Dies entspricht +5,4 % zum Vorjahr. Auch dieses Ergebnis zeigt, dass die Region und der Kreis Viersen eine Rolle auf der touristischen Karte spielen. Niederrhein Tourismus hat seit 2014 die Gelder für Marketing aus der Tourismuswirtschaft akquiriert. In der Aufsichtsratssitzung im September 2020 beschlossen die Gesellschafter auf Antrag der Geschäftsführerin von Niederrhein Tourismus jeweils einen Betrag von 47.000 Euro für 2021 zur Verfügung zu stellen, weil eine Akquise bei den Betrieben aufgrund der Pandemie und den Schließungen der Betriebe als aussichtslos erachtet wurde. Das Defizit von über 20.000 Euro, das aufgrund der Pandemie im Verleihsystem NiederrheinRad entstanden ist, konnte in 2021 mit den budgetierten Geldern für nichtstattgefundene nationale und internationale Messen ausgeglichen werden.

5.3. Entwicklungsgesellschaft Energie- und Gewerbepark Elmpt mbH (EGE)

Die WFG gründete gemeinsam mit dem Kreis Viersen und der Gemeinde Niederkrüchten per Gesellschaftsvertrag vom 30.08.2016 die Entwicklungsgesellschaft Energie- und Gewerbepark Elmpt mbH (EGE). Der Gesellschaftsanteil beträgt 20%. Gegenstand der EGE ist die Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes für die Folgenutzung des ehemaligen Militärgeländes in Niederkrüchten- Elmpt. Dazu gehören insbesondere Grunderwerb, Planung, Abstimmung mit Interessenten und Behörden, Abriss, bauliche Herrichtung einschließlich der Erschließung und die Veräußerung. Im Laufe des Berichtsjahres wurde mit der BlmA der Kaufvertrag geschlossen. Die Flächen für die industrielle und gewerbliche Entwicklung wurden direkt an den Investor weiterveräußert. Die EGE hat sich bei diesem Transaktionsvorgang umfassend durch Ernst & Young beraten lassen. Eine Informationsveranstaltung für die Bürger der Gemeinde Niederkrüchten wurde veranstaltet. Nach Ende der militärischen Nutzung steht das Gelände der Javelin Barracks in Niederkrüchten-Elmpt vor einer Umnutzung. Von den rund 860 Hektar Gesamtfläche sind bereits im rechtskräftigen Regionalplan Teilflächen zur Entwicklung als Gewerbe- und Industriegebiet sowie zur Erzeugung regenerativer Energien vorgesehen. Die WFG ist über die EGE GmbH an diesem Vorhaben zur Entwicklung dieser Teilfläche beteiligt und übernimmt administrative Aufgaben gemäß Geschäftsverteilungsplan. Ein Bebauungsplan befindet sich in Absprache mit dem Investor in der Aufstellung. Für eventuelle Ausgleichsmaßnahmen verbleiben ca. 37 Hektar im Eigentum der EGE. Die EGE hat mit der Gemeinde Niederkrüchten einen Infrastrukturvertrag geschlossen. Hierdurch kann die EGE aus dem Käuferlös Rückstellungen bilden, um die Gemeinde bei zukünftigen Maßnahmen zur Erschließung des Projektes zu unterstützen.

II. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Zum Jahresende betrug das Gesamtvermögen der Gesellschaft 40.372 T€; es verringerte sich somit zum Vorjahr um 344 T€. Auf der Aktivseite verringerte sich der Bestand an Grundstücken und Erschließungsanlagen um 22 T€, insbesondere durch Zugänge von Erschließungsanlagen in Schwalmtal und Mackenstein in Höhe von 139 T€, welchen Grundstücksabgänge durch Veräußerungen um 161 T€ gegenüberstehen. Das Anlagevermögen reduzierte sich im Wesentlichen durch Abschreibungen um 121 T€. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben sich insgesamt um 33 T€ erhöht. Reduziert haben sich die Steuerrückforderungen bzw. –überzahlungen um 18 T€, auf der anderen Seite erhöhten sich die sonstigen Forderungen sowie die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stichtagsbedingt um 34 T€. Zudem wurde eine Forderung gegenüber einem Gesellschafter in Höhe von 18 T€ ausgewiesen. Die Finanzanlagen erhöhten sich insgesamt um 194 T€, resultierend aus der Wiederanlage der Ausschüttung aus dem Kreis-Viersen-Fonds in Höhe von 394 T€ und durch die Rückzahlung des Darlehens von der Entwicklungsgesellschaft Elmpt mbH (EGE) von 200 T€. Die Bankguthaben betragen zum Stichtag 4.280 T€ und lagen somit um 429 T€ unter dem Vorjahreswert.

Die Reduzierungen auf der Passivseite ergaben sich im Wesentlichen durch die Veränderungen bei den Verbindlichkeiten. Erhöhungen gab es bei den erhaltenen Anzahlungen aus Grundstücksverkäufen um 339 T€, bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen um 77 T€ stichtagsbedingt. Reduziert haben sich hingegen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten durch die Teilablösung eines Darlehens in Höhe von 600 T€ für die Gewerbemaßnahme Mackenstein-Nord und die sonstigen Verbindlichkeiten, insbesondere durch den Rückgang der zinslosen Darlehen durch die Verrechnung der Erträge von beiden Tonabbauunternehmen. Des Weiteren hat sich der Bilanzgewinn um den Jahresfehlbetrag von 55 T€ reduziert.

Dem Anlagevermögen von 31.902 T€ standen zum Bilanzstichtag Eigenmittel in Höhe von 36.094 T€ gegenüber. Die Eigenkapitalquote betrug 89,4 % (Vorjahr 88,8 %). Die Umsatzerlöse im Berichtsjahr erhöhten sich um 75 T€ auf 713 T€. Dies ist insbesondere auf die Erhöhung der Erlöse aus der Veräußerung von Gewerbe- und sonstigen Grundstücken sowie der Ökopunkte in Höhe von 43 T€ zurückzuführen. Außerdem erhöhten sich die Erlöse aus den Reiseveranstaltungen um 20 T€ sowie aus dem Tonabbau um 8 T€.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 1.386 T€ lagen mit insgesamt 61 T€ unter den Erträgen des Vorjahres (1.447 T€). Die Zuschüsse für das Projekt „Kompetenzzentrum Frau und Beruf“ lagen abrechnungsbedingt insgesamt um 59 T€ niedriger, entsprechend verringerten sich hierzu die Aufwendungen. Hingegen erhöhten sich die Zuschüsse für das Projekt zdi (Zukunft durch Innovation), einer Gemeinschaftsinitiative des Landes NRW, gegenüber dem Vorjahr um 7 T€, und für die in 2021 abgerechneten People to People Interreg V Projekte um 18 T€.

Die Buchwertabgänge der Grundstücke und der Erschließungsanlagen betrugen im Berichtsjahr 161 T€.

Korrespondierend zu den Erlösen erhöhten sich die Aufwendungen für bezogene Leistungen aus Reiseveranstaltungen gegenüber dem Vorjahr auf 116 T€ (99 T€ Vorjahr). Die Personalkosten verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 39 T€, bedingt größtenteils auf Grund der Anpassung bei der Pensionsrückstellung zum Stichtag 31.12.2021.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ergaben sich Erhöhungen bei den Beteiligungen der Gesellschaft um 43 T€ auf 333 T€ (290 T€ Vorjahr) durch den Zuschuss für Marketing bei der Niederrhein Tourismus GmbH, bei den Werbe- und Reisekosten um 17 T€ auf 63 T€ (46 T€ Vorjahr), bedingt durch die Kosten für die Expo Real, die 2020 pandemiebedingt nicht stattfinden konnte. Erhöht haben sich außerdem die Raumkosten um 32 T€ auf 161 T€ (129 T€) wegen Instandhaltungsmaßnahmen im Verwaltungsgebäude und auf dem Campingplatz „Brachter Wald“. Die verschiedenen betrieblichen Kosten beliefen sich auf insgesamt 463 T€ und erhöhten sich um 34 T€ gegenüber dem Vorjahr (429 T€). In den einzelnen Kostenpositionen ergaben sich im Wesentlichen Steigerungen bei den Kosten für die LAGA (+38 T€), den Kosten für den Empfang (+14 T€) sowie bei den Sitzungsentschädigungen (+4 T€), andererseits reduzierten sich die

Projektkosten für die Projekte „Kompetenzzentrum Frau und Beruf“ abrechnungsbedingt (-60 T€) und „Healthy Building Network“ (-8 T€). Für den Kommunikationsprozess zur zukünftigen Ausrichtung der WFG sind Aufwendungen in Höhe von 12 T€ angefallen.

Die Erträge aus Finanzanlagen betragen insgesamt 561 T€ (Vorjahr T€ 554), davon entfallen 395 T€ auf die Ausschüttung aus dem Kreis-Viersen-Fonds und 166 T€ auf die Dividende der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft AG (GWG).

Die Zinsaufwendungen für die beiden Darlehen in Höhe von 1.350 T€ für die Gewerbesteuermaßnahme „Mackenstein-Nord“ belaufen sich auf 13 T€. In dem Jahresfehlbetrag der Gesellschaft in Höhe von 55 T€ (Vorjahr + 95 T€) sind Steuern vom Einkommen und Ertrag in Höhe von 42 T€ (Vorjahr – 61 T€) enthalten. Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr in Höhe von 14.497 T€ wird ein Bilanzgewinn von 14.442 T€ ausgewiesen.

III. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Wertpapiere, Forderungen sowie Guthaben und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolges gegen finanzielle Risiken sämtlicher Art. Bei dem Management der Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik. Zur Absicherung gegen Liquiditätsrisiken wird fortlaufend ein Liquiditätsplan erstellt, welcher jederzeit einen Überblick über die Geldein- und -ausgänge vermittelt. Im kurzfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft über den Zuschuss des Kreises Viersen. Investitionen in Grundstücke und deren Entwicklung erfolgen in der Regel über langfristige Bankdarlehen. Zur Minimierung von Ausfallrisiken verfügt die Gesellschaft über ein adäquates Debitorenmanagement; Forderungsausfälle sind die absolute Ausnahme.

IV. Chancen- und Risikobericht

Trotz abnehmender Flächenverfügbarkeit kann die WFG in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden Grundstücksnachfragen mit differenzierten Angeboten begegnen und wird weiterhin Unternehmen aus dem Kreis und außerhalb des Kreises bei ihren Investitionsplanungen und -tätigkeiten unterstützen.

Durch das ausgelaufene INTERREG V A-Programm „Deutschland-Niederland“ sowie der zu Ende gegangenen EFRE.NRW-Förderphase konnten in diesen Programmen keine neuen Projekte beantragt werden. Mit Blick auf 2022/2023 werden sich hier neue Möglichkeiten ergeben. Die WFG wird beim Programmaufruf voraussichtlich Anträge für zwei neue Projekte einreichen bzw. sich als Projektpartner beteiligen.

Die Vermögensverhältnisse der WFG sowie die Finanzierungszusage des Kreises Viersen und die jährliche Ausschüttung aus dem Kreis-Viersen-Fonds erlauben es der Gesellschaft derzeit, die mittelfristige Finanzierung ihres operativen Geschäftes sowie die dazu notwendige Liquidität sicherzustellen. Der Kreis Viersen beabsichtigt, die von der WFG gehaltenen 6.400 Stückaktien an der GWG AG zu erwerben. Künftig entfällt dann der Zuschuss des Kreises Viersen.

Um den langfristigen Erfolg und die Weiterentwicklung des Unternehmens sicherzustellen, wird sich die WFG auch in Zukunft auf den Prozess zur zukunftsorientierten, strategischen und nachhaltigen Neuausrichtung konzentrieren. Die WFG wird sich dabei zunächst verstärkt auf die Handlungsfelder zu den zukunftsrelevanten Themen Nachhaltigkeit, Digitalisierung, Fachkräfte & Talente, Standortmarketing/Flächenmanagement und Beratung fokussieren. Die gemeinsam mit dem Zukunftsbüro Wien erarbeiteten Ergebnisse zu diesen Zukunftsthemen wird die WFG nach und nach durch entsprechende Maßnahmen, Initiativen und Projekte umsetzen. Dabei versteht sich die WFG als Impulsgeber für den Kreis Viersen, insbesondere zu den Zukunftsthemen in dem Bereich smart und regenerativ.

Mit Beginn der Corona 2020 Pandemie hat sich die WFG zeitnah auf die neuen Umstände vorbereitet. Der hohe Digitalisierungsgrad der WFG ermöglicht eine hohe Flexibilität hinsichtlich der Aktualität von Informationen für die interne und externe Kommunikation, der Nutzung von Online-Formaten im Veranstaltungs- und Seminarbereich. Soweit es die Lockerungen der Corona-Beschränkungen zulassen, plant die WFG ihre Veranstaltungen/Seminare in 2022 wieder in Präsenz durchzuführen. Die Bereiche Fördermittelberatung sowie Existenz- und Gründungsberatung werden weiter stark nachgefragt, die laufenden Projekte werden planmäßig in 2022 abgeschlossen. Negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind mit Stand April 2022 noch nicht zu erkennen.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung	Dr. Thomas Jablonski Andreas Budde, bis 31.12.2021 Thomas Heil, ab 01.01.2022 Christian Pakusch
Aufsichtsrat	Dr. Andreas Coenen (Vorsitzender) Karl-Heinz Wassong (stellvertretender Vorsitzender) Sabine Anemüller Dietmar Brockes Christoph Dellmann Peter Fischer Frank Gellen Andreas Giesbertz Jürgen Heinen Walter Ingmanns Hans Joachim Kremser Christian Küsters Uwe Leuchtenberg Gregor Nachtwey Thomas Overbeck Dr. Birgit Roos Stefan Schumeckers Thomas Zündel Annalena Rösberg, ab 18.03.2021 Ingo Schabrich (Beisitzer)

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 20 Mitgliedern 3 Frauen an (Frauenanteil: 15 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

3.3.1.13 Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper

Deutscher Ring 100
47798 Krefeld
Telefon: 0 21 51 / 8 49-0
Telefax: 0 21 51 / 8 49-4042
Internet: www.cvua-rrw.de

Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist die Durchführung der amtlichen Untersuchungen für den Regierungsbezirk Düsseldorf und den Regierungsbezirk Köln auf dem Gebiet der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes.

Weiterhin werden ausgewählte Lebensmittel aus dem Regierungsbezirk Köln im CVUA-RRW mikrobiologisch untersucht.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zweckes ergibt sich aus dem im Gesellschaftervertrag festgelegten Gegenstand des Unternehmens. Die Gesellschaft hat die öffentliche Zielsetzung eingehalten und erreicht. Weitergehende Ausführungen können dem unten aufgeführten Lagebericht entnommen werden.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Kapitaleinlage	
	in Euro	in Prozent
Land Nordrhein-Westfalen	195.000	50,00
Kreise Viersen, Kleve, Mettmann, Wesel	Je 15.000	Je 3,846
Städte Duisburg, Düsseldorf, Essen, Krefeld, Remscheid Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Solingen, Wuppertal	Je 15.000	Je 3,846
	390.000	100,00

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO		EURO	EURO	EURO
Anlagevermögen	26.573.153	22.085.957	4.487.196	Eigenkapital	8.092.575	6.341.812	1.750.763
Umlaufvermögen	27.072.817	26.574.549	498.267	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	43.928.710	39.846.097	4.082.613
				Verbindlichkeiten	2.147.237	2.223.116	-75.879
Aktive Rechnungsabgrenzung	907.807	174.540	733.267	Passive Rechnungsabgrenzung	385.254	424.022	-38.767
Bilanzsumme	54.553.776	48.835.046	5.718.730	Bilanzsumme	54.553.776	48.835.046	5.718.730

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO
1. Umsatzerlöse	28.388.671,33	27.792.070,59	596.600,74
2. sonstige betriebliche Erträge	21.019,96	27.331,24	-6.311,28
3. Materialaufwand	-8.027.824,17	-8.729.335,63	701.511,46
4. Personalaufwand	-9.306.599,53	-8.929.135,38	-377.464,15
5. Abschreibungen	-1.471.147,80	-1.485.348,68	14.200,88
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.776.679,84	-5.645.921,26	-130.758,58
7. Finanzergebnis	-2.016.677,00	-1.787.772,00	-228.905,00
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	1.810.762,95	1.241.888,88	568.874,07
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	1.810.762,95	1.241.888,88	568.874,07

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%	%
Eigenkapitalquote	14,83	12,99	1,85
Eigenkapitalrentabilität	22,38	19,58	2,79
Anlagendeckungsgrad 2	30,45	28,71	1,74
Verschuldungsgrad	569,36	663,36	-94,00
Umsatzrentabilität	6,38	4,47	1,91

Personalbestand

Während des Geschäftsjahres 2021 waren 273 Personen bei der Gesellschaft beschäftigt.

Geschäftsentwicklung

1. Überblick

1.1 Rechtlicher Rahmen

Basierend auf dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) wurden in ganz NRW integrierte Untersuchungsämter (CVUÄ) gebildet. Mit der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes vom 13.11.2008 hat das damalige Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (MUNLV) zum 01.01.2009 das Chemische und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW), Krefeld, als Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet.

Träger der Anstalt waren im Berichtsjahr neben dem Land Nordrhein-Westfalen die Städte Duisburg, Düsseldorf, Essen, Krefeld, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Remscheid, Solingen, Wuppertal sowie die Kreise Kleve, Mettmann, Viersen und Wesel. Jede dieser Trägerkommunen hat im Verwaltungsrat, dem höchsten Organ der Anstalt, einen Sitz und ist mit einer Stimme vertreten; das Land NRW hat zwei Sitze und ist mit der gleichen Anzahl aus der Summe der kommunalen Stimmen, also mit dreizehn Stimmen, vertreten.

1.2 Organisation

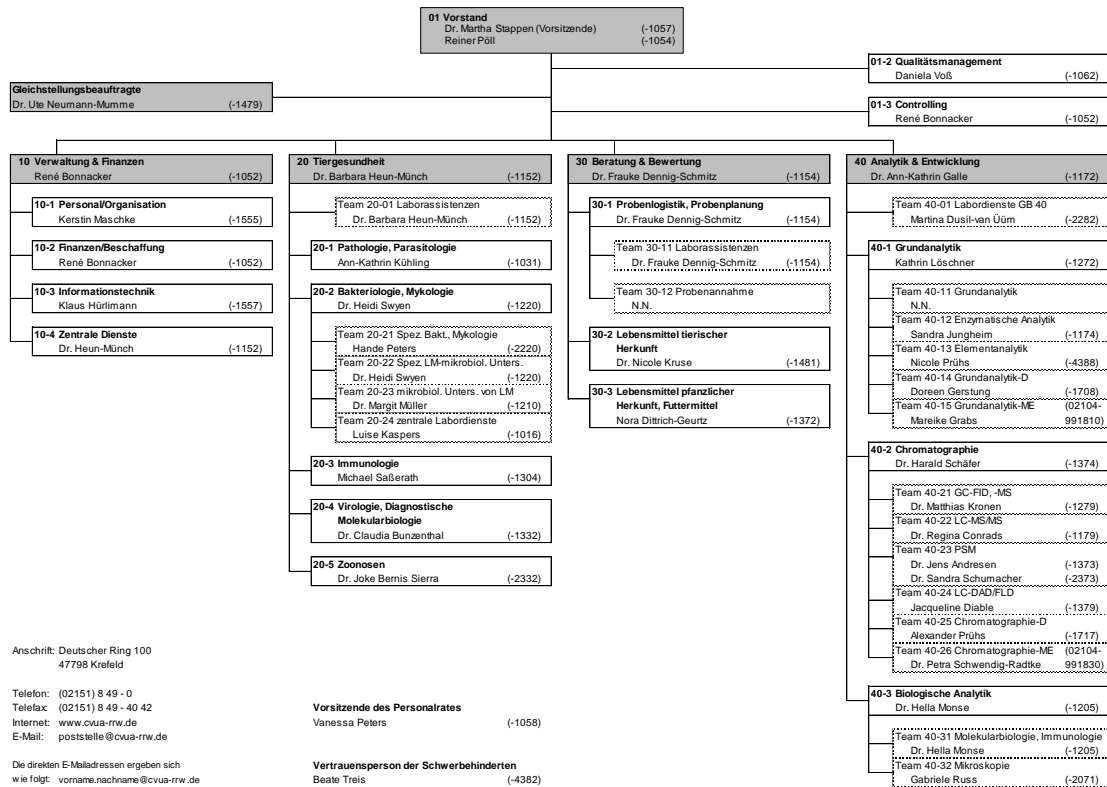
Nach § 6 IUAG NRW sind der Verwaltungsrat und der Vorstand Organe der Untersuchungsanstalt. Der Vorstand leitet das Untersuchungsamt gemäß § 11 IUAG NRW in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt das CVUA-RRW gerichtlich und außergerichtlich und stellt somit das geschäftsführende Organ der Organisation dar. Da der Vorstandsvorsitzende, Herr Dr. Horn, mit Ablauf des 31.12.2020 in den Ruhestand und das weitere Vorstandsmitglied, Herr Pöll, zum 16.11.2021 in die passive Phase seiner Altersteilzeit trat, hatte der Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 27.06.2018 beschlossen, den Vorstand befristet bis zum 31.12.2020 um ein weiteres Vorstandsmitglied zu erweitern.

Im Berichtsjahr waren folgende Mitglieder im Vorstand (Ein Wechsel im Vorsitz erfolgte zum 1. Januar 2021):

Vorstandsvorsitzende: Frau Dr. Martha Stappen

Vorstandsmitglied: Herr Reiner Pöll

Das CVUA-RRW gliedert sich in vier Geschäftsbereiche, die jeweils in Fachgebiete unterteilt sind. Die Organisation im Berichtsjahr ist dem folgenden Organigramm zu entnehmen:



1.3 Finanzielle Rahmegrundsätze

Entsprechend den Regelungen des § 12 Abs. 1 IUAG NRW richten sich die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Prüfung des CVUA-RRW nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Die Grundsätze der Finanzierung des CVUA-RRW sind in einer Finanzsatzung fixiert.

1.4 Aufgabenkatalog

Die Aufgaben des CVUA-RRW ergeben sich aus § 4 IUAG NRW. Darüber hinaus wurden dem CVUA-RRW mit der v.g. Errichtungsverordnung weitere Aufgaben übertragen. Mit Änderung der Errichtungsverordnung wurde zum 01.01.2017 die landesweite Schwerpunktbildung für das CVUA-RRW über eine erweiterte Definition der jeweiligen Einzugsbereiche rechtlich neu manifestiert. Dabei wurde in der Anlage 1 „Einzugsbereiche für Untersuchungen in bestimmten Untersuchungsbereichen“ die Kompetenzzentren und in Anlage 2 „Einzugsbereiche für die Durchführung bestimmter Untersuchungen“ die Schwerpunktanalytik landesweit zugewiesen.

Das CVUA-RRW übt diese Tätigkeiten als amtliches Laboratorium gemäß Art. 37 (1) der VO (EU) 2017/625 aus.

In Angelegenheiten bzgl. des Aufgabenbereichs, insbesondere in Fragen der amtlichen Kontrolle, berät die Anstalt die Träger und auch Dritte.

Das CVUA-RRW wirkt mit bei:

- der Koordinierung und Durchführung europa-, bundes-, landesweiter oder regionaler Untersuchungsprogramme,
- Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in der amtlichen Überwachung tätig sind,
- der Kontrolle von Betrieben und
- der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereichs.

Die Untersuchungsanstalt führt im Rahmen ihrer Aufgaben wissenschaftliche Entwicklungsarbeiten und Maßnahmen zur Qualitätssicherung durch. Auch ist das CVUA-RRW verpflichtet, Aufträge eines Trägers oder mehrerer Träger auszuführen, soweit andere Regelungen dem nicht entgegenstehen und die Finanzierung durch den Auftraggeber gesichert ist. Das CVUA-RRW kann Aufträge Dritter ausführen, soweit andere Regelungen dem nicht entgegenstehen. Für die Ausführung von Aufträgen Dritter sind mindestens kostendeckende Gebühren und Entgelte zu erheben.

Die Untersuchungsanstalt führt ihre Aufgaben selbstständig aus. Soweit erforderlich, kann sie sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben geeigneter Dritter oder anderer Untersuchungsanstalten bedienen.

1.5 Tätigkeitsfelder des CVUA-RRW

Dem integrativen Ansatz des IUAG NRW folgend, erstrecken sich die Aktivitäten des CVUA-RRW über den gesamten Bereich des Verbraucherschutzes von der Erzeugung gesunder Futtermittel, der Tierproduktion, der Erzeugung und Gewinnung der Lebensmittel in der Land- und Fleischwirtschaft über die Herstellung und den Vertrieb von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und Kosmetika („from farm to fork“ bzw. „from stable to table“). Darüber hinaus führt das CVUA-RRW Untersuchungen zur Überwachung nach dem Gentechnikgesetz durch. Dementsprechend ist die Untersuchungsanstalt im Wirtschaftsjahr 2021 in fünf Tätigkeitsfeldern aktiv geworden:

Bereich des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches:

1. Lebensmittel,
2. Futtermittel,
3. Fleischhygiene

Bereich der Bekämpfung von Zoonosen und Tierseuchen sowie des Tierschutzes:

4. Tiergesundheit

Bereich Gentechnik:

5. Überwachung nach dem Gentechnikgesetz

1.6 Überblick über die Branche

Im Berichtsjahr 2021 existieren in ganz NRW fünf integrierte Untersuchungsanstalten (CVUA Ostwestfalen-Lippe zum 01.01.2008, CVUA Rhein-Ruhr-Wupper zum 01.01.2009, CVUA Münsterland-Emscher-Lippe zum 01.07.2010, CVUA Rheinland zum 01.01.2011 und CVUA Westfalen zum 01.01.2014), die alle auf der Grundlage des IUAG NRW errichtet wurden.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Geschäftsverlauf

2.1.1 Beitritt weiterer Träger zum 01.01.2021

Bereits in seiner 21. Sitzung am 19. November 2018 hat der Verwaltungsrat des CVUA-RRW einen Eintritt auch der Kreise Kleve, Neuss und Viersen sowie der Stadt Mönchengladbach in die Trägerschaft des CVUA-RRW begrüßt. Im Berichtsjahr haben die Kreistage des Kreises Viersen und des Kreises Kleve beschlossen, zum 01.01.2021 in die Trägerschaft des CVUA-RRW einzutreten, nachdem die öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen mit der Stadt Düsseldorf und dem Kreis Mettmann zum 31. Dezember 2020 ausgelaufen sind. Auf der Basis dieser Beschlüsse hat das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW (MULNV) die Errichtungsverordnung zum 01.01.2021 geändert. Dazu wurde in § 9 die Trägerschaft um die Kreise Viersen und Kleve erweitert und in § 10 Absatz 2 Satz 1 die Zahl der kommunalen Träger angepasst werden. Des Weiteren wurde das Stammkapital von 330 Tsd. € auf 390 Tsd. € erhöht.

2.1.2 SARS-CoV-2 – Lollipopuntersuchungen

Nachdem im Jahr 2020 und in der ersten Hälfte des Jahres 2021 Einzeluntersuchungen auf SARS-CoV-2 im Auftrag für mehrere Städte am CVUA RRW durchgeführt wurden, ist das Verfahren im Herbst 2021 umgestellt worden und es wurden SARS-CoV-2 Pooltestungen für die Kindertagesstätten des Krefelder Stadtgebietes durchgeführt. So konnten in 2021 zusätzliche

knapp 120 Tsd. € vereinnahmt werden (Aufwand 180 Tsd. € und Einnahme 300 Tsd. €). Die Lollipopuntersuchungen wurden bis Ende März 2022 fortgeführt.

2.1.3 Akkreditierung des CVUA-RRW

Nach 12 Jahren ist eine revidierte Version der EN ISO/IEC 17025:2005 erschienen. In der Revision EN ISO/IEC 17025:2018 werden Betrachtungen von Risiken und Chancen neu aufgenommen; stärker betont werden Unparteilichkeit und Vertraulichkeit. Das in 2020 geplante und aufgrund der Corona-Pandemie auf 2021 verschobene Audit konnte einschließlich der Erweiterung zwei neuer Prüfbereiche erfolgreich abgeschlossen werden.

2.1.4 Wechsel des Vorstandsvorsitzes des CVUA-RRW zum 01.01.2021

Nach 38 Jahren Einsatz für das CVUA-RRW und den Verbraucherschutz in NRW ist Herr Dr. Detlef Horn zum 1. Januar 2021 in den Ruhestand getreten. In seiner Sitzung am 23.11.2020 hat der Verwaltungsrat des CVUA-RRW beschlossen, dass Frau Dr. Martha Stappen zum 1. Januar 2021 als neue Vorstandsvorsitzende des CVUA-RRW bestellt wird.

2.1.5 Entgelte der Träger zur Finanzierung der laufenden Betriebskosten des CVUA-RRW

Der Vorstand hat der Arbeitsgruppe (AG) Entgelte in ihrer Sitzung am 06.10.2021 die für das Wirtschaftsjahr 2022 notwendigen Aufwendungen vorgestellt. Die AG Entgelte ist dem Vorschlag des Vorstandes einstimmig gefolgt und schlägt dem Verwaltungsrat vor, die Entgelte in 2022 nicht zu erhöhen. Im Wirtschaftsplan 2022 sind Erträge in Höhe von ca. 29.010 T€ dem kalkulierten Aufwand für den Betrieb der Anstalt in Höhe von ca. 29.122 T€ gegenübergestellt. Der Wirtschaftsplan 2022 ist nach der mittelfristigen Prognose nicht ausgeglichen. Es wird ein Minus von ca. 113 T€ erwartet. Zur Deckung des geplanten Fehlbetrages wird in 2023 den durch die Jahresabschlussrechnung 2022 tatsächlich festgestellten Jahresfehlbetrag durch Entnahme aus den Rücklagen ausgeglichen.

2.1.6 Änderung der Finanzsatzung

Nach § 6 der Finanzsatzung des CVUA-RRW erhebt die Anstalt zur Finanzierung ihrer laufenden Betriebskosten vom Land und den kommunalen Trägern Entgelte, soweit die amtlichen Tätigkeiten noch nicht durch Gebühren und sonstige Erträge gedeckt sind. Über die Höhe der Entgelte erlässt der Verwaltungsrat eine jährliche Entgeltordnung. Die Entgelte sind in vier gleichen Teilen jeweils zum Monatsersten eines jeden Quartals der Anstalt kostenfrei zu überweisen. Durch die quartalweise Zahlung der Trägerentgelte ergeben sich dabei Spitzen jeweils zu Quartalsbeginn, die

nicht durch einen Geldabfluss in entsprechender Höhe kompensiert werden können. Die anfallenden Negativzinsen belasten das CVUA-RRW, deshalb hat der Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 16.06.2021 einstimmig beschlossen, die Zahlung der Trägerentgelte ab dem 01.10.2021 von einer quartalsweisen auf eine monatliche Zahlung umzustellen und die Finanzsatzung unter § 6 Abs. 5 wie folgt zu ändern. Gemäß § 15 Abs. 3 IUAG NRW wurde die aktualisierte Finanzsatzung in der Fassung vom 28. Juli 2021 im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf Nr. 33, Seite 393 bis 394, vom 19. August 2021 veröffentlicht.

2.2 Geschäftsergebnis

Das CVUA-RRW hat das Wirtschaftsjahr 2021 im Rahmen der Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresüberschuss von ca. 1.811 Tsd. € abgeschlossen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Jahresergebnis um rund 569 Tsd. € (Jahresüberschuss 2020: rund 1.242 Tsd. €) verbessert.

2.2.1 Ertragslage

Die Umsatzerlöse des CVUA-RRW beliefen sich auf 28.389 Tsd. € und setzten sich wie folgt zusammen:

Bezeichnung	IST 2021	IST 2020	Differenz
Umsatzerlöse	28.388.671,33 €	27.792.070,59 €	596.600,74 €
Gebühren	1.726.857,85 €	2.226.568,87 €	-499.711,02 €
Entgelte	26.629.878,09 €	25.447.295,84 €	1.182.582,25 €
sonstige Umsatzerlöse	31.935,39 €	118.205,88 €	-86.270,49 €

Die Umsatzerlöse im Berichtsjahr sind im Vergleich zum Vorjahr um 597 T€ gestiegen. Dies ist auf die in 2020 beschlossene Entgeltsteigerung i.H.v. 2,5% zurückzuführen. Der Rückgang bei den Gebühreneinnahmen um knapp 500 T€ resultiert hauptsächlich auf den Rückgang der Untersuchungen für den Nachweis auf den Covid19-Erreger. Die unter den sonstigen Umsatzerlösen enthaltenen Beträge i.H.v. rund 32 Tsd. € sind hauptsächlich Zuschüsse des Landes für die Finanzierung von Untersuchungsprojekten.

Die Entgelte gliedern sich wie folgt:

Bezeichnung	IST 2021	IST 2020	Differenz
Entgelte	26.629.878,09 €	25.447.295,84 €	1.182.582,25 €
Landesentgelt	11.975.014,00 €	11.682.941,00 €	292.073,00 €
kommunales Entgelt	14.632.957,00 €	13.731.809,69 €	901.147,31 €
sonstiges Entgelt	21.907,09 €	32.545,15 €	-10.638,06 €

Die Umlagenquote (Verhältnis der Entgelte der Träger zu den Umsatzerlösen) betrug 93,73 %.

Neben diesen Erträgen sind im Wirtschaftsjahr 2021 sonstige Erträge in Höhe von rund 21 Tsd. € verbucht worden.

2.2.2 Aufwendungen

Die betrieblich bedingten Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind im Vergleich zum Vorjahr um rund 119 Tsd. € auf rund 2,188 Mio. € gestiegen. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten hauptsächlich Personalkosten für das gestellte Personal. Der Anteil für das gestellte Personal und die Löhne und Gehälter des eigenen Personals sind im Vergleich zum Vorjahr um rund 613 Tsd. € auf rund 12,763 Mio. € gesunken. Dies ist hauptsächlich dadurch begründet, dass nicht alle freigewordenen Stelle zeitnah wiederbesetzt werden konnten. Die Aufwendungen für soziale Abgaben und für die Altersversorgung betragen in 2021 2,321 Mio. € im Vergleich zu 2,007 Mio. € im Vorjahr. Der Anstieg ist hauptsächlich durch die Verschiebung vom gestellten Personal hin zum eigenen Personal begründet.

Die Kosten für den Probentransport beliefen sich auf rund 41 Tsd. € (Vorjahr: 53 Tsd. €).

Der saldierte Zinseffekt für die Rückstellungen bei Pensionen und Beihilfen entsprach einem Aufwand i.H.v. 2,0 Mio. € (1,8 Mio. € im Vorjahr).

Die im Wirtschaftsjahr ermittelten Abschreibungen in der Höhe von ca. 1.471 Tsd. € liegen um rund 14 Tsd. € unter den Abschreibungen des Vorjahres.

2.3. Vermögens- / Finanzlage

Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahr von 48.835 Tsd. € auf 54.554 Tsd. € gestiegen. Dies ist hauptsächlich durch die Zuführungen zu den Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen auch in Kombination mit der anhaltenden Niedrigzinsphase begründet.

Die Liquidität war während des gesamten Berichtsjahres und ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt gesichert; das CVUA-RRW kam im abgeschlossenen Geschäftsjahr jederzeit ihren Zahlungsverpflichtungen nach.

Die Finanzlage stellt sich wie folgt dar:

	2021	2020
	T€	T€
1. Jahresergebnis	1.810	1.242
2. + Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.471	1.485
3. +/- Zunahme/Abnahme (-) der Rückstellungen	2.067	4.066
4. +/- Sonstige zahlungsunwirksamen Aufwendungen/Erträge	0	0
5. -/+ Gewinn(-)/Verlust(+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (saldiert)	82	83
6. +/- Zinsaufwendungen (+)/ Zinserträge (-)	2.016	1.788
-/+ Zunahme(-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-2.130	-1.483
7. Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind		
+/- Zunahme(+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-115	511
8. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind		
9. Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit	<u>5.201</u>	<u>7.692</u>
9. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0	0
10. - Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-1.278	-1.721
11. - Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-244	-197
12. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0
13. - Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-4.517	-7.152
14. + Erhaltene Zinsen	0	0
15. Cashflow aus Investitionstätigkeit	<u>-6.039</u>	<u>-9.070</u>
16. + Einzahlungen der Träger	60	60
17. - Auszahlungen an die Träger	-120	0
18. + Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzkrediten	0	0
19. - Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzkrediten	0	0
20. - Gezahlte Zinsen	0	0
21. Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	<u>-60</u>	<u>60</u>
22. Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-898	-1.318
23. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	7.787	9.105
24. Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u>6.889</u>	<u>7.787</u>
Zusammensetzung des Finanzmittelbestands		
Liquide Mittel	6.889	7.787
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u>6.889</u>	<u>7.787</u>

2.4 Finanzielle Leistungsindikatoren

2.4.1 Kennzahlen zur Erfolgslage

A. Kennzahlen zur Erfolgslage

	IST 2021	Plan 2021	IST 2020
<u>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</u>	1.810.762,95 €	-499.543,02 €	1.241.888,88 €
Umsatzerlöse	28.388.671,33 €	27.686.226,95 €	27.792.070,59 €
Umsatzrendite in %	6,38%	-1,80%	4,47%

Die Umsatzrendite stellt den auf den Umsatz bezogenen Gewinnanteil dar. Diese Kennzahl lässt also erkennen, wieviel das Unternehmen in Bezug auf 1 € Umsatz verdient hat.

Das CVUA-RRW ist eine integrierte Untersuchungseinrichtung im Bereich des Verbraucherschutzes und finanzierte sich im Berichtsjahr zu knapp 94 % aus Trägerentgelten. Da der Betriebszweck der Anstalt nicht auf Ertragssteigerung ausgerichtet ist und die Finanzierung hauptsächlich aus Trägerentgelten besteht, ist eine Umsatzrendite von 0 % erstrebenswert. Denn Ziel ist es, die durch die Träger der Anstalt zu tragenden Kosten im ausgewogenen Verhältnis zu halten, ohne den gesetzlichen definierten Auftrag der Anstalt zu gefährden.

Das Jahresergebnis wurde wie 2020 immer noch durch die Corona-Pandemie entscheidend geprägt. Es wurde in Summe um ca. 2,3 Mio. € im Vergleich zum Plan 2021 (prognostizierter Fehlbetrag von knapp 500 Tsd. €) verbessert. Aufgrund zusätzlicher Untersuchungen zum Nachweises auf das Corona-Virus konnten zum einen weiterhin zusätzliche Gebühreneinnahmen generiert werden, zum anderen sind in 2021 wegen der weiterzuentwickelnden Schwerpunktbildung immer noch nicht alle offenen Nachbesetzungen von Mitarbeitendenstellen erfolgt.

2.4.2 Kennzahlen zur Vermögenslage

	IST 2021	Plan 2021	IST 2020
<u>Eigenkapital</u>	8.092.574,67 €	4.165.450,39 €	6.341.811,72 €
Bilanzsumme	54.553.775,96 €	50.750.743,38 €	48.835.045,98 €
Eigenkapitalquote in %	14,83%	8,21%	12,99%

Die Eigenkapitalquote zeigt, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital ist. Je höher die Eigenkapitalquote, umso höher ist die finanzielle Stabilität der Anstalt. Die Steigung der Eigenkapitalquote in 2021 im Vergleich zum Vorjahr ist auf das positive Jahresergebnis und die Erhöhung des Stammkapitals um 60 Tsd. € zurückzuführen.

Das im Gegensatz zum Plan 2021 verbesserte Jahresergebnis führte zu einem Anstieg der Eigenkapitalquote.

	IST 2021	Plan 2021	IST 2020
<u>Rückstellungen</u>	43.928.710,00 €	44.817.293,00 €	39.846.097,00 €
Bilanzsumme	54.553.775,96 €	50.750.743,38 €	48.835.045,98 €
Rückstellungsquote in %	80,52%	88,31%	81,59%

Die Kennzahl Rückstellungsquote stellt den prozentualen Anteil der Rückstellungen am Gesamtkapital dar. Rückstellungen sind Verbindlichkeiten, die hinsichtlich ihrer Höhe oder ihres Auftre-

tens ungewiss sind, aber mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit wirksam werden. Die Rückstellungen beim CVUA-RRW sind größtenteils Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen. Die hohe Rückstellungsquote verdeutlicht, wie abhängig das Jahresergebnis von den Rückstellungsentwicklungen der Pensions- und Beihilfeverpflichtungen ist.

2.5 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zum 31. Dezember 2021 waren im CVUA-RRW 273 Personen beschäftigt (eigenes und gestelltes Personal), davon 212 weibliche und 61 männliche. Das Durchschnittsalter der Mitarbeitenden im CVUA-RRW beträgt 48,40 Jahre (2020: 48,48 Jahre) und schlüsselt sich wie folgt auf:

Alter	20-29	30-39	40-49	50-60	>60
Anzahl	13	58	54	112	36

Das CVUA-RRW beteiligt sich seit 2014 am „KlimaKonzept.NRW“ der EnergieAgentur.NRW. Im Berichtszeitraum wurde die CO₂-Bilanz der Jahre 2016-2020 erstellt. Durchschnittlich konnte das CVUA-RRW jährlich die CO₂-Emissionen in den o.g. Jahren um jeweils 11,0% reduzieren.

3. Prognosebericht

3.1 Branchenbericht

3.1.1 Bovine Herpesvirus-Infektion

Die Bovine Herpesvirus-Infektion des Typs 1 (BHV-1) ist eine gelistete Tierseuche, die seit 1997 in Deutschland bekämpft wird. Neben der vorbeugenden Impfung besteht vorrangig die Bekämpfungsmaßnahme darin, infizierte Tiere zu erkennen und aus dem Bestand zu entfernen. Mit Durchführungsbeschluss 2017/888 der Kommission vom 22. Mai 2017 wurde den Regierungsbezirken Düsseldorf und Köln als letzte Regionen und somit Gesamtdeutschland der BHV1-Freiheitsstatus anerkannt. Seit Februar 2021 wurden in mehreren Rinderbetrieben des Einzugsgebietes des CVUA-RRW BHV-1 Infektionen nachgewiesen. Dies führte im Verlauf beim CVUA-RRW zu 2.500 zusätzlichen Untersuchungen in Blut-Milch- und Fleischsaftproben. Bisher gefährden die erneuten Ausbrüche nicht den Status „BHV-1-Freiheit“. Mit Inkrafttreten des Animal Health Law (AHL) der Europäischen Union ist das BHV-1 in die Kategorie C eingeteilt worden. Das bedeutet, dass einzelne Länder (weiter) Tilgungsprogramme auflegen können, um diese Viruserkrankung

zu eliminieren. In Nordrhein-Westfalen werden die derzeit bestehenden gebührenpflichtigen Kontrollen der Rinderbetriebe mindestens bis zum Jahr 2023 weitergeführt.

3.2 Unternehmensspezifische Entwicklungen

3.2.1 Beitritt weiterer Träger zum 01.01.2022

Bereits in seiner 21. Sitzung am 19. November 2018 hat der Verwaltungsrat des CVUA-RRW einen Eintritt auch der Kreise Kleve, Neuss und Viersen sowie der Stadt Mönchengladbach in die Trägerschaft des CVUA-RRW begrüßt. Zum 01.01.2022 sind der Kreis Rhein-Kreis Neuss und die Stadt Mönchengladbach in die Trägerschaft des CVUA-RRW eingetreten, nachdem die öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen mit der Stadt Düsseldorf und dem Kreis Mettmann zum 31. Dezember 2021 ausgelaufen sind. In der Ausgabe 2021 Nr. 84 des Gesetz- und Verordnungsblattes (GV. NRW.) vom 14.12.2021 Seite 1345 bis 1408 ist die Neunte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes vom 23. November 2021 veröffentlicht worden. In § 9 der o.g. Verordnung wurde die Trägerschaft um den Kreis Rhein-Kreis Neuss und der Stadt Mönchengladbach erweitert und in § 10 Absatz 2 Satz 1 die Zahl der kommunalen Träger angepasst. Des Weiteren wurde in § 12 das Stammkapital von 390 Tsd. € auf 450 Tsd. € erhöht.

3.2.2 Entwicklung der finanziellen Leistungsindikatoren

	Plan 2022	IST 2021	Plan 2021
<u>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</u>	-113.486,21 €	1.810.762,95 €	-499.543,02 €
Umsatzerlöse	27.785.051,22 €	28.388.671,33 €	27.686.226,95 €
Umsatzrendite in %	-0,41%	6,38%	-1,80%
	Plan 2022	IST 2021	Plan 2021
<u>Eigenkapital</u>	6.953.474,71 €	8.092.574,67 €	4.165.450,39 €
Bilanzsumme	56.023.468,71 €	54.553.775,96 €	50.750.743,38 €
Eigenkapitalquote in %	12,41%	14,83%	8,21%
	Plan 2022	IST 2021	Plan 2021
<u>Rückstellungen</u>	46.601.994,00 €	43.928.710,00 €	44.817.293,00 €
Bilanzsumme	56.023.468,71 €	54.553.775,96 €	50.750.743,38 €
Rückstellungsquote in %	83,18%	80,52%	88,31%

Aufgrund des guten Jahresabschlusses 2020 und im Rahmen der Wirtschaftsplanerstellung 2022 ermittelte guten Prognose 2021 wurden mit gleichbleibenden Entgelte für 2022 kalkuliert. Dies bewirkt den geplanten Rückgang der Umsatzrendite als auch den geplanten Rückgang der Eigenkapitalquote, obwohl sich das Eigenkapital aufgrund der zwei neu aufgenommenen Träger um 60 Tsd. € erhöht. Der Anstieg der Rückstellungen um 2,7 Mio. € ist im Wesentlichen auf die geplanten Steigerungen der Pensionsrückstellungen zurückzuführen.

3.2.3 Entwicklung der nichtfinanziellen Leistungsindikatoren

Bei den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren wird ein Ergebnis auf dem Niveau der Vorjahresentwicklung angestrebt.

4. Chancen- / Risikobericht

4.1. Branchenbericht

4.1.1. Schwerpunktbildung NRW

Zum 1. Januar 2022 wurden ca. 10.000 Proben aus dem Einzugsbereich der ehemaligen Untersuchungskoooperation Düsseldorf/Mettmann (Kreise Kleve, Neuss und Viersen sowie Stadt Mönchengladbach) unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Auskömmlichkeit und der weiteren Optimierung und Zentralisierung in die landesweite Schwerpunktbildung integriert. In Vorbereitung darauf und unter Berücksichtigung der Auflösung der Laborräumlichkeiten am Standort Mettmann wurden die Aufgaben im Geschäftsbereich 40 neu organisiert.

4.1.2 Umsatzsteuerverpflichtung der CVUÄ

Am 19. Dezember 2016 hat das CVUA-RRW gegenüber dem Finanzamt erklärt, für sämtliche nach dem 31. Dezember 2016 und vor dem 1. Januar 2021 ausgeführten Leistungen weiterhin § 2 Abs. 3 Umsatzsteuergesetz (UStG) in der am 31.12.2015 geltenden Fassung anzuwenden. Diese Frist wurde zwischenzeitlich bis zum 31.12.2022 verlängert. In einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der CVUÄ in NRW werden weiterhin die generelle Steuerverpflichtung der CVUÄ überprüft.

4.2. Unternehmensspezifische Entwicklungen

4.2.1 Zukunftsfähigkeit der Liegenschaft CVUA-RRW in Krefeld

Im Berichtsjahr wurden dem Verwaltungsrat das Ergebnis der Bedarfsplanung und der Machbarkeitsstudie nach DIN 18205 durch das beauftragte Ingenieurbüro Carpus+Partner AG vorgestellt. Neben einem Flächenmehrbedarf von ca. 1.550 qm wurde darüber hinaus festgestellt, dass die Kapazitäten auf der Liegenschaft in Krefeld ausgeschöpft sind. Die Gebäudetechnik, insbes. im Bestandgebäude stammt aus den 1960-er Jahren und ist z.T. in einem technisch veralteten Zustand, sodass Ausfälle derzeit an der Tagesordnung sind. Änderung bzw. Sanierungen im Bestandsgebäude führen zum Wegfall des bestehenden Bestandsschutzes. Größere Änderungen bzw. Sanierungen sind im laufenden Betrieb nicht möglich. Der Vorstand wurde vom Verwaltungsrat beauftragt die Umsetzbarkeit der Machbarkeitsstudie in Zusammenarbeit mit dem

BLB zu prüfen und im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung die Auswirkungen auf die Entgelte der Träger darzustellen.

4.2.2 Untersuchungslandschaft im stetigem Wandel

Der arbeitsmarktliche Wandel führt dazu, dass in den Auswahlverfahren insbesondere seit der Corona-Pandemie die Anzahl an Bewerbern in allen Geschäftsbereichen abgenommen hat. Deshalb gewinnt die Förderung und Entwicklung von ausgebildeten Fachleuten im CVUA-RRW immer mehr an Bedeutung. Es gilt die Kompetenzen der Beschäftigten durch anhaltende Lernprozesse auszubauen, insbesondere mit Blick auf den steten technischen Wandel.

4.2.3 Risikomanagement

Im Rahmen der regelmäßigen Managementbewertung seitens des im CVUA-RRW implementierten Qualitätsmanagementsystemes wird eine Identifikation von Risiken inklusive deren Bewertung betrieben.

Organe und deren Zusammensetzung

Vorstand

Dr. Martina Stappen
Reiner Pöll

Verwaltungsrat

Dr. Christiane Krüger (Vorsitzende)
Ralf Berensmeier
Dr. Christiane Krüger
Dr. Sibylle Pawlowski
Helga Stulgies
Matthias Börger
Simone Raskob
Dr. Lutz Rauscher
Sabine Lauxen
Nils Hanheide
Dr. Frank Steinfort
Horst Ohletz
Barbara Reul-Nocke
Jan Welzel
Thomas Heil
Mathias Nocke

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Verwaltungsrat in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 16 Mitgliedern 7 Frauen an (Frauenanteil: 43,75 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent erreicht.

3.3.1.14 Studieninstitut Niederrhein

Königstraße 170
47798 Krefeld
Telefon: 02151 861370
Internet: www.studieninstitut-niederrhein.de

Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist die Aus- und Fortbildung der Beamten und Beschäftigten der ihm beigetretenen Verbandsmitglieder und deren angeschlossene Kommunen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zweckes ergibt sich aus dem im Gesellschaftervertrag festgelegten Gegenstand des Unternehmens. Die Gesellschaft hat die öffentliche Zielsetzung eingehalten und erreicht.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Verbandsmitglieder	Vertreter in der Verbands-	in Prozent
	versammlung	
Kreis Kleve	1	20,00
Kreis Viersen	1	20,00
Kreis Wesel	1	20,00
Stadt Mönchengladbach	1	20,00
Stadt Krefeld	1	20,00
	5	100,00

3.3.2 Mittelbare Beteiligungen des Kreises Viersen zum 31. Dezember 2021

3.3.2.1 Niederrheinische Bioanlagen GmbH

Graftstraße 25
47475 Kamp-Lintfort
Amtsgericht Kleve, HRB-Nr. 14696

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens sind die Planung und Errichtung sowie die Verpachtung von Anlagen zur umweltverträglichen Entsorgung von allen biologisch abbaubaren Abfällen im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) in der jeweils geltenden Fassung, die auf dem Gebiet des Gesellschafters als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger nach den §§ 17, 20 KrWG anfallen sowie die Durchführung aller damit verbundenen Hilfsgeschäfte.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zweckes ergibt sich aus dem im Gesellschaftervertrag festgelegten Gegenstand des Unternehmens. Die Gesellschaft hat die öffentliche Zielsetzung eingehalten und erreicht. Weitergehende Ausführungen können dem unten aufgeführten Lagebericht entnommen werden.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Kapitaleinlage	
	in Euro	in Prozent
Bioabfallverband Niederrhein	25.000	100,00
	25.000	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Für Verwaltungskosten erhielt die Niederrheinische Bioanlagen GmbH (NBG) eine Summe in Höhe von 220 TEUR vom Bioabfallverband Niederrhein (BAVN) erstattet. Zusätzlich erhielt die NBG vom BAVN vertragsgemäße Darlehenstranchen in Höhe von 10.000 TEUR ausgezahlt.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2022 zu 2020
	EURO	EURO	EURO		EURO	EURO	EURO
Anlagevermögen	4.816.072	2.195.918	2.620.154	Eigenkapital	29.366	29.063	302
Umlaufvermögen	7.155.934	485.230	6.670.704	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	31.659	77.623	-45.964
				Verbindlichkeiten	11.911.167	2.574.461	9.336.706
Aktive Rechnungsabgrenzung	187	0	187	Passive Rechnungsabgrenzung	0	0	0
Bilanzsumme	11.972.192	2.681.148	9.291.045	Bilanzsumme	11.972.192	2.681.148	9.291.045

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO
1. Umsatzerlöse	184.838,32	89.078,53	95.759,79
2. sonstige betriebliche Erträge	5.297,55	1.100,37	4.197,18
3. Materialaufwand	-104,11	0,00	-104,11
4. Personalaufwand	-50.431,11	-25,41	-50.405,70
5. Abschreibungen	-2.233,29	0,00	-2.233,29
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-111.728,64	-89.271,52	-22.457,12
7. Finanzergebnis	0,00	0,00	0,00
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	25.638,72	881,97	24.756,75
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	302,49	514,82	-212,33

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%	%
Eigenkapitalquote	0,25	1,08	-0,84
Eigenkapitalrentabilität	1,03	1,77	-0,74
Anlagendeckungsgrad 2	0,61	1,32	-0,71
Verschuldungsgrad	40.669,06	9.125,17	31.543,88
Umsatzrentabilität	0,16	0,58	-0,41

Personalbestand

Im Geschäftsjahr 2021 wurde ein Mitarbeiter (Vorjahr 1) beschäftigt.

Geschäftsentwicklung

I Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell der Gesellschaft

Die Niederrheinische Bioanlagen Gesellschaft mbH (NBG) ist am 05. April 2017 als hundertprozentige Tochtergesellschaft des Zweckverbandes „Bioabfallverband Niederrhein (BAVN)“ gegründet worden. Mitglieder des Zweckverbandes sind der Kreis Wesel und der Kreis Viersen.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt € 25.000 und ist vollständig eingezahlt. Der Sitz der Gesellschaft ist Kamp-Lintfort.

Gegenstand der Gesellschaft ist die Planung, Finanzierung und Errichtung sowie die Verpachtung von Anlagen zur umweltverträglichen Entsorgung von biologisch abbaubaren Abfällen, die auf dem Gebiet des BAVN als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger nach den §§ 17 und 20 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) anfallen sowie die Durchführung aller damit verbundenen Hilfsgeschäfte.

Die Gesellschaft hat von der Kreis Weseler Abfallgesellschaft mbH & Co. KG (KWA) im Wege der Erbpacht ein Grundstück übernommen, das ihr langfristig für die Errichtung und den Betrieb einer Bioabfallbehandlungsanlage mit Teilstromvergärung zur Verfügung steht. Etwaige auf dem Grundstück errichtete Anlagen sind mit dem Auslaufen des Erbbaurechtsvertrages und vor der anschließenden Rückgabe zurückzubauen.

Zur Erfüllung der mit dem Geschäftsbetrieb verbundenen Verwaltungsaufgaben besteht weiterhin ein Geschäftsbesorgungsvertrag mit der KWA. Die Planungsarbeiten für die Anlage sind abgeschlossen. Mit den Ausführungsarbeiten wurde begonnen. So wurde das alte aufstehende Verwaltungsgebäude zurückgebaut, und die notwendigen vorbereitenden Erdarbeiten sind zwischenzeitlich weit vorangeschritten. Betreut wird das Vorhaben in technischer Hinsicht von einem Projektteam bestehend aus Fachleuten der Kreise Wesel und Viersen, der Kreis Weseler Abfallgesellschaft mbH & Co. KG und der Ingenieurgesellschaft pbo aus Aachen. Ein ständig vor Ort tätiger technischer Mitarbeiter für die Bauherrenvertretung

wurde eingestellt, so dass der tatsächliche Baufortschritt fortlaufend überwacht wird. Weitere Unterstützung wird bedarfsgerecht hinzugezogen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Bioabfallverband Niederrhein, dessen Verbandsgebiet die Kreise Wesel und Viersen umfasst, ist seit dem 01.01.2021 für die Entsorgung von Bioabfällen (braune Tonne) originär zuständig. Mit der Erfüllung dieser Aufgabe hat der Verband die Kreis Weseler Abfallgesellschaft Regio mbH (KWA Regio) beauftragt, die diese Aufgabe derzeit noch zu einem Teil mit eigenen Anlagen und zum anderen Teil durch Fremdvergabe erfüllt. Nach der Fertigstellung der Bioabfallbehandlungsanlage durch die Gesellschaft wird die KWA Regio die neu zu errichtende Anlage von der Gesellschaft vollkostendeckend pachten und mit der Anlage die Gesamtmenge an Bioabfällen (rd. 67.500 t/a) aufbereiten.

2. Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2021 wurde nach Erteilung des Genehmigungsbescheids zur Errichtung und zum Betrieb einer Bioabfallbehandlungsanlage mit Vergärungsstufe mit der Ausführung der im Jahr 2020 im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergebenen Aufträge begonnen. So wurde das auf dem Grundstück aufstehende Verwaltungsgebäude zurückgebaut und mit den notwendigen Erdbauarbeiten begonnen. Das Gesamtprojekt weist ein Investitionsvolumen in Höhe von rd. 40 Mio. € aus. Die Finanzierung erfolgt über Gesellschafterdarlehen. Alle notwendigen Finanzierungsentscheidungen und -zusagen liegen vor. Die Mittel werden der Gesellschaft zweckgebunden zur Verfügung gestellt.

3. Lage

a. Ertragslage

Die Gesellschaft erzielte ihre Umsätze im Geschäftsjahr ausschließlich aus der Weiterbelastung der Kosten an den BAVN auf der Grundlage der mit dem BAVN getroffenen vertraglichen Vereinbarung.

Die Umsätze beliefen sich für das Geschäftsjahr auf insgesamt € 184.838,32 (Vorjahr: € 89.078,53).

Die an den BAVN weiterbelasteten Kosten hielten sich in Summe im Plan. Die in 2021 auf der Vorkalkulation basierenden Abschlagszahlungen von insgesamt € 204.000,00 mussten

nur leicht berichtigt werden und werden i. H. von gesamt € 19.161,68 an den BAVN zurückgezahlt werden.

Die wesentlichen Aufwandspositionen waren die Personalaufwendungen i.H.v. € 50.431,11€ (Vorjahr € 25,41) sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von € 111.728,64 (Vorjahr: € 89.271,52) und die sonstigen Steuern (Grundsteuer; € 23.808,64). Von den sonstigen betrieblichen Aufwendungen entfallen € 65.454,02 auf die Erbpacht für das von der KWA übernommene Grundstück, auf dem die Bioabfallbehandlungsanlage errichtet werden soll. Die Gesellschaft hat zur Mitte des Jahres 2021 einen eigenen technischen Mitarbeiter als örtlichen Bauherrenvertreter eingestellt. Der Jahresüberschuss der Gesellschaft beträgt nach Rückerstattung von Überzahlungen an den BAVN € 302,49 € (Vorjahr: € 514,82).

b. Finanzlage

Der Finanzmittelfonds, bestehend aus Guthaben bei Kreditinstituten, hat sich gegenüber dem Vorjahr von € 301.931,93 um € 6.538.883,92 auf € 6.840.815,85 erhöht.

Jahresüberschuss	302,49 €
Abschreibungen	2.233,29 €
Abnahme Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.360,66 €
Zunahme sonstige Vermögensgegenstände	-138.180,58 €
Zunahme aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	-186,80 €
Abnahme Rückstellungen	-45.964,16 €
Abnahme Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-746.417,48 €
Abnahme Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter	-8.991,60 €
Zunahme sonstige Verbindlichkeiten	1.416,62 €
Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	<u>-929.427,56 €</u>
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-2.622.387,23 €
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	10.090.698,71 €
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	<u>6.538.883,92 €</u>
Finanzmittelfonds zum 01.01.2021	301.931,93 €
Finanzmittelfonds zum 31.12.2021	<u>6.840.815,85 €</u>

Die Planungs- und Errichtungskosten i.H.v. rd. 40 Mio. € für den Bau der Bioabfallbehandlungsanlage werden über in Teilbeträgen abrufbare endfällige und zweckgebundene Darlehen des Gesellschafters BAVN i.H.v. bis zu 35 Mio. € finanziert. Darüber hinaus wurden der Gesellschaft Fördermittel als Zuschuss i.H.v. rd. 5,9 Mio. € gewährt.

Zum Bilanzstichtag sind Anschaffungskosten in Höhe von € 4.743.662,53 (Vorjahr: € 2.195.917,83) bilanziert. Diese wurden nahezu vollständig aus den gewährten Darlehen finanziert. Ein unbedeutender Betrag wurde über die Fördermittel finanziert.

Die laufenden Kosten des Geschäftsbetriebs wurden dem BAVN berechnet, der gegenüber der Gesellschaft vertraglich verpflichtet ist, diese auf Nachweis zu erstatten.

Eine ausreichende Liquidität war stets gegeben, um die Außenverpflichtungen zu decken.

c. Vermögenslage

Die NBG verfügt über ein Eigenkapital in Höhe von € 29.365,88 (Vorjahr: € 29.063,39).

Das Anlagevermögen im Bau in Höhe von € 4.743.662,53 (Vorjahr: € 2.195.917,83) ist über Darlehen der BAVN - Gesellschafter finanziert.

Zum Bilanzstichtag betrug das Umlaufvermögen der Gesellschaft € 7.155.933,56 (Vorjahr: € 485.229,72), davon entfielen auf Guthaben bei Kreditinstituten € 6.840.815,85 (Vorjahr: € 301.931,93).

4. Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Wesentliche finanzielle Leistungsindikatoren stellen für die Gesellschaft die Investitionen in das Sachanlagevermögen sowie die Sicherstellung der notwendigen Liquidität über den Gesellschafter dar. Weitere Erläuterungen sowie die Zusammensetzung der finanziellen Leistungsindikatoren sind im Rahmen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage dargestellt. Zur fortlaufenden Überwachung des tatsächlichen Baufortschritts ist ein ständig vor Ort tätiger technischer Mitarbeiter für die Bauherrenvertretung eingestellt worden.

III. Prognosebericht

Für das Wirtschaftsjahr 2022 plant die Gesellschaft mit einem Jahresüberschuss von € 2.279,00.

Darüber hinaus werden Investitionen für die Anlagen im Bau von bis zu € 10.781.000 erwartet.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Der Aufbau eines eigenen Risikomanagements wird mit der Entwicklung des Unternehmens einhergehen. Ein engmaschiges Projektcontrolling wurde implementiert. Die Baukosten – und Liquiditätsentwicklung wird kontinuierlich überwacht. Auch wurde ein ständig vor Ort tätiger technischer Mitarbeiter für die Bauherrenvertretung eingestellt, so dass auch der tatsächliche Baufortschritt fortlaufend überwacht wird. Regelmäßige Projektsitzungen ergänzen das Kontrollsystem. Externe Unterstützung wurde durch die Beauftragung eines externen SiGeKo hinzugezogen. Die Bauleitung und Bauüberwachung obliegt gemäß dem Generalplanervertrag zudem dem Ingenieurbüro pbo aus Aachen.

Der Geschäftsführung steht ein monatliches Berichtswesen u.a. bestehend aus einem Liquiditätsbericht, einer GuV sowie einem Investitions-/ Baukostenkontrolltool zur Verfügung.

Risiken, die den Bestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar. Die Investitionsentscheidung ist endgültig getroffen. Die Finanzierungskosten bewegen sich derzeit im Plan. Nachtragsangebote halten sich aktuell im vertretbaren Rahmen.

Entstehende Kosten werden entweder als Anschaffungskosten aktiviert oder über den Planungs-, Errichtungs- und Finanzierungsvertrag mit dem Gesellschafter abgerechnet.

Risiken ergeben sich hinsichtlich der Baukostenentwicklung und dem Beschaffungswesen aus der allgemeinen Weltwirtschaftslage. Dies kann dazu führen, dass die Baukosten bedingt durch erhöhte Transport- und Materialkosten die Planwerte übersteigen. Derzeit sind dafür noch keine Anzeichen erkennbar.

2. Chancenbericht

Das Vorhaben versetzt den BAVN über seine Gesellschafterstellung in die Lage, die Entwicklung des investitionsabhängigen Behandlungskostenanteils im Rahmen der Möglichkeiten selbst zu steuern.

Darüber hinaus kann er ein angemessenes Gleichgewicht zwischen Klimaschutz und wirtschaftlichem Betrieb der Anlage herbeiführen.

Die Fort- und Weiterentwicklung der Anlage kann von ihm über seine Gesellschafterstellung bei der Gesellschaft unmittelbar beeinflusst werden.

3. Gesamtaussage

Die Geschäftsführung sieht derzeit für die Gesellschaft keine bestandsgefährdenden Risiken. Die zu errichtende Technik ist im Wesentlichen erprobt und weist daher keine besonderen Risiken auf. Mit der geplanten Technik werden die Abfallmengen aufzubereiten sein.

Finanzierungsrisiken sind derzeit nicht erkennbar. Bisher verläuft die Kostenentwicklung entsprechend den Planungen. Liquiditätsengpässe bestehen nicht.

Etwaige marktlagebedingte Kostensteigerungen erscheinen (nach)finanzierbar.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Rainer Rohloff

Martin Overmeyer

3.3.2.2 Kreis Weseler Abfallgesellschaft Regio mbH (KWA Regio)

Kreis Weseler Abfallgesellschaft Regio mbH
Graftstraße 25
47475 Kamp-Lintfort
HRB 16510

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Entsorgungsdienstleistungen für seine Gesellschafter in eigenen und fremden Anlagen. Die Gesellschaft kann derartige Tätigkeiten zur Vermeidung einer Minderauslastung der Anlagen auch für andere Auftraggeber durchführen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zweckes ergibt sich aus dem im Gesellschaftervertrag festgelegten Gegenstand des Unternehmens. Die Gesellschaft hat die öffentliche Zielsetzung eingehalten und erreicht. Weitergehende Ausführungen können dem unten aufgeführten Lagebericht entnommen werden.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Kapitaleinlage	
	in Euro	in Prozent
Bioabfallverband Niederrhein	124.750	49,9
Kreis Wesel	124.750	49,9
Stadt Kamp-Lintfort	500	0,2
	250.000	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Vom Bioabfallverband Niederrhein (BAVN) wurde für die Entsorgung der Bioabfälle aus dem Kreis Viersen eine Zahlung in Höhe von 7.759 TEUR geleistet.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO		EURO	EURO	EURO
Anlagevermögen	15.174	0	15.174	Eigenkapital	416.359	254.609	161.750
Umlaufvermögen	3.064.044	325.101	2.738.943	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	536.135	55.195	480.940
				Verbindlichkeiten	2.126.724	15.298	2.111.426
Aktive Rechnungsabgrenzung	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzung	0	0	0
Bilanzsumme	3.079.218	325.101	2.754.117	Bilanzsumme	3.079.218	325.101	2.754.117

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO
1. Umsatzerlöse	12.591.900,11	86.314,29	12.505.585,82
2. sonstige betriebliche Erträge	14.596,23	0,00	14.596,23
3. Materialaufwand	-10.525.800,51	0,00	-10.525.800,51
4. Personalaufwand	-188.484,61	-6.497,06	-181.987,55
5. Abschreibungen	-3.282,36	0,00	-3.282,36
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.627.246,19	-65.867,57	-1.561.378,62
7. Finanzergebnis	0,00	0,00	0,00
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	261.682,67	13.949,66	247.733,01
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	161.750,24	4.608,86	157.141,38

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%	%
Eigenkapitalquote	13,52	78,32	-64,80
Eigenkapitalrentabilität	38,85	1,81	37,04
Anlagendeckungsgrad 2	2.743,90	0,00	2.743,90
Verschuldungsgrad	639,56	27,69	611,87
Umsatzrentabilität	1,28	5,34	-4,06

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr:1) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

I. Grundlagen und Geschäftsmodell der Gesellschaft

Die Kreis Weseler Abfallgesellschaft Regio mbH ist am 23.01.2020 durch den Kreis Wesel, den Bioabfallverband Niederrhein (BAVN) und die Stadt Kamp-Lintfort gegründet worden. Mitglieder des Zweckverbandes BAVN sind der Kreis Wesel und der Kreis Viersen.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt € 250.000,00 und ist vollständig eingezahlt. Der Sitz der Gesellschaft ist Kamp-Lintfort.

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Entsorgungsdienstleistungen für seine Gesellschafter in eigenen und fremden Anlagen. Die Gesellschaft kann derartige Tätigkeiten zur Vermeidung einer Minderauslastung der Anlagen auch für andere Auftraggeber durchführen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die der Erreichung und Förderung des Gesellschaftszwecks unmittelbar oder mittelbar dienen. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an Ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Die Gründung der KWA Regio als Betreibergesellschaft von Abfallentsorgungsanlagen ist wesentlicher Bestandteil der Kooperation in der gemeinsamen Bioabfallentsorgung, die mit der Gründung des BAVN durch die Kreise Wesel und Viersen begonnen hat. Im Rahmen der Aufgabenerfüllung hat die KWA Regio die Abfälle zu entsorgen, die einer Überlassungspflicht an die Gesellschafter als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger unterliegen. Darüber hinaus hat die Gesellschaft dafür Sorge zu tragen, die Behandlungsanlagen auszulasten.

Das Unternehmen ist als Spartengesellschaft ausgestaltet. Zunächst hat der Gesellschafter BAVN die KWA Regio mit der Durchführung der Bioabfallentsorgung beauftragt (Verbandssparte) und der Mitgeschafter, der Kreis Wesel, die KWA Regio mit der Entsorgung von Grünabfällen, von Papier/Pappe/Kartonagen (PPK), Alttextilien und Problemabfällen (Kreissparte).

Es ist möglich, der Gesellschaft weitere Aufträge zu erteilen.

Zur Erfüllung der mit dem Geschäftsbetrieb verbundenen Aufgaben bis zur Errichtung der neuen Bioabfallbehandlungsanlage hat die Gesellschaft mit der Kreis Weseler Abfallgesellschaft mbH & Co. KG (KWA), die an ihrem Unternehmenssitz das Abfallentsorgungszentrum Asdonkshof (AEZ) betreibt, zum 01.01.2021 einen Übergangspachtvertrag abgeschlossen. Die vertragliche Vereinbarung beinhaltet die Pacht der am AEZ bestehenden Bioabfallbehandlungsanlagen incl. der Nutzung der bestehenden Infrastruktur.

Auf den Grundstücken der KWA sollen in Zukunft die Anlagen errichtet werden, die die KWA Regio zukünftig für die Betriebsführung von der Niederrheinischen Bioanlagen GmbH (NBG) und der Schwestergesellschaft KWA pachten wird.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Kreis Viersen und der Kreis Wesel sind als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger gemäß §§ 17 Abs. 1 und 20 Abs. 1 des „Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen“ (KrWG) zur Entsorgung von Abfällen aus privaten Haushalten sowie von Abfällen zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen gesetzlich verpflichtet.

Zum Zwecke einer langfristigen gemeinsamen Wahrnehmung der Aufgabe der Entsorgung von Bioabfällen wurde der Bioabfallverband Niederrhein (BAVN) gegründet. Dieser Zweckverband (BAVN) hat zum 01.01.2021 die Aufgabe der Entsorgung der im Verbandsgebiet anfallenden Bioabfälle übernommen. Zu den Aufgaben gehören alle Tätigkeiten, die für eine ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung im Sinne der §§ 20 Abs. 1, 6 ff. KrWG erforderlich sind, sowie die Vorhaltung notwendiger technischer Einrichtungen.

Der Kreis Wesel hat die KWA Regio ab dem 01.01.2021 mit der Entsorgung des im Kreis Wesel anfallenden Grünabfalls aus kommunaler Sammlung, der dem Kreis überlassen wird, sowie mit der die Entsorgung von Papier/Pappe/Kartonagen (PPK), Alttextilien und Problemabfällen beauftragt.

2. Geschäftsverlauf

Das Aufkommen von Bioabfall- und Grünabfallmengen aus privaten Haushalten ist im Jahr 2021 witterungs- und möglicherweise auch pandemiebedingt weiter gestiegen.

Die KWA Regio hat ihre operative Tätigkeit im Geschäftsjahr 2021 aufgenommen.

Der BAVN, dessen Verbandsgebiet die Kreise Wesel und Viersen umfasst, ist seit dem 01.01.2021 für die Entsorgung von Bioabfällen (braune Tonne) originär zuständig. Mit der Erfüllung dieser Aufgabe hat der Verband die Kreis Weseler Abfallgesellschaft Regio mbH (KWA Regio) beauftragt, die diese Aufgabe für den Übergangszeitraum bis zur Fertigstellung der neuen Bioabfallbehandlungsanlage derzeit noch für die anfallenden Bioabfallmengen aus dem Kreis Wesel in dem von der KWA gepachteten Kompostwerk und für die anfallenden Bioabfallmengen aus dem Kreis Viersen durch Fremdvergabe erfüllt.

Die behandelte Menge von Bio- und Grünabfällen aus dem Kreis Wesel haben zu einer Vollauslastung der vorhandenen Entsorgungskapazitäten des Kompostwerkes geführt. Die darüber hinaus angefallenen Bioabfallmengen des Kreises Wesel wurden fremdentsorgt.

Aus dem Kreis Viersen wurden 37.171 t an Bioabfallmengen fremdentsorgt.

Zum AEZ Asdonkshof wurden folgende Abfallmengen angeliefert:

	2021	2020
Bioabfälle	34.421 t	32.122 t
Grünabfälle	18.997 t	18.182 t
GESAMT	53.418 t	50.304 t

Bis zum 31.12.2020 wurden die Mengen vom Kompostwerk am AEZ Asdonkshof über den Entsorgungsauftrag der KWA angeliefert.

Die fremd entsorgten Mengen der Bio- und Grüngutabfälle betragen 5.971 t in 2021 (Vorjahr: 8.239 t).

Gegenüber dem im Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2021 in Aussicht gestellten Jahresüberschuss von T€ 43 konnte ein deutlich höherer Jahresüberschuss von T€ 162 (Vorjahr: T€ 5) erwirtschaftet werden.

Unter Berücksichtigung des in 2021 beschlossenen Gewinnvortrags von T€ 5 des Geschäftsjahres 2020 führte der Jahresüberschuss von T€ 162 zu einem bilanziellen Eigenkapital von T€ 416 (Vorjahr: T€ 255).

3. Lage

a. Ertragslage

Die Gesamtumsätze der KWA Regio stiegen aufgrund der Aufnahme der operativen Tätigkeit von T€ 86 in 2020 um T€ 12.506 auf T€ 12.592 in 2021.

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2021 Umsätze aus den öffentlichen Entsorgungsaufträgen Ihrer Gesellschafter Kreis Wesel und BAVN. In der Kreissparte wurden Umsätze in Höhe von T€ 6.054 (Vorjahr: T€ 44) und in der Verbandsparte wurden Umsätze in Höhe von T€ 6.520 (Vorjahr: T€ 42) erzielt.

Aufgrund des Auftragsübergangs der sonstigen Entsorgungsleistungen von Altpapier, Alttextilien sowie von Problemabfällen von der KWA auf die KWA Regio resultieren für 2021 erstmalig Umsatzerlöse aus der Verwertung von PPK in Höhe von T€ 4.337, von Alttextilien in Höhe von T€ 524 sowie Problemabfällen in Höhe von T€ 218, die der Kreissparte zuzurechnen sind.

Die Summe der sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von T€ 14 beinhaltet im Wesentlichen die Weiterberechnung von Kosten sowie Erträge aus der privaten Nutzung von Jobrädern.

Der Materialaufwand von insgesamt T€ 10.526 setzt sich im Wesentlichen aus folgenden Positionen zusammen. Den Aufwendungen für die sonstigen Entsorgungsaufträge der Kreis-sparte (PPK, Alttextilien und Problemabfällen) mit T€ 4.873, den Aufwendungen zur externen Entsorgung der Bioabfälle aus dem Kreis Viersen mit T€ 3.302 (Verbandssparte), den Aufwendungen für bezogene Leistungen des Kompostwerkes mit T€ 1.237 (Kreis- und Verbands-sparte) sowie der Anlagenpacht des gewarteten und instandgehaltenen Kompostwerkes mit T€ 689 (Kreis- und Verbandssparte).

Bei den Personalaufwendungen i. H. von T€ 188 (Vorjahr: T€ 6) ergab sich gegenüber dem Vorjahr insbesondere eine Erhöhung aus dem Personalübergang von sieben Mitarbeitern des Kompostwerkes der KWA auf die KWA Regio zum 01.09.2021.

Die Abschreibungen von T€ 3 in 2021 resultieren aus dem von der KWA übernommenen Inventar des Kompostwerkes.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um T€ 1.561 von T€ 66 in 2020 auf T€ 1.627 in 2021. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf die Aufnahme des operativen Geschäfts zum 01.01.2021 zurückzuführen und der damit einhergehenden Steigerung von Aufwendungen wie für Umlagen, Infrastruktur und Geschäftsbesorgungsdienstleistungen (+ T€ 1.496), Rechtsberatungskosten zur Ausschreibung der Entsorgung von PPK, Alttextilien und Problemabfällen (+ T€ 44) und Wirtschaftsprüfungs- und Steuererklärungskosten (+ T€ 10).

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag beinhalten Gewerbesteuer, Körperschaftsteuer sowie den Solidaritätszuschlag für das Berichtsjahr. In 2021 stiegen die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ergebnisbedingt um T€ 91 auf T€ 100 (Vorjahr: T€ 9).

Das Ergebnis nach Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in 2021 stieg von T€ 5 in 2020 um T€ 157 auf T€ 162.

b. Finanzlage

Die wichtigste Quelle der Finanzierung sind die Mittelzuflüsse aus laufender Geschäftstätigkeit. Der traditionell ermittelte operative Cash-Flow hat sich von T€ -25 in 2020 auf T€ 1.480 in 2021 erhöht.

Der Finanzmittelfonds von T€ 225 in 2020 erhöhte sich um T€ 1.462 auf T€ 1.687 in 2021. Zu Gunsten dieser Liquidität stehen im folgenden Geschäftsjahr Einzahlungen aus Forderungen per 31.12.2021 von T€ 1.377 an und zu Lasten Auszahlungen von Verbindlichkeiten per 31.12.2021 von T€ 2.126.

Der nach LSP-Grundsätzen abgerechnete Leistungsbezug aus dem Übergangspachtvertrag (Pacht Bioabfallbehandlungsanlagen incl. der Nutzung der bestehenden Infrastruktur, etc.) von der KWA beläuft sich auf jährlich rd. 2 Mio. € bis zur Inbetriebnahme der neuen Abfallbehandlungsanlagen, voraussichtlich Anfang 2024.

Für die Entsorgung von Altpapier sind im Geschäftsjahr 2021 Aufwendungen von Mio. € 4,2, für die externe Entsorgung von Bioabfall für den Kreis Viersen Aufwendungen von Mio. € 3,2 entstanden.

Die laufenden Kosten des Geschäftsbetriebs wurden gemäß der Übergangsvereinbarungen zu den Entsorgungsverträgen mit dem Kreis Wesel und dem BAVN gem. der Vorschriften der VO PR Nr. 30/53 nach den Leitsätzen für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten abgerechnet. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass eine ausreichende Liquidität vorhanden ist, um die Außenverpflichtungen zu decken.

c. Vermögenslage

Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2021 hat sich im Vergleich zum Vorjahr von T€ 325 in 2020 um T€ 2.754 auf T€ 3.079 in 2021 insbesondere aufgrund der nachfolgend dargestellten Entwicklungen erhöht. Auf der Aktivseite mehrte sich das Anlagevermögen von T€ 0 auf T€ 15. Den Zugängen aus der Übernahme des Inventars des Kompostwerkes der KWA von T€ 18 standen Abschreibungen von T€ 3 entgegen.

Das Umlaufvermögen stieg um T€ 2.739 von T€ 325 in 2020 auf T€ 3.064 in 2021 unter anderem wegen des um T€ 1.035 höheren Forderungsbestands aus Lieferungen und Leistungen sowie Forderungen gegen Gesellschafter und des um T€ 1.462 höheren Liquiditätsbestandes.

Auf der Passivseite nahmen die Rückstellungen im Wesentlichen aufgrund der höheren Steuer-rückstellungen (+ T€ 100) und Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (+ T€ 326) zu.

Die Summe der Verbindlichkeiten erhöhte sich insgesamt um T€ 2.111 von T€ 15 in 2020 auf T€ 2.126 in 2021. Hierzu führten im Wesentlichen die Zunahmen der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um T€ 1.449 sowie die Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern um T€ 673. Das Eigenkapital erhöhte sich von T€ 255 in 2020 um den erzielten Jahresüberschuss i. H von T€ 162 auf T€ 417 in 2021.

4. Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Wesentliche finanzielle Leistungsindikatoren stellen für die Gesellschaft der laufende Geschäftsbetrieb sowie die Sicherstellung der notwendigen Liquidität über die Gesellschafter dar. Weitere Erläuterungen sowie die Zusammensetzung der finanziellen Leistungsindikatoren sind im Rahmen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage dargestellt. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind in der derzeitigen Planungsphase für die Gesellschaft nicht relevant.

III. Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung Kommunalen Unternehmen gem. 5 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Die KWA Regio dient mit der Erbringung von Entsorgungsdienstleistungen für seine Gesellschafter ab dem 01.01.2021 unmittelbar einem öffentlichen Zweck und erfüllt ihn zugleich durch die Leistungserbringung.

IV. Prognosebericht

Für das Wirtschaftsjahr 2022 plant die Gesellschaft mit einem Jahresüberschuss von T€ 65.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Der Aufbau eines eigenen Risikomanagements wird mit der Entwicklung des Unternehmens einhergehen.

Der Geschäftsführung steht bereits heute als monatliches Berichtswesen zeitnah eine Ist-Plan-Analyse der laufenden Kosten inklusive wichtiger Kennzahlen zur Verfügung. Darüber hinaus werden dem Aufsichtsrat seit dem Geschäftsjahr 2021 Quartalsberichte zur Verfügung gestellt.

Im Wirtschaftsplan für 2022 ist ein Jahresüberschuss von rd. T€ 65 eingestellt, wobei unter dem Eindruck der bis zum Berichtsdatum erkennbaren Entwicklungen aufgrund des Kriegsgeschehens unklar ist, wie sich der Planwert entwickeln wird. Bestandsgefährdende Risiken sind aktuell nicht erkennbar.

2. Chancenbericht

Die Ergebnisse für die aktuellen Ausschreibungen für PPK und Alttextilien sind für das Jahr 2022 zufriedenstellend. In Bezug auf die Bio- und Grünabfallmengen geht die Gesellschaft von weiterhin stabilen Verhältnissen aus.

3. Gesamtaussage

Vor dem Hintergrund der gesellschaftsrechtlichen Einbindung und den mit öffentlich-rechtlichen Auftraggebern bestehenden langfristigen Entsorgungsaufträgen zu Selbstkostenerstattungspreisen sieht die Geschäftsführung derzeit keine bestandsgefährdenden Risiken für die Gesellschaft.

Insgesamt ist der Fortbestand der Gesellschaft bis auf weiteres als gesichert anzusehen.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Dipl.-Ing. Peter Bollig

Gesellschafterversammlung

Ingo Brohl, (Vorsitzender)
Frank Berger
Helmut Czichy
Heinz-Gerd Franken
Helga Franzkowiak
Manfred Wolfers (Stlv. Vorsitzender)
Andreas Budde
Axel Paulik
Prof. Dr. Christoph Landscheidt

Aufsichtsrat

Lars Löding (Vorsitzender)
Jürgen Bartsch
Helmut Czichy
Helmut Eisermann
Heinz-Peter Kamps
Hans-Joachim Kremser
Christian Böker
Renè Heesen
Rudolf Kret-Manteuffel
Bert Mölleken
Axel Paulik
Jürgen Preuß
Hans-Willy Troost
Michael Wolf
Manfred Wolfers
Simon Lisken
Bernhard Krebs
Dr. Christoph Müllmann

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 18 Mitgliedern keine Frauen an (Frauenanteil: 0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

3.3.2.3 Grundstücksgesellschaft der Stadt Willich mbH

Hauptstraße 6

47877 Willich

Telefon: 02156 / 949-0

Telefax: 02156 / 949-344

Internet: <http://www.gewerbewillich.de/grundstuecksgesellschaft.html>

Amtsgericht Krefeld, HRB-Nr. 3118

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Erschließung und die Veräußerung von Grundstücken zu dem Zweck, das Angebot von Grundstücken für Gewerbebetriebe und das Angebot von Grundstücken für die Bebauung mit Wohngebäuden im Gebiet der Stadt Willich zu verbessern sowie die Förderung des Wohnungsbaus im Gebiet der Stadt Willich. Darüber hinaus ist auch Gegenstand der Gesellschaft, der Ankauf, die Entwicklung, die Vermietung und die Vermarktung von Gewerbeimmobilien sowie der Ankauf, die Entwicklung und der Verkauf von innerörtlichen Immobilien und Grundstücken im Rahmen der Vorgaben der Stadtentwicklung der Stadt Willich.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zweckes ergibt sich aus dem im Gesellschaftervertrag festgelegten Gegenstand des Unternehmens. Die Gesellschaft hat die öffentliche Zielsetzung eingehalten und erreicht. Weitergehende Ausführungen können dem unten aufgeführten Lagebericht entnommen werden.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Kapitaleinlage	
	in Euro	in Prozent
Stadt Willich	880.000,00	84,13
GWG	166.000,00	15,87
	1.046.000,00	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Kreis Viersen AG

Die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Kreis Viersen AG (GWG AG) besitzt Kapitalanteile von 15,87 Prozent an der Grundstücksgesellschaft der Stadt Willich mbH,

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	19.947	13.936	6.011	Eigenkapital	7.648	7.265	383
Umlaufvermögen	36.502	28.092	8.410	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	147	159	-12
				Verbindlichkeiten	48.664	34.605	14.060
Aktive Rechnungsabgrenzung	12	2	10	Passive Rechnungsabgrenzung	2	0	2
Bilanzsumme	56.461	42.029	14.432	Bilanzsumme	56.461	42.029	14.432

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	5.594,10	1.290,00	4.304,10
2. sonstige betriebliche Erträge	215,11	302,00	-86,89
3. Materialaufwand	0,00	0,00	0,00
4. Personalaufwand	-153,35	-101,00	-52,35
5. Abschreibungen	-406,68	-328,00	-78,68
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.519,54	-1.002,00	-3.517,54
7. Finanzergebnis	-279,55	-152,00	-127,55
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	450,09	9,00	441,09
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	382,63	5,00	377,63

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%	%
Eigenkapitalquote	13,55	17,29	-3,74
Eigenkapitalrentabilität	5,00	0,07	4,93
Anlagendeckungsgrad 2	38,34	52,13	-13,79
Verschuldungsgrad	638,24	478,50	159,74
Umsatzrentabilität	6,84	0,39	6,45

Personalbestand

Neben den beiden Geschäftsführern sind in 2021 neun (Vorjahr 10) weitere Mitarbeiter in Teilzeit (geringfügige Beschäftigungsverhältnisse) für die Gesellschaft tätig.

Geschäftsentwicklung

A. Geschäftsverlauf und Lage 2021

1. Allgemein

Das klassische Kerngeschäft der Grundstücksgesellschaft der Stadt Willich mbH ist die Erschließung und Vermarktung neuer Gewerbegebiete, sowie die bedarfsorientierte Entwicklung von Wohnraum.

Münchheide IV sowie das Stahlwerk Becker sind bis auf kleine Restgrundstücke ausverkauft. Die Nachfrage nach Gewerbegrundstücken lag Stand 31.12.2021 bei ca. 900.000 m².

Aktuell wird das Gewerbegebiet Münchheide V mit einer Verkaufsfläche von ca. 150.000 m² entwickelt. Eine Teilfläche von ca. 60.000 m² ist davon für die Erweiterung eines Willicher Gewerbebetriebes bereits reserviert. Mit der Rechtskraft des B-Plans für Münchheide V wird im 3. oder 4. Quartal 2022 gerechnet. Die schwierige Erschließungslage (Durchführung der Versorgungsleitungen unter der Autobahn A44) wird aktuell bereits realisiert. Die Erschließung soll auf der Basis eines Erschließungsvertrags mit der Stadt Willich im 4. Quartal 2022 bzw. 1. Quartal 2023 (Baustraßen) fertig gestellt werden.

Mit Änderung des Gesellschaftsvertrags vom 24.01.2012 wurde das Aufgabenspektrum der GSG um den Bereich der Innenstadtentwicklung erweitert.

Die Innenstadtentwicklung hat inzwischen vom Umsatzvolumen den deutlich überwiegenden Part erreicht. Gerade der vorausschauende Grunderwerb sowie die Entwicklung von Bedarfs- und Sonderimmobilien prägen das aktuelle Tätigkeitsfeld der GSG.

Die Entwicklung neuer Gewerbegebiete ist endlich, so dass ein neuer Schwerpunkt in der Neu- und Weiterentwicklung der alten Gewerbegebiete liegen wird.

Aktuell verfügt die GSG über 49 Mieteinheiten Wohnen und 27 Mieteinheiten Gewerbe. Zusätzlich befinden sich noch 8 Wohneinheiten im Bau.

Für die Geschäftsjahre 2022 bis 2025 werden gemäß der mittelfristigen Wirtschafts- und Finanzplanung folgende Ergebnisse erwartet:

Für das Jahr 2022	3.135 T€
Für das Jahr 2023	739 T€
Für das Jahr 2024	1.897 T€
Für das Jahr 2025	1.343 T€

Die Mieterträge von ca. 1,6 Mio. € (Kaltmieten), sowie der Verkauf von Gewerbe- und Wohnbaugrundstücken, sichern mittel- und langfristig den wirtschaftlichen Bestand der Gesellschaft. Durch die geplante Rückführung der Ausschüttungen zum Eigenkapital (Schütt aus – hol zurück) durch die Gesellschaft erhöht sich das Eigenkapital von 7.648 T€ kontinuierlich. Ziel ist eine permanente Eigenkapitalquote von > 20 % um die GSG für die nächsten Jahre krisenfest aufzustellen

Die GSG konnte die coronabedingten Einbrüche kompensieren. Die Nachfrage nach Miet- und Kaufeinheiten liegt aktuell trotz schwieriger wirtschaftlicher Gesamtlage deutlich über unserem Angebot, so dass hier aktuell sowohl kurz- als auch mittelfristig eine positive Gesamtprognose besteht.

2. Ertragslage

Das Jahresergebnis 2021 stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

		<u>V o r j a h r</u>	
1. Roherträge aus Grundstücksverkäufen:			
a) Bereich Stahlwerk Becker	T€ 0		T€ 0
b) Bereich Münchheide IV	" 150		" -72
c) sonstige	" 716		" 0
insgesamt	T€ 866		T€ -72
2. Rohertrag aus Erschließungsmaßnahmen	" 0		" 0
3. Roherträge aus Vermietung	" 674		" 709
4. sonstige betriebliche Erträge	" 215		" 302
5. Summe der Erträge	T€ 1.755		T€ 939
6. Abschreibungen	-407	-328	
7. sonstige betriebliche Aufwendungen und Personalaufwand	" -618	" -1.025	" -450
			" -778
8. Ergebnis vor Zinsen	T€ 730		T€ 161
9. Finanzergebnis	" -280		" -152
10. Ergebnis vor Steuern	T€ 450		T€ 9
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	" -63		" 0
12. sonstige Steuern	" -4		" -4
13. Jahresüberschuss	<u>T€ 383</u>		<u>T€ 5</u>

Das Geschäftsjahr 2021 schließt mit einem positiven Jahresergebnis von 382.630,03 € (Vorjahr 4.934,15 €) ab und liegt damit unterhalb des Planergebnisses. Dies ist insbesondere auf die Coronafolgen sowie das verzögerte Inkrafttreten der B-Pläne Katharinenhöfe und Münchheide V zurückzuführen.

3. Finanzlage

Cashflow:		<u>Vorjahr</u>
	T€	T€
aus laufender Geschäftstätigkeit	-10.151	2.745
aus Investitionen im Anlagevermögen	- 6.408	- 2.755
aus Finanzierungstätigkeit	<u>13.970</u>	<u>3.189</u>
insgesamt	<u>-2.589</u>	<u>3.179</u>

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten belaufen sich am Bilanzstichtag 31.12.2021 auf 28.206 T€ (Vorjahr: 20.017 T€). Die Liquiditätshilfe der Stadt betrug zum 31.12.2021 8.000 T€ (Vorjahr 2.000 T€). Die freie Kontokorrentlinie belief sich zu diesem Zeitpunkt auf 906 T€ (Vorjahr: 1.033 T€).

4. Vermögenslage

Das Eigenkapital beträgt zum Bilanzstichtag 7.648 T€, entspricht 13,55 % der Bilanzsumme (Vorjahr 7.265 T€, entspricht 17,29 % der Bilanzsumme). Der Rückgang der Eigenkapitalquote liegt darin begründet, dass im Geschäftsjahr 2021 erhebliche Investitionen (Grundstückankäufe) für das Anlage- und Umlaufvermögen mit entsprechendem Ertragspotential getätigt wurden und hierdurch die Bilanzsumme stärker gestiegen ist als das Eigenkapital.

5. Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gemäß § 13 (2) des Gesellschaftsvertrages ist zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung zu nehmen.

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Erschließung und die Veräußerung von Grundstücken zu dem Zweck, das Angebot von Grundstücken für Gewerbebetriebe und das Angebot von Grundstücken für die Bebauung mit Wohngebäuden im Gebiet der Stadt Willich zu verbessern sowie die Förderung des Wohnungsbaus im Gebiet der Stadt Willich. Darüber hinaus ist auch Gegenstand der Gesellschaft der Ankauf, die Entwicklung, die Vermietung und die Vermarktung von Gewerbeimmobilien sowie der Ankauf, die Entwicklung und der Verkauf von innerörtlichen Immobilien und Grundstücken im Rahmen der Vorgaben der Stadtentwicklung der Stadt Willich.

Bei sämtlichen zuvor beschriebenen Unternehmenstätigkeiten handelt es sich regelmäßig um kommunale Aufgaben, die nur wegen der größeren Flexibilität und der effektiveren Organisation in einer privatrechtlichen Gesellschaft wahrgenommen werden. Insoweit dient die Geschäftstätigkeit der öffentlichen Zwecksetzung. Der Grad der Zweckerreichung ergibt sich aus den weiteren Darstellungen in diesem Lagebericht.

B. Entwicklung der Geschäftsfelder (Sparten); Prognosen, Risiken und Chancen

1. Gewerbepark Stahlwerk Becker

Verkauf

Im Jahr 2021 konnten ein Verkauf von 1.583 m² mit Besitzübergängen des Grundstücks abgeschlossen werden, Vorjahr 0 m² (Coronafolge).

Risiken

Das Altlastenrisiko bleibt für die unbebauten Grundstücke im Kernbereich bestehen. Mit jedem Grundstücksverkauf im Kernbereich des Stahlwerks verringern sich die Restrisiken. Für die noch nicht verkauften Grundstücke wurde in 2016 ein Gutachten erstellt, das die Restrisiken aufzeigt und bewertet. Das Gesamtvolumen (ohne Halle 4) liegt bei ca. 1 Mio. €. Die Herstellungskosten der Grundstücke haben sich dadurch um ca. 20,00 € / m² erhöht. Für das nach Übergabe der Erschließungsanlage an die Stadt Willich für zunächst 10 Jahre fortzusetzende Grundwassermontoring wurde in 2014 eine Rückstellung gebildet, die entsprechend aufgelöst wird.

Der große Altlastenschaden im Bereich des Wasserwerks besteht trotz der eindeutigen Verantwortlichkeit des Bundes unverändert weiter. Der Bund hat sich beim Verkauf der Liegenschaft

Stahlwerk Becker im Kaufvertrag verpflichtet, diesen Schaden auf eigene Rechnung zu beheben. In den Gesprächen der vergangenen Jahre zwischen Bund, unterer Wasserbehörde und der Geschäftsführung der Grundstücksgesellschaft ist klargeworden, dass der Bund weiterhin versucht, auf Zeit zu spielen. Da die untere Wasserbehörde zunächst auf den Grundstückseigentümer zugreift, ist die Grundstücksgesellschaft unter Umständen gezwungen, die Vertragseinhaltung durch den Bund einzuklagen. Ein Klagerisiko für die Gesellschaft besteht aufgrund der sehr eindeutigen Vertragslage aus Sicht der Geschäftsführung nicht, gegebenenfalls sind aber Vorleistungskosten (Anwalts- und Gerichtskosten) unvermeidbar. Der angekündigte Feldversuch im Auftrag des Bundes läuft seit 2012; konkrete Ergebnisse liegen nach Rücksprache mit der Bundesvermögensverwaltung weiterhin nicht vor.

2. Münchheide IV

Bauleitplanung

Der Einleitungsbeschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplanes wurde in 2004 gefasst. Das angedachte Plangebiet wurde danach geteilt in die Flächen nördlich der L 26 und die Flächen südlich der L 26. Für die deutlich größere Fläche nördlich der L 26 wurde das Planaufstellungsverfahren fortgeführt. Der daraus entstandene B-Plan 81 W wurde im Januar 2008 rechtskräftig

Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH

Nahezu sämtliche vermarktungsfähigen Grundstücke befanden sich im Eigentum der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen (ca. 112.000 m²) und der Grundstücksgesellschaft der Stadt Willich (ca. 103.000 m²).

Zwischen der WFG und der GSG wurde vertraglich vereinbart, wie der Aufwand für die Erschließung zwischen den Projektbeteiligten aufgeteilt und abgerechnet wird. Hierzu gehört auch die Verständigung darüber, dass die über den obligatorischen Grundstückskaufpreis hinausgehenden Kosten für den Erwerb der bebauten Grundstücke durch die GSG dem Erschließungsaufwand hinzugerechnet werden, so dass dieser erhebliche Aufwand sich auf alle vermarktungsfähigen Grundstücke im Gebiet verteilt.

Die Übertragung der Infrastruktur des Gewerbegebietes auf die Stadt Willich ist kosten- und lastenfrei erfolgt.

Verkauf

Die Grundstücksgesellschaft hat im Jahr 2021 im Entwicklungsgebiet Münchheide IV insgesamt 4.746 m² (Vorjahr 1.634 m²) veräußert. Im Bestand wird lediglich ein Grundstück für einen Hotelneubau mit einer Größe von 5.894 m² vorgehalten.

Risiken

Besondere Risiken für die Grundstücksgesellschaft werden aktuell nicht gesehen. Dies wird auch durch die laufenden Kaufverhandlungen bestätigt. Allerdings können bereits zum jetzigen Zeitpunkt Anfragen nach größeren Grundstücken nicht mehr bedient werden.

3. Wohnbebauung Roeddersfeld – Klimaschutzsiedlung – und Wekeln IX

Die Vermarktung der Wohnbaugrundstücke in Wekeln IX wurde in 2016 abgeschlossen. Die Vermarktung der Klimaschutzsiedlung wurde in 2017 beendet.

Die Übergabe an die Stadt Willich erfolgt 2022. Weitere Risiken bestehen nicht.

4. Existenzgründerzentrum

Die Vermietungsquote lag und liegt mit > 80 % (aktuell 100 %) im positiven Bereich. Nach dem Auslaufen der Kreditfinanzierung der Immobilie in 2015 werden Überschüsse im Cashflow erzielt, so dass für die Gesellschaft aktuell keine Risiken erkennbar sind.

5. Energiezentrum für regenerative Energien

Die Ausweitung auf die Bereiche Solarthermie, Photovoltaik und Kraft-Wärme-Kopplung hat die Werbewirksamkeit dieser Einrichtung nochmals erhöht. Das Energiezentrum finanziert sich weitgehend durch seine Beratungstätigkeit bzw. Partnerunternehmen sowie die Mieterlöse von der Bürger Solar Willich eG für die Vermietung der städtischen Dachflächen. Aktuell bestehen damit nur geringe Risiken.

6. Halle 4 und Wasserwerk

Die Halle 4 war insbesondere aufgrund des Altlastenschadens und der schlechten Bausubstanz (Denkmalschutz) nicht zu vermarkten. In 2011/2012 ist daher eine vollständige Sanierung und langfristige Vermietung der Haupthalle des Objektes erfolgt.

Die Gesamtmietfläche beträgt ca. 9.000 m² und ist in drei Einheiten aufgeteilt. Zusätzlich wurden die Dachflächen mit einer Photovoltaik-Anlage ausgestattet und an die Bürger Solar Willich verpachtet. Die jährlichen Mieten liegen aktuell bei ca. 310.000 € / a, so dass das Projekt sowohl in der Wirtschaftlichkeits- als auch in der Cashflow-Betrachtung positive Ergebnisse erzielt.

Die bestehenden Risiken werden durch den aktuellen Vermietungsstand als eher gering eingeschätzt.

Das ehemalige Wasserwerk wird seit 2019 durch die GSG vollständig wiederaufgebaut und saniert. Herstellungskosten ca. 4,7 Mio. Euro, die weitgehend durch die Vermietung finanziert werden (Fertigstellung 05/2022).

Das Vermietungsrisiko wird durch die Option, 4 getrennte Einheiten zu vermieten, minimiert, ist aber durchaus als nennenswert zu erwähnen (Risikoeinschätzung 50.000 €/a).

7. Innenstadtentwicklung

Für künftige Stadtentwicklungsprojekte erwirbt die GSG Innenstadtgrundstücke und Immobilien. Der Erwerb sowie die Unterhaltung sollen, im Regelfall, durch die Mieteinnahmen finanziert werden (s. nachstehende Auflistung Stand 31.12.2021).

Willich

- Markt 1, 3 WE/2 GW
- Markt 5, 1 WE/2 GW
- Bahnstr. 8a, 3 WE/1 GW
- Peterstr. 71, 1 WE/0 GW
- Peterstr. 62, 1 WE/1 GW
- Peterstr. 60 (unbebaut),
- Peterstr. 56-58, 1 WE/1 GW/24 Garagen
- Martin-Rieffert-Str. 9, 1 WE/0 GW
- Kreuzstr. 28 1 WE/2 GW
- Neusser Str. (unbebaut),
- Burgstr. 7 1 WE/0 GW

Anrath

- Alleeschule 0 WE/1 GW
- De-Mülder-Gasse 1 (Netto) 3 WE/1 GW
- Jakob-Krebs-Str. 46 und 46a, 2 WE/3 GW
- Jakob-Krebs-Str. 48 3 WE/1 GW
- Jakob-Krebs-Str. 50-54 7 WE/0 GW
- Bogenstr. 10 0 WE/0 GW (Abriss 2021)

Schiefbahn

- Am Schiefbahner Bahnhof 3 10 WE/2 GW
- Am Schiefbahner Bahnhof 10 3 WE/0 GW
- Hochstraße 30 2 WE/1 GW
- Wallgraben 11a 3 WE/0 GW
- Wallgraben 11b 1 WE/0GW (TinyHouse im Bau)

Neersen

- Alt Stocks (Hotel) 0 WE/1 GW
- Am Schwarzen Pfuhl 1 1 WE/0 GW
- Hauptstraße 150 0 WE/2 GW
- Mutschenweg 54+56 2 WE/3 GW
- Mutschenweg 58 5 WE/0 GW (MFH im Bau)
- Mutschenweg 60/60a 2 WE/0 GW (TinyHouses im Bau)
- Niersplank 2 0 WE/1 GW (Abriss in 2022)
- Virmondstraße 115 0 WE/0 GW (Baugrundstück Feuerwehr u. 3GW)

Insgesamt handelt es sich um 49 Wohneinheiten und 25 Gewerbeeinheiten sowie 8 Wohneinheiten im Bau mit einem Buchwert von > 20 Mio. Euro. Aufgrund der Vermietungs- und Vermarktungssituation bestehen aktuell nur geringe Risiken.

8. Meerhof

Der Meerhof wurde in 2016 als Ausgleichsfläche für Münchheide V erworben. Durch die Vermietung des Wohn- und Gebäudebestandes werden nach Instandsetzung seit 2018 Mieterlöse > 50.000 € erzielt. Aktuell erfolgt der Ausbau einer Kindertagesstätte und eines Wohnhauses mit 5 WE. Die Kaltmiete wird bei ca. 210.000 €/a für das gesamte Objekt, bei Investitionskosten von ca. 4,5 Mio. €, liegen. Die Liegenschaft ist voll vermietet.

Größere Risiken werden nicht gesehen.

9. Areal Katharinenhöfe

Mit Vertrag vom 23.12.2016 wurde das ehemalige Krankenhausgrundstück im Stadtteil Willich als Entwicklungsfläche erworben. Der Kaufpreis betrug 2.500.000 €, davon wurden 250.000 €, zuzüglich der vollständigen Grunderwerbssteuern, in 2017 bezahlt. Die Zahlung des Restkaufpreises und der Besitzübergang erfolgten zum 31.12.2018. Inzwischen wurde das Gelände vollständig geräumt und aufbereitet. Das Areal wurde inzwischen von der Firma BPD zum Kaufpreis von 9.100.000 € erworben (1. Teilrate 2.275.000 € Zahlung in 2020, 2. Teilrate nach Inkrafttreten des Bebauungsplans voraussichtlich Ende 2022). Für eventuelle Altlasten wird nach der Umsatzrealisierung eine Rückstellung, die die bestehenden Risiken abdeckt, gebildet.

Größere Risiken werden ansonsten aktuell nicht gesehen.

C. Risikobericht für Finanzinstrumente

Die Immobilien des Anlagevermögens und die Grundstücke des Umlaufvermögens sind fristenkongruent finanziert.

Organe und deren Zusammensetzung

Aufsichtsrat

Sascha Faßbender, Vorsitzender
Sebastian Foitzik
Dr. Raimund Berg
Sonja Fucken-Kurzawa
Karl-Heinz Koch
Jens Lenz
Meike Liffa
Detlef Nicola
Lukas Maaßen
Paul Muschiol
Christian Pakusch
Wolfgang Pape
Claudia Poetsch
Merlin Praetor
Franz-Josef Stapel
Christian Winterbach
Mike Zander
Axel Schaefers (beratendes Mitglied)
Michael Aach

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 19 Mitgliedern 3 Frauen an (Frauenanteil: 15,8 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

3.3.2.4 GWG Dienstleistungs-GmbH

Willy-Brandt-Ring 17

41747 Viersen

Telefon: 02162 / 5780-0

Telefax: 02162 / 5780-598

Internet: www.gwg-kreis-viersen.de

Amtsgericht Mönchengladbach, HRB-Nr. 10986

Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist zum einen die Erbringung von Hausmeistertätigkeiten und zum anderen die Übernahme von Tätigkeiten eines Regiebetriebs.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zweckes ergibt sich aus dem im Gesellschaftervertrag festgelegten Gegenstand des Unternehmens. Die Gesellschaft hat die öffentliche Zielsetzung eingehalten und erreicht. Weitergehende Ausführungen können dem unten aufgeführten Lagebericht entnommen werden.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Kapitaleinlage	
	in Euro	in Prozent
Gemeinnützige für den Kreis Viersen AG	50.000	100,00
Wohnungsgesellschaft	50.000	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die GWG AG besitzt Kapitalanteile von 100% (300T€) an der GWG GmbH, Stammkapital der GWG GmbH beträgt zum 31.12. 300 T€.

- Zweck: Erbringt Handwerker- und Hausmeisterdienstleistungen für die GWG AG.
- Es besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag
- Es besteht ein Geschäftsbesorgungsvertrag

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO		EURO	EURO	EURO
Anlagevermögen	504.215	545.045	-40.830	Eigenkapital	300.000	300.000	0
Umlaufvermögen	181.659	148.029	33.630	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	26.177	23.194	2.983
				Verbindlichkeiten	359.696	369.880	-10.184
Aktive Rechnungsabgrenzung	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzung	0	0	0
Bilanzsumme	685.874	693.074	-7.201	Bilanzsumme	685.874	693.074	-7.201

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO
1. Umsatzerlöse	1.039.368,66	1.011.280,77	28.087,89
2. sonstige betriebliche Erträge	13.847,66	1.907,93	11.939,73
3. Materialaufwand	-124.246,70	-156.514,32	32.267,62
4. Personalaufwand	-643.183,34	-583.349,49	-59.833,85
5. Abschreibungen	-45.541,42	-50.078,67	4.537,25
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-153.018,32	-137.988,85	-15.029,47
7. Finanzergebnis	-4.987,79	-13.459,10	8.471,31
8. Ergebnis nach Ertragssteuern	82.238,75	71.798,27	10.440,48
9. Sonstige Steuern	-2.210,62	-2.210,62	0,00
10. aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn	-80.028,13	-69.587,65	-10.440,48
11. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	0,00	0,00	0,00

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%	%
Eigenkapitalquote	43,74	43,29	0,45
Eigenkapitalrentabilität	0,00	0,00	0,00
Anlagendeckungsgrad 2	59,50	55,04	4,46
Verschuldungsgrad	128,62	131,02	-2,40
Umsatzrentabilität	0,00	0,00	0,00

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 54 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 53) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft wurde am 15.12.2004 ins Handelsregister eingetragen. Einzige Gesellschafterin ist die GWG Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Kreis Viersen AG. Geschäftszweck der Gesellschaft ist zum einen die Erbringung von Hausmeistertätigkeiten und zum anderen die Übernahme von Tätigkeiten eines Regiebetriebs. Die Gesellschaft ist mit ihren Tätigkeiten vollständig in den Geschäftsbetrieb der Alleingeschafterin eingebunden.

Zwischen der Gesellschaft und der GWG AG wurde mit Wirkung zum 01.01.2005 ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen. Dieser enthält im Wesentlichen folgende Regelungen:

Die GWG Dienstleistungs-GmbH (beherrschte Gesellschaft) unterstellt die Leitung ihres Unternehmens der GWG Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Kreis Viersen AG (herrschende Gesellschaft),

- die beherrschte Gesellschaft verpflichtet sich ihren ganzen Gewinn an die herrschende Gesellschaft abzuführen,
- die herrschende Gesellschaft ist verpflichtet, einen bei der beherrschten Gesellschaft gegebenenfalls entstehenden Jahresfehlbetrag auszugleichen,
- der Vertrag gilt für die Zeit ab dem 01.01.2005 und konnte erstmals zum 31.12.2010 gekündigt werden; eine Kündigung ist bisher nicht erfolgt.

Bedingt durch die Eingliederung in den Geschäftsbetrieb der GWG AG liegt der regionale Tätigkeitsschwerpunkt der Gesellschaft in den Städten und Gemeinden des Kreises Viersen und in den Städten Krefeld, Meerbusch und Geldern. Die wirtschaftliche Lage sowie insbesondere die Lage der Bauwirtschaft und des Immobilienmarktes beeinflussen die Entwicklung der Gesellschaft aufgrund der o. a. Eingliederung nur bedingt und indirekt. Daher wird hier auf eine weitergehende Ausführung zu diesen Marktverhältnissen verzichtet.

Aufgrund eines Geschäftsbesorgungsvertrages hat die Gesellschafterin die Bereiche Organangelegenheiten, Rechnungswesen, Controlling, Personalwirtschaft, EDV-Leistungen sowie allgemeine Verwaltung übernommen.

2. Geschäftsverlauf

Zum Ende des Geschäftsjahres beschäftigte die Gesellschaft im Bereich Hausmeisterservice 4 Mitarbeiter in Vollzeit sowie 43 Mitarbeiter in einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis. Seit dem Jahre 2006 sind die kompletten Tätigkeiten des ehemaligen Regiebetriebes der GWG AG, im Wesentlichen Durchführung von Grünflächen-, Maler-, Fliesenarbeiten sowie andere handwerkliche Tätigkeiten im Bereich des Bestandsmanagements, auf die GWG Dienstleistungs-GmbH übertragen worden. In diesem Bereich sind zum Ende des Geschäftsjahres 7 Mitarbeiter tätig, von denen einer durch einen Personalgestellungsvertrag von der GWG AG übernommen worden ist. Der Geschäftsbetrieb wird in einem Betriebshof in Nettetal-Lobberich durchgeführt. Ein Teil der Lagerhalle ist an die GWG AG vermietet.

Im Geschäftsjahr sind die Umsatzerlöse aus dem Hausmeisterservice durch die Einstellung eines Mitarbeiters in Vollzeit planmäßig gestiegen.

Im Bereich des Handwerkerservice sind die Umsatzerlöse leicht gesunken. Die Stundensätze der Handwerker werden jährlich um 1,00 € netto pro Stunde angehoben, aber pandemiebedingte erhöhte Ausfalltage der Mitarbeiter haben diese Erhöhungen neutralisiert.

Aufgrund der Eingliederung in den Geschäftsbetrieb der Gesellschafterin war die GWG Dienstleistungs-GmbH zu jeder Zeit voll ausgelastet.

3. Darstellung der Lage

3.1. Vermögens- und Finanzlage

Die nachfolgende Tabelle, die aus der Bilanz abgeleitet ist, gibt einen Überblick über die Vermögenslage der Gesellschaft.

	31.12.2021		Vorjahr		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Vermögensstruktur					
Anlagevermögen					
Grundstücke und Bauten	470	68,5	498	71,9	-28
Betriebs- und Geschäftsausstattung	34	5,0	47	6,8	-13
	<u>504</u>	<u>73,5</u>	<u>545</u>	<u>78,6</u>	<u>-41</u>
Umlaufvermögen					
Vorräte	37	5,4	26	3,8	11
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	83	12,1	59	8,5	24
Liquide Mittel	62	9,0	63	9,1	-1
	<u>182</u>	<u>26,5</u>	<u>148</u>	<u>21,4</u>	<u>34</u>
Gesamtvermögen	<u>686</u>	<u>100,0</u>	<u>693</u>	<u>100,0</u>	<u>-7</u>

	31.12.2021		Vorjahr		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Kapitalstruktur					
Eigenkapital					
Gezeichnetes Kapital	50	7,3	50	7,2	0
Kapitalrücklage	250	36,4	250	36,1	0
	<u>300</u>	<u>43,7</u>	<u>300</u>	<u>43,3</u>	<u>0</u>
Fremdkapital					
Sonstige Rückstellungen	26	3,8	23	3,3	3
Verbindlichkeiten	360	52,5	370	53,4	-10
	<u>386</u>	<u>56,3</u>	<u>393</u>	<u>56,7</u>	<u>-7</u>
Gesamtkapital	<u>686</u>	<u>100,0</u>	<u>693</u>	<u>100,0</u>	<u>-7</u>

In der Bilanzposition „Grundstücke und Bauten“ ist das Lager- und Bürogebäude in Nettetal-Lobberich ausgewiesen. Bei dem Rückgang in diesem Bereich handelt es sich um die planmäßige Abschreibung.

Der Rückgang der Position Betriebs- und Geschäftsausstattung i.H.v. 13 T€ setzt sich aus dem Saldo der planmäßigen Abschreibung i.H.v. 18 T€ und Neuanschaffungen i.H.v. 5 T€ zusammen.

Bei der Zunahme der Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände i.H.v. 24 T€ handelt es sich ausschließlich um Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen (GWG AG).

Der Rückgang der Verbindlichkeiten um 10 T€ ergibt sich im Wesentlichen aus dem Saldo der planmäßigen Tilgung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (30 T€) und der Zunahme

der Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung (9 T€) sowie der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (11 T€).

Die Sicherstellung der Liquidität erfolgt über die GWG AG.

Die Gesellschaft konnte im Geschäftsjahr jederzeit ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen.

3.2 Ertragslage

Die Ertragslage wurde nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitet und stellt sich wie folgt dar:

	2021		Vorjahr		Abw.
	T€	%	T€	%	T€
Umsatzerlöse	1.039	98,7	1.011	99,8	28
Übrige betriebliche Erträge	14	1,3	2	0,2	12
Betriebsleistung	1.053	100,0	1.013	100,0	40
Materialaufwand	124	11,8	157	15,5	33
Personalaufwand	643	61,0	583	57,6	-60
Abschreibungen	46	4,4	50	4,9	4
Erfolgsunabhängige Steuern	2	0,2	2	0,2	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	153	14,5	138	13,6	-15
Betriebsaufwand	968	91,9	930	91,8	-38
Betriebsergebnis	85	8,1	83	8,2	2
Zinsaufwendungen	5	0,5	13	1,3	8
Zinsergebnis	-5	0,5	-13	1,3	8
Jahresergebnis vor Gewinnabführung	80	7,6	70	6,9	10

Die Umsatzerlöse haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	2021	Vorjahr	Abw.
	T€	T€	T€
Hausmeisterservice	396	348	48
Regiebetrieb	624	644	-20
Erträge aus Sollmieten	17	17	0
Erträge aus pauschalierten Betriebskosten	2	2	0
	1.039	1.011	28

Die Umsatzerlöse im Bereich Hausmeisterservice (396 T€) entfallen auf die Dienstleistungen von vier Mitarbeitern in Vollzeit und durchschnittlich 44 Mitarbeitern in einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis. Die Zunahme der Umsatzerlöse um 48 T€ resultiert im Wesentlichen aus der planmäßigen Einstellung eines neuen Hausmeisters in Vollzeit.

Die Umsatzerlöse aus dem Regiebetrieb sind um 20 T€ auf 624 T€ zurückgegangen und umfassen die Tätigkeit von 7 Mitarbeitern. Die gesunkenen Umsatzerlöse begründen sich in höheren pandemiebedingten Ausfallzeiten der Mitarbeiter, obgleich die Stundensätze der Handwerker um 1,00 € netto angehoben wurden.

Der Materialaufwand umfasst die zur Erbringung der Dienstleistungen notwendigen Materialien (Malerstoffe, Fliesen, Materialien zur Grünpflege u. ä.).

Die Zunahme des Personalaufwands um 60 T€ resultiert zum einen Teil aus der Neueinstellung eines Hausmeisters in Vollzeit sowie einer Erhöhung der Gehälter der Mitarbeiter.

Aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags wird der Überschuss i.H.v. 80 T€ an die GWG AG abgeführt.

3.3 Leistungsindikatoren

Wesentliche Leistungsindikatoren des Unternehmens sind im Vergleich für die Jahre 2020 und 2021 in der folgenden Tabelle dargestellt.

	<u>in</u>	2021	2020
Umsatzerlöse	T€	1.039	1.011
Materialaufwand	T€	124	157
Personalaufwand	T€	643	583
Jahresergebnis vor Gewinnabführung	T€	80	70
Anzahl Mitarbeiter	Personen 31.12.	10	9
Anzahl geringfügig Beschäftigter	Personen 31.12.	43	43
Anzahl Mitarbeiter aus Personalgestellung	Personen 31.12.	1	1

4. Chancen / Risikobericht

4.1 Risiken der künftigen Entwicklung

Bedingt durch die vollständige Eingliederung in den Geschäftsbetrieb der GWG AG wird die Risikoüberwachung in der GWG AG durchgeführt. Eine Risikosteuerung erfolgt durch entsprechende Auftragsvergaben von der GWG AG an die Gesellschaft.

Die Risiken der künftigen Entwicklung hängen von der wirtschaftlichen Entwicklung der alleinigen Gesellschafterin ab.

4.2 Chancen der künftigen Entwicklung

Die Gesellschaft nimmt an der wirtschaftlichen Entwicklung der alleinigen Gesellschafterin teil.

4.3 Finanzinstrumente

Als Finanzinstrumente benutzt die Gesellschaft nur Forderungen und Verbindlichkeiten. Weitere Finanzinstrumente (Termingeschäfte, Derivate u. ä.) bestehen nicht.

Die ausgewiesenen Forderungen (83 T€) sind ausschließlich Forderungen gegen die GWG AG. Risiken (Preisänderungsrisiko, Ausfallrisiko, Liquiditätsrisiko, Zahlungsstromrisiko) bestehen nicht.

Die Verbindlichkeiten (360 T€) bestehen im Wesentlichen mit 208 T€ in grundbuchlich gesicherten Darlehen zur Finanzierung des Lager- und Bürogebäudes und mit 138 T€ in Verbindlichkeiten gegenüber der GWG AG. Bei den Verbindlichkeiten zur Finanzierung des Lager- und Bürogebäudes handelt es sich um zwei Darlehen, bei denen kein Zinsänderungsrisiko besteht. Ein Darlehen hat eine Zinsbindung bis 2031 und ist dann vollständig getilgt. Bei dem anderen Darlehen endet die Zinsfestschreibung im Jahre 2023. Auf Grund der dann geringen Restschuld erfolgt die Ablösung aus laufender Liquidität.

Dem Liquiditätsrisiko einer regelmäßigen Annuitätenzahlung wird durch die Auftragsvergabe der GWG AG und den damit verbundenen regelmäßigen Zahlungsströmen begegnet. Sonstige Risiken existieren nicht.

5. Prognosebericht

Bedingt durch die umfangreiche Modernisierungs- und Instandhaltungs-tätigkeit der Gesellschafterin ist auch für die nächsten Jahre eine Voll-auslastung der Gesellschaft abzusehen. Im Jahr 2022 ist gemäß des verabschiedeten Wirtschaftsplans mit einem (abzuführenden) positiven Jahresergebnis von rund 85 T€ zu rechnen.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführer

Michael Aach
Dr. Andreas Coenen

Aufsichtsrat

Günter Werner (Vorsitzender)
Lothar Birnbrich (stellvertretender Vorsitzender)
Peter Fischer
Luise Fruhen
Josef Heyes (bis 30.06.2021)
Jürgen Heinen (ab 30.06.2021)
Karl-Heinz Wassong (ab 30.06.2021)
Hans Smolenaers (bis 18.01.2021)

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 6 Mitgliedern 1 Frau an (Frauenanteil: 16,67 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

3.3.2.5 VIT GmbH

Rathausmarkt 1
41747 Viersen
Telefon: 02162 / 37820
Amtsgericht Mönchengladbach, HRB-Nr. 14145

Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist schwerpunktmäßig die Bereitstellung, Unterhaltung und der Betrieb von IT-Soft- und Hardware sowie die Erbringung dazugehöriger Dienstleistungen ausschließlich für die Gesellschafter.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zweckes ergibt sich aus dem im Gesellschaftervertrag festgelegten Gegenstand des Unternehmens. Die Gesellschaft hat die öffentliche Zielsetzung eingehalten und erreicht. Weitergehende Ausführungen können dem unten aufgeführten Lagebericht entnommen werden.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Kapitaleinlage	
	in Euro	in Prozent
Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für den Kreis Viersen AG	50.000	50,00
Viersener Aktien-Baugesellschaft AG	50.000	50,00
	100.000	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die GWG AG besitzt Kapitalanteile von 50% (50T€) an der VIT GmbH, Stammkapital der VIT GmbH beträgt zum 31.12. ca. 100 T€.

- Zweck: Bereitstellung, Unterhaltung und Betrieb von gemeinsamer IT-Soft- und Hardware der GWG AG und VAB AG.
- Es besteht ein Rahmenvertrag zwischen GWG AG, VAB und VIT GmbH über den Abschluss von Verträgen zur Erfüllung des Kooperationsvertrages.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO		EURO	EURO	EURO
Anlagevermögen	0	0	0	Eigenkapital	111.548	110.251	1.296
Umlaufvermögen	399.215	401.589	-2.374	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	245.776	236.490	9.286
				Verbindlichkeiten	41.892	54.848	-12.956
Aktive Rechnungsabgrenzung	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzung	0	0	0
Bilanzsumme	399.215	401.589	-2.374	Bilanzsumme	399.215	401.589	-2.374

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO
1. Umsatzerlöse	481.365,55	428.385,40	52.980,15
2. sonstige betriebliche Erträge	2.947,67	2.808,39	139,28
3. Materialaufwand	-451.986,43	-402.239,81	-49.746,62
4. Personalaufwand	-16.226,93	-12.178,30	-4.048,63
5. Abschreibungen	0,00	0,00	0,00
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-14.215,44	-14.587,28	371,84
7. Finanzergebnis	0,00	0,00	0,00
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	1.884,42	2.188,40	-303,98
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	1.296,42	1.504,40	-207,98

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2019
	%	%	%
Eigenkapitalquote	27,94	27,45	0,49
Eigenkapitalrentabilität	1,16	1,36	-0,20
Verschuldungsgrad	257,89	264,25	-6,36
Umsatzrentabilität	0,27	0,35	-0,08

Personalbestand

Neben dem Geschäftsführer wurden im Geschäftsjahr 2021 zwei Arbeitnehmer (Vorjahr 0) geringfügig beschäftigt.

Geschäftsentwicklung

1. Geschäftstätigkeit

Gesellschaftszweck ist die Bereitstellung, Unterhaltung und der Betrieb von IT-Soft- und Hardware sowie die Erbringung dazugehöriger Dienstleistungen ausschließlich für die Gesellschafter. Dementsprechend lag der Schwerpunkt unserer Tätigkeit in 2021 in der Gewährleistung des laufenden Betriebes mit dem ERP System SAP bei den Gesellschaftern. Die SAP-Lizenzen sind in 2011 erworben und wurden im Rahmen eines Sales-and-Lease-Back-Vertrages im Jahr 2012 veräußert. Die SAP-Lizenzen wurden durch Ablösung des Leasingvertrages zum 31.12.2016 erworben.

2. Darstellung der Lage

2.1 Ertragslage

Die Ertragslage wurde nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitet und stellt sich wie folgt dar:

	2021	2020	Veränderung zum Vorjahr
	T€	T€	T€
Erlöse aus Weiterberechnung und sonstige Erlöse	481	428	53
Aufwendungen für bezogene Leistungen	-452	-402	-50
Personalaufwand	-16	-12	-4
Abschreibungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-14	-14	0
Betriebliches Leistungsergebnis	-1	0	-1
Finanzergebnis	0	0	0
Ergebnis der ordentlichen Rechnung	0	0	0
Neutrale Erträge	3	3	0
Neutrale Aufwendungen	0	0	0
Neutrales Ergebnis	3	3	0
Gesamtergebnis vor Ertragsteuern	2	3	-1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1	-1	0
Jahresergebnis	1	2	-1

Die Gesellschaft erwirtschaftete im Geschäftsjahr ein negatives Betriebsergebnis von 1 T€.

2.2 Vermögenslage

Vermögensstruktur	31.12.2021		31.12.2020		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
Umlaufvermögen					
Kurzfristig					
Liquide Mittel	183	45,9	252	62,7	-69
Übrige Aktiva	216	54,1	150	37,3	66
Summe	399	100,0	402	100,0	-3
Bilanzsumme – Gesamtvermögen	399	100,0	402	100,0	-3
Kapitalstruktur					
Eigenkapital					
Langfristig					
Gezeichnetes Kapital	100	25,1	100	24,9	0
Gewinnvortrag und Jahresüberschuss	12	3,0	11	2,7	1
Summe	112	28,1	111	27,6	1
Fremdkapital					
Kurzfristig					
Rückstellungen	246	61,6	236	58,7	10
Übrige Verbindlichkeiten	41	10,3	55	13,7	-14
Summe	287	71,9	291	72,4	-4
Bilanzsumme - Gesamtkapital	399	100,0	402	100,0	-3

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3 T€ auf einen Wert von 399 T€ verringert.

Die übrigen Aktiva enthalten im Wesentlichen Forderungen gegenüber den Gesellschaftern aus den Abrechnungen von Dienstleistungen (215 T€)

Das Eigenkapital erhöht sich durch den Jahresüberschuss um 1 T€ auf 112 T€.

Bei den kurzfristigen übrigen Verbindlichkeiten handelt es sich mit 30 T€ im Wesentlichen um Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuer.

2.3 Finanzlage

Die nachfolgende Aufgliederung der Bilanz zum 31. Dezember 2021 nach Fristigkeiten zeigt folgende Deckungsverhältnisse:

	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung zum Vorjahr
	T€	T€	T€
1. Langfristiger Bereich			
Vermögenswerte	0	0	0
Finanzierungsmittel	112	111	1
Über-/Unterdeckung	112	111	1
2. Kurzfristiger Bereich			
Finanzmittelbestand	183	252	-69
Übrige Vermögenswerte	216	150	66
Summe	399	402	-3
Kurzfristige Verpflichtungen	287	291	-4
Stichtagsliquidität	112	111	1

Die in der Bilanz zum 31. Dezember 2021 enthaltenen langfristigen Vermögenswerte sind durch langfristige Finanzierungsmittel gedeckt. Die Zahlungsfähigkeit war im Jahr 2021 gegeben.

2.4 Finanzielle Leistungsindikatoren

Die für die Gesellschaft bedeutsamen finanziellen Leistungsindikatoren stellen sich im Vergleich zu den Vorjahren wie folgt dar:

	in	2021	2020	2019	2018	2017
Erlöse aus						
Weiterberechnungen	T€	481	428	443	471	396
Aufwendungen aus						
bezogenen Leistungen	T€	452	402	404	429	359

3. Risiko- und Chancenbericht

3.1. Risiken der künftigen Entwicklung

Risikomanagementsystem und Compliance

Der Geschäftsführer hat aufgrund des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) ein Risikomanagementsystem eingeführt. Es ist darauf ausgerichtet, die dauerhafte Zahlungsfähigkeit sicherzustellen und das Eigenkapital zu stärken. Dazu werden in verschiedenen Beobachtungsbereichen Risikoindikatoren ermittelt und bewertet.

Zum internen Kontrollsystem der Gesellschaft gehören auch Regelungen zur Compliance. Neben den geltenden gesetzlichen Bestimmungen sind unternehmensinterne Richtlinien und Anweisungen Bestandteil des Compliance Management Systems, das regelmäßig überprüft und aktualisiert wird.

Es umfasst auch die Möglichkeit für Beschäftigte und Dritte, über einen geschützten Kommunikationskanal Hinweise auf Rechtsverstöße im Unternehmen zu geben. Die Aktualisierung und Weiterentwicklung des Risikomanagements und des Compliance Systems ist eine laufende, mit hoher Priorität verfolgte Managementaufgabe.

Risikoanalyse

Die Gesellschaft ist aufgrund ihrer eingeschränkten Geschäftstätigkeit vom Fortbestand ihrer Gesellschafter abhängig.

3.2 Chancen der künftigen Entwicklung

Die permanente Entwicklung der IT-Systeme ermöglicht eine wesentliche Erweiterung des Angebots an digitalen Dienstleistungen, hierzu zählen die Mieter-App für die Bestandskunden, die Digitale Vermietung für die Interessenten und die konsequente Entwicklung von Digitalen Prozessen die in den nächsten Jahren fortgesetzt werden sollen. Die hierfür anfallenden Gebühren sowie die laufenden Gebühren werden mit einem Gewinnaufschlag an die Gesellschafter weiter berechnet. Somit ist die Liquidität der Gesellschaft gesichert.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Die Anteile unserer Gesellschaft befinden sich zu je 50 % im Besitz der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft Kreis Viersen AG und der Viersener Aktien-Baugesellschaft AG.

Voraussichtliche Entwicklung

Schwerpunkt unserer Tätigkeit wird auch in Zukunft die Bereitstellung, Unterhaltung und der Betrieb von IT-Soft- und Hardware sowie die Erbringung dazugehöriger Dienstleistungen ausschließlich für die Gesellschafter sein.

Die Wirtschafts- und Finanzplanung sieht für die Jahre 2022 bis 2026 ausgeglichene Ergebnisse sowie die jederzeitige Zahlungsfähigkeit vor.

Für das Jahr 2022 werden folgende Zahlen prognostiziert:

	in	2022
Erlöse aus Weiterberechnungen	T€	688
Aufwendungen aus bezogenen Leistungen	T€	646

Berichterstattung zur öffentlichen Zwecksetzung:

Im Berichtsjahr ist die Gesellschaft ihren gesellschaftsvertraglichen Aufgaben nachgekommen. Hierzu gehörten schwerpunktmäßig die Bereitstellung, Unterhaltung und der Betrieb von IT-Soft-

und Hardware sowie die Erbringung dazugehöriger Dienstleistungen ausschließlich für die Gesellschafter.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Thomas Klapdor

3.3.2.6 Kommunales Rechenzentrum Niederrhein GmbH

Friedrich-Heinrich-Allee 130
47475 Kamp-Lintfort
Telefon: 02842 / 90 70-0
Telefax: 02842 / 92732-0
Internet: www.krzn.de

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist das Erbringen von Organisations-, Beratungs- und Dienstleistungen sowie das Erstellen von Produkten und Produktionsleistungen im Bereich der Informationsverarbeitung. Die Gesellschaft wird für den eigenen Bedarf des Zweckverbandes Kommunales Rechenzentrum Niederrhein, seiner Verbandsmitglieder und -anwender tätig.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zweckes ergibt sich aus dem im Gesellschaftervertrag festgelegten Gegenstand des Unternehmens. Die Gesellschaft hat die öffentliche Zielsetzung eingehalten und erreicht. Weitergehende Ausführungen können dem unten aufgeführten Lagebericht entnommen werden.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Kapitaleinlage	
	in Euro	in Prozent
Kommunales Rechenzentrum Niederrhein	25.000	100,00
	25.000	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Kommunales Rechenzentrum Niederrhein

Die Angestellten der Kommunales Rechenzentrum Niederrhein GmbH sind im Rahmen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes an den Zweckverband Kommunales Rechenzentrum Niederrhein verliehen. Darüber hinaus hat die Kommunales Rechenzentrum Niederrhein GmbH keine Finanz- und Leistungsbeziehungen mit den übrigen Beteiligungen des Kreises Viersen oder dem Kreis selbst.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO		EURO	EURO	EURO
Anlagevermögen	0	0	0	Eigenkapital	344.282	314.736	29.547
Umlaufvermögen	425.826	375.968	49.858	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	62.897	50.181	12.716
				Verbindlichkeiten	20.020	12.425	7.595
Aktive Rechnungsabgrenzung	1.374	1.374	0	Passive Rechnungsabgrenzung	0	0	0
Bilanzsumme	427.200	377.342	49.858	Bilanzsumme	427.200	377.342	49.858

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO
1. Umsatzerlöse	1.438.775,64	956.274,00	482.501,64
2. sonstige betriebliche Erträge	943,72	2.206,07	-1.262,35
3. Materialaufwand	0,00	0,00	0,00
4. Personalaufwand	-1.291.753,17	-872.897,67	-418.855,50
5. Abschreibungen	0,00	0,00	0,00
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-103.901,12	-59.683,13	-44.217,99
7. Finanzergebnis	0,00	0,00	0,00
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	44.065,07	25.899,27	18.165,80
9. Jahresüberschuss (+)/- fehlbetrag (-)	29.546,63	17.377,07	12.169,56

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%	%
Eigenkapitalquote	80,59	83,41	-2,82
Eigenkapitalrentabilität	8,58	5,52	3,06
Verschuldungsgrad	24,08	19,89	4,19
Umsatzrentabilität	2,05	1,82	0,24

Personalbestand

In 2021 waren durchschnittlich 22 Angestellte (Vorjahr: 14) beschäftigt.

Geschäftsentwicklung

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell

Die KRZN GmbH ist mit Zustimmung der Bezirksregierung Düsseldorf (Kommunalaufsicht) errichtet und als Hilfsbetrieb (5 107 Abs. 2 Nr. 5 GO NRW) für ihren Gesellschafter, den Zweckverband Kommunales Rechenzentrum Niederrhein, Kamp-Lintfort, dessen Mitglieder und Anwender tätig.

Dabei handelt es sich um das Erbringen von Organisations- Beratungs- und Dienstleistungen sowie das Erstellen von Produkten und Produktionsleistungen im Bereich der Informationsverarbeitung.

Die KRZN GmbH besitzt die unbefristete Erlaubnis zur gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AUG).

Im Kalenderjahr 2021 waren bei der KRZN GmbH durchschnittlich 22 Angestellte beschäftigt, die im Rahmen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AUG) verliehen waren.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Bezüglich der gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen haben wir auf eine Erläuterung verzichtet, da diese für das Verständnis der Analyse des Geschäftsverlaufs und der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft nicht erforderlich sind.

2. Geschäftsverlauf

Aufgrund von diversen Projekten wurde das Geschäftsvolumen mit dem Zweckverband Kommunales Rechenzentrum Niederrhein im aktuellen Geschäftsjahr erhöht. Die Gesellschaft ist als Hilfsbetrieb für den Zweckverband KRZN tätig. Die wirtschaftliche Lage ist weiterhin ausschließlich von diesem Hauptkunden abhängig.

3. Ertragslage

Ergebnisquellen	Geschäftsjahr	Vorjahr	Veränderung	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Gesamtleistung	1.439	956	483	50,2
Betriebsergebnis	44	26	18	69,2
Steuerergebnis	15	9	6	66,6
Jahresergebnis	29	17	12	70,6

Das Geschäftsvolumen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 483 TEUR erhöht. Demgegenüber erhöhten sich die Personalaufwendungen um 419 TEUR. Der durchschnittliche Personalbestand erhöhte sich im aktuellen Berichtsjahr um acht Mitarbeiter auf insgesamt 22 Mitarbeiter. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 44 TEUR auf 104 TEUR. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen die erhöhten Kosten für Stellenanzeigen.

4. Finanzlage

Die Finanzlage wird weiterhin als gut eingeschätzt. Der Cashflow beträgt im Berichtsjahr 29 TEUR. Der Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit erhöhte sich um 363 TEUR auf 204 TEUR. Dementsprechend hat sich der Finanzmittelbestand zum 31.12.2021 von 140 TEUR auf 344 TEUR erhöht. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

5. Vermögenslage

Wesentliche Bilanzpos- ten	Geschäftsjahr	Vorjahr	Veränderung	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Aktiva				
Forderungen verbunden Unternehmen	80	229	-149	-65,1
Sonstige Forderungen	2	7	-5	-41,4
Liquide Mittel	344	140	204	145,7
Passiva				
Eigenkapital	344	315	29	9,2
Rückstellungen	63	50	13	26,0
Verbindlichkeiten	20	12	8	66,7
Bilanzsumme	427	377	50	13,3

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen haben sich stichtagsbezogen um 149 TEUR gemindert. Sie bestehen ausschließlich gegen den Zweckverband Kommunales Rechenzentrum Niederrhein. Der Barmittelbestand erhöhte sich stichtagsbezogen um 204 TEUR. Die Verbindlichkeiten erhöhten sich insgesamt um 8 TEUR. Langfristige Verbindlichkeiten bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 50 TEUR (13,3 %) erhöht.

Das gesamte Eigenkapital beläuft sich zum Ende des Geschäftsjahrs auf 344 TEUR. Die Eigenkapitalquote liegt bei 80,6 %.

III. Finanzielle Leistungsindikatoren

Es werden für die interne Unternehmenssteuerung die Kennzahlen Umsatz pro Mitarbeiter, Umsatzrendite, Personalkosten und die Entwicklung der Finanzlage (Cash-Flow) herangezogen.

Der Umsatz pro Mitarbeiter, ohne Berücksichtigung der Geschäftsführung, minderte sich im Vergleich zum Vorjahr um 3 TEUR auf 65 TEUR. Die Umsatzrendite erhöhte sich geringfügig von 1,8 % auf 2,0 %. Die Personalkosten haben sich von 91,3 % vom Umsatz im Kalenderjahr 2020 auf 89,8 % reduziert. Der Cash-Flow verbesserte sich von 17 TEUR auf 29 TEUR.

IV. Gesamtaussage

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage schätzen wir als gut ein.

Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen.

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen sind durch liquide Mittel und kurzfristige Vermögenswerte gedeckt.

V. Prognosebericht

Auch im Geschäftsjahr 2022 wird die Zusammenarbeit mit dem Zweckverband KRZN im Rahmen der eingegangenen Verträge fortgesetzt. Die KRZN GmbH wird ihre Tätigkeit weiterhin ausbauen und das Geschäftsvolumen für das kommende Jahr erhöhen. Im Wirtschaftsplan ist für das Geschäftsjahr 2022 ein Gewinn nach Steuern in Höhe von 15 TEUR geplant.

VI. Chancen- und Risikobericht

Risiken aus Vermögensverschlechterungen bestehen nicht. Verbindlichkeiten bestehen lediglich aus dem laufendem Geschäftsverkehr. Alle Verbindlichkeiten sind durch Bankguthaben bzw. Forderungen gegen den Zweckverband KRZN gedeckt. Bisher wurden alle Verbindlichkeiten ohne Inanspruchnahme von Bankkrediten erfüllt. Die Liquiditätslage ist zufriedenstellend; es sind keine Engpässe zu erwarten.

Aufgrund der Beschränkung der Geschäftsbeziehung ausschließlich auf den Zweckverband KRZN besteht hier eine Abhängigkeit.

VII. Zweigniederlassungsbericht

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Jonas Fischer
Jochen Müller

Aufsichtsrat

Dr. Andreas Coenen (Vorsitzender)
Christian Schölzel
Christian Küsters
Christoph Fleischhauer
Cigdem Bern
Dirk Haarmann
Dirk Buschmann
Dr. Tim Hussein
Frank Gellen
Ingo Brohl
Frauke Jansen (ab 02.03.2021)
Gerhard Kießlich (bis 20.09.2021)
Jochen Brunnhofer
Thorsten Bräuninger (ab 21.09.2021)
Thomas Hendele
Markus Metzen
Michael Baumann (bis 01.03.2021)
Martin M. Richter
Martin Mayer
Rainer Weber
Sabine Anemüller
Silke Gorißen
Sandra Pietschmann
Sven Kaiser
Ulrich Cyprian
Ulrich Knickrehm

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 24 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 20,8%).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

3.3.2.7 Entwicklungsgesellschaft Energie- und Gewerbepark Elmpt mbH

Laurentiusstraße 19
41372 Niederkrüchten
Amtsgericht Mönchengladbach, HRB-Nr. 17603

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes für die zukünftige Nutzung des ehemaligen Militärgeländes Niederkrüchten-Elmpt. Dazu gehören insbesondere Grunderwerb, Planung, Abstimmung mit Interessenten und Behörden, Abriss, bauliche Herrichtung einschließlich der Erschließung und die Veräußerung.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zweckes ergibt sich aus dem im Gesellschaftervertrag festgelegten Gegenstand des Unternehmens. Die Gesellschaft hat die öffentliche Zielsetzung eingehalten und erreicht.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Kapitaleinlage	
	in Euro	in Prozent
Gemeinde Niederkrüchten	10.000,00	40,00
Kreis Viersen	10.000,00	40,00
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH	5.000,00	20,00
	25.000,00	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Kreis Viersen

Der Kreis Viersen hat in 2021 einen Gesellschafterzuschuss in Höhe von 74.800 EUR an die Entwicklungsgesellschaft Energie- und Gewerbepark Elmpt mbH geleistet.

Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH hat in 2021 einen Betriebsmittelzuschuss in Höhe von 37.000 EUR an die Entwicklungsgesellschaft Energie- und Gewerbepark Elmpt mbH.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO		EURO	EURO	EURO
Anlagevermögen	2.722	5.691	-2.969	Eigenkapital	1.668.007	260.224	1.407.783
Umlaufvermögen	6.284.317	1.403.522	4.880.795	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	4.445.866	7.400	4.438.466
				Verbindlichkeiten	173.406	1.141.829	-968.423
Aktive Rechnungsabgrenzung	240	240	0	Passive Rechnungsabgrenzung	0	0	0
Bilanzsumme	6.287.279	1.409.453	4.877.826	Bilanzsumme	6.287.279	1.409.453	4.877.826

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO
1. Umsatzerlöse	35.584.900,00	0,00	35.584.900,00
2. sonstige betriebliche Erträge	419,30	40.469,42	-40.050,12
3. Materialaufwand	0,00	0,00	0,00
4. Personalaufwand	-19.704,15	-19.609,42	-94,73
4. Abschreibungen	-2.969,00	-2.969,00	0,00
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	-33.872.728,12	-33.365,14	-33.839.362,98
6. Finanzergebnis	-43.469,40	-4.297,22	-39.172,18
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	1.646.448,63	-19.771,36	1.666.219,99
9. Jahresüberschuss (+)/- fehlbetrag (-)	1.220.782,63	-19.771,36	1.240.553,99

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%	%
Eigenkapitalquote	26,53	18,46	8,07
Eigenkapitalrentabilität	73,19	-7,60	80,79
Anlagendeckungsgrad 2	61.278,73	4.572,56	56.706,17
Verschuldungsgrad	276,93	441,63	-164,70

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 3 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 3) für das Unternehmen tätig.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Tobias Hinsen
Dr. Thomas Jablonski
Ingo Schabrich

Aufsichtsrat

Dr. Andreas Coenen (Vorsitzender)
Karl-Heinz Wassong (stellv. Vorsitzender)
Dietmar Brockes
Peter Fischer
Jürgen Heinen
Tanja Jansen
Wilhelm Mankau
Dr. Marcus Optendrenk
Udo Schiefner
Christoph Szallies
Johannes Wahlenberg

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 11 Mitgliedern eine Frau an (Frauenanteil: 10 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

3.3.2.8 Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für den Kreis Viersen AG (GWG AG)

Willy-Brandt-Ring 17

41747 Viersen

Telefon: 02162 / 5780-0

Telefax: 02162 / 5780-599

Internet: www.gwg-kreis-viersen.de

Amtsgericht Mönchengladbach, HRB-Nr. 10643

Zweck der Beteiligung

Der Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum (gemeinnütziger Zweck). Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zweckes ergibt sich aus dem im Gesellschaftervertrag festgelegten Gegenstand des Unternehmens. Die Gesellschaft hat die öffentliche Zielsetzung eingehalten und erreicht. Weitergehende Ausführungen können dem unten aufgeführten Lagebericht entnommen werden

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Aktionär	Kapitaleinlage in €	Kapitaleinlage in Prozent
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH	6.720.000,00	41,34
Sparkasse Krefeld	6.325.200,00	38,92
Stadt Willich	896.700,00	5,52
Schwalmtalwerke AöR	484.050,00	2,98
Stadt Meerbusch	468.300,00	2,88
Stadt Viersen	402.150,00	2,47
Gemeinde Niederkrüchten	315.000,00	1,94
Gemeinde Brüggen	233.100,00	1,43
Stadt Krefeld	176.400,00	1,09
Stadt Tönisvorst	73.500,00	0,45
Stadt Kempen	52.500,00	0,32
Stadt Nettetal	52.500,00	0,32
Gemeinde Grefrath	51.450,00	0,32
1 Privatperson	3.150,00	0,02
	16.254.000,00	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es besteht ein Rahmenvertrag zwischen GWG AG, VAB und VIT GmbH über den Abschluss von Verträgen zur Erfüllung des Kooperationsvertrages

Die WFG hat der GWG AG Büroflächen vermietet.

Der Kreis Viersen leistete 51 TEUR an die GWG AG und erhielt von der GWG AG 234 TEUR unter anderem für die Tilgung eines Wohnungsbaudarlehens

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	226.697	216.528	10.169	Eigenkapital	52.479	50.231	2.247
Umlaufvermögen	12.061	11.031	1.030	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	1.119	1.181	-62
				Verbindlichkeiten	178.259	171.428	6.831
Aktive Rechnungsabgrenzung	6	5	1	Passive Rechnungsabgrenzung	6.955	4.762	2.192
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	48	39	9				
Bilanzsumme	238.812	227.603	11.208	Bilanzsumme	238.812	227.603	11.208

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	31.858,04	30.084,77	1.773,27
2. sonstige betriebliche Erträge	2.381,92	2.660,87	-278,95
3. Materialaufwand	-15.946,52	-14.549,22	-1.397,30
4. Personalaufwand	-4.310,12	-4.111,80	-198,32
5. Abschreibungen	-6.205,57	-5.725,59	-479,98
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.718,08	-1.753,72	35,64
7. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	80,03	69,59	10,44
8. Finanzergebnis	-2.658,98	-2.888,66	229,68
9. Ergebnis vor Ertragssteuern	3.480,72	3.786,23	-305,51
10. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	2.649,74	2.952,53	-302,78

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%	%
Eigenkapitalquote	21,97	22,07	-0,09
Eigenkapitalrentabilität	5,05	5,88	-0,83
Anlagendeckungsgrad 2	23,15	23,20	-0,05
Verschuldungsgrad	341,81	343,63	-1,82
Umsatzrentabilität	8,32	9,81	-1,50

Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigte zum Ende des Berichtsjahrs 37 Beschäftigte in Vollzeit (Vorjahr: 44) (darin enthalten 4 Auszubildende) und 18 Mitarbeitende in Teilzeit (Vorjahr 14).

Geschäftsentwicklung

1. Gegenstand und Zwecksetzung des Unternehmens

1.1 Gegenstand des Unternehmens

Das im Jahre 1901 als Aktiengesellschaft gegründete Unternehmen hat seinen Sitz in Viersen. Wesentliche Anteilseigner sind der Kreis Viersen (über seine Wirtschaftsförderungsgesellschaft) sowie die Sparkasse Krefeld.

Hauptgeschäftsfeld des Unternehmens ist die Errichtung und Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestandes. Ein weiteres Geschäftsfeld ist die so genannte Fremdverwaltung (Verwaltung des Wohnungsbesitzes Dritter).

Der regionale Tätigkeitsschwerpunkt liegt am Niederrhein in den Städten und Gemeinden des Kreises Viersen sowie in den Städten Krefeld, Meerbusch und Geldern.

1.2 Berichtserstattung über die öffentliche Zwecksetzung

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsver-sorgung für breite Schichten der Bevölkerung.

Die Gesellschaft ist dieser Verpflichtung, auch unter Berücksichtigung einer angemessenen Preisbildung bei der Wohnraumvermietung, stets nachgekommen.

2. Geschäftsverlauf

2.1 Rahmenbedingungen

Der Geschäftsverlauf des Jahres 2021 war durch die folgenden wesentlichen Rahmenbedingungen gekennzeichnet (die nachfolgenden Daten stammen aus einer entsprechenden Veröffentlichung des GdW Bundesverband):

Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland war auch im Jahr 2021 von der Corona-Pandemie geprägt. Gebremst durch die andauernde Pandemiesituation und zunehmende Liefer- und Materialengpässe konnte sich die deutsche Wirtschaft nach dem Einbruch im Jahr 2020 nur allmählich erholen. Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021 um 2,7 % höher als 2020. Das reichte jedoch nicht, um den starken Rückgang im ersten Coronajahr aufzuholen. Im Vergleich zum Jahr 2019, also dem Jahr vor der Krise, war das BIP 2021 noch um 2,0 % niedriger. Die konjunkturelle Entwicklung im Jahresverlauf war auch im Jahr 2021 stark abhängig vom Infektionsgeschehen und den damit einhergehenden Corona-Schutzmaßnahmen.

Zum Jahresbeginn befand sich Deutschland mitten in der zweiten Coronawelle und in einem Lockdown. Das führte im 1. Quartal zu einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts. Als die Beschränkungen im Verlauf des Jahres 2021 nach und nach wegfielen, erholte sich die deutsche Wirtschaft spürbar. Die zunehmenden Liefer- und Materialengpässe dämpften jedoch die Erholung, die zum Jahresende durch die vierte Coronawelle und erneute Verschärfungen der staatlichen Schutzmaßnahmen gestoppt wurde. Gegenüber dem Vorquartal erwartet das Statistische Bundesamt für das 4. Quartal 2021 einen leichten Rückgang der Wirtschaftsleistung von 0,5 % bis 1,0 %.

Die Prognose des wirtschaftlichen Erholungsprozesses ist weiter mit Unsicherheiten behaftet. So bleibt der Impffortschritt hinter den Erwartungen zurück und die weltweiten Produktions- und Lieferschwierigkeiten haben sich noch nicht gelegt. Neu auftretende Virusvarianten, wie derzeit die Omikron-Variante, stellen die Pandemiebekämpfung vor neue Herausforderungen. Auch die Produktions- und Lieferengpässe könnten länger anhalten und weiteren Aufwärtsdruck auf die Preise erzeugen. Die Vorausschätzungen der Wirtschaftsforschungsinstitute zur Wachstumsrate in 2022 bewegen sich in einer Spannweite von 3,5 % bis 4,9 %. Ende 2022 dürfte die deutsche Wirtschaft nach Einschätzung der Institute das Vorkrisenniveau der wirtschaftlichen Auslastung wieder deutlich übertreffen.

Die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft, die im Jahr 2021 rund 10,8 % der gesamten Bruttowertschöpfung erzeugte, konnte um 1 % zulegen, ähnlich stark wie im Vorkrisenjahr 2019. Lediglich im ersten Coronajahr 2020 war sie leicht um 0,5 % gesunken. Für gewöhnlich erreicht die Wachstumsrate der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft nur moderate Werte und ist zudem nur geringen Schwankungen unterworfen. Gerade aufgrund dieser Beständigkeit beweisen die Immobiliendienstleister ihre stabilisierende Funktion, die sie auch in den Krisenjahren 2020/2021

unter Beweis stellen konnten. Nominal erzielte die Grundstücks- und Immobilienwirtschaft 2021 eine Bruttowertschöpfung von 347 Milliarden EUR.

Die Bedeutung der Immobilienwirtschaft als Stabilitätsanker zeigt sich vor allem beim Vergleich mit dem Vorkrisenjahr 2019: Trotz der Zuwächse im Jahr 2021 und der Tatsache, dass vier Arbeitstage mehr zur Verfügung standen als im Jahr 2019, hat die Wirtschaftsleistung in den meisten Wirtschaftsbereichen noch nicht wieder das Vorkrisenniveau erreicht. Ausnahmen waren das Baugewerbe (+3,3 %), der Bereich Information und Kommunikation (+2,3 %) sowie die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft (+0,6 %), die sich in der Pandemie behaupten und ihre Wirtschaftsleistung im Vergleich zu 2019 messbar steigern konnten. Die Bauinvestitionen legten im Jahr 2021 nach fünf Jahren mit teilweise deutlichen Zuwächsen nur noch um 0,5 % zu. Gründe hierfür sind – trotz hoher Nachfrage – voll ausgelastete Kapazitäten im Bau, bedingt durch fehlende Arbeitskräfte und Materialmangel als Folge von Lieferengpässen.

2.2 Bestandsentwicklung

Zum Stichtag 31.12.2021 verwaltete das Unternehmen 4.791 eigene Wohneinheiten (Vorjahr 4.736). Im eigenen Wohnungsbestand sind 1.231 Wohneinheiten (Vorjahr 1.240) öffentlich gefördert. Dazu befinden sich im weiteren Eigentum des Unternehmens 26 Gewerbeeinheiten sowie 2.072 Garagen/Stellplätze. In der regionalen Aufgliederung verteilt sich der Bestand unserer eigenen Wohnungen wie folgt:

	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung
Brüggen	181 WE	181 WE	
Geldern	46 WE	46 WE	
Grefrath	218 WE	219 WE	-1
Kempen	524 WE	524 WE	
Krefeld	114 WE	114 WE	
Meerbusch	791 WE	780 WE	+ 11
Nettetal	823 WE	823 WE	
Niederkrüchten	67 WE	42 WE	+ 25
Schwalmtal	312 WE	312 WE	
Tönisvorst	192 WE	179 WE	+ 13
Viersen	802 WE	802 WE	
Willich	721 WE	714 WE	+ 7
	<u>4.791 WE</u>	<u>4.736 WE</u>	<u>+ 55</u>

Im Geschäftsjahr 2021 wurden die zur Bebauung mit Wohnungen vorgesehenen Grundstücke St. Töniser Straße (100 T€) in Kempen, Dr.-Lindemann-Straße (950 T€) in Niederkrüchten, Erkelenzer Straße (415 T€) in Niederkrüchten und Von-Schaesberg-Weg (583 T€) in Brüggem angekauft. Zur Bestandsarrondierung wurden die bebauten Grundstücke Freiheitsstraße 5-9 (421 T€) in Niederkrüchten-Elmpt und an der Wae 7-13 (750 T€) in Niederkrüchten sowie die kleinere unbebaute Fläche Unterstraße (12 T€) in Viersen-Süchteln erworben.

Im Geschäftsjahr wurden im Bereich der Althausverkäufe insgesamt 1 Einfamilienhaus verkauft.

Im Geschäftsjahr erfolgte kein Abriss von Bestandsgebäuden.

Im Bereich der Fremdverwaltung wurden insgesamt 182 Wohneinheiten, 106 Gewerbeeinheiten, 702 Garagen/Stellplätze und 19 Wohnungseigentümer-gemeinschaften betreut.

2.3 Neubautätigkeit

Im Bereich der „Grundstücke mit Wohnbauten“ wurden Zugänge von 3,8 Mio. € für Neubauten bilanziert. Unter Berücksichtigung von Umbuchungen aus dem Posten „Anlagen im Bau“ in den Posten „Grundstücke mit Wohnbauten“ betrafen diese Zugänge bei den in 2021 fertiggestellten Objekten die Maßnahmen Uerdinger Str. 170/172 (3,5 Mio. €) in Meerbusch-Lank, Kuhstr. 11 (3,1 Mio. €) in Tönisvorst-Vorst und Neusser Straße 49-49f (2,4 Mio. €) in Willich.

Der Posten „Anlagen im Bau“ verzeichnete Zugänge i.H.v. 5,8 Mio. €. Diese Zugänge umfassten die Projekte Gerhart-Hauptmann-Straße 19/21 (2,2 Mio. €) in Meerbusch-Strümp, Florianstr. 8 (0,5 Mio. €) in Niederkrüchten-Elmpt, Hunsbrückstraße 12 (1,7 Mio. €) in Kempen-St. Hubert und Anrather Straße 19/19a (1,4 Mio. €) in Willich.

2.4 Modernisierung / Instandhaltung

Neben den geplanten aufwandswirksamen Großinstandhaltungen wurden im Geschäftsjahr 2,1 Mio. € (Vorjahr 7,5 Mio. €) für Modernisierung in die Bauten des Anlagevermögens investiert.

Die Zugänge umfassten im Wesentlichen die Komplettsanierung der Häuser Lindenstraße 25-31 in Meerbusch-Osterath. Diese Maßnahme wurden mit Fördermitteln des Landes NRW (RL Mod.) durchgeführt. Durch das Förderprogramm wurden diese bisher freifinanzierten Wohnungen in öffentlich geförderte Wohnungen umgewandelt.

Im Bereich der Großinstandhaltung wurden insbesondere unter anderem Dach-, Aufzugs-, und Balkonsanierungen durchgeführt.

2.5 Vermietung

Die Gesamtleerstandsquote des Wohnungsbestandes beträgt 2,6 % (127 WE) und hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr (2,6 %, 121 WE) nicht verändert. Der marktbedingte Leerstand liegt bei 1,1 % (52 WE) und damit um 12 Wohnungen niedriger als im Vorjahr. Die Fluktuationsquote liegt bei 6,8 % (Vorjahr 7,6%) des Wohnungsbestandes. Die wesentlichen Ursachen für die Fluktuation waren: Tod des Mieters, Wohnungsgröße/-schnitt, Wohnortwechsel sowie Umzug ins Alten-/Pflegeheim.

Die durchschnittliche monatliche Nettokaltmiete (Dezember) des Unternehmens ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen und betrug zum Stichtag 31.12.2021 5,60 € pro qm (Vorjahr 5,46 € pro qm). Dies begründet sich zum einen durch die Fertigstellung neuer Wohnungen, als auch in der angemessenen Anpassung der Bestandsmieten an die örtliche Vergleichsmiete.

3. Darstellung der Lage

3.1 Vermögenslage

	31.12.2021			Vorjahr			Veränderung T€
	gesamt		davon kurzfristig	gesamt		davon kurzfristig	
	T€	%	T€	T€	%	T€	
Vermögen							
Immaterielle Vermögensgegenstände	82	0,0	0	1	0,0	0	81
Immobilienvermögen	225.503	94,5	0	215.360	94,6	0	10.143
Übrige Sachanlagen	558	0,2	0	589	0,3	0	-31
Finanzanlagen	554	0,2	0	578	0,2	0	-24
Anlagevermögen	226.697	94,9	0	216.528	95,1	0	10.169
Verkaufsgrundstücke	608	0,3	0	608	0,3	0	0
Übrige Vorräte	9.124	3,8	9.124	8.417	3,7	8.417	707
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	508	0,2	508	837	0,4	837	-329
Flüssige Mittel	1.821	0,8	1.821	1.169	0,5	1.169	652
Rechnungsabgrenzungsposten	6	0,0	0	5	0,0	0	1
Aktiver Unterschiedsbetrag							
Vermögensverrechnung	48	0,0	0	39	0,0	0	9
Umlaufvermögen/RAP	12.115	5,1	11.453	11.075	4,9	10.423	1.040
	238.812	100,0	11.453	227.603	100,0	10.423	11.209

	31.12.2021			Vorjahr			Veränderung T€
	gesamt		davon kurzfristig	gesamt		davon kurzfristig	
	T€	%	T€	T€	%	T€	
Kapital							
Gezeichnetes Kapital	16.254	6,8	0	16.254	7,2	0	0
Gewinnrücklagen	33.427	14,0	0	30.727	13,5	0	2.700
Gewinnvortrag	148	0,1	0	298	0,1	0	-150
Jahresüberschuss	2.650	1,1	402	2.953	1,3	402	-303
Eigenkapital	52.479	22,0	402	50.232	22,1	402	2.247
Rückstellungen	1.119	0,5	1.024	1.181	0,5	1.109	-62
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern	164.029	68,7	0	157.249	69,1	0	6.780
Erhaltene Anzahlungen	10.107	4,2	10.107	9.787	4,3	9.787	320
Übrige Verbindlichkeiten	4.123	1,7	4.123	4.392	1,9	4.392	-269
Rechnungsabgrenzungsposten	6.955	2,9	0	4.762	2,1	0	2.193
Fremdkapital/RAP	186.333	78,0	15.254	177.371	77,9	15.288	8.962
	238.812	100,0	15.656	227.603	100,0	15.690	11.209

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 11,2 Mio. € auf 238,8 Mio. € erhöht. Auf der Aktivseite ist dieser Anstieg im Wesentlichen durch das Immobilienvermögen bedingt. Aufgrund der umfangreichen Neubau- und Modernisierungstätigkeit im Geschäftsjahr 2021 hat sich das Immobilienvermögen der Gesellschaft um insgesamt 10,1 Mio. € erhöht. Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital aufgrund des erzielten Jahresüberschusses von 2,6 Mio. €, dem eine Ausschüttung von 0,4 Mio. € gegenüberstand, um 2,2 Mio. € erhöht. Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 22,0 % und ist damit im Vergleich zum Vorjahr (22,1 %) leicht gesunken.

Aufgrund der umfangreichen Bautätigkeit sind die Finanzverbindlichkeiten im Saldo um 6,8 Mio. € auf 164,0 Mio. € gestiegen. Diese Veränderung ist maßgeblich mit der Neuvaluierung von 18,8 Mio. € im Rahmen der Bautätigkeit und den planmäßigen Tilgungen von 4,9 Mio. €, Rückzahlungen von 4,6 Mio. € sowie Tilgungsnachlässen aus öffentlichen Mitteln i.H.v. 2,5 Mio. € verbunden. Der passive Rechnungsabgrenzungsposten ist um 2,2 Mio. € auf 7,0 Mio. € gestiegen und enthält die Tilgungsnachlässe für öffentliche Förderdarlehen, die anhand der Förderdauer sukzessive ertragswirksam aufgelöst werden sowie Förderzuschüsse, die über den Zeitraum der Belegungsbindung aufgelöst werden.

3.2 Finanzlage

Die Finanzlage des Unternehmens stellt sich als Kapitalflussrechnung wie folgt dar:

	2021 TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR
Jahresergebnis	2.650	2.953	-303
Abschreibungen auf das Anlagevermögen	6.206	5.726	480
Erhöhung langfristige Rückstellungen	23	34	-11
Aktiviert Eigenleistungen	-934	-1.442	508
Sonstige zahlungsunwirksame Erträge	-350	-226	-124
Cashflow	7.595	7.045	550
Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-109	-252	143
Abnahme der Verkaufsgrundstücke	0	278	-278
Zunahme sonstiger Aktiva	-388	-786	398
Abnahme kurzfristiger Rückstellungen	-85	-22	-63
Zunahme sonstiger Passiva	94	1.276	-1.182
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	7.107	7.539	-432
Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	-86	0	-86
Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagen	-15.533	-24.629	9.096
Einzahlungen aus Abgängen von Sachanlagen	263	254	9
Einzahlungen aus Abgängen von Finanzanlagen	24	4	20
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-15.332	-24.371	9.039
Valutierung von Darlehen	18.803	21.664	-2.861
Planmäßige Tilgung von Darlehen	-4.945	-4.871	-74
Rückzahlung von Darlehen	-4.579	0	-4.579
Auszahlungen an Aktionäre	-402	-402	0
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	8.877	16.391	-7.514

Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	652	-441	1.093
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	1.169	1.610	-441
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u>1.821</u>	<u>1.169</u>	<u>652</u>

Der positive Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (7.107 T€) führt zusammen mit dem Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (8.877 T€) und einem negativen Cash-flow aus der Investitionstätigkeit (15.332 T€) zu einer Zunahme der Finanzmittel um 652 T€ auf 1.821 T€.

Die Bilanz zum 31.12.2021 enthält mit 227.359 T€ mittel- und langfristig gebundenes Vermögen, dabei handelt es sich im Wesentlichen um Anlagevermögen. Das kurzfristig gebundene Vermögen in Höhe von 11.453 T€ enthält im Wesentlichen abzurechnende Betriebskosten sowie liquide Mittel. Dieses Vermögen wird durch 223.156 T€ langfristige Mittel finanziert.

Die Liquidität war über das ganze Jahr 2021 gegeben. Die Gesellschaft konnte ihre finanziellen Verpflichtungen jederzeit erfüllen. Die Zahlungsfähigkeit ist unter Einbeziehung der Finanzplanung auch für das Jahr 2022 jederzeit gegeben.

3.3 Ertragslage

Die Ertragslage wurde nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitet und stellt sich wie folgt dar:

Ertragslage	2021		Vorjahr		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
Umsatzerlöse	31.858	93,1	30.085	92,0	1.773
Bestandsveränderungen	707	2,1	235	0,7	472
Aktivierte Eigenleistungen	934	2,7	1.442	4,4	-508
Gesamtleistungen	33.499	97,9	31.762	97,1	1.737
Sonstige Betriebserträge	707	2,1	954	2,9	-247
Betriebsleistung	34.206	100,0	32.716	100,0	1.490
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	15.946	46,6	14.549	44,5	1.397
Personalaufwand	4.310	12,6	4.112	12,6	198
Abschreibungen (planmäßig)	6.206	18,1	5.726	17,5	480
Andere betriebliche Aufwendungen	1.718	5,0	1.702	5,2	16
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.658	7,8	2.885	8,8	-227
Sonstige (gewinnunabhängige) Steuern	818	2,4	808	2,4	10
Aufwendungen für die Betriebsleistung	31.656	92,5	29.782	91,0	1.874
Betriebsergebnis	2.550	7,5	2.934	9,0	-384

Beteiligungs- und Finanzergebnis	80	67	13
Neutrales Ergebnis	<u>33</u>	<u>-23</u>	<u>56</u>
Ergebnis vor Steuern	2.663	2.978	-315
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>13</u>	<u>25</u>	<u>-12</u>
Jahresüberschuss	<u><u>2.650</u></u>	<u><u>2.953</u></u>	<u><u>-303</u></u>

Die Betriebsleistung ist im Vergleich zum Vorjahr um 1.490 T€ auf 34.206 T€ gestiegen. Im Bereich der Umsatzerlöse resultiert der Anstieg im Wesentlichen aus dem Saldo der um 1.671 T€ gestiegenen Erlösen aus der Hausbewirtschaftung und dem Anstieg der anderen Lieferungen und Leistungen um 563 T€ sowie der um 465 T€ gesunkenen Erlösen aus dem Grundstücksverkauf des Umlaufvermögens. Die Sollmieten innerhalb der Position Umsatzerlöse sind im Geschäftsjahr 2021 um 983 T€ gestiegen.

Die aktivierten Eigenleistungen sind um 508 T€ geringer als im Vorjahr und entfallen mit 496 T€ auf Wohnbauten und mit 438 T€ auf Anlagen im Bau. Der Rückgang begründet sich in der Übergangsphase des Bauprogramm 2015-2020 zu dem Bauprogramm 2021-2025.

Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassen im Wesentlichen die Erstattungen aus Versicherungen (400 T€; Vorjahr 488 T€), die Erlöse aus dem Verkauf von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens (110 T€; Vorjahr 252 T€) sowie die Auflösung von Wertberichtigungen und die Eingänge auf abgeschriebenen Mietforderungen (91 T€; Vorjahr 110 T€).

Die Aufwendungen für die Betriebsleistung sind um 1.874 T€ auf 31.656 T€ gestiegen. Im Bereich der Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen resultiert der Anstieg im Wesentlichen durch die um 800 T€ höheren Aufwendungen für Betriebskosten sowie den um 581 T€ höheren Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen. Der Personalaufwand ist unter anderem durch Höhergruppierungen und durch tariflich bedingte Gehaltserhöhungen um 198 T€ gestiegen. Die planmäßige Abschreibung ist aufgrund der umfangreichen Investitionstätigkeit in das Immobilienvermögen um 480 T€ gestiegen. Die Zinsaufwendungen sind trotz hoher Neuavalutierungen um 227 T€ gesunken. Dies begründet sich im Wesentlichen in der Prolongation von Darlehen zu deutlich niedrigeren Zinssätzen als bislang.

Das Betriebsergebnis ist durch die um 1.490 T€ verbesserte Betriebsleistung und gleichzeitig um 1.874 T€ gestiegenen Aufwendungen für die Betriebsleistung um 384 T€ auf 2.550 T€ gesunken.

Das Beteiligungs- und Finanzergebnis enthält im Wesentlichen die Erträge aus der Gewinnabführung von der GWG Dienstleistungs-GmbH.

Das positive neutrale Ergebnis umfasst in 2021 die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und der Ausbuchung von Verbindlichkeiten.

Das Unternehmen erwirtschaftete im Geschäftsjahr einen Überschuss von 2.650 T€. Mit dem Gewinnvortrag i.H.v. 148 T€ ergibt sich ein Bilanzgewinn von 2.798 T€. Es ist beabsichtigt, eine Dividende von 26,00 € je Stückaktie (402 T€) auszuschütten, einen Betrag von T€ 2.200 in die Rücklagen einzustellen und den Restbetrag von 196 T€ auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft ist geordnet.

3.4 Finanzielle Leistungsindikatoren

Wesentliche Leistungsindikatoren des Unternehmens sind im Vergleich für die Jahre 2020 und 2021 in der folgenden Tabelle dargestellt:

Kennzahlen	in	2021	2020
Bilanzsumme	T€	238.812	227.603
Sachanlagevermögen	T€	226.061	215.949
Sachanlagenintensität	%	94,7	94,9
Investitionen in Sachanlagen	T€	16.467	26.071
Planmäßige Abschreibungen (Sachanlagen)	T€	6.200	5.725
Sachanlagenabnutzungsgrad	%	34,5	34,3
Eigenkapital	T€	52.479	50.232
Eigenkapitalquote	%	22,0	22,1
Langfristiges Fremdkapital (Darlehen)	T€	164.029	157.249
Finanzierungsquote	%	68,7	69,1
Jahresüberschuss	T€	2.650	2.953
Umsatzerlöse	T€	31.858	30.085
durchschnittliche Sollmiete (Dezember)	€/qm/mtl.	5,60	5,46
Instandhaltungskosten	€/qm/mtl.	1,26	1,25
Fluktuationsquote	%	6,8	7,6
Marktbedingter Leerstand	%	1,1	1,4

3.5 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Das Unternehmen beschäftigte zum Ende des Berichtsjahrs mit 37 Frauen und 22 Männern insgesamt 59 (Vorjahr 59) Mitarbeiter-/innen, darin enthalten sind 4 Auszubildende. Im kaufmännischen Bereich ist die Mitarbeiterschaft im Wesentlichen durch Immobilienkaufleute und Betriebswirte geprägt, im technischen Bereich sind es Techniker und Architekten.

Die Vergütung erfolgt seit dem 01.10.2005 nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD), besonderer Teil Sparkassen (BT-S).

Als Altersvorsorge sind alle Mitarbeiter bei der Rheinischen Zusatzversorgungskasse versichert. Der Beitragssatz beträgt zurzeit 7,75 % und setzt sich zusammen aus der allgemeinen Umlage i.H.v. 4,25% und dem Sanierungsgeld von 3,5%. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird es durch einen Rahmenvertrag mit der Sparkassen-Pensionskasse ermöglicht, eine zusätzliche Altersversorgung durch Gehaltsumwandlung aufzubauen.

Die Hausmeistertätigkeiten sowie die Tätigkeiten des sog. Regiebetriebs (Arbeiten im Bereich Grünpflege, Malerarbeiten, Fliesenarbeiten sowie Aufräum- und sonstige Arbeiten) werden durch die GWG Dienstleistungs-GmbH, einer 100 %igen Tochtergesellschaft, durchgeführt. In

diesem Zusammenhang ist ein Handwerker im Rahmen eines Personalgestellungsvertrages bei der GWG Dienstleistungs-GmbH tätig.

4. Risikobericht

4.1 Risikomanagement

Im Rahmen des Risikomanagements überwacht das Unternehmen derzeit 48 potenzielle Einzelrisiken. Die Bedeutung jedes Einzelrisikos wird in einer Matrix definiert, die zum einen die Schadenshöhe und zum anderen die Eintrittswahrscheinlichkeit berücksichtigt. Jedes Einzelrisiko wird dann auf Grund dieser Evaluierung in eine der 25 Risikoklassen eingeordnet.

Für die bestehenden geringfügigen Einzelrisiken ist durch entsprechende Wertberichtigung, Rückstellung, organisatorische Maßnahmen u.ä. Vorsorge getroffen worden.

4.2. Finanzinstrumente

Als Finanzierungsinstrumente im Bereich unseres Unternehmens sind zu nennen: auf der Aktivseite Finanzanlagen und Forderungen sowie auf der Passivseite Verbindlichkeiten. Weitere Finanzinstrumente (Termingeschäfte, Optionen, Derivate oder ähnliches) werden nicht eingesetzt.

Als wesentliches Finanzinstrument sind hierbei die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern in Höhe von 164,0 Mio. € zu sehen. Es handelt sich hierbei um von Dritten gewährte, grundschuldlich abgesicherte, Darlehen zur Finanzierung unseres Anlagevermögens. Bezüglich der Einzelheiten wird auf den Verbindlichkeitspiegel im Anhang zum Jahresabschluss verwiesen.

Das Zinsrisiko (Preisänderungsrisiko) wird zum einen wegen der Verteilung der Zinsbindungsfristen auf unterschiedliche Zeiträume und zum anderen wegen der derzeit niedrigen und relativ stabilen Zinssituation auch weiterhin als gering angesehen. Darüber hinaus erfolgt eine regelmäßige Kontrolle des Kreditportfolios. Die übrigen Risiken von Finanzierungsinstrumenten (Ausfallrisiko, Liquiditätsrisiko, Zahlungsstromrisiko) sind in diesem Bereich nicht erkennbar bzw. durch den kontinuierlichen Mittelzufluss der Mieten entsprechend abgesichert.

Im Bereich der Forderungen sind eventuell bestehende Ausfallrisiken durch Wertberichtigungen antizipiert. Weitere Risiken sind hier nicht erkennbar.

Bei den Finanzanlagen handelt es sich im Wesentlichen um Anteile an verbundenen Unternehmen bzw. Beteiligungen, bei denen keine Finanzierungsrisiken bestehen.

4.3 Baukosten - Baupreisindex

Der Baupreisindex wird vom Statistischen Bundesamt herausgegeben und spiegelt die Entwicklung der Preise für Neubau und Instandhaltung von Wohngebäuden wider. Ausgehend vom Basisjahr 2015 hat sich der Baupreisindex für Wohngebäude wie folgt entwickelt:

Quartal	Index	Veränderung zum Vorjahreszeitraum
I / 2021	120,8	3,1%
II / 2021	125,2	6,4%
III / 2021	129,6	12,6%
IV / 2021	132,3	14,4%

Die Preise für den Neubau von Wohngebäuden in Deutschland sind im November 2021 gegenüber November 2020 um 14,4 % gestiegen. Das ist der höchste Anstieg der Baupreise seit August 1970. Dies begründet sich aus dem Effekt der befristeten Mehrwertsteuersenkung im Jahr 2020 sowie gestiegener Materialpreise. Ohne Mehrwertsteuersenkung hätte der Preisanstieg noch 11,6% betragen.

Bei den Baupreisen von Wohngebäuden betrafen die stärksten Preissteigerungen die Zimmer- und Holzarbeiten (+38,9%), Kanalarbeiten (18,2%), Dachdeckungs- und Dachabdichtungsarbeiten (17,1%), Sanitärarbeiten (16,8%) sowie Betonarbeiten (16,5%). Die Preise für Instandhaltungsarbeiten an Wohngebäuden (ohne Schönheitsreparaturen) stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 14,2%.

4.4 Auswirkung des Coronavirus

Die Auswirkungen der Pandemie wurden bereits unter Punkt 2.1 näher beschrieben. Für die Gesellschaft bestehen in diesem Zusammenhang Risiken aus der Verzögerung bei der Durchführung von Instandhaltungs-, Modernisierungs- und Baumaßnahmen verbunden mit dem Risiko von Kostensteigerungen und der Verzögerung von geplanten Einnahmen. Darüber hinaus könnten die Mietausfälle ansteigen.

Im Geschäftsjahr 2021 gab es jedoch keine wesentlichen und durch die Pandemie bedingten Verzögerungen und Ausfälle.

4.5 Ukraine-Krise

Die Ukraine-Krise begann am 24.02.2022 mit dem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine, welcher in der globalen Wirtschaft deutliche Spuren hinterlassen wird. Im Wesentlichen zu nennen sind hierbei die dramatisch gestiegenen Energiekosten sowie bedrohte Lieferketten und dementsprechend auch Produktionsstätten, die wegen fehlender Teile stillstehen.

Die Auswirkungen auf die Gesellschaft können noch nicht konkret bemessen werden. Mögliche Folgen wären auch hier Preisanstiege und Verzögerungen im Bereich der Instandhaltungs-, Modernisierungs- und Baumaßnahmen.

5. Prognose- und Chancenbericht

Die Gesellschaft setzt die Bautätigkeit gemäß des festgelegten Bauprogramms 2021 – 2025 fort und konzentriert sich dabei auch weiterhin auf die Versorgung von breiten Schichten der Bevölkerung mit preisgünstigem Wohnraum. Gleichzeitig rückt auch der Klimaschutz weiter in den Fokus. Alle Neubauvorhaben dieses Bauprogramms werden mindestens den besonders energiesparenden Standard KfW 55 erreichen und soweit möglich den eigenen Energiebedarf aus erneuerbaren Energien decken.

Für das Jahr 2022 rechnet das Unternehmen mit der Fertigstellung von insgesamt 39 Wohnungen in Kempen und Willich, von denen 11 öffentlich gefördert sind. Des Weiteren befinden sich zum Stichtag 31.12.2021 weitere 52 Wohnungen in Meerbusch und Niederkrüchten im Bau, davon 38 öffentlich gefördert, mit deren Fertigstellung in 2023 gerechnet wird.

Das Bauprogramm der Gesellschaft für die Jahre 2021 - 2025 umfasst darüber hinaus den Bau von weiteren ca. 242 Wohnungen (ca. 50% öffentlich gefördert) in Grefrath, Brüggen, Kempen, Nettetal, Niederkrüchten, Schwalmtal, Viersen und Willich.

Die in der Vergangenheit kontinuierlich durchgeführte Modernisierungstätigkeit der Gesellschaft wird in den nächsten Jahren ausgeweitet werden. Im Zuge dieser Komplettsanierungen werden die energetischen Maßnahmen aufgrund des Klimawandels von besonderer Bedeutung sein und werden dazu führen, den Wohnungsbestand zukunftsfähig zu gestalten. Die Gesellschaft wird sich für diesen Zweck und auch im Hinblick auf bezahlbare Mieten, sowohl auf das Förderprogramm des Landes NRW (RL Mod.) als auch auf die Bundesförderung (BEG) stützen.

Damit die Modernisierungstätigkeit – insbesondere in Bezug auf energetische Maßnahmen – zielorientiert und sinnvoll gesteuert bzw. umgesetzt werden kann, wird die Gesellschaft im Jahr 2022 ein neues Portfoliomanagement-System einführen. Um die Zielerreichung der energetischen Maßnahmen messbar machen zu können, wird darüber hinaus bis 2023 mit der Erstellung einer jährlichen CO₂-Bilanz begonnen.

Zum Stichtag 31.12.2021 läuft die energetische Komplettsanierung der Häuser Doomerstr. 1 und 3 in Willich, welche voraussichtlich im 1. Halbjahr 2022 abgeschlossen sein wird. Das Projekt wird nach Abschluss der Maßnahmen den Standard KfW 85 erreichen und wird zu einer deutlichen Energieeinsparung bzw. CO₂-Reduktion führen.

Die Gesellschaft plant für das Jahr 2022 eine Kapitalerhöhung im Umfang von 20 Mio. €, um die in den letzten Jahren aufgrund der hohen Bautätigkeit gesunkene Eigenkapitalquote zu erhöhen.

Aufgrund unserer mittelfristigen Wirtschaftsplanung prognostizieren wir folgende wesentliche Posten:

Plan 2022

	T€
Umsatzerlöse aus Sollmieten	22.560
Instandhaltungsaufwendungen	5.500
Personalaufwand	4.300
Abschreibung	6.400
Zinsaufwendungen	2.550
Jahresüberschuss	2.450

6. Erklärung zur Unternehmensführung

Die GWG AG unterliegt als sogenanntes drittelparitätisch mitbestimmtes Unternehmen nach § 1 Abs. 1 Nr.1 Satz 2 DrittelbG den Verpflichtungen aus § 76 Abs. 4 und § 111 Abs. 5 AktG sowie den Publikationsvorschriften des § 289a Abs. 2 Nr. 4 und Abs. 4 HGB. Demnach müssen Zielgrößen für den Frauenanteil im Aufsichtsrat, Vorstand und in den beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstandes festgelegt werden.

Diese Festlegungen können auf der Internetseite der Gesellschaft unter <http://www.gwg-kreisviersen.de> eingesehen werden.

Organe und deren Zusammensetzung

Vorstand

Michael Aach
Dr. Andreas Coenen

Aufsichtsrat

Günter Werner (Vorsitzender)
Lothar Birnbrich (stellvertretender Vorsitzender)
Peter Fischer
Luise Fruhen
Josef Heyes
Wassong, Karl-Heinz
Bettina Buten (Arbeitnehmervertreterin)
Sabine Fuchs (Arbeitnehmervertreterin)
Darko Simun (Arbeitnehmervertreter)

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 9 Mitgliedern 3 Frauen an (Frauenanteil: 33,33 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

3.3.2.9 Niederrhein Tourismus GmbH

Niederrhein Tourismus GmbH
Willy-Brandt-Ring 13
41747 Viersen
Telefon: 02162 / 8179-03
Telefax: 02162 / 8179-180
Internet: www.niederrhein-tourismus.de
Amtsgericht Mönchengladbach, HRB-Nr. 10823

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Tourismus in der Region Niederrhein. Sie hat folgende Aufgaben:

- Erstellung und Vertrieb von Broschüren unter dem Dach von „Niederrhein Tourismus“
- Messeauftritte und Messebeteiligungen
- Regionale und überregionale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Internetpräsenz
- Koordination/Vernetzung
- Mitgliedschaft im Dachverband Tourismus NRW e.V.
- Beratung und Qualifikation der Betriebe im Bereich Marketing und Vertrieb

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zweckes ergibt sich aus dem im Gesellschaftervertrag festgelegten Gegenstand des Unternehmens. Die Gesellschaft hat die öffentliche Zielsetzung eingehalten und erreicht. Weitergehende Ausführungen können dem unten aufgeführten Lagebericht entnommen werden.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Kapitaleinlage	
	in Euro	in Prozent
Kreis Heinsberg	6.250	20,00
Kreis Wesel	6.250	20,00
Wirtschaftsförderung Kreis Kleve GmbH	6.250	20,00
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH	6.250	20,00
Eigene Anteile	6.250	20,00
	31.250	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Tourismus GmbH Mittlerer Niederrhein

Von der Niederrhein Tourismus GmbH wurden für Marketingleistungen in 2021 an die Tourismus GmbH Mittlerer Niederrhein 9.604,00 EUR gezahlt.

Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen

Die Niederrhein Tourismus GmbH erhielt von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH (WFG) in 2021 einen Zuschuss in Höhe von 110.495,00 EUR. An die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH wurden umgekehrt Kostenerstattungen in Höhe von 7.545,00 EUR geleistet.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO		EURO	EURO	EURO
Anlagevermögen	154.054	189.129	-35.075	Eigenkapital	25.000	25.000	0
Umlaufvermögen	342.209	192.028	150.182	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	11.092	11.009	83
				Verbindlichkeiten	445.058	334.806	110.252
Aktive Rechnungsabgrenzung	3.054	9.087	-6.033	Passive Rechnungsabgrenzung	18.167	19.428	-1.261
Bilanzsumme	499.317	390.243	109.074	Bilanzsumme	499.317	390.243	109.074

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO
1. Umsatzerlöse	221.076,26	284.547,38	-63.471,12
2. sonstige betriebliche Erträge	353.991,69	384.399,74	-30.408,05
3. Materialaufwand	-189.340,86	-183.969,64	-5.371,22
4. Personalaufwand	-177.540,18	-168.383,60	-9.156,58
5. Abschreibungen	-42.936,72	-39.909,28	-3.027,44
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-161.414,69	-273.052,79	111.638,10
7. Finanzergebnis	-3.669,98	-3.432,16	-237,82
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	165,52	199,65	-34,13
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	0,00	0,00	0,00

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%	%
Eigenkapitalquote	5,01	6,41	-1,40
Eigenkapitalrentabilität	0,00	0,00	0,00
Anlagendeckungsgrad 2	93,82	13,22	80,60
Verschuldungsgrad	1.824,60	1.383,26	441,34
Umsatzrentabilität	0,00	0,00	0,00

Personalbestand

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die Gesellschaft 3 (Vorjahr 3) Gehaltsempfänger zzgl. der Geschäftsführerin.

Geschäftsentwicklung

Die Niederrhein Tourismus GmbH ist als Dachgesellschaft Koordinierungsstelle für die Region Niederrhein. Sie bündelt alle Aktivitäten auf der regionalen Ebene der Kreise Kleve, Viersen, Wesel und des Kreises Heinsberg. Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden, mit Verbänden, Werberingen, IHK-Kammern, mit dem Kulturräum Niederrhein, der Standort Niederrhein GmbH, der DEHOGA Nordrhein und den Euregios.

Für die Region Niederrhein ist sie Mitglied im "Tourismus NRW e.V." und in die Arbeiten des Dachverbandes über mehrere Arbeitsgruppen, Ausschüsse und Projekte eingebunden. Die Geschäftsführerin ist seit 2017 auch Mitglied des Vorstandes von NRW Tourismus e.V. sowie Mitglied im erweiterten Vorstand Kulturräum Niederrhein, Mitglied im Regionalausschuss IHK Mittlerer Niederrhein, Mitglied im Tourismusausschuss IHK zu Duisburg, Kleve und Wesel, Mitglied im Ausschuss Tourismus und Wirtschaft euregio rhein-maas-nord und Mitglied im Ausschuss Tourismus und Kultur Metropolregion Rheinland.

Im Berichtsjahr haben 1 Arbeitskreissitzung mit den 4 Gesellschaftern digital sowie weitere digitale Treffen mit den Betrieben und kommunalen Vertretern zur Lage der Branche hinsichtlich der Pandemie stattgefunden, aber auch zur Absprache von Maßnahmen und Initiativen.

Aufgaben der Niederrhein Tourismus GmbH sind die Erstellung und Durchführung von Marketingmaßnahmen in Verbindung mit den Printprodukten, die in der Anzahl und Auflage aufgrund der Digitalisierung reduziert wurden, unter dem Dach von „Niederrhein Tourismus“. Messeauftritte und Messebeteiligungen sowie eine regionale und überregionale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Internetpräsenz sowie Beratung und Qualifikation der Betriebe im Bereich Marketing und Vertrieb zählen ebenfalls zu den Aufgaben. B2C – und B2BMessen entfielen bislang aufgrund der Pandemie.

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Tourismus – Bedeutung für den Einzelhandel

Der Tourismus ist keine eindeutig definierte und abgegrenzte Branche, sondern setzt sich aus einer Vielzahl von Leistungen unterschiedlicher Bereiche einer Volkswirtschaft zusammen.

Hieraus ergibt sich das Problem der Quantifizierung von tourismusbedingten Umsätzen und deren Effekte auf den Arbeitsmarkt. Gleiches gilt für die am Tourismus beteiligten Bereiche, die oftmals ihre Leistungen nicht nur für Touristen, sondern auch für „Nichttouristen“ anbieten, so etwa der Einzelhandel, bestimmte Dienstleistungen und das Verkehrswesen. Hinzu kommt, dass Touristen sehr unterschiedliches Ausgabeverhalten zeigen. Übernachtungsgäste haben eine andere

Ausgabenstruktur als Tagestouristen, Übernachtungsgäste in Ferienwohnungen wiederum eine andere als in Hotels. Urlaubsreisende tätigen andere Ausgaben als Geschäftsreisende, Tagestouristen auf Familienbesuch unterscheiden sich von Tagestouristen, die eine Stadtbesichtigung oder eine Fahrradtour durchführen.

Eine Schwierigkeit stellt die Erfassung der Touristenströme dar. Die Statistischen Ämter ermittelten bis 2011 Übernachtungsgäste in Unterkünften ab 9 Betten, ab 2012 werden diese ab 10 Betten gezählt (einschließlich Campingplätzen und Ferienzentren). Übernachtungen in kleineren Einheiten, so z. B. in Ferienwohnungen mit weniger als 10 Betten oder Reisemobilen außerhalb von Campingplätzen, bleiben unberücksichtigt. Noch schwieriger ist eine Ermittlung der Tagestouristen und hier wiederum der Anlass der Tagesreise, z. B. geschäftlich oder privat, der das Ausgabeverhalten dieser Personen bestimmt. "Tourismus" ist nicht nur Sache des Hotel- und Gastgewerbes, sondern bringt auch dem Einzelhandel erhebliche Umsätze. Vor diesem Hintergrund muss es auch im Interesse des Handels liegen, die touristische Entwicklung in der Region zu unterstützen und ihre Angebote auf diese Konsumentengruppe auszurichten.

Aufgrund der dargestellten Vielfältigkeit der touristischen Leistungen ist es nicht möglich, die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zu quantifizieren. Die Bundesagentur für Arbeit erfasst die sozialversicherungspflichtig und die geringfügig Beschäftigten im Hotel- und Gastgewerbe, eine anteilmäßige Zurechnung auf weitere Wirtschaftsgruppen ist nicht möglich. Im Verbandsgebiet der Gesellschaft waren am 30.06.2021 9.587 Personen sozialversicherungspflichtig im Gastgewerbe beschäftigt. Geringfügig entlohnt waren im Gastgewerbe zum Stichtag 12.946 Personen. Dies entspricht einem Minus zum Vorjahr von minus 271 Personen = - 2,74 % bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und einem Plus von Personen 2.241 = + 20,9 % bei den geringfügig Beschäftigten.

Die Gesellschaft hat in 2021 folgende Maßnahmen durchgeführt:

Kataloge und Messen

In 2021 wurden die Flyer „Kultur in der Natur“ und „Stadt.Land.Fluss“ in einer Auflage von 10.000 Stück produziert und den Betrieben und Kommunen zur Verfügung gestellt.

Die B2B- und B2C- Messen wurden aufgrund der anhaltenden Pandemie abgesagt, sodass wir lediglich 2 kleinere Veranstaltungen in Anspruch nahmen:

10. 09. – 12.09. 2021 Neu Leben- Nachhaltigkeitsmesse in Krefeld

25. 09. und 26.09. 2021 Hausmesse Wolters Nutzfahrzeuge GmbH in Kalkar

Die Maßnahmen in 2021 im Einzelnen:

Printwerbung und Broschüren

Im Jahr 2021 hat Niederrhein Tourismus aufgrund der unsteten Lage die Werbemaßnahmen verstärkt auf die sozialen Medien wie Facebook und Instagram fokussiert, um immer flexibel

auf die aktuelle Lage reagieren zu können. Die Flyer zu den Themen „Kultur in der Natur“ und „Stadt.Land.Fluss“ wurden den Kommunen und Betrieben entsprechend zur Verfügung gestellt. Einen großen Zuspruch erhielt auch unser Blog „Niederrhein Fräulein“.

PR und Öffentlichkeitsarbeit

Eigene Pressemeldungen wurden über das Medienbüro rb-media herausgegeben und zusätzlich über diverse Presseportale wie z.B. open.pr.de, pressservice.de, prcenter.de, und newsmax.de überregional veröffentlicht. Lokale TV- und Radiosender berichteten verstärkt über die Region was die wirtschaftliche Situation anbelangt, aber auch um Möglichkeiten im Freizeitbereich, unter Berücksichtigung der Coronaschutzverordnung, zu propagieren.

Internet

Die Seitenaufrufe der Internetseite niederrhein-tourismus.de, die ab Ende 2018 komplett im Rahmen des Markenprozesses neu aufgesetzt wurde, zeigte 2021 ein Plus 20,5% zu 2020 (Seitenaufrufe 2021 652.039) Bei Facebook konnte eine Steigerung der „Gefällt-mir-Angaben“ um 15 % auf 3.500 gesteigert werden, bei Instagram um 10 % auf 4.530 Abonnenten. Der Blog „Niederrhein Fräulein“ konnte seine Seitenaufrufe um 87% steigern auf 89.000 Seitenaufrufe.

Controlling

Das Controlling umfasst u.a. die Auswertung von Internetzugriffszahlen, Presseartikeln, Übernachtungsstatistiken und verschiedene Studien zum Tourismus. Das Jahr 2021 konnte mit 1.501.344 Mio. Übernachtungen abgeschlossen werden. Dies entspricht einem Plus von 4,4 % zum Vorjahr 2020. Die Einblendungen des Niederrhein Portals im Tool „Outdoor active“ stiegen um 340,43 % auf 2.210.113 Einblendungen.

NiederrheinRad

Die in 2013 erworbenen 920 grünen NiederrheinRäder sind größtenteils nicht mehr verkehrstüchtig und wurden zur Ersatzteilverwendung veräußert bzw. verschrottet. Das Verleihsystem wurde zu Saisonbeginn 2020 durch die Anschaffung von 14 E-Bikes und 310 analogen Fahrräder verjüngt. In 2021 wurde aufgrund der Pandemie und den unterschiedlichen Öffnungen der Stationen ein Minus von 20.000 Euro eingefahren, was durch die geplanten Gelder ausgefallener Messen von Niederrhein Tourismus kompensiert werden konnte.

Projekte

„Reisen für alle – Der Niederrhein als Zielmarkt für Reisende mit besonderen Bedürfnissen“

Durch das Projekt „Reisen für alle – Der Niederrhein als Zielmarkt für Reisende mit besonderen Bedürfnissen“ soll die Außendarstellung im Bereich des barrierefreien Reisens erweitert und optimiert werden. Im Laufe des Projektes soll ein möglichst vollständiges und zugängliches Verzeichnis aller barrierefreien Angebote für Reisende mit speziellen Bedürfnissen erstellt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, werden zunächst Betriebe und Experten, aber auch Betroffene zum

Thema befragt. Im Nachhinein werden die erhobenen Daten ausgewertet und eine GAP-Analyse erstellt. Diese soll mögliche Lücken in der Servicekette zum Vorschein bringen. Am Ende des Projektes soll ein neues Informationsangebot zum barrierefreien Tourismus am Niederrhein mit einer möglichst geschlossenen Servicekette entstehen. Das Projekt wurde aufgrund der Pandemie um weitere 9 Monate verlängert und endete am 31.07.2021. In diesem Zeitraum wurde eine Landingpage erstellt mit dem Schwerpunkt „Unbeschwertes Reisen“. Hierauf sind alle barrierefreien Angebote der Region zu finden. Die letzte Initiative in diesem Projekt war eine digitale Abschlussveranstaltung mit allen Projektpartnern und kommunalen und betrieblichen Vertretern.

Hansestädte - damals und heute

Die Niederrhein Tourismus ist deutscher Projekt-Koordinator im INTERREG-Projekt „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit: Hansestädte – damals und heute“. Als deutsche Hansestädte sind mit dabei: Emmerich am Rhein, Kalkar mit Grieth, Wesel und Neuss.

Als Projekt-Koordinator ist Niederrhein Tourismus das Bindeglied zwischen den deutschen und niederländischen Hansestädten.

Im Fokus des Projektes sind:

- das Hanse-Erlebnis vor Ort zu stärken.
- die KMUs mit einzubeziehen.
- die Ausschilderung einer Hanseroute.
- die Vermarktung dieses Produktes.

Der Projektbeginn war am 01.01.2019. Aufgrund der Corona-Pandemie wurde die Projektlaufzeit bis zum 30. September 2022, um neun Monate, verlängert. Mitte des Jahr 2021 wurde die definitive Route für den Hanseradweg festgelegt und durch verschiedene Marketingmaßnahmen on- und offline flankiert. Zudem wurde das Konzept für die 14 Hansestädte bezüglich der Wandmalereien entlang der Strecke erarbeitet. Aufgrund der Corona-Pandemie konnten kaum physische Treffen stattfinden. Viele Termine wurden daher digital durchgeführt. Durch den Lock-down bis Mitte Mai konnten einige Maßnahmen noch nicht durchgeführt werden. Diese werden in das Jahr 2022 verschoben.

Veranstaltungen

In 2018 haben wir mit ausgewählten Betrieben und dem Zukunftsbüro Wien, unter der Leitung von Herrn Andreas Reiter, den Markenprozess Niederrhein eingeleitet. In der 2. Jahreshälfte in 2021 haben wir verstärkt die Kommunikation auf die Nutzung des Regional-Logos gerichtet und auf die erarbeiteten Zielgruppen „Postmaterielles und Adaptiv- Pragmatisches Milieu“ und Themenschwerpunkte Wandern und Radfahren in Verbindung mit Kulinarik, Kultur und Gesundheit.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Bilanzsumme betrug zum 31.12.2021 499 T€. Sie lag damit um 109 T€ über der des Vorjahres. Die Veränderungen auf der Aktivseite ergaben sich durch die Erhöhung des Bankguthabens um 172 T€ auf 312 T€, reduziert haben sich hingegen die sonstigen Vermögensgegenstände um 16 T€, die geleisteten Anzahlungen und der Rechnungsabgrenzungsposten jeweils um 6 T€. Das Anlagevermögen reduzierte sich im Wesentlichen durch die planmäßigen Abschreibungen um 35 T€.

Auf der Passivseite verringerten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten auf Grund der Darlehenstilgung für die Anschaffung der Niederrheinräder um 21 T€ auf 141 T€ sowie die sonstigen Verbindlichkeiten stichtagsbedingt um 4 T€. Erhöht haben sich die erhaltenen Anzahlungen um 137 T€.

Die Umsatzerlöse beliefen sich im Berichtsjahr auf 221 T€, davon entfielen 57 T€ auf den Verleih der Niederrheinräder, 32 T€ auf Marketingbeiträge der Leistungsanbieter, 14 T€ auf Beiträge für das Reisemobilmarketing, 57 T€ auf Anzeigenerlöse im Internet für „Erlebnis“ und „Übernachten“, 18 T€ auf Sponsorenerlöse sowie 24 T€ auf die Raderlebniswoche. Die sonstigen ordentlichen Erträge reduzierten sich um 30 T€ auf 353 T€, einerseits insbesondere durch den Rückgang der Auflösung von bislang nicht in Anspruch genommenen Betriebsmitteln (- 126 T€) und andererseits durch den Wegfall bzw. die Verringerung bei den Zuschüssen für die Projekte „RheijnLand.Xperiences“ (26 T€) und „Reisen für alle“ (34 T€).

Weiterhin erhielt die Niederrhein Tourismus GmbH Zuschüsse der Gesellschafter zur Marketingfinanzierung in Höhe von 188 T€. Die bezogenen Leistungen betrugen im Berichtsjahr 189 T€ (Vorjahr 184 T€). Davon entfielen 110 T€ auf die Marketingleistungen, 40 T€ kostete das Verleihsystem NiederrheinRad, 5 T€ entfielen auf Marketingleistungen für Reisemobil, 10 T€ auf Leistungen in Zusammenhang mit den Interneteinträgen „Erlebnis“ und „Übernachten“ und 20 T€ auf die Raderlebniswoche (vormals Niederrheinischer Radwandertrag).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen reduzierten sich um 112 T€ auf 161 T€, insbesondere durch die beendeten Projekte „RheijnLand.Xperiences“ Ende 2020 (- 35 T€) und „Reisen für alle“ zur Mitte 2021 (- 24 T€), die Kosten für die Beteiligung an der „LAGA 2020“ (- 29 T€) und die Messeaufwendungen (-12 T€). Die Personalkosten erhöhten sich um 8 T€ aufgrund der Anpassungen bei den Erfahrungsstufen, der Tariferhöhung und den Urlaubrückstellungen. Die Abschreibungen betrugen 42 T€.

Die Gesellschaft schließt mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab.

3. Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft wird die bisherigen Tätigkeiten zukünftig im Sinne der Markenstrategie ausrichten, insbesondere die Marketingmaßnahmen betreffend. Diese Aktivitäten führen dazu, den Niederrhein als touristische Destination bekannter zu machen und Tages- und Übernachtungs-

gäste für die Region zu begeistern. Hinzu kommen Managementaufgaben, die zeitgleich erfolgen müssen im Bereich Klimaschutz, Digitalisierung und Mobilität. Hier wird eine enge Verzahnung mit den Wirtschaftsförderungen auf Kreis- und kommunaler Ebene angestrebt. Somit kann der Standort mit den weichen Faktoren für mehr Sichtbarkeit unterstützt werden. Dauerhaft muss Standortmarketing und touristisches Marketing eng verzahnt werden.

Aufgrund der anhaltenden Pandemie werden die Gesellschafter in 2022 Niederrhein Tourismus mit einem Zuschuss von 47.000 Euro pro Gesellschafter unterstützen. Für das Jahr 2023 wird dies erneut in den Aufsichtsratsgremien diskutiert und überprüft.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Martina Baumgärtner

Aufsichtsrat

Ingo Brohl
Dr. Andreas Coenen
Elisabeth Hanke-Beerens
Jürgen Heinen
Thomas Paschmanns
Stephan Pusch
Dr. Ferdinand Schmitz
Max Sonnenschein
Sofia Tillmanns
Silke Gorißen, ab 16.06.2021
Hans-Josef Kuypers, ab 16.06.2021
Christoph Gerwers, ab 16.06.2021

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 3 Frauen an (Frauenanteil: 25 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

3.3.2.10 Standort Niederrhein GmbH

Friedrichstraße 40
41460 Neuss
Telefon: 02131 / 92 68 591
Telefax: 02131 / 92 68 595
Internet: www.standort-niederrhein.de
Amtsgericht Neuss, HRB-Nr. 8294

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Stärkung des Wirtschaftsraums Niederrhein. Insbesondere zählen hierzu:

- die Koordinierung der außenwirtschaftlichen Interessen insbesondere der kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMUs) der Region;
- das Standortmarketing für den STANDORT NIEDERRHEIN;
- die Trägerschaft der Regionalagentur im Rahmen der regionalisierten Arbeitsmarktpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen in der Region der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein.

Die GmbH ist zu allen Maßnahmen, Projekten und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann; hiervon unbenommen bleiben eigene Maßnahmen der Gesellschafter.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zweckes ergibt sich aus dem im Gesellschaftervertrag festgelegten Gegenstand des Unternehmens. Die Gesellschaft hat die öffentliche Zielsetzung eingehalten und erreicht. Weitergehende Ausführungen können dem unten aufgeführten Lagebericht entnommen werden.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Kapitaleinlage	
	in Euro	in Prozent
Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein	7.700	14,2857
Kreis Wesel	7.700	14,2857
Rhein-Kreis Neuss	7.700	14,2857
Stadt Krefeld	7.700	14,2857
WFMG Wirtschaftsförderung Mönchengladbach GmbH	7.700	14,2857
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH	7.700	14,2857
Wirtschaftsförderung Kreis Kleve GmbH	7.700	14,2857
	53.900	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Gesellschafter der Standort Niederrhein GmbH ist die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH. Im Hinblick auf die jährliche Bereitstellung des Gesellschafterbeitrags besteht eine wesentliche Finanzbeziehung. Zusätzlich kommt die Kostenbeteiligung an der Immobilienmesse Expo Real hinzu.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO		EURO	EURO	EURO
Anlagevermögen	28.372	27.443	929	Eigenkapital	53.900	53.900	0
Umlaufvermögen	678.112	620.102	58.011	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	87.095	90.332	-3.237
				Verbindlichkeiten	569.380	506.520	62.860
Aktive Rechnungsabgrenzung	5.329	5.396	-67	Passive Rechnungsabgrenzung	1.438	2.188	-750
Bilanzsumme	711.813	652.940	58.873	Bilanzsumme	711.813	652.940	58.873

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO
1. Umsatzerlöse	299.036,55	15.483,34	283.553,21
2. sonstige betriebliche Erträge	727.744,44	679.068,73	48.675,71
3. Materialaufwand	-475.929,01	-153.594,60	-322.334,41
4. Personalaufwand	-445.699,00	-417.773,64	-27.925,36
5. Abschreibungen	-2.748,00	-3.321,58	573,58
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-102.217,48	-117.640,59	15.423,11
7. Finanzergebnis	0,00	0,00	0,00
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	187,50	2.221,66	-2.034,16
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	0,00	0,00	0,00

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%	%
Eigenkapitalquote	7,57	8,25	-0,68
Eigenkapitalrentabilität	0,00	0,00	0,00
Anlagendeckungsgrad 2	189,98	196,41	-6,43
Verschuldungsgrad	1.217,95	1.107,33	110,62
Umsatzrentabilität	0,00	0,00	0,00

Personalbestand

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die Gesellschaft im Jahr 2021 fünf Mitarbeiter (Vorjahr fünf).

Geschäftsentwicklung

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Standort Niederrhein GmbH wurde im Jahr 2004 mit dem Ziel gegründet, die Wirtschaftskraft der Region Mittlerer Niederrhein zu stärken.

Mit der Neuordnung der Gesellschaft im Jahr 2008 wurde die Gesellschafter- und Aufgabenstruktur verändert.

Gesellschafter im Wirtschaftsjahr 2024 waren:

seitens der Kommunen

- die Stadt Krefeld,
- der Rhein-Kreis Neuss,
- der Kreis Wesel,

seitens der Wirtschaftsförderungsgesellschaften

- die Wirtschaftsförderung Kreis Kleve GmbH,
- die WFMG Wirtschaftsförderung Mönchengladbach GmbH,
- die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH,

sowie die Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein.

Wie auch in den Vorjahren war die Wirtschaftsplanung der Standort Niederrhein GmbH für das Jahr 2021 schwerpunktmäßig in drei Aufgabenfelder aufgeteilt:

- Standortkommunikation und internationales Standortmarketing
- Netzwerke, Förderprojekte und reg. Interessenvertretung
- Trägerschaft der Regionalagentur Mittlerer Niederrhein

Aktivitäten in den Arbeitsbereichen der Standort Niederrhein GmbH:

- Standortkommunikation und internationales Standortmarketing

Entsprechend der Wirtschaftsplanung war der Arbeitsbereich Standortkommunikation und internationales Standortmarketing auch im Jahr 2021 der operative Arbeitsschwerpunkt der Standort Niederrhein GmbH. Gleichwohl ergaben sich durch die weltweit anhaltende Covid19- Pandemie auch im Jahr 2021 verschiedene Beschränkungen und Restriktionen.

Im Gegensatz zum Vorjahr konnte jedoch ein Teil der Messe- und Veranstaltungsformate – teilweise nach Terminverschiebungen ins 2. Halbjahr 2021 und unter spezifischen Hygieneauflagen

– in Präsenz realisiert werden. Umgesetzt wurden so beispielsweise die regionalen Gemeinschaftsstände bei der Polis Convention (15.-16. September 2021 im Areal Böhler) und der Expo Real (11.-13. Oktober 2021, München) oder die Beteiligung am Deutschen Logistik- Kongress (20.-22. Oktober 2021) sowie dem Smart City Summit (25. November 2021, Mönchengladbach).

Auch im grenzübergreifenden Tätigkeitsbereich „Niederlande“ konnte mit der Messe PROVADA (26.-28. Oktober 2021, Amsterdam) die wichtigste Immobilienmesse des Benelux-Raums als Präsenzveranstaltung für das regionale Standortmarketing genutzt werden. Als Mitveranstalter war die Standort Niederrhein GmbH zudem bei der – in 2021 erneut digital umgesetzten – Dt.-NL.-Businesswoche (22.-26. November 2021) engagiert.

Von der Corona-Pandemie nicht unmittelbar betroffen waren die weiteren Projekte und Aktivitäten im Arbeitsbereich Standortmarketing. Hierzu zählen die unterschiedlichsten Bestandteile der Pressearbeit (sowohl auf Tages- als auch Fachmedien fokussiert), der regelmäßigen Kommunikation (bspw. monatlicher Newsletter, weiter intensivierte Präsenz in ausgesuchten Social-Media-Kanälen, Kommunikation ausgesuchter Erfolgsgeschichten vom Standort etc.), einer zielgruppenorientierten Werbung online und offline sowie durch die Veröffentlichung von Broschüren und Analysen zum Standort Niederrhein.

Netzwerke, Förderprojekte und reg. Interessenvertretung

Im Wirtschaftsjahr 2021 wurden die Mitgliedschaften beim Logistikregion Rheinland e.V. (Standort Niederrhein GmbH ist Gründungsmitglied) und dem Kompetenznetz Logistik.NRW fortgeführt. Die traditionell in Kooperation mit dem letztgenannten Netzwerk stattfindende Jahresveranstaltung des Branchenkreises Logistikimmobilien und -flächen musste im November 2021 aufgrund der Corona-Situation abgesagt und auf Frühjahr 2022 verschoben werden.

Darüber hinaus ist die Standort Niederrhein GmbH – ebenfalls unverändert im Vergleich zum Vorjahr – Mitglied der Deutsch-Niederländischen Handelskammer und der Bundesvereinigung Logistik.

Mit der Übernahme eines 1%igen Anteils ist die Standort Niederrhein GmbH nunmehr auch einer der Gesellschafter der Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH, die als maßgeblicher Akteur den vorausschauenden Strukturwandel im Rheinischen Revier gestaltet und umsetzt. Mit dem Gesellschafterstatus ist ein Sitz im Aufsichtsrat der Gesellschaft verbunden.

Im Berichtsjahr fortgesetzt wurde die enge Kooperation mit den anderen Regionalentwicklungsorganisationen in Nordrhein-Westfalen unter dem gemeinsamen Dach „regionen.NRW – Starke Regionen, starkes Land“. Arbeitsschwerpunkte waren insbesondere die grundsätzliche Begleitung der Strukturpolitik des Landes (u.a. auch als Mitglied des EFRE-Begleitausschusses) oder die regionale Interessenvertretung bei ausgesuchten Themen.

Bedingt durch die neue EU-Förderphase 2021-2027 (hier EFRE.NRW) und die individuellen Rahmenbedingungen der kommenden Projektauftrufe koordinierte die Standort Niederrhein GmbH

im 2. Halbjahr 2021 die Erstellung des sog. „Territorialen Strategiekonzepts (TSK) Niederrhein“ für den Themenschwerpunkt Tourismus, Kultur und Naturerbe. Das mit den regionalen Akteuren und Stakeholdern erstellte sowie mit den Nachbarregionen in den thematischen Schwerpunkten abgestimmte TSK fungiert als Ausgangsbasis für die zu entwickelnden Projektvorschläge vom Standort Niederrhein.

Beim Metropolregion Rheinland e.V. (MRR) ist die Standort Niederrhein GmbH kein offizielles Vereinsmitglied, hat jedoch – wie auch die anderen Regionalentwicklungsorganisationen – einen sog. Gaststatus. In die operative Arbeit der MRR eingebunden war die Geschäftsführung in die Arbeitsgruppe Standortmarketing und die regelmäßigen Abstimmungsgespräche mit der Geschäftsführung.

Die monatliche, grenzüberschreitende Veranstaltungsreihe Open Coffee Niederrhein, die in 2021 online fortgesetzt wurde, sowie das Engagement bei den beiden grenzüberschreitend tätigen Business-Clubs Kleve und Maas-Rhein oder der Internationalisierungskommission der Unternehmervereinigung Ondernemend Venlo ergänzten das Engagement im Wirtschaftsjahr. Fortgesetzt wurde in 2021 auch die anlassbezogene Mitarbeit der Standort Niederrhein GmbH im Projekt Euregio Campus Limburg-Niederrhein, das sowohl thematische Verbindungen zum Arbeitsbereich Standortmarketing als auch zur Regionalagentur Mittlerer Niederrhein umfasst (u.a. Übergangsprozess Schule-Beruf).

Trägerschaft der Regionalagentur Mittlerer Niederrhein

Die Regionalagentur Mittlerer Niederrhein übernimmt – entsprechend dem jeweils gültigen Zuwendungsbescheid – die Koordination der regionalisierten Arbeitspolitik des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen.

Die Arbeitsschwerpunkte ergeben sich jeweils aus den ESF-geförderten Programmlinien des Ministeriums, die u.a. bereits langjährig laufende Programme wie bspw. Potentialberatung, Bildungsscheck, Ausbildungsprogramm NRW, Beratung zur beruflichen Entwicklung, Beratungsstellen Arbeit (vormals Arbeitslosenzentren und Erwerbslosenberatungsstellen), Teilzeitberufsausbildung etc. umfassten.

Ferner setzte die Regionalagentur Mittlerer Niederrhein im Berichtsjahr die regionale Koordination der beteiligten Akteure im Programm „KAoA – Kein Abschluss ohne Anschluss“ und der zugehörigen Aktivitäten rund um das regionale Portal www.fachkraefte-fuer-morgen.de fort.

Fortgeführt wurde zudem die Mitarbeit im bundesgeförderten Verbundprojekt „MINT in MIND“, das Jugendliche in der Region Mittlerer Niederrhein stärker für den MINT-Bereich begeistern und damit dem Fachkräftemangel entgegenwirken will.

2. Ertragslage

Einnahmen erzielte die Gesellschaft durch die vertraglich vereinbarten Zuschüsse der Gesellschafter – sowohl für den Teil Standortmarketing als auch für die Trägerschaft der Regionalagentur Mittlerer Niederrhein.

Für den Betrieb der Regionalagentur Mittlerer Niederrhein erhielt die Gesellschaft Fördermittel des Landes NRW auf Basis des geltenden Bewilligungsbescheids. Ergänzend wurde ein gefördertes Budget für Sachkosten zur Verfügung gestellt. Fördermittel in geringem Umfang ergaben sich zudem durch die Beteiligung am BMBF-geförderten Projekt MINT in MIND.

Mit den unter Corona-Auflagen in Präsenz durchgeführten Messen (insbesondere Expo Real, s.o.) konnte die Standort Niederrhein GmbH im Geschäftsjahr wieder ergänzende Einnahmen durch die Beteiligung privater Standpartner erzielen.

Ausgaben erfolgten im Bereich der Personalkosten sowie zum laufenden Betrieb des Bürostandortes in Neuss. Alle darüber hinaus anfallenden Ausgaben dienten der Realisierung der Projekte und Initiativen entsprechend der mit den Gesellschaftern abgestimmten Arbeitsplanung.

Das Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung im Jahr 2021 beträgt € 0,00. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Gesellschafter nur Zuschüsse in Höhe der nicht durch Einnahmen und Erträge gedeckten Aufwendungen gewähren.

3. Finanzlage

Das Stammkapital der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert (T€ 53,9). Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt 7,57 % und ist als angemessen anzusehen. Die Liquidität der Gesellschaft ist durch die jährlichen Zuschüsse der Gesellschafter gewährleistet.

4. Vermögenslage

Wesentlicher Vermögensbestandteil sind die Bankguthaben (T€ 646) mit einem Anteil von 90,7 % der Bilanzsumme.

5. Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft finanziert sich überwiegend durch Zuschüsse, zu denen sich die Gesellschafter im Gesellschaftsvertrag verpflichtet haben. Bestandsgefährdende wirtschaftliche Risiken könnten nur dann eintreten, wenn diese Zuschüsse nicht mehr fließen bzw. dauerhaft nicht ausreichen, um die nicht durch andere Erträge gedeckten Kosten zu finanzieren. Vor dem Hintergrund einer detaillierten und mit allen Gesellschaftern abgestimmten jährlichen Wirtschafts- und Projektplanung ist dieses Risiko als gering einzustufen.

Aufgrund der verlängerten Förderung der Regionalagenturen durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW kann die Trägerschaft der Regionalagentur Mittlerer Niederrhein im laufenden Zuwendungsbescheid bis 30.06.2022 fortgeführt werden.

Mit dem erfolgreich abgeschlossenen Interessenbekundungsverfahren und der folgenden Antragstellung ist die Trägerschaft der Regionalagentur darüber hinaus bis 30.06.2024 gewährleistet. Auch wenn Messen und Veranstaltungen trotz Corona-Pandemie bereits im 2. Halbjahr 2021 wieder verstärkt in Präsenz stattgefunden haben, ist durch sich verändernde Auflagen u.U. auch zukünftig mit Einschränkungen durch COVID19 zu rechnen. Auf diese Eventualitäten wird seitens der Standort Niederrhein GmbH wieder Einzelfall- und Projektbezogen sowie im Rahmen der geltenden Wirtschaftspläne reagiert. Der Grundsatz der ausgeglichen angelegten Budgetplanung unter Berücksichtigung der jährlichen Zuschüsse der Gesellschafter hat hierbei unverändert Bestand.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Beirat

Bertram Gaiser
Jürgen Steinmetz
Dr. Thomas Jablonski
Robert Abts
Dr. Ulrich Schückhaus
Eckart Preen
Hans-Josef Kuypers
Michael Düchting

3.3.2.11 Technologie- und Gründerzentrum Niederrhein GmbH

Industriering Ost 66
47906 Kempen
Telefon: 02152 / 2029-0
Telefax: 02152 / 2029-10
Internet: www.tzniederrhein.de
Amtsgericht Krefeld, HRB-Nr. 9315

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Technologie- und Gründerzentrums in Kempen. Hierzu gehören insbesondere das Vermieten und Verpachten des im Eigentum der Gesellschaft befindlichen Grundbesitzes an Unternehmen und Existenzgründer sowie deren Förderung durch die Erbringung von Dienstleistungen, die Durchführung von Veranstaltungen mit betriebsbezogenen Themen und die Unterstützung des Technologietransfers im Kreis Viersen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zweckes ergibt sich aus dem im Gesellschaftervertrag festgelegten Gegenstand des Unternehmens. Die Gesellschaft hat die öffentliche Zielsetzung eingehalten und erreicht. Weitergehende Ausführungen können dem unten aufgeführten Lagebericht entnommen werden.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Kapitaleinlage	
	in Euro	in Prozent
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH	1.400.000	100,00
	1.400.000	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH

Die Technologie- und Gründerzentrum Niederrhein GmbH ist eine 100%ige Tochter der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH und erhält jährlich von ihr einen Zuschuss für die Ausübung von wirtschaftsfördernden Aufgaben.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO		EURO	EURO	EURO
Anlagevermögen	3.986.212	4.125.157	-138.945	Eigenkapital	2.474.046	2.321.456	152.590
Umlaufvermögen	955.136	810.624	144.512	Sonderposten	1.617.764	1.687.597	-69.833
				Rückstellungen	260.816	265.463	-4.647
				Verbindlichkeiten	579.990	651.983	-71.993
Aktive Rechnungsabgrenzung	3.462	3.234	228	Passive Rechnungsabgrenzung	12.193	12.515	-322
Bilanzsumme	4.944.810	4.939.014	5.795	Bilanzsumme	4.944.810	4.939.014	5.795

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO
1. Umsatzerlöse	764.588,21	740.398,49	24.189,72
2. sonstige betriebliche Erträge	185.506,48	159.579,23	25.927,25
3. Materialaufwand	0,00	0,00	0,00
4. Personalaufwand	-238.816,56	-283.298,07	44.481,51
5. Abschreibungen	-171.405,82	-175.221,30	3.815,48
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-362.095,20	-393.085,35	30.990,15
7. Finanzergebnis	-7.981,25	-8.870,93	889,68
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	169.795,86	39.502,07	130.293,79
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	152.589,84	22.296,05	130.293,79

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%	%
Eigenkapitalquote	82,75	81,17	1,58
Eigenkapitalrentabilität	3,73	0,56	3,17
Anlagendeckungsgrad 2	102,65	97,19	5,46
Verschuldungsgrad	20,55	22,88	-2,34
Umsatzrentabilität	19,96	3,01	16,95

Personalbestand

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die Gesellschaft im Jahr 2021 drei Mitarbeiter (Vorjahr: drei).

Geschäftsentwicklung

Darstellung der Geschäfts- und der Rahmenbedingungen

Das Geschäft des TZN gliedert sich im Wesentlichen in die Bereiche:

- Vermietung von Büro- und Montageflächen
- Vermietung von Tagungs-, Konferenz- und Seminarräumen
- Beratung von Existenzgründern und Jungunternehmern im Rahmen der Funktionen „Startercenter NRW“ für den Kreis Viersen und Kontaktstelle für das BAFA-Beratungsförderprogramm „Förderung unternehmerischen Know-hows“
- Beratung und Kontaktvermittlung für klein- und mittelständische Unternehmen in technologischen Fragen
- Planung und Organisation der Vortragsreihe „Forum Mittelstand Niederrhein“
- Koordination und Moderation von Projekten zwischen Hochschulen und Unternehmen (Technologietransfer)

Vermietung

Die Auslastung der im Jahr 2021 vermietbaren Flächen hat sich von 2020 zu 2021 weiter sehr stabil entwickelt und liegt bei durchschnittlich 96,0% (2020: 96,2%, 2019: 97,6%).

Der Mietpreis i. H. v. 8,50 €/qm für Büroflächen bewegt sich im marktüblichen Bereich für vergleichbare Objekte in vergleichbarer Lage. Für Montageflächen werden 4,50 €/qm kalkuliert.

Der Durchschnittsmietspreis je qm betrug im Jahr 2021 7,63 € (2020: 7,54 €) für Büro- und für Montageflächen 4,09 € (2020: 3,93 €).

Tagungszentrum

Die Erlöse aus der Vermietung der Konferenz- und Seminarräume betragen 2021 31 T€ (GuV) (2020 29 T€).

Insgesamt wurden trotz der weiter andauernden Corona-Pandemie in 2021 rund 201 Veranstaltungen, Meetings und Events (Vorjahr 185) mit einer Besucherzahl von etwa 3192 Personen (Vorjahr 2760) durchgeführt.

Infrastruktur des Hauses

Um die optische wie technische Attraktivität des Hauses zu erhalten bzw. zu erhöhen, müssen regelmäßig eine Vielzahl von kleinen Sanierungs- und Reparatur- und Anschaffungsmaßnahmen durchgeführt werden. Die hohe Auslastung des Gebäudes führt zu einer größeren Abnutzung,

sodass der Erhaltungsaufwand überproportional steigt. So wurden seit 2018 die Reinigungsintervalle für das Haus erhöht.

Bei Mieterauszügen werden grundsätzlich die Teppichböden gegen Planken und die Neonleuchten gegen LED Panel ausgetauscht sowie die Elektroleitungen bei Bedarf entfernt bzw. neu verlegt. In 2021 wurden Notüberläufe in die Dachflächen eingebaut.

BAFA-Beratungsförderprogramm „Förderung unternehmerischen Know-hows“

Im Rahmen dieses Programms wurden in 2021 fünfzehn Informationsgespräche (Vorjahr 30) mit Jungunternehmer/ innen durchgeführt.

Steuersprechstunde

Seit März 2020 bietet das TZN in Zusammenarbeit mit zwei Steuerberatern einmal monatlich eine kostenfreie Steuersprechstunde für Gründer/innen im Kreis Viersen an. In 2021 wurden bei 11 Terminen (Vorjahr 8) 16 Unternehmen (Vorjahr 14) betreut.

Startercenter NRW

Seit 2008 ist das im TZN angesiedelte und von der WFG finanzierte STARTERCENTER NRW zentrale Anlaufstelle für alle Gründer/innen aus dem Kreis Viersen. Das STARTERCENTER arbeitet nach festgelegten Qualitätskriterien des Landes NRW und wird alle 3 Jahre durch einen unabhängigen Dienstleister überprüft und zertifiziert, zuletzt wurde es im Jahr 2021 erfolgreich zertifiziert. Das STARTERCENTER bietet allen Gründern die im Kreis Viersen gründen wollen individuelle Beratungsangebote an. Daneben informiert die Beratungseinrichtung über die erforderlichen Gründungsformalitäten, Gründungsnetzwerke, Seminarangebote sowie Quellen für Fachinformationen.

Nachfolgend Auszüge aus der Statistik des STARTERCENTER für den Kreis Viersen in 2021:

Im zweiten Halbjahr wurden erstmals gemeinsam mit dem Rhein-Kreis Neuss Gründerveranstaltungen organisiert und durchgeführt. An 49 Veranstaltungen nahmen insgesamt 561 Teilnehmer teil. Darüber hinaus nahm der Kreis Viersen erstmals an der Gründerwoche Niederrhein teil. Als Teil dieser war das STARTERCENTER NRW Ausrichter des Gründerstammtisch Niederrhein in Viersen mit ca. 45 Teilnehmern.

Im Jahr 2021 wurden vom STARTERCENTER NRW 94 Gründer/innen in 175 (Vorjahr 161) Intensivberatungen persönlich und individuell beraten. Darüber hinaus sind etwa 880 (Vorjahr 810) Kurzberatungen, die nicht statistisch erfasst werden, geführt worden. Darüber hinaus können Gründer/innen mit dem STARTERCENTER NRW den Antrag zum NRW.Mikrodarlehen der NRW.BANK stellen. Im Jahr 2021 wurden 5 Kreditanträge des Mikrodarlehen NRW gestellt und 100.000 € Förderkredit gewährt.

In Kooperation mit dem Rhein-Kreis Neuss stellt das STARTERCENTER die Jurymitglieder für Gründer/ innen aus den beiden Landkreisen, die das Gründerstipendium NRW beantragen. Die Jury

beurteilte in 8 Jurysitzungen die Förderfähigkeit der Gründungsprojekte. Geförderte Gründer/innen erhalten für ein Jahr monatlich 1.000 € als nicht rückzahlbaren Zuschuss. Aus dem Kreis Viersen erhielten 13 Gründer und Gründerinnen Empfehlungen, die mit einer Gesamtsumme von 156.000 € gefördert werden. Ferner stellt das STARTERCENTER Tragfähigkeitsbescheinigungen für den Gründungszuschuss aus, mit dem Gründer aus der Arbeitslosigkeit 6 Monate lang mit monatlich 300 €, zusätzlich zum Arbeitslosengeld, bei ihrer Gründung unterstützt werden. Im Jahr 2021 wurden insgesamt 23 Tragfähigkeitsprüfungen durchgeführt.

Im Wechsel führen drei Patentanwälte aus der Region kostenlose, 30-minütige Sprechstunden zu Marken- und Patentfragen durch. An 10 Sprechtagen der Erfinder- und Patentberatung nahmen insgesamt 13 Teilnehmer teil. Im Zuge der strategischen Neuausrichtung der WFG wird die Gründungsberatung zukünftig ein zentrales Handlungsfeld bei der WFG einnehmen und sich durch komplexere Aufgaben immer stärker mit den Zukunftsthemen der WFG vernetzen. Um diese Synergieeffekte optimal zu nutzen, wurde auch das STARTERCENTER NRW für den Kreis Viersen ab dem 01.01.2022 bei der WFG, im Haus der Wirtschaft angesiedelt.

Fontys University of Applied Science – Campus Kempen

Die Aktivitäten der Fontys am Standort Kempen erstrecken sich von Lehrveranstaltungen für Studenten, Studienberatung über Angebote für Unternehmen wie Projektarbeit, Informationsveranstaltungen sowie Vermittlung von Bachelor- und Masterarbeiten. Im Jahr 2021 haben 67 Studierende ein Praktikum in Unternehmen im Kreis Viersen absolviert bzw. ihre Bachelor- oder Masterarbeiten geschrieben.

Forum Mittelstand Niederrhein

Die im Jahr 2012 zum ersten Mal initiierte Veranstaltungsreihe Forum Mittelstand Niederrhein, hat sich als Kommunikationsplattform im Kreis etabliert. Von den jährlich jeweils 5 Veranstaltungen wurden wegen der Corona-Pandemie alle Termine bei weiterhin großem Interesse der Besucher in hybrider Form durchgeführt.

Innovationsforum Niederrhein e. V.

Das Innovationsforum verfolgt das Ziel Wissenschaft, Forschung, Technologie und Bildung im Zusammenhang mit technischen Innovationen und Patenten zu fördern. Der Verein hat derzeit 66 Mitglieder und mehrere hundert Verantwortliche aus interessierten Unternehmen im E-Mail Verteiler. Die Ziele des Innovationsforum Niederrhein e. V. umfassen die Organisation von Vortragsveranstaltungen, dem Arbeitskreis „Innovationsmanagement“ sowie Beratung und Kontaktvermittlung zwischen Unternehmen und innovativen Denkern. Corona-bedingt gab es 2021 keine Vortragsveranstaltung (Vorjahr 1). Das Innovationsforum Niederrhein e. V. stellt derzeit den Vorstand neu auf, modernisiert seine Satzung und richtet seine Schwerpunkte auf Zukunftsthemen, wie Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft, Digitalisierung von Prozessen und Gesundheit und Ernährung.

Regionalkreis Qualität der DGQ

Die DGQ ist eines der größten Netzwerke für Experten aus dem Qualitätsmanagement in Deutschland. Der Regionalkreis Niederrhein sorgt für den Wissensaustausch, die Vernetzung sowie den Wissenstransfer von Qualitätsfachleuten aus Unternehmen und Wissenschaft durch Fachvorträge und Workshops. 2021 gab es Corona-bedingt eine Vortragsveranstaltung (Vorjahr 3) mit 15 Teilnehmern. Bedingt durch den Umzug des STARTERCENTER NRW zur Wirtschaftsförderung Kreis Viersen zum 31.12.2021 und Umstrukturierungen der landesweiten Organisation der DGQ werden ab 2022 vom TZN keine organisatorischen Aufgaben mehr übernommen. Räumlichkeiten für Veranstaltungen der DGQ wird das TZN aber weiterhin anbieten.

1. Ertragslage

a) Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse der TZN GmbH bestehen im Wesentlichen aus Erlösen aus der Vermietung von Büro- und Montageflächen mit Festlaufzeiten von maximal einem Jahr sowie aus kurzfristiger Vermietung von Veranstaltungsräumen für Seminare, Tagungen und Präsentationen sowohl an Mieter als auch an externe Interessenten. Hinzu kommen Erlöse aus Infrastrukturleistungen wie Frankier- und Kopierdienste.

Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Geschäftsjahr 2020 von 740 T€ auf 765 T€ in 2021 leicht gestiegen.

b) Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich auf 84 T€ erhöht (2020: 73 T€), jeweils bereinigt um den Zuschuss der WFG und des Fördervereins).

c) Betriebsergebnis

Das Betriebsergebnis hat sich von 48 T€ im Jahr 2020 auf 177 T€ im Jahr 2021 verbessert.

d) Finanzergebnis

Weiter sinkende Zinsaufwendungen führten zu einem besseren Finanzergebnis. Von -9 T€ im Jahr 2020 verbesserte es sich auf -8 T€ im abgelaufenen Jahr.

e) Jahresüberschuss

Zusammen mit dem Betriebsergebnis bewirkten die o.a. Einflussfaktoren insgesamt, dass sich der Jahresüberschuss mit 153 T€ gegenüber 22 T€ im Jahr 2020 erhöht hat.

2. Finanzlage

Die Darlehensverbindlichkeiten liegen aufgrund vertragsgemäßer Tilgungen bei 391 T€. Die jährliche Tilgungsleistung liegt z. Zt. bei ca. 47 T€.

3. Vermögenslage

Die Vermögenslage hat sich zum 31.12.2021 nicht verändert:

- Von den Verbindlichkeiten gegenüber Banken sind 100% durch Bürgschaften der Stadt Kempen abgesichert.
- Das Gebäude des TZN wird zum 31.12.2020 mit einem Restbuchwert von ca. 3,92 Mio. € ausgewiesen. Demgegenüber steht in Form eines Sonderpostens mit Rücklagenanteil für einen bei der Gründung des TZN erhaltenen Investitionszuschuss ein Betrag von ca. 1,61 Mio. €. Als Saldo ergibt sich somit für das Gebäude ein Restwert von ca. 2,31 Mio. €. Der aktuelle Verkehrswert dürfte deutlich über diesem Wert liegen.

4. Risikobericht

a) Mietausfallrisiko

Das größte Risiko einer Ergebnisverschlechterung liegt in der Auslastung des Gebäudes. Alle abgeschlossenen Mietverträge beinhalten eine 2-3-monatige Kautions für Mietausfall oder Folgekosten bei Auszug. Des Weiteren werden alle potenziellen Mieter hinsichtlich ihrer Bonität vor Abschluss der Verträge durch einschlägige Maßnahmen überprüft.

b) Mietausfallrisiko aufgrund schadenbedingter Unvermietbarkeit

Für alle wesentlichen denkbaren Schadensfälle, die zu unerwarteten Kostenbelastungen führen könnten, bestehen Versicherungen.

c) Kostenrisiko aufgrund von Schadensfällen

Für alle wesentlichen denkbaren Schadensfälle, die zu unerwarteten Kostenbelastungen führen könnten, bestehen Versicherungen.

d) Kostenrisiko aufgrund von Reparaturen

Für alle kurzfristig drohenden Bedarfsfälle für Reparaturen wurden entsprechende Rückstellungen gebildet.

e) Forderungsausfälle

Für alle Forderungen, bei denen berechtigte Zweifel an der Einbringbarkeit bestehen, wurden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen.

f) Liquiditätsrisiken

Vgl. dazu Pkt. 3 und 4

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das Haus als Gewerbeimmobilie kostendeckend arbeitet. Die o.g. zahlreichen und vielfältigen Zusatzaufgaben, die im Bereich Wirtschaftsförderung für den Kreis Viersen und die WFG des Kreises Viersen durch die Mitarbeiter des TZN

wahrgenommen werden, werden durch einen Zuschuss der WFG finanziert und lassen sich aus dem Vermietungs- und Konferenzgeschäft nicht erwirtschaften.

5. Prognosebericht

Aus rein betriebswirtschaftlicher Betrachtung zeichnet sich für das laufende Jahr 2022 neben den normalen Risiken wieder eine mit erweiterten Risiken behaftete Situation durch die Corona-Krise und weltpolitische Ereignisse ab.

Die Mieterstruktur besteht überwiegend aus kleinen Unternehmen mit 1-3 Mitarbeitern. Die Gefahr von Kündigungen und Insolvenzen steigt mit der Dauer der Krise überproportional. Die sich heraus ergebenden finanziellen Auswirkungen lassen sich noch nicht beziffern. Die Nachfrage nach Mieträumen ist jedoch im Frühjahr 2022 stark rückläufig.

Die Firma Kothes GmbH mit einer Mietfläche von 969 qm und die Firma development GmbH & Co. KG mit einer Mietfläche von 290 qm haben eigene Gebäude in Kempen am Krefelder Weg gebaut. Zum 31.05.2022 werden beide Unternehmen das TZN verlassen haben. Die bei Auszug von beiden Unternehmen freiwerdenden Flächen führen zu einer Verringerung der Auslastung von z.Z. 96 % auf 71 % und damit zu einem Rückgang der Mieteinnahmen um 114 T€ sowie der Einnahmen bei den nicht umlegbaren Nebenkosten. Die Neuvermietung freier Flächen in dieser Größenordnung benötigt nach langjähriger Erfahrung und unter normalen Umständen 3 Jahre. In der Regel fragen Mietinteressenten 25 bis 50 qm zur Anmietung an. Um die Schwankungsbreite der Auslastung des Hauses zu optimieren, wird darauf geachtet, dass kein Unternehmen im TZN mehr als 500 qm (entspricht einem kompletten Flur) in Anspruch nimmt.

Das Tagungsgeschäft im TZN war Mitte März 2020 fast vollständig zum Erliegen gekommen. In 2021 konnten wieder 3192 Tagungsgäste begrüßt werden. Das entspricht immer noch etwa einer Halbierung seit 2019. Mit der weitgehenden Aufhebung der Coronabeschränkungen zeichnet sich für 2022 eine leichte Erholung des Tagungsgeschäftes ab.

Vom 31.8.21 bis 31.3.2022 war das Bistro nicht verpachtet. Seit 1.4.2022 gibt es ein neues Bistro- und Cateringangebot, das Bistro PM. Cateringangebot und Tagungsgeschäft hängen aufgrund des Serviceangebotes stark zusammen.

Das zunehmende Alter des Gebäudes führt zu steigenden Instandhaltungskosten. Um für potenzielle Mieter weiter eine attraktive Gewerbeimmobilie zu bleiben, müssen das Ambiente, die Ausstattung sowie das allgemeine Erscheinungsbild auf einem gepflegten und zeitgemäßen Niveau gehalten werden. In 2021 hat die Geschäftsführung des Gesellschafters WFG entschieden, das Gründer – und Startercenter ab 01.01.2022 bei der WFG in Viersen anzusiedeln. Der Zuschuss zum Betrieb des GuS und betrug 82.789 € in 2021. In 2022 reduziert sich der Zuschuss auf 22 T€ für die im Startercenter vorzuhaltende 0,5 Personalstelle.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Dr. Thomas Jablonski

Aufsichtsrat

Dr. Andreas Coenen (Vorsitzender)

Michael Aach

Christoph Dellmans

Peter Fischer

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 4 Mitgliedern keine Frauen an (Frauenanteil: 0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

3.3.2.12 Tourismus GmbH Mittlerer Niederrhein

Willy-Brandt-Ring 13
41747 Viersen
Telefon: 02162 / 8179-03
Telefax: 02162 / 8179-180
Internet: www.niederrhein-tourismus.de
Amtsgericht Mönchengladbach, HRB-Nr. 10203

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Projekten im Tourismusbereich sowie die Unterstützung der Gesellschafterin bei der Abwicklung ihrer Projekte im Tourismusbereich.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zweckes ergibt sich aus dem im Gesellschaftervertrag festgelegten Gegenstand des Unternehmens. Die Gesellschaft hat die öffentliche Zielsetzung eingehalten und erreicht. Weitergehende Ausführungen können dem unten aufgeführten Lagebericht entnommen werden.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Kapitaleinlage	
	in Euro	in Prozent
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH	30.700	100,00
	30.700	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Niederrhein Tourismus GmbH

Von der Niederrhein Tourismus GmbH wurden für Marketingleistungen in 2021 an die Tourismus GmbH Mittlerer Niederrhein in Höhe von 9.604,00 EUR gezahlt.

Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH

Als Zuschuss für Projekte und aus Personalkostenerstattungen 2-Land erhielt die Tourismus GmbH Mittlerer Niederrhein in 2021 von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH einen Betrag in Höhe von 41.926,00 EUR.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO		EURO	EURO	EURO
Anlagevermögen	0	1	-1	Eigenkapital	39.018	39.018	0
Umlaufvermögen	55.573	45.874	9.699	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	4.972	5.172	-200
				Verbindlichkeiten	11.583	1.685	9.898
Aktive				Passive			
Rechnungsabgrenzung	0	0	0	Rechnungsabgrenzung	0	0	0
Bilanzsumme	55.573	45.875	9.698	Bilanzsumme	55.573	45.875	9.698

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	EURO	EURO	EURO
1. Umsatzerlöse	47.529,86	42.462,92	5.066,94
2. sonstige betriebliche Erträge	4.172,39	10.350,70	-6.178,31
3. Materialaufwand	0,00	0,00	0,00
4. Personalaufwand	-45.292,25	-44.403,12	-889,13
5. Abschreibungen	0,00	0,00	0,00
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.410,00	-7.823,49	1.413,49
7. Finanzergebnis	0,00	0,00	0,00
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	0,00	587,01	-587,01
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	0,00	587,01	-587,01

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%	%
Eigenkapitalquote	70,21	85,05	-14,84
Eigenkapitalrentabilität	0,00	1,50	-1,50
Anlagendeckungsgrad 2	0,00	3.901.812,00	-3.901.812,00
Verschuldungsgrad	42,43	17,57	24,85
Umsatzrentabilität	0,00	1,38	-1,38

Personalbestand

Im Jahresdurchschnitt 2021 beschäftigte die Gesellschaft eine Gehaltsempfängerin (Vorjahr eine) zuzüglich der Geschäftsführerin in Teilzeit.

Geschäftsentwicklung

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft leistet die Personalgestellung im Buchungsportal "2-LAND". Hinzu kommt die Unterstützung und Beratung in der Angebotsentwicklung zu Themen wie „Beuys & Bike“, der Entwicklung von Gruppentouren und von Schaufensterprodukten für das Geschäftsgebiet der NT sowie die Unterstützung bei Messen.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 10 T€ auf 56 T€, auf der Aktivseite durch das Bankguthaben (+ 10 T€) und auf der Passivseite bei den Verbindlichkeiten (+ 10 T€). Die Gesellschaft erzielte Erlöse in Höhe von 48 T€, und zwar aus der Personal-gestellung für die "2-LAND" - Buchungsstelle (38 T€) sowie aus sonstigen erbrachten Marketingleistungen (10 T€). Die sonstigen betrieblichen Erträge reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr um 6 T€ auf 4 T€ auf Grund der Reduzierung des Betriebskostenzuschusses des Gesellschafters, da im Berichtsjahr höhere Umsätze aus der Angebotsentwicklung und sonstiger Leistungen erzielt werden konnten. Die Personalkosten beliefen sich auf 45 T€ und waren gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen reduzierten sich um 1 T€, insbesondere bei den Kosten für die DSGVO, die aufgrund einer Kulanzregelung wegen der Pandemie zur Mitte des Jahres 2020 ausgesetzt wurden. Die Tourismus GmbH Mittlerer Niederrhein schließt mit einem neutralen Ergebnis ab.

3. Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft wird die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen mbH bei ihrer touristischen Arbeit im Kreis Viersen, insbesondere durch die Gestellung von Fachpersonal zu Projekten, weiterhin unterstützen. Insbesondere mit Start der neuen Förderphasen wie INTERREG VI, EFRE und LEADER werden wieder neue Projekte angestoßen, die dann entsprechend von Fachkompetenz betreut werden müssen. Hierzu zählt auch bereits die Ideenfindung und Beratung in Antragsvorbereitungen.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Martina Baumgärtner